

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

und Wissenschaftsphilosophie

Kurzfassung

Die Volkswirtschaftslehre (VWL) wird von der Wissenschaftsphilosophie einerseits als eine „Technik“ behandelt und zum anderen als eine Phase, welcher man in der gesellschaftlichen Praxis und in der wissenschaftlichen Theorie, „E3“ (genauer, „endliche I/E-Existenzen“), ausführlichen Platz einräumt. In einer umfassenden ontologischen Systematik sind E3 endliche Existenzen, deren Eigenschaften streng definiert sind. Im philosophischen z/w-Bereich sind sie auf die Subjektivität sowie auf alle anderen Existenzen beziehbar. Dieses Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft ist es, welche das E3 als Güter und als Produktionsfaktoren in ihren Zusammenhängen, ihrer Erzeugung und Verteilung w_p darstellt. Das heißt zum Beispiel auch, dass das E3 das Verhältnis zum menschlichen Subjekt - maximal z/w - im Mittelpunkt hat, sowie dabei das Verhältnis anderer E3 - wie die Produktionsmittel und die Rohstoffe der Natur, in ihrer fundamentalen und erzeugenden Wechselwirkung beschreiben lässt.

Die „Techniken“ unterscheiden sich von der Systematik der Wissenschaften dadurch, dass sie die I-Seite zwar betonen, diese aber auf eine spezifische Weise (methodische G,N) geordnet mit der E-Seite verbindet.

Die VWL beschäftigt sich mit menschlichem Handeln unter ökonomischen Bedingungen. Das allgemeine „Handlungsprojekt“ wird als Wechselwirkung zwischen den vier OG-Elementen beschrieben, „I-N,G,E'-E“. Dabei ist es in der „ökonomischen Konkretisierung“ das „Ii“, die menschliche Motivation, Zielsetzung und Willensentscheidung, durch Arbeit und andere Arten des Handelns den größtmöglichen individuellen Nutzen zu erreichen. Die Wirtschaftspolitik weitet die I-Kategorie auf die gemeinschaftlichen Ik, die gesellschaftlichen Ig und eventuell auf die Iw der Weltgesellschaft aus. Die „G-N“ und „N/G“ im Handlungsmodell sind eine Reduzierung aller Arbeits- und Denkmethodik auf diese beiden abstrakten

Handlungsbegriffe. Diese Reduzierung erläutern wir bei anderer Gelegenheit. Das E' sind nicht nur die E vorausgegangener Handlungsabläufe, die hier als Produktionsmittel, Energie und Rostoffe etc bereitgestellt werden, sie stehen damit vielmehr auch für die philosophische ökonomische Gesamtsituation, „welch solche Anwendung von E (hier E') auf den Handlungsprozess deshalb möglich ist, weil es eigentlich nur um eine Entwicklung, Erweiterung der E-Seite geht. Aber zugleich und umgekehrt geht es darum, die „Knappheit von Ressourcen“, die vorgegeben ist, abzuwenden Das „philosophische Ziel“ dabei ist, eine diese Prozesse abschließende Vollendung der jeweiligen E-Seite zu erreichen. Das E im Modell ist jenes spezielle E, das dieses eine ökonomische Handeln durch jene konkreten OG-Elemente in ihrer engen Wechselwirkung erzeugt haben,

Zu den I_g und I_{k,i} einer sozialen Ordnung, einer Gesellschaft, gehören stets...die „ökonomischen“ „I“ als Bedürfnisse, Willensfunktionen und Ziele. In der allgemeinen Entwicklung der E und dadurch der „I“ und I/E zeigen sich signifikante Veränderungen, hier zum Beispiel für die I-Seite, der Übergang von individuellen I_i zu denen der Familie, der Gruppen und zu größeren Kollektiven (I_k), zu den Nationen (I_g) und heute schließlich zur Weltwirtschaft (I_w). Wir versuchen, die Unterschiede zwischen „privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher“ Perspektive als der zwischen I_i und I_{g,w} und den damit „verbundenen“ E-Varianten darzustellen.

In den Fragestellungen theoretischer Art unterscheidet man zwischen Wissenschaften, Techniken und Philosophien. Die Philosophien behandeln das, was die anderen beiden Möglichkeiten trennt, nämlich die „I-E-Problematik“. Der Unterschied ist gering, aber in den einzelnen Wissenschaften betont man die E-Seiten, während man in den Techniken die I/E-Wechselbeziehung hervorhebt. Die VWL ist eine Technik, welche die I_i, I_k, I_g, I_w betont, und deren Verhältnis zur E-Seite und deren Entwicklung. Mit dem Hervortreten der Konkretisierung der Verbindung der „I“ mit den E durch die Methodik (N, G) wird auch das erfasst, was man als „Praxis“ bezeichnet. Erst mit der Weiterentwicklung und der daran gekoppelten Ausdifferenzierung der E-Seite, in den Naturwissenschaften und der möglichen technisch-ökonomischen Hilfsmittel einerseits, und gepaart mit der Entstehung neuer gesellschaftlicher I_k und I_g dabei, beschäftigte sich geistesgeschichtlich die Ideologie und Philosophie weniger allein mit der E-Seite. Die akademische Debatte zu den Zielsetzungen und den theoretischen Grundlagen der Ökonomie, ihrer Methodik etc. begann erst spät, im Merkantilismus. Und in Ländern, wo jene Entwicklungen Eingang gefunden hatten, in England und Frankreich.

Erst wenn man die VWL in seiner Geschichte als E- und I-Entwicklung und die der Methodik (N,G) sieht, kann man solche historische Entfaltung verstehen. Die Physiokraten entwickelten erste systematische Erklärungen volkswirtschaftlicher Strukturen (E) und Prozesse (N,G). Erste Annäherungen, an die in jeder Phase stattfindenden Entwicklungen, kam F.Quesnay mit seinem Tableau economique auf die Spur, als dem Wirtschaftskreislauf, der im Rechnungswesen und als

volkswirtschaftliche Gesamtrechnung die E-Entwicklung dokumentiert.

Es war ein der große Schritt von den durch Handel und Agrarwirtschaft bestimmten Zeiten und Ländern zum frühindustrialisierten England und Schottland, als A, Smith, D, Ricardo die theoretische Basis für die Klassische Nationalökonomie legten. Die Grundlagen volkswirtschaftlicher Strukturen und Zusammenhänge hat danach nun das Zentrum im Markt-Konzept, in der Arbeitsteilung, der Faktorallokation und der komparativen Kostenvorteile.

In der zugrunde liegenden „objektiv“ vorgegebenen E-Entwicklung technologischer Verbesserungen kann die Leistungsgesellschaft auch zusätzlich eine Beschleunigung erfahren, dass die I-Seite tatsächlich und in der theoretischen Erfassung als Konkurrenzwirtschaft, dem Wettkampf aller Menschen und theoretisch abstrakter der Nationen und des „Angebots“ gegenüber der „Nachfrage“. In Says Theorem, dass sich „jedes Angebot (E) seine Nachfrage(„I“) selbst schafft“ thematisiert. Ricardos Verbesserungen, sie differenzieren dann weiterhin die E-Seite.

Das Marktprinzip als Zusammenfassung des Leistungs- und Konkurrenzprinzips auf der philosophischen „objektiven“ E-Entwicklung und den daraus erzeugten I-Vielfältigkeiten, sind unser „I/E-Modell“, in dem wir (QM-Ordnung) beliebig die E- von den I trennen können, um zum Beispiel einzelne theoretische Phänomene der VWL genauer zu beschreiben. Zum Beispiel wird die „Arbeitsteilung“ oder die „Kostensenkung“ oder die zeitliche Abfolge erst E, dann „I“ (Say) so erklärbar. Auch wirtschaftspolitische Forderungen wie die Verhinderung von Monopolbildung, welche die Konkurrenz als Zentrum der ökonomischen E-Entwicklung dynamisch halten soll, kann so begründet werden.

Einige Schulen, die österreichische, die in Cambridge, die in Lausanne und amerikanische Theoretiker haben die Wirtschaftstheorie in vielen Einzelheiten geprägt.

Bereits Marx fasste die Aufgaben der VWL zusammen und systematisierte sie neuartig, indem er die Betonung auf die I-Seite legte - I_i und I_k/I_g und I_k/i_k' - und auf spezielle I/E-Wechselwirkungen.

Dennoch blieb für die „bürgerliche“ VWL, noch viele Subphasen und Details, auszuarbeiten und in eine dann übergeordnete Wissenschaft aufzunehmen. Dazu gehört beispielsweise die „Psychologie“ wie sie sich in der Nachfragetheorie zeigt, oder die Grenznutzen-Schule. So auch die politischen Möglichkeiten in Krisen, die mathematische Ausgestaltung der ökonomischen Theorie etc., welche alle bis heute nur notwendige, aber keine hinreichenden Klärungen erbringen können.

In der Wirtschaftstheorie wird die Mikroökonomik von der Makroökonomik unterschieden. Die Mikroökonomik befasst sich mit den Beziehungen von einzelnen Wirtschaftssubjekten wie Haushalten und Unternehmen. Der Produktionstheorie darin, die sich mit der Angebotsseite beschäftigt, liegt im wp Sinne das Handlungsprojekt zugrunde. In ihm wird die Erzeugung von Gütern (E) durch die

Produktionsfaktoren, Arbeitsentscheidung (Ii der Arbeitskraft, Ei das Wissen der Arbeitenden) und N,G als Arbeits-Methodik bestimmt. Dann auch „E“ als vorgegebenes Kapital, und die vorgegebene Natur.

Die Haushaltstheorie beschäftigt sich mit der Nachfrageseite. Wir ordnen den „Präferenzen“ und „Nutzenfunktionen“ die I-Seite zu. Allerdings gilt, dass es um „I“ in Relation mit E,G, N geht, wo „I“ in den Kombinationen vieler Varianten von „Handlungen“ eine hervor gehobene Rolle spielt. Dieses Verhältnis, „I“ zu „N,G,E“ ist typisch für „Technik“, von den konkreten Inhalten hier „die VWL als Technik“. Die N/G-Varianten können inhaltlich hier von verschiedenster Art sein, physikalische, physiologische etc.

Wirtschaftspolitik

Inhalt

Einführung

Erste Ökonomie

Theorie

Finanzsektor

Profit

Investitionen

Rationalisierung

Arbeitsmarkt

Wachstum

Globalisierung

Verschuldungen

Konkurrenz Markt Plan

Innere Widersprüche

Schäden, Krisen

Politik

2. Welt bei uns

Zur Lage Politische und ökonomische Lage

Kapitalansammlung

Globalisierung Investition und Konsum

Finanzkapital

China Sozialismus und Kapitalismus

Reformen innerhalb der 1.Ökonomie

(1.) Staatliche Maßnahmen, bürgerliche „Reformen“

Konjunkturen
Faktor-, Lohnpolitik
Finanzpolitik
Geldpolitik
Angebotspolitik
Verschuldungen
Nationale Abgrenzungen
Ehrenämter

(2.) Bürgerlich-linke Vorschläge

CDU FDP
SPD
Grüne
Neoliberalismus Keynes

Technologieförderung
Grundeinkommen
Verzicht auf Vollbeschäftigung
Arbeitszeitverkürzung

(3.) Lösungsversuche außerhalb der kapitalistischen Ökonomie

Wirtschafts-und Sozialpolitik
Markt und Plan
Gleichgewichtigkeiten
Technischer, ökonomischer, sozialer Fortschritt
Öffentlicher Beschäftigungs-Sektor

(4) Praxis

Große Zusammenarbeit

(5) Sozialismus Kommunismus

Die Wirtschaftslehre ist eine wissenschaftliche „Technik“, das heißt, im WP Zusammenspiel der „I/E“ mit den Methoden (N,G) wird die I-Komponente besonders betont. In der Gesamtheit der Maßnahmen werden jene, mit denen der Staat regelnd und gestaltend in die Wirtschaft eingreift, wissenschaftlich hervorgehoben. Es geht da vor allem um die strategischen Ziele I_g und um jene Gruppenziele I_k , welche die Regeln festlegen, innerhalb denen die I_i der privat organisierten Teile der Wirtschaft sich bewegen und entwickeln können.

Die Theorie der Wirtschaftspolitik wird unterteilt in „Positive Ökonomik“ und „Normative Ökonomik“. Erstere wird von uns in ihren sachlichen Strukturen und Eigenarten durch die Varianten der generellen E-Kategorie analysiert. Sie beschreibt (G) die wirtschaftliche Situation; die normative Ökonomik beschäftigt sich mit Zielsystemen, Zielkonflikten und leitet daraus Handlungsempfehlungen (I-N,G-E) für die Politik (I_g) ab. Die Wirtschaftspolitik betrachtet einzelwirtschaftliche Vorgänge im Rahmen der Mikroökonomie, welche von I_i/E_i und I_k/E_k bestimmt werden; und gesamtwirtschaftliche Vorgänge, welche in der Makroökonomie eher von $I_g, I_w/E, g, E_w$ bestimmt werden. Der allgemeine und prinzipielle Zusammenhang aller I-Funktionen macht auch hier, dass diese Trennung sich mit den engen Verbundenheiten zu einer übergeordneten Einheit zusammenfindet. Geht man vom Handlungsbegriff aus, dann werden in der Wirtschaftspolitik die I-Seite in I_i, I_k, I_g, I_w unterschieden, die E'- und E-Seiten werden ebenfalls konkret ausdifferenziert, und die I/E ebenso.

Die Einteilung der Wirtschaftspolitik in „Ordnungspolitik“, zu der insbesondere die Wettbewerbspolitik zählt, behandeln wir als „I/I“-Verhältnis. Die Wirtschaftssubjekte gehen dabei von ihren jeweiligen Interessen aus und die so konkurrierenden Entscheidungen sind für die Wirtschaftsform auch ein vorgegebener Rahmen sozialpsychologischer Art. Zur „Strukturpolitik“ gehört dann der Bezug zu gegebenen regionalen und sektoralen Sektoren und Branchen, deren I_k -Interessen und E-Vorgegebenheiten wirtschaftspolitisch zu beachten und zu beeinflussen sind. Solche Eingriffe werden hier vom I_g , dem Interesse der Gesellschaft, als Staat schwerpunktmäßig gesehen. Die „Prozesspolitik“ hat diese Aufgabe als Schwerpunkt, sie ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staat aktiv in die Marktprozesse eingreift.

Die Teilgebiete der Wirtschaftspolitik reduzieren wir in deren inhaltlichen Gegebenheiten auf konkrete E-Entwicklungen und I-Entwicklungen. Im Methodischen - zum Beispiel dem Wettbewerb als Zentrum der Wettbewerbspolitik - wenden wir die Relationsarten R_z, G und R_w, N als die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen „I“ an.

Die „inhaltliche Seite“ Arbeitsmarktpolitik, Geldpolitik wird von uns durch die E-Charakterzüge der darin betroffenen Produktionsfaktoren in ihren Verhältnis zu den I_k, g , der politischen Entscheidungen, geschildert. Ähnlich wird das in der Finanz-, Handels- und Konjunkturpolitik gehandhabt.

Zwei Hauptrichtungen der Wirtschaftspolitik sind die Angebotspolitik und die Nachfragepolitik. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik stellt mit der

Renditeerwartung der Kapitalgeber in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen eine „I“-Art, welche die formale, abstrakte E-Entwicklung, zum Beispiel als Kapitalvermehrung, fördert. Diese Zielsetzung geschieht in konkreten Prozessen, die eine gewisse Vielfalt haben, zum Beispiel versucht die Politik, den Geldwert zu stabilisieren, die Lohnkosten zu verringern, die Arbeitszeiten zu verlängern oder steuerpolitisch die Kapitalseite zu unterstützen.

Die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik beschäftigt sich damit, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung „inhaltlich“ voran zu treiben. Das heißt zum Beispiel, bei zu schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage, letztlich im Konsumbereich, eine expansive Geldpolitik zu betreiben.

Die Wirtschaftspolitik ist eine jener Phasen, welche die I-Seite detailliert konkretisiert, also als „I/E“ in „Praxis“ umsetzt. Man kann das Zielsystem als Endziel, das Gemeinwohl, als Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt als eine E-Vollendung ansehen und dies in unterschiedliche Ziele ausdifferenzieren. Zum Beispiel als Allokationsziele (Wettbewerbsförderung, staatliche Versorgung mit öffentlichen Gütern und Umweltschutz), die Stabilitätsziele (hoher Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität), Wachstumsziel (quantitative Steigerung der Einkommen und der Güterqualität), Strukturziel (Förderung der Anpassungsflexibilität des Angebots, Angleichung regionaler Lohn-, Wohn- und Freizeitwerte) und Verteilungsziele (Einkommens-, Vermögensverteilung). Dies sind Konkretisierungen der gesellschaftspolitischen - Ii,k,g,w - Grundziele, die als Zunahme der Freiheiten, der Gerechtigkeit, der Sicherheit und des Fortschritts verallgemeinert werden können, und die philosophisch in der objektiven E-Entwicklung und den I-Entfaltungen ihre gemeinsame Basis haben.

Wir vergleichen die wirtschaftspolitischen Ziele mit der „objektiven“ wp Basis. Dieses bedeutet, dass die „allgemeine Entwicklung“, hier einerseits als Entwicklung der E-Seiten, Entfaltung der I-Seite und die der Methoden (N,G), speziell im technologisch-ökonomischen Sinne verstanden werden. Die quantitative Entwicklung der E-Seite wird als „Wirtschaftswachstum“ politisch (Ii,k) gefordert und von der politischen Strategie der Gesellschaft, und auch global versprochen (Ig und Iw). Das qualitative Wachstum unterliegt den gleichen Hoffnungen und Versprechungen, wird jedoch in vielen Gesellschaften nicht zum zentralen politischen Programm erhoben, Das wirtschaftspolitische Ziel der Preisniveaustabilität orientiert sich auch am E-Wachstum, ist aber ein Aspekt des Zusammenhanges und der gegenseitigen Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Hauptziele. Der Konkurrenzmechanismus der Marktökonomie, der gefördert wird, um die E-Entwicklung zu beschleunigen, kann inflationäre oder deflationäre Abweichungen im Preisniveau bewirken.

Der Konkurrenzmechanismus ist in formaler Weise mit der I-Entfaltung verbunden. Bei ihr geht es um das Verhältnis der Ii untereinander und von da der Ii zu den Ik, der Ik untereinander, bis zum „Vergleichen“ der nationalen und übernationalen

Ziele, Strategien, Wünsche und Hoffnungen. Im Politisch-Ökonomischen Bereich ist die „Konkurrenz“, der Wettlauf u.ä. dabei, das wichtige Merkmal.

Die I-Seite ist der sich verselbständigende Antrieb für die „objektive“ E-Entwicklung. Das „I/E-Gleichgewicht“ spielt in der WP und konkret in vielen anderen Phasen eine wichtige Rolle. Aber die Befreiung der R-Aspekte von den S-Aspekten ist für diese Trennung ebenso fundamental wie das QM-Geschehen, welches Trennung und Vereinigung... gleichberechtigt sieht und darüber hinaus auch beider Zusammenwirkung als Antrieb der allgemeinen Entwicklung.

Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht als Ziel, versteht sich aus dem Gesagten als den Ausgleich zwischen den verschiedenen Ig-Strategien.

Neben den „I“ und E gibt es in der WP und im OG die Rz, Rw und G, N, welche die Basis der Methodologie sind. Zur methodischen Seite dieser grundlegenden wirtschaftspolitischen Zielsetzungen gehört die quantitative Seite der Arbeitseinsätze, als einen möglichst hohen Beschäftigungsstand. Zum qualitativen Einsatz gehört beispielsweise die Qualifizierung der Arbeitskräfte und der Arbeitsmittel, also ein hoher Stand der Forschung, Bildung und Ausbildung.

Die beiden wichtigen wirtschaftspolitischen Unterscheidungen betreffen Zielkonflikte und Zielharmonie; wir schreiben sie dem zentralen philosophischen Verhältnis von I_k / I_k' als Zielkonkurrenz und Zielharmonie zu, bei der sich beide kollektiven Zielsetzungen zu einer übergeordneten Ig oder sogar viele I_k zu I_w einen. Bei der ersten Möglichkeit können die Maßnahmen, die einem wirtschaftspolitischen Ziel dient, einem anderen abträglich sein. Die Harmonisierung kann zum Beispiel auch dadurch zustande kommen, dass sich kurzzeitig einander abträgliche Maßnahmen langfristig gegenseitig fördern. Zu den wirtschaftspolitischen Richtungen gehört zum Beispiel auch die Prozesspolitik als Arbeitsmarkt-, Finanz-, Fiskal- und Geldpolitik. Wir versuchen ihre wp Seiten als „I-Varianten“ und I/E-Relationen darzustellen.

Die wirtschaftspolitischen Richtungen, wie einerseits die Handelspolitik, die Konjunktur-, Angebotspolitik etc. versuchen wir durch das allgemeine „Handlungsprojekt „I-N, G, E'-E-etc“, sowie mit der „Marktdynamik“ als Variante der QM-Dynamik und mit den Spezialisierungen der E-Varianten und der „N/G zu N-G-Varianten“ und den I-Varianten zu analysieren.

Einführung

Jede ökonomische Systematik zeigt als innere Konsequenz die unbegrenzte Möglichkeit, ständig neue Ziele zu erzeugen. Die technologisch-ökonomische Entwicklung stellt die zur Verwirklichung dieser Ziele notwendigen Mittel zur Verfügung. Konkrete Bereiche der Praxis, praktisches Handeln kombiniert beide Seiten.

Im Ökonomischen sind die gegebenen Naturdinge, die Rohstoffe und die Energie, die Produktionsmittel als Werkzeuge und Maschinen sowie die Geld- und Finanzseite. Der Kapitalbegriff vereint das und abstrahiert es; abgeschlossen, getrennt von den anderen Bereichen der Realität.

Wir setzen deren objektive Entwicklung und die daran gebundene, nicht objektive, sondern relativ freie Entfaltung der Interessen, Konsumwünsche, voraus. Wir versuchen also, ökonomische Theorie und Praxis dadurch zu beschreiben. Den objektiven Zwang zur Entwicklung – sowie der Beschleunigung dieser Entwicklung - schreiben wir beispielsweise, auf einer konkreteren Ebene, das ökonomische Phänomen der Mehrwerterzeugung, der Rentabilität und der Investition zu. Analog dazu wird die I-Entfaltung bedacht, zum Beispiel konkretisiert durch die Konzepte der Nachfrage, des Konsums, der Bedürfnisbildung.

Die eine Seite hat einige Facetten, zum Beispiel die. Technologie, das Kapital, die Produktionsmittel, das Geld oder allgemein die Finanzformen. Diese Varianten sind alle in ihren Entwicklungsformen konkret darstellbar. Ihnen gemeinsam ist, dass sie als „Mittel“ getrennt von der Zielsetzungsfunktion sind. Diese Trennung ermöglicht es, tendenziell unbegrenzte Interessen mit diesen Mitteln zu verbinden. Zugleich aber erlaubt es die allgemeine Freiheit, dass die Mittel sich unbegrenzt weiter entwickeln.

Die Finanzsphäre ist eine mit besonders hoch entwickelten Mittel-Strukturen. Ihre Beschleunigungspotentiale, ihre Freiheiten sind mit diesem Entwicklungsstand der Mittel verbunden.

Um die Unterscheidung der theoretischen Grundeinstellungen zu verdeutlichen, werden wir auf einige konkrete, aktuelle ökonomisch-gesellschaftliche Probleme eingehen; zum Beispiel auf die Probleme des Eigentums, der Mitbestimmung, Markt-Plan, das Sparen, Verschuldung, Gewinn-Verlust, Krise.

Es geht mir über diese spezielle Analyse aus der Sicht des Gleichgewichts von Interessen und Mitteln darum, entscheidende Strukturschwächen der wirtschaftlichen Bereiche als dynamische, potentielle Prozesse zu sehen, und ihren Einsatz in praktischer Absicht zu durchdenken. Zum Beispiel um Probleme ökonomischer und gesellschaftlicher Art abzumildern.

Als Beispiel soll die Arbeitslosigkeit und die ökonomische Unterentwicklung in den meisten Ländern, sowie der Mangel an kontinuierlich erweiterter neuer Nachfrage auf zahlreichen Weltmärkten gelten.

So widerspricht es beispielsweise dem fundamentalen Gleichgewicht, wenn in Bezug zum Kapitaleinsatz und zur Produktion von Gütern, zu wenig nachgefragt, konsumiert wird.

Die nahe liegende Verbindung dieser drei ökonomischen Funktionsmängel ist, die Arbeitslosen mit der Herstellung von Investitionsgütern zu beschäftigen, welche in

wenig entwickelten Bereichen hier und global zum Einsatz kommen. Die dadurch dort verbesserten Infrastrukturen bilden die notwendigen Voraussetzungen für die Erweiterung des Absatzes jener Güter, welche in der Ersten Ökonomie erzeugt werden.

Die Analyse dieses Konzeptes und seiner Kritik soll hier als eine relativ frei gewählte Anwendung der theoretischen Vorannahmen erfolgen.

Kapitalistische Ökonomie

Alle Ökonomien - ob kapitalistische oder realsozialistische oder sozialistische - setzen die Leistungsgesellschaft voraus. Zur Leistungsgesellschaft gehört, dass technologische und organisatorisch-ökonomische Veränderungen qualitativer und quantitativer Art impliziert sind.

Aber bereits mit der Voraussetzung des „Wirtschaftlichkeitsprinzips“ muss eine Differenzierung dieser Veränderungen und Weiterentwicklungen einsetzen; was politisch wichtig wird.

Die Grundmechanik der kapitalistischen Ökonomie hat zwei Hauptstrukturzüge: Die Notwendigkeit, Rendite, beziehungsweise Mehrwerte zu erwirtschaften, sowie das Markt- oder Konkurrenzprinzip, bzw. dessen Begrenzungen durch öffentliche Korrekturen anzuerkennen. Alle anderen Charakteristika sind von diesen Strukturen herleitbar. Diese Leistungsgesellschaften richten ihre Wirtschaftspolitik auf eine Wachstumsstrategie aus. Wenn die Unternehmen zu wenig Wachstum zeigen, rückt dieses ins Zentrum der Politik. Das Ziel einer dauerhaften Stabilität ist ebenso illusorisch wie die Erwartung an ein automatisches Wirtschaftswachstum. Ebenso bedeutet es meist Rezession, wenn die Politik glaubt, wirtschaftliche Wachstumsschwächen würden sich von selbst beheben.

Neben der Markt-Plan-Struktur gibt es die Dualität von „Arbeit“ und „strategischen ökonomischen Entscheidungen“. Die Produktionsseite ist zwar die Basis jeder ökonomischen Theorie, aber in der Praxis gibt es eine deutliche Ungleichgewichtung, zugunsten der „strategischen Tätigkeiten“. Vor allem im Handel mit „abgeleiteten“ Produkten - wie im Finanzsektor - sind die strategischen Entscheidungen wichtig. Weiterhin ist die Dualität von „Konsum“ und „Investition“ als weithin wirkende Strukturierung anzusehen. Die Investition als Motor des Wachstums, wie auch das Konsumangebot als Ziel der Investitionen dürfen theoretisch und praktisch nicht vernachlässigt werden.

Aus allen diesen „Dualitäten“ können mehr oder weniger schwere „Krisen“ erzeugt werden. Der tiefere Grund dafür ist darin zu suchen, dass die Dualitäten Widersprüche notwendiger Art darstellen, sowie darin, dass ein sie vereinheitlichendes Metasystem noch nicht erkennbar ist.

Hierher gehört beispielsweise auch die mögliche Krise des Rentabilitätsprinzips aus der Annahme des tendenziellen Falls der „Proftrate“. Das besagt, dass reale

Investitionen, beispielsweise die öffentlichen Infrastrukturen, sowie die Pflege der bisherigen Kapitalmassen, in welcher Form auch immer, mit ihrem Anwachsen ständig höhere Kosten verursachen. Die Rentabilität kann dadurch tendenziell sinken.. Ein Ausweg aus dieser Falle ist zunächst die Beschleunigung der Investition, zum Beispiel bei technologischen Verbesserungen, sowie die globale Ausweitung der Märkte. Jedoch wird dadurch das Kapital weiter verstärkt angehäuft und kommt so um das ungünstiger werdende Verhältnis von Kapitalbestand und absoluter Gewinnhöhe nicht herum.

Aus einer Perspektive jedenfalls, die sich um dieses prekärer werdende relative Verhältnis nicht sorgen muss - und das ist die Sicht von sozialistischen ökonomischen Strategien - ist die Beschleunigung der Investitionen, der Forschung und der globalen Marktausweitungen einer der objektiven und zuverlässigen Antriebe für die allgemeine formale Entwicklung und deren Beschleunigung. Auch der Kapitalmechanismus kann von diesen ökonomischen Veränderungen gewinnen.

Nun müssen aber sofort wichtige Einschränkungen dieser theoretischen Strukturierungen genannt werden. Dazu gehört die Einsicht, dass die oben genannten Begriffspaare - zum Beispiel „Markt-Plan“ - die zur systematischen Darstellung der Ökonomie genutzt werden - eng miteinander zusammenhängen. Sie sind derart untereinander verwoben, dass eine prinzipielle Gegensätzlichkeit - beispielsweise auch bei „Investition-Konsum“ - nur einer von vielen Aspekten sein kann. Dennoch ist es für eine Systematik - auch möglicher ökonomischer Krisen - wichtig, jene Dualitäten zu haben.

Hier gilt es, allgemeine Erkenntnisse auf die genannten ökonomischen Funktionen anzuwenden. Auch um die eben angedeutete Komplexität zu reduzieren, führen wir die Größe der ökonomischen Interessen ein. Auf dem „Markt“ werden zwar die Einzelinteressen besser zur Geltung kommen, aber auch geplante Ökonomie-Teile beruhen auf kollektiven und öffentlichen, staatlichen Interessen und Zielsetzungen. Strategische Arbeit setzt ebenso Ziele, wie auch die traditionellen Tätigkeiten des einzelnen Individuums, zum Beispiel als Arbeitnehmer, Zielsetzungen enthalten. Und auch der Gegensatz von Investition - der auf relativ „freien“ Zielsetzungen beruht - und Konsum, der die eher begrenzten spezifischen Interessen der „Verbraucher“ berücksichtigt, wird so systematisierbar.

Die Strukturierung der Interessen-Seite in die einzelne und gesellschaftliche, lässt die Funktionen und Probleme des Neoliberalismus und seiner Alternativen vereinfacht darstellen.

Sind mehrere Grundstrukturen vereint, zwingen diese Formen die Ökonomie zum Wachstum – das heißt, zur Ausdehnung nach innen - als „Privatisierung“ zum Beispiel - und zur Expansion nach außen, der Globalisierung. Die Interessen äußern sich im Ökonomischen überwiegend als Erweiterungsziele, die mit Investitionen, Kreditaufnahme, Verschuldung verbunden sind. In einer möglichen Analyse

erscheint dies als ein objektiver Zwang zum quantitativen und zum qualitativen Wachstum - zum Beispiel zur Verbesserung der Arbeitswerkzeuge und dem Organisationsniveau. Die Herkunft dieser allgemeinen und objektiv ablaufenden Tendenz der Entwicklung macht die konkrete und spezialisierte Anwendung des allgemeinen Vorganges verständlicher.

Widerspricht die Annahme der objektiven und sogar beschleunigten Entwicklung nicht solchen Tatsachen, wie das Sinken der Löhne und der Transfereinkommen und die Verarmung von sozialen Schichten, in den Industrienationen, sowie den öffentlichen Einsparungen in sozialen und kulturellen Bereichen? Die Entwicklung ist allgemein und es ist nicht festlegbar, wo sich das im einzelnen zeigt.

Die Entscheidung über die geographischen, sozialen oder sachlichen Orte der Investitionen wird von der Höhe der Rentabilität abhängig gemacht. Ein Investieren in Industriestaaten bedarf zu viel der dort gemachten Gewinne, will man die gleiche Rentabilität wie in Ländern der zweiten und dritten Ökonomie erlangen. Andererseits werden die Gewinne in den Ländern der ersten Ökonomie dadurch erhöht, dass man Löhne, Steuern, Sozialabgaben möglichst niedrig hält.

Die Interessen der Unternehmerkollektive gelten zwar als frei und es wird deshalb dem einzelnen Unternehmen positiv angerechnet, wenn es die zusätzlichen Gewinne aus der Lohnersparung und der Steuerkürzung in Ländern investiert, deren ökonomisches Niveau dadurch angehoben wird. Das ist aber ein politisch-ideologisches Konstrukt, von beiden Seiten errichtet. Tatsächlich bewirken die globalen Märkte als Interessen-Netze und die Objektivität der „allgemeinen Entwicklung“ jene Dynamik und deren Richtung zugunsten der Gesellschaften mit der höheren Rentabilität, auf eine „objektive“ Weise, die von politischen Willensbildungen relativ wenig beeinflusst wird.

Es ist für das einzelne Unternehmen zum Beispiel durchaus möglich, gegen den objektiven Trend der Ausdehnung der technologisch-ökonomischen Größen, zu verstoßen. So kann die Kapazität zurückgefahren werden, um auf einem verkleinerten Markt wieder die Gewinnzone zu erreichen. Aber die stillgelegten Produktionsfaktoren, die ausgefallenen Arbeitseinkommen, und entsprechende Nachfrage, hemmen die globalen Investitionen, welche möglicherweise von diesen Gewinnen gemacht werden.

Die Kaufkraft der einzelnen Länder kann in einer globalen Ökonomie kaum noch voneinander getrennt werden. Wenn auch vorläufig noch gilt, dass die sinkende Nachfrage in den betroffenen Sozialschichten der traditionellen Industrieländer mit der steigenden Kaufkraft in den Ländern der zweiten und dritten Ökonomien ausgeglichen wird, ist das dennoch keineswegs beruhigend. Es ist einer der vielen Umwege und Verlangsamungsprozesse, welcher die hiesigen ökonomischen Möglichkeiten ausbremsen.. Deren Bremseffekte und Verschleierungen werden oft dafür verantwortlich gemacht, von der gründlichen Erarbeitung tragfähiger Lösungen abzulenken. Auch die politische und soziale „Gesamtrechnung“ darf nicht vergessen werden, in welcher die Stilllegungen und die Verlagerungen von Kapital in der Ersten

Ökonomie die Folgekosten von der Seite des einzelnen Kapitals auf die Seite der „Arbeit“, sowie der gesetzlichen Sicherungssysteme und der steuerfinanzierten Lohnersatzleistungen verschieben.

Hier können zur Analyse der Weltwirtschaft die theoretischen Überlegungen zur Arbeitswertlehre heran gezogen werden. Das sind die marxistische Arbeitswertlehre und die kapitalistisch-bürgerlichen „monetären Werttheorien“. Die erstere legt die Betonung auf Aussagen zur Gestaltung des Gebrauchswertes und zur Anwendung der Arbeitskraft in der Produktion. Die kapitalistische Theorie berücksichtigt eher die monetäre Vermittlung, aber auch die Produktionsstruktur, den Arbeitsaufwand, physische Verflechtungsbilanzen und Ähnliches.

Als Ursache für die Preise werden einerseits die Marktmechanismen gesehen, vor allem die der abstrakteren des Geldes, der Kreditmarkt zum Beispiel. Auf der marxistischen Seite werden als primäre Ursache der Werte die Produktionskosten und von daher die Warenpreise gesehen. Beide Theoriegeflechte analysieren jedoch zwei Seiten der gleichen Sache. Wir reduzieren die Komplexitäten dieser konkreten Netze und der theoretischen Diskurse auf das Verhältnis der Werte der Produktionsfaktoren, vor allem der technologischen Mittel, und der Interessen, die im Zentrum der Märkte, der Nachfrage dort stehen, aber auch der freien Zukunftsgestaltung als Zielsetzungen. Die Reduzierung auf „Mittel“ und Interessen liegt „quer“ zu den beiden Großtheorien. Das heißt, beide enthalten E-Strukturen und I-Funktionen. Diese Reduzierung hat aber nicht nur den Vorteil, ökonomische Komplexität sinnvoll zu reduzieren und zu klären, sondern sie erlaubt auch den theoretischen Anschluss an andere Kulturbereiche. Vor allem den praktischen Anschluss an dadurch erleichterte politische Entscheidungen.

Eine damit verbundene Entwicklung ist dazu beispielsweise die historisch zunehmend wichtiger gewordene Auseinandersetzung zwischen den individuellen Wünschen, Interessen und den kollektiven, gesellschaftlichen Interessen. Es heißt, die bürgerliche Weltanschauung hebt die individuelle Entscheidungsmöglichkeit hervor und die realsozialistische Ideologie betont die Interessenlage von Kollektiven, wie die der Gesamtgesellschaft. Auch hier geht es in konkreten und praktischen Anwendungen der Ideologien, wie das im technologisch-ökonomischen Bereich unumgänglich ist, um meist kleine und verschwindende Unterschiede.

Abstrakt, geht es um das Wechselverhältnis zwischen den verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft. Das schützt aber nicht vor der Entstehung von Ungleichgewichten. In neoliberalen Ökonomien kann das ein Mangel an neuen, umfassenden und strategisch leitenden gesellschaftlichen Gesamtinteressen sein. Während in realsozialistischen Ökonomien zu wenig an die wirtschaftlichen Funktionen der Individualinteressen gedacht wurde.

Die „Verschuldung“ kann als ein weiteres Grundcharakteristikum der 1. Ökonomie angesehen werden. Obwohl es nicht unmittelbar mit der Leistungsgesellschaft verbunden ist, eröffnet das Verschuldungsprinzip in Verbindung mit dem

Konkurrenzprinzip, ein weites Feld von „Risiken“. Die Annahme des formalen „Konkurrenzprinzips“ bedeutet, dass es unterscheidbare Interessen und deren Organisiertheit gibt. Wichtiger als die Begleiterscheinungen Verschuldung und Risiko - Zunahme sind aber für die systematische Einordnung der Ersten Ökonomie die quantitativen und qualitativen Ausweitungstendenzen, in vielerlei Art. Zum Beispiel die Erweiterung der Märkte oder die Hinzuziehung immer neuer Technologien, zur Erzeugung höherer Qualitäten der Waren und Dienstleistungen. Der objektive Zwang zum Wachstum bestimmt die Kreditierungsmechanismen, das neoliberale Wirtschafts- und Geldsystem, sowie die Geldpolitik.

Wir sehen darin Varianten der „allgemeinen Entwicklung“. Dieses Prinzip führt mit Notwendigkeit zur Expansion, aber im Zusammenhang mit der Konkurrenz, der Interessenvielfalt, auch zu Widersprüchen im System, zu „Schädigungen“ an ihm bis hin zu seiner Selbstzerstörung.

Neoliberale Theorie.

Beispielsweise verspricht die Theorie des Multiplikator-Effektes weitreichend positive Folgen von zunächst negativen Maßnahmen. So könnte eine Steuerentlastung der Unternehmer über die Zwischenstationen, Investition, Gewinnerhöhung, zu höherer absoluter Steuerzahlung führen. In der ökonomischen Praxis gibt es jedoch ständig neue Freiheitsgrade, die diese theoretisch konstruierten Zusammenhänge stören. Es ist aktuell sehr viel wahrscheinlicher, dass die erhöhten Gewinne im Ausland investiert werden. Aus diesen Gründen wird der Wissenschaftler empirisch vorgehen müssen. Wenn vorher festgelegte Zielmargen am konkretem Erfolg geprüft werden, zeigt sich, dass die Hoffnungen neoliberaler Theorie in zu vielen Projekten nur in geringem Maße erfüllt worden sind.

Marxistische Theorie

Hier sei kurz auf das zentrale Argument des tendenziellen Fallens der Rentabilität eingegangen. Wir betrachten diese Tendenz als eine spezielle Variante der „allgemeinen Entwicklung“. Die Durchkapitalisierung der Welt bedeutet, dass in weitreichender Weise gesellschaftliche Verhältnisse zu Waren oder zu Produktionsmitteln werden. Ihr Absatz und ihr Einsatz bedarf der weiteren ökonomischen Ausweitung, soll die relative Rentabilität erhalten werden. Wird das zunehmend nicht möglich, muss die Profitrate sinken. Das kann zum Beispiel die technologische Entwicklung verzögern.

Die Ökonomie eines erweiterten öffentlichen Beschäftigungssektors.

Die „Erste Ökonomie“ muss konfrontiert werden mit dieser ihrer möglichen Alternative. Es ist eine Variante der Leistungsgesellschaft, welche versucht, Investitionen – Wachstum an Kapitalgütern – nur in dem Maße zu generieren, wie es gleichgewichtig möglich ist, um den Konsumgüter-Absatz zu erweitern. Dabei können beide Bereiche durchaus dynamisch wachsen, nur eben in ungefährer

Parallelität. Des weiteren gehört es zu dieser fortentwickelten Ökonomie, dass alle verfügbaren Produktionsfaktoren – insbesondere die menschliche Arbeitskraft – ökonomisch eingesetzt werden können. Und schließlich herrscht hier die Zielsetzung vor, gleichgewichtig zur Globalisierung und zur Durchkapitalisierung aller Verhältnisse – also zu den Merkmalen der Ersten Ökonomie - die ökonomischen Verhältnisse in Ländern der 2. und 3. Welt zu entwickeln.

In der Geschichte und in der Praxis gibt es allerdings nur Ökonomien, welche Mischungen aus Strukturzügen des Konkurrenzprinzips und der gleichgewichtigen Zusammenarbeit sind. Und beide haben andererseits, dann auch nebeneinander, die beiden Zielsetzungen der Profitgewinnung, und auch ebenso das Ziel, unabhängig von Rentabilitätsmaßstäben zu wirtschaften. Dennoch ist die genannte Unterscheidung wichtig. In der historischen Praxis entscheidet sich die Gesellschaft danach, wieviel Nutzen und auch welche Nachteile die beiden systematischen Ansätze ihr bringen.

Finanzsektor

Die bloße Geldansammlung ist zunächst eine formale Seite, es geht in der Hauptsache darum, welche Investitionsentscheidungen von den Geldsammelstellen getroffen werden. Darin besteht letztlich auch die gesellschaftliche Zielsetzung (Ig) und die Machtausübung der Banken, Versicherungen, Fonds etc. Der politische Vorwurf besteht darin, dass weder alle Betroffenen, Gruppen und Einzelpersonen, bei der Konzipierung dieser gesellschaftlich relevanten Ziele mit bestimmen können, noch dass diese Entscheidungen für Mehrheiten inhaltlich akzeptabel sind.

Der Sinn und daher die Ziele der Strukturen und Funktionen der Geld- und Kapitalmärkte ist die Durchkapitalisierung möglichst vieler gesellschaftlicher Verhältnisse. Dazu dient die Erhaltung und Erhöhung der Rentabilität. Um diese - sowie die Kapitalien selber - zu sichern, werden Hilfsstrategien eingesetzt. Sie sind von solchen der weiteren Profitmaximierung in der Realität kaum zu unterscheiden. Es geht dabei um die Vermeidung konkurrenzbedingter Verluste und um die Abwendung potentieller Gefahren weitreichender Zusammenbrüche. Typischerweise aber erhöhen derartige Präventionsmaßnahmen auch zugleich die Risiken von Zusammenbrüchen im Bereich von Finanzanlagen, Großkrediten und Währungen.

Was ist mit der Behauptung gemeint, diese Finanzmassen würden „frei in der Luft schweben“, und darum unkalkulierbare Risiken erzeugen? Diese Geldvermögen, so groß, unberechenbar in ihrer Wirkung und konzentriert in wenigen Händen sie sein mögen, sie werden stets wieder - eher früher als später – in der Realökonomie erscheinen. Dennoch verbinden sich mit diesem Zustand der Vermögenskonzentration massive Probleme, die man kennen sollte, um die ökonomischen und sozialen Strukturen vor möglichen Gefährdungen zu schützen, und um Änderungen zu

erarbeiten.

Diese finanziellen Mittel werden den Konsumbereichen und der öffentlichen Hand und damit überwiegend der Normalbevölkerung entzogen. Die Vermehrung des privaten Geldvolumens bringt die Inflationsgefahr mit sich. Aber auch umgekehrt, birgt der Mangel an Anlagemöglichkeiten für alle Beteiligte Gefahren.

Vor Letzterem wird die Weltwirtschaft zur Zeit dadurch bewahrt, dass vor allem die VR China, Indien und Länder des ehemaligen Realsozialismus fast unbegrenzt rentierliche Anlagemöglichkeiten bieten. In dieser Zeit einer globalen Beschleunigung der Akkumulation ist eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen, wie weit der Nachfragemangel nach Konsumwaren von den inländischen Konsumenten, vom Handel und der Konsumgüterindustrie der ersten Ökonomien akzeptiert wird.

Finanzpolitik

Sie ist ein zentrales Element der Wirtschaftspolitik, weil es bei ihr um das Verhältnis der I_g zu den möglichen E -Niveaus und deren Erweiterungen in der abstrakten Vor-Form der Geldmittel geht, konkretisiert als Differenz der Einnahmen und Ausgaben aller öffentlicher Haushalte, als Investition und E -Erweiterungen. Es geht dann bei der Generierung von Einnahmen zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben, um eine nachhaltige Förderung des wirtschaftlichen Wachstum und hilfsweise um die Stabilisierung der Konjunktur in Krisen, durch antizyklische Fiskalpolitik. Zum Beispiel als Umverteilung von Geld zur Milderung der Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Profit/Rentabilität als vorherrschendes Prinzip.

Ein kapitalistisches Grundprinzip ist die ständig weiter zu erhöhende Rendite. Das Konkurrenzprinzip in Verbindung mit den technologischen Fortschritten sind die wichtigsten Ursachen für die Chance und die Notwendigkeit, Profite zu machen und diese zu steigern. Sowohl in den Wissenschaften wie in allen technologischen Bereichen und in der damit verbundenen Ökonomie in allen Sektoren, sind Entwicklungsbeschleunigungen zu beobachten. Und dadurch eine zunehmende Verschärfung der Konkurrenzsituation mit allen ihren Folgen. Dies kann als allgemeine Beschleunigung der E -Entwicklung verstanden werden, jener Mittel, die ökonomisch als Kapital und technologisch als Hilfsstrukturen konkret werden. Das ist eng mit der Zunahme der I -Seite, der Erweiterung der Zielsetzungschancen verbunden. So werden „Krisen“ unausweichlich, wenn die „ I “ nicht gleichgewichtig mit der objektiven E -Dynamik gesellschaftlich und politisch gefördert werden. Die Investitionen geschehen jedoch weitgehend ohne jene Kontrolle, welche für das Gleichgewicht von Investition und Konsum sorgen würde.

Investition

Die Einteilung in Unternehmer und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose wird spezifischer und analytischer gefasst, wenn man die Zweiteilung Investition und Konsum wählt; die politisch wichtige Zweiteilung von Angebots- und Nachfragepolitik lässt sich dann damit verbinden.

Die an betriebswirtschaftlichen Überlegungen orientierte Politik der Kostensenkung, allgemein des Sparens, führt zu geringerer Wertschöpfung und sinkendem Wohlstand in den betroffenen Konsumbereichen. Der Sinn dieser Sparmaßnahmen besteht hauptsächlich darin, die ersparten Finanzen in Investitionen zu lenken. In diesem Falle sind Verluste im Konsumgüterbereich mittelfristig ausgleichbar.

Zu den politischen Strategien zur Erhöhung der Investitionen gehören weiterhin und vor allem Steuererleichterungen für jene Einkommen und Gewinne, welche zu investieren in der Lage sind.. Dadurch werden Finanzmittel in Bereiche gelenkt, deren Rentabilität höher sind als in Bereichen der öffentlichen Finanzierung. Wenn aber die der Steuer entzogenen Gelder inländischen Investitionen nicht mehr rentabel genug angelegt werden können, geht das derart öffentlich geförderte Kapital ins Ausland. Wachstumsschwäche, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit werden durch diese Politik direkt und indirekt mit verursacht.

Rationalisierung

Diese Art der Investition ist ein Beispiel dafür, dass zwar betriebswirtschaftlich Produktivitätsgewinne gemacht werden, jedoch gesamtwirtschaftlich Verluste entstehen, wenn Arbeitsplätze verloren gehen. Makroökonomisch ist jede weitere Rationalisierung zunächst unwirtschaftlich, wenn dadurch im Inland eine höhere Arbeitslosigkeit mit ihren hohen gesellschaftlichen Kosten erzeugt wird. Die mikroökonomischen Vorteile der Rationalisierungen können sich jedoch für die gesamte Volkswirtschaft durchaus positiv auswirken. Da auch hier die Situation zu komplex ist, muss man den Marktmechanismus wirken lassen, ihn jedoch wirksam in theoretischer und praktischer Hinsicht beobachten, um ihn gegebenenfalls zu ergänzen.

Andererseits bewirken wirtschaftspolitische Strategien, wie zum Beispiel die „Privatisierungen“, als Effekte, die der Rationalisierung widersprechen. Nämlich dann, wenn beispielsweise an die Stelle zentraler „gesetzlicher Sozialversicherungen“ eine erheblich größere Anzahl von Privatversicherungen tritt, die sich nicht wie die zentrale Organisation durchrationalisieren lassen..

Wachstum

Die objektive E-Entwicklung und deren Beschleunigung zeigt sich vielfältig. Beispielsweise konkret in der Innovationsfähigkeit und -dynamik. Das soll die Zukunftsfähigkeit der Industriegesellschaften und der einzelnen Unternehmen garantieren. Ein Großteil der politischen Maßnahmen versucht alles Mögliche, um ein innovationsoffenes gesellschaftliches Umfeld zu haben, die Wissenschaften zu

fördern und um Forschung, Entwicklung und Wissen mit der Ökonomie zu verbinden. Dazu kommt die Förderung der formalen, aber wichtigen Rahmenstrukturen, wie zum Beispiel die Vertiefung der Arbeitsteilung weltweit, oder die Wettbewerbsdynamik.

Das Wachstum differenziert sich weiter, so die Dienstleistungen und im Produktbereich. Was aber fehlt sind grundsätzlichere Überlegungen, zum Beispiel, wie das innere und äußere Wachstum langfristig gesichert werden kann..

Das Wachstumspotential der Produktions- und Wissensgesellschaft erlaubt heute nicht nur die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen unbegrenzter Art, sondern auch eine kreative Politik, welche neue Käuferschichten erschließt, solche die bisher keinen Anschluss an die technologischen Innovationen fortgeschrittener Gesellschaften hatten. Auch diese bisher vernachlässigten Menschen müssen in das jeweils höchste Niveau von Produktion und Konsum einbezogen werden. Das ist für den speziellen Bereich der Bildungspolitik bereits Konsens. Dort gilt es diese Potentiale der modernen Produktionsgesellschaft, ihre Investitionskraft, auszuschöpfen und optimal zu fördern.

Sieht man im ökonomischen Wachstum den Schlüssel für die Senkung der Arbeitslosigkeit, dann bieten sich zuerst die traditionellen Expansionsmöglichkeiten an. Das ist heute vor allem auch die Eroberung der Weltmärkte, etwa durch Senkung der eigenen Kosten und Steigerung der Produktivität. Vor allem wird das durch Erfindungen, neue Technologien und organisatorische Innovationen bewirkt. Die Idee des „Multiplikatoreffektes“ lässt dann auf eine Vermehrung von inländischer Investitionskraft und von Arbeitsplätzen hoffen.. Das ist als theoretisches Konstrukt nicht zu widerlegen. Aber allein die theoretische Komplexität ist hier sehr groß und daher für wirtschaftspolitische Aussagen zu unsicher. In der Praxis bleibt dann nur die Feststellung des jeweiligen Ergebnisses auf empirische Weise, und die ist in Hinsicht auf Wachstum und Beschäftigung offensichtlich zu gering.

Erfolge hat eine derartige Strategie aber durchaus, dann wenn das deutsche Kapital auf internationale Märkte trifft, wo Investitionen noch rentabel sind und der Konkurrenzdruck gering ist.

Neben einer idealen ökonomischen Landschaft, die ständig fortschreitender technologischer und organisatorischer Innovationen und den dazu gehörenden Nachfragekapazitäten, gibt es in der Realität jene Unternehmen, die Produkte anbieten, welche technologisch nicht auf dem neuesten Stand sind, und es auch nicht sein müssen. Diese ökonomischen Anbieter brauchen ebenfalls erweiterte Märkte. Und es gibt für sie durchaus auch potentielle Abnehmer dieser traditionellen Produkte. Aber weder diese noch die Produzentenseite wird wirtschaftspolitisch ausreichend gefördert.

Ein international erweiterter öffentlicher Beschäftigungssektor müsste diese spezifische Art neuer Wachstumsspielräume und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten und wahrnehmen, da das die traditionell festgelegten Unternehmen oft nicht vermögen.

Das geldpolitisch initiierte Wachstum – die Kreditzinsen in Japan und den USA

waren zeitweilig extrem niedrig – kann wohl die Arbeitslosigkeit senken. Die Erhöhung der öffentlichen und privaten Verschuldung hat dann aber nur das Krisen-Szenarium umdekoriert. Aus dererlei Selbstblockaden aus inneren Widersprüchen kann das eÖ-Projekt herausführen. Es bietet die Chance, seine Investitionskredite mithilfe einer global erweiterten Nachfrage auszugleichen. Allgemeiner gesagt, führt nur eine Anbindung, Rückbindung der Finanz- und Geldpolitischen Sphäre an die reale Produktion- und die Verbrauchsebenen einen längerfristig sicheren Ausweg aus Krisenerscheinungen.

Da sich Wettbewerbsvorteile meist nur kurzfristig realisieren lassen, folgt ihrer Dynamik bald die nächste Runde. Die Gefahr für die Arbeitsplätze oder auch als die der Deflation.

Anders ausgedrückt, das Profitsystem benötigt diesen Antrieb, jede Stagnation ist genau so riskant wie die geschilderte sich beschleunigende Dynamik.

Globalisierung

Die wirtschaftspolitische Hauptstrategie der Nationen und der Einzelunternehmen ist seit vielen Jahren, die Weltmärkte für eine Reihe von Industrieprodukten zu erobern. Das zeigt sich unter anderem an den jährlich gefeierten Exportüberschüssen. Die Ziele dieser Strategien sind zu erreichen, wenn die Faktorkosten relativ niedrig bleiben.

Die nationale und regionale Verteilung des Kapitaleigentums ist dabei weniger wichtig, dagegen aber die Probleme, die ein Mangel an Investitionen in Regionen bei uns oder sonst wo in der Welt mit sich bringen. Die Freiheit der Kapitalmärkte lässt es zu, Investitionen und Gewinne beliebig über den Globus zu verteilen, je nachdem wo die Rentabilität am höchsten ist. Und der Wettbewerbsmechanismus erzeugt eben so sicher auch Verlierer in dieser Dynamik. Die deutsche Wirtschaft ist in vielen Bereichen Weltmarktführer. Was ist aber mit den Branchen, die früher oder später nicht mehr dem internationalen Wettbewerb in Produktivität, Innovationsfähigkeit, Produktqualität gewachsen sind? Auch für die augenblicklichen Gewinner des globalen Wettlaufs gibt es keinerlei Garantien, dass nicht morgen es schon irgendwo auf der Welt jemanden geben wird, der zu niedrigeren Kosten und zu besserer Qualität produzieren kann. Dass hier in den nächsten Jahren zunehmend mehr Menschen zu den Verlierern gehören werden, hat die politisch Verantwortlichen bisher noch nicht ernsthaft berührt. Es gibt keinerlei weitreichende strategische Vorkehrungen dafür.

Wenn es im Inland – etwa im Vergleich mit anderen Ländern – nur ein schwaches Wachstum gibt, dann liegt dem auch eine Entscheidung der Kapitaleseite zugrunde, bevorzugt weltweit zu expandieren und deshalb auf Investitionen zur Kapazitätsausweitung und Arbeitsplatzzerhaltung im Inland, etwa in Konsumgüterbereichen oder im Handel, zu verzichten.

Der Ausfall der privaten und öffentlichen Nachfrage im Inland soll kompensiert werden durch die Investitionen im Ausland und den gesteigerten Export aller Güterarten.

Solange das gelingt, ohne dass es politischen oder sozialen Widerstand angesichts der Lohnkürzungen, der Arbeitslosigkeit etc. gibt, kann allerdings weder von einer politischen Krise noch von einem Versagen des politisch-ökonomischen Systems gesprochen werden.

Verschuldung

Die Erhaltung der Rentabilität und ihre notwendige Steigerung in der Konkurrenzökonomie ist mit Kreditierungen und Verschuldungen verbunden.

Der weltweite Wettlauf geht um den jeweiligen Investitions-Vorsprung. Ihm werden in den ökonomischen Zentren die Faktorkosten, vor allem die Löhne untergeordnet. Neben den Kosteneinsparungen müssen immer mehr Kredite aufgenommen werden. Es fragt sich in der ökonomischen Praxis dann, wer von den möglichen Trägern des Wachstums – Verbraucher, öffentliche Hand oder privates Kapital – welche Verschuldungsgrade zu tragen haben. Sind beispielsweise die privaten Haushalte nicht willens oder nicht in der Lage – auch weil die Löhne gesunken sind - sich weiter zu verschulden, dann wird der Staat zu keynesianischer Wirtschaftspolitik greifen müssen, um Krisen zu bekämpfen, die vom mangelndem Wachstum drohen. Dazu gehört zum Beispiel die Absenkung der Kreditzinsen und die Steuerentlastung für privatkapitalistische Investoren.

Im neoliberalen System gilt also, wer mehr als die Mitbewerber investiert, der gewinnt – normalerweise – den Wettlauf. Ebenso zeigt sich auch hier wieder die unumstößliche Eigenart der Konkurrenzökonomie, dass es stets neben den Gewinnern auch Verlierer geben wird.

Widersprüche

Es kommt in der kapitalistischen Ökonomie zu zahlreichen inneren Widersprüchen, von denen einige genannt seien.

So ist die Form der Marktwirtschaft prinzipiell deshalb in Hinsicht der Investitionen und des Konsumniveaus unsymmetrisch, weil das Kreditierungs- und Investitionsprinzip stets einen Vorlauf hat.. Aus strategischen Gründen ist es oft wichtig diesen auszubauen. Wird aber das Ungleichgewicht zwischen Investition und Konsum allzu groß, dann kommt es zu krisenhaften Erscheinungen.

Einerseits gilt, dass Löhne ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Nachfrage sind und diese wiederum weitere Investitionen anregen und Arbeitsplätze schaffen, andererseits brauchen die Unternehmen niedrige Löhne, weil sie dadurch Gewinne machen, um investieren zu können.

Die Minimierung der Kosten anderer Produktionsfaktoren ist zwar auch ein Ziel, aber die Senkung der Lohnquote genießt in der Praxis letztlich immer Priorität. Die Produktivitätssteigerungen werden unter dem globalen Konkurrenzdruck nicht für

Lohnzuwächse verwendet, sondern kommen hauptsächlich der Renditesteigerung zugute. Und damit meist der arbeitsplatzsparenden Investition.

Es ist geradezu so, dass von den wichtigsten global players die inländischen Masseneinkommen bewusst beschnitten werden. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Bereich des privaten und des öffentlichen Konsums, wird zurück gefahren, um so zusätzliche Investitionsmittel zur Eroberung der Weltmärkte zu erhalten. Dazu gehören neben Lohnverschlechterungen beispielsweise auch die Verschlechterung der Steuersituation der Arbeitnehmer und die relativen und absoluten Kürzungen der Sozialausgaben. Die bürgerliche Linke beklagt, dass die Lohnquote ständig sinkt, ohne zu realisieren, dass dies sowohl die politischen Verantwortlichen wie auch die Kapitaleseite geradezu begrüßen und verstärken müssen, wenn das strategische Ziel der ununterbrochenen Kapitalverwertung erreicht werden soll. Jeder moralische Protest geht daher ins Leere. Man sollte die Zeit besser nutzen und strategische Alternativen finden.

Es geht in der wirtschaftspolitischen Praxis heute vor allem um die Frage, müssen die Löhne im Inland, die Konsumseite, weiter gekürzt werden oder reichen die Investitionsmittel für die globale Expansion, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Dies wird hauptsächlich dadurch entschieden, wieweit für die beteiligten Unternehmen global genügend rentierliche Investitionschancen bestehen. Da das auf absehbare Zeit in hohem Maße der Fall ist, werden die Löhne im Inland nur wenig steigen und Arbeitsplätze weiterhin verloren gehen. Eine systematische Umkehr bleibt ausgeschlossen. Das heißt, das „Arbeitsvolumen als Ganzes“ wird ständig geringer werden. Das kann sich dann auf Teilzeitarbeitsplätze oder ähnliche organisatorische Formen verteilen. Deshalb bleibt allein der Weg, eine Parallel-Ökonomie aufzubauen, die nicht unmittelbar an diese Zwänge gebunden ist.

Ein weiterer innerer Widerspruch des Systems resultiert aus diesen genannten Widersprüchen. Es ist derjenige zwischen zunehmender Armut und wachsendem Reichtum im Konsumtivarbereich. Er ist abgeleitet von der Unsymmetrie zwischen der Teilhabe an den investiven Entscheidungen und dem Ausgeschlossenensein davon. In den Industrieländern ist der allgemeine Wohlstand in weiten Bevölkerungsschichten größer denn je zuvor. Deshalb ist diese Problematik nicht mit der absoluten Armut in Ländern der Dritten Welt zu vergleichen. Aber auch eine relative Verarmungsdynamik bewirkt eine Zerstörung des Gesamtkollektivs; was in Details heute schon erkennbar ist. Der Begriff von Armut weitet sich in den Ländern der ersten Ökonomie zudem aus, wenn die Mittelschichten um Arbeit, Einkommen, Einfluss und Status gebracht werden.

Wie können die verarmenden Schichten aufgefangen und mitgenommen werden, wenn der die Gesellschaft auftrennende Grundmechanismus, als innere Funktion des sich globalisierenden Kapitalismus, weiterhin ungebremst wirkt?

Ein weiterer Widerspruch verschärft den Gegensatz von Verarmung und Reichtum noch: Um die Produktivität durch technologische Verbesserungen zu heben, achtet die Industrie und die öffentliche Hand erfolgreich darauf, Forschung und Organisationskraft ständig zu verbessern. Aber es ist bisher nicht gelungen, die durch

die Rationalisierung und Produktivitätszunahme freigesetzten Arbeitskräfte unterzubringen.

In dem weltweiten Informationsaustausch vergleichen sich die armen Völker und Schichten immer mehr mit den reichen. Wie kann dieser Widerspruch durch eine modernere Form der ökonomischen Globalisierung behoben werden? Auch zur Behebung oder Linderung dieses Widerspruchskomplexes bieten sich die Vorteile einer „2.Ökonomie“ an, welche die freigesetzten Arbeitskräfte am strategisch konzipierten Aufbau der technologisch-ökonomisch Basisstrukturen in den zu entwickelnden Ländern beteiligen lässt.

Ein weiterer und wichtiger Widerspruch innerhalb der Marktökonomie ist der zwischen Befürwortern und Gegnern niedriger Realzinsen. Hinter beiden geldpolitischen Entscheidungen stehen ernst zu nehmende Interessen. Der eÖBS kann als Steuerungsmechanismus auf die 1.Ökonomie eingesetzt werden, um die Gefahren der Inflation auf Grund niedriger Zinsen zu vermindern. Das geschieht, wenn die Kredite auf den Aufbau dieser 2.Ökonomie konzentriert werden. Denn damit wird ein produktives Gegengewicht zur Geldvermehrung geschaffen, und Investition sowie Konsum werden angekurbelt. Auch wird die Gefahr von deflationären Folgen geringer, wenn durch den Aufbau des eÖBS die Nachfrage auf allen Gebieten steigt.

Die meisten dieser innersystemischen Widersprüche würden zumindest abgeschwächt werden, wenn ein hohes ökonomisches Wachstum verbunden mit einer Erhöhung des Beschäftigungsstandes erreicht wird.. Die Strategie des extern initiierten Wachstums durch das eÖBS könnte einen Weg aus dem Stillstand und den blockierenden Widersprüchen führen.

Zusammengefasst kann man sagen, die Nebenfolgen aller ökonomischer Fortschritts- und Erweiterungsstrategien drücken die Inlandnachfrage nach unten und erzeugen Arbeitslosigkeit. Das ist für den nationalen Bereich eine Falle, aus der nur mit außerordentlichen Maßnahmen, wie dem erweiterten ÖBS, zu entgehen ist. Gibt es in der Bundesrepublik Organisationen, die das zu ihrer Gegenstrategie machen könnten? Der Front des Außenhandels und der Großindustrie stehen die Gewerkschaften, die Kommunen und die Binnenindustrie, der Binnenhandel gegenüber. Aber solche Vereinfachung zeigt nur quantitative Verhältnisse auf. Die öffentliche Hand, die Verbände und die Banken haben natürlich sowohl die globalen wie die nationalen Belange auf ihrer Agenda. Allein jene Arbeitsplätze, die diesen Prozessen zum Opfer fallen, finden keinen Anwalt. Solchen praktisch unlösbaren inneren Widersprüchen kann man durch eine Erweiterung des Systems als erweitertem ÖBS aus dem Weg gehen. Weitere scheinbar ausweglose Widersprüche und Konfrontationen in der täglichen wirtschaftspolitischen Praxis, die beispielsweise durch den Gegensatz von Ökologie

und traditioneller Ökonomie verursacht sind, soll jetzt nicht gesprochen werden. Ich deute nur an, dass auch die Mittelschicht, die KMU betroffen ist; z.B. müssten ökologische Erfordernisse den Straßentransport verhindern. Aber jede wirksame Maßnahme gefährdet diese mittelständigen Unternehmen.

Schäden, Krisen

Die Markt-Mechanik ist doppeldeutig. Der innere Widerspruch des kapitalistischen Leistungssystems besteht darin, dass das Streben nach Höchstrendite, der Kostensenkungswettlauf, die Motivation zu ständiger Mehrleistung, die Befreiung von Bürokratie, die Öffnung aller Märkte stets auch „Verlierer“, Gefährdete und Schäden erzeugt. Da diese Schäden aber seit einigen Jahren in allen industriellen Volkswirtschaften nicht mehr völlig durch ökonomisches Wachstum kompensiert werden können, entstehen nach unten gerichtete Spiralen mit sich selbst verstärkender Dynamik.

Dazu zählen beispielsweise die Entstehung von Lohnkürzungen, Handelsungleichgewichten, Sozialschäden. Die weit verbreitete Taktik, langfristig wirkende Investitionen, zum Beispiel die Ausbildung der Arbeitskräfte, zu streichen, steigert sicherlich die Rentabilität, oder erlaubt vielleicht zunächst das Überleben des Unternehmens. Jedoch führt das nicht nur ökonomisch in die Sackgasse, es verursacht zudem soziale und politische Schäden. Das eÖ-Konzept würde hier indirekt helfen, da es darauf angelegt ist, durch strategische öffentliche Investitionen die Rentabilität auch der KMU zu sichern.

Zu den inneren risikoreichen Blockierungsfunktionen der neoliberalen Ökonomie gehört die systematische Senkung in allen Lohnformen, und dadurch das Stagnieren der Konsumnachfrage. Der Sinn, den Unternehmen vermehrt Mittel zur Entwicklung neuer Produkte sowie zur Eroberung globaler Märkte zu überlassen, schwächt aber zugleich das Endglied jeder Produktionskette, den Konsum breiter Bevölkerungskreise. Die inländischen Arbeitsplätze werden in der Tendenz zudem durch diese Auslandsinvestitionen ersetzt.

Das Fatale daran ist, es führt kaum ein Weg an diesen Abläufen vorbei. Das eÖ-Projekt versucht allerdings, diese augenblicklich notwendigen Maßnahmen mit der Schaffung neuer Märkte und der Verbesserung der Beschäftigung im Inland zu verbinden.

Die innere Logik kapitalistischer Krisen resultiert aus - vor manchen anderen Ursachen, die aber als davon abgeleitet gelten können - dem Mangel an Verwertungsmöglichkeiten des sich aus der Produktion ergebenden zusätzlichen Kapitals, aus Gewinnen oder als Investitionsgüter.

Eine weitere Ursache für krisenhafte Erscheinungen hat genau entgegengesetzte Bedingungen; das ist ein möglicher Geld- und Kapitalmangel. Wenn etwa das Zinsniveau zu hoch ist; oder wenn die Endnachfrage nach Konsumgütern zu gering ist, und deshalb das Investieren, die Erhöhung des Kapitaleinsatzes nicht lohnt. Eine typisch betriebswirtschaftlich induzierte Krise war die Preissteigerung auf dem

Ölmarkt; das ist aber nur in zweiter Linie - so auf dem Umweg einzelunternehmerischer Illiquidität - eine Krisenursache. Denn die zusätzlichen Verbrauchsausgaben hierzulande erscheinen sofort als ebenso zusätzliche Nachfragesteigerung von Seiten der OPEC-Staaten.

Da jedoch diese quasi-keynesianistische Umverteilung der Einkommen und die sie oft begleitenden Kriegsausgaben und -einnahmen allzu wenig zur Erhöhung der globalen Produktivität und des Weltgesamtproduktes sowie der Erhöhung des Kapitaleinsatzes beiträgt, muss zur Verhinderung von Krisen der Anwendungsmangel für die Kapitaleseite strategisch - also auch über Umwege und Vorlaufphasen - behoben werden. Der wunde Punkt ist, dass wegen großer Investitionskosten die fehlende und sinkende Rentabilität während dieser Vorlaufphasen durch staatliche Hilfe gestützt werden muss.

Wenn aber große Projekte und entsprechende Investitionen fehlen, wenn die technologische und ökonomische Entwicklung (E) zu gering ist, kommt es in allen gesellschaftlichen Teilen, von der Finanzsphäre bis zu den sozialen Leistungen, zu Krisen.

Solange die Krise aber gering bewertet wird und sie für viele Konzerne nicht zur Gefahr wird – der Ausweg ist meist die eigene Investition in Ländern der 2. und 3. Welt - werden Modelle wie e.Ö., die in der Lage sind, die geschilderten Krisen-Ursachen zu beheben, noch nicht diskutiert.

Politik

Man muss die Entlassungen und die Lohnsenkungen nach erfolgtem technischem Fortschritt und der daraus folgenden Produktivitätszunahme, sowie die Absenkung der öffentlichen Finanzmittel für Soziales, Kultur etc. als Versuch interpretieren, dadurch international Wettbewerbsvorteile zu erlangen. Die Politik insgesamt, nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wird daran gemessen, ob das gelingt, und ob andererseits die Vorteile der erfolgten Zunahme der Produktivität an alle Bürger weitergereicht oder ob ein Teil der Gesellschaft davon ausgeschlossen wird.

Die genannten politischen Zielsetzungen und Maßnahmen verhindern, die Kluft zwischen reicher werdenden Schichten und weiterhin verarmenden zu schließen. Da das ein nationales und globales Geschehen ist, sollten Konsequenzen umfassender Art gezogen werden. Ob auf der EU-Ebene oder in Berlin, oder ob es internationale Bemühungen sind, etwa die der NGOs - fairer Handel, Verbot von Kinderarbeit etc. sind solche Versuche - es sind stets eher defensive Ansätze. Sie müssen durch aktive Veränderungen, wie der eÖ-Ansatz einer ist, ergänzt werden.

Das Hoffen auf Maßnahmen von WTO, UNO, ILO – WSK -Pakt hinsichtlich der Garantien von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Mindeststandards – kann das politische und ökonomische Handeln zugunsten der ärmeren Länder nicht ersetzen. Solche nationalen Maßnahmen, wie das eÖ-Projekt, sind effektiver und chancenreicher, weil es mit ökonomischen Vorteilen beider Seiten verbunden ist, und

auch weil es unmittelbarer wirken kann.

„2. Welt“ bei uns

Ökonomische und soziale Verhältnisse aus der 2. Welt breiten sich, aus den genannten Gründen, in den Gesellschaften der 1. Welt aus. In einem entscheidenden Maße kommen die preiswerteren Leistungen von Wanderarbeitern aus der 2. Welt hier zum Zuge. Das drückt das einheimische Lohnniveau nach unten. Auch andere gesellschaftliche Bereiche werden im Niveau gesenkt. Denn qualifizierte Arbeitskräfte werden im öffentlichen Bereich zunehmend zu teuer. Schulausbildung, Berufsbildung und viele Bereiche der Lebensführung geraten unter Druck. „Pisa“ und Lehrstellenmangel haben hier eine ihrer Ursachen.

Diese Anpassung der Gesellschaft „nach unten“ wird gesellschaftlichen Widerstand finden müssen. Innerhalb der kapitalistischen Globalisierung ist dieser Verlauf letztlich kaum aufzuhalten. Jedoch außerhalb der Marktzwänge, die nicht nur die Ursache für gesellschaftlichen Fortschritt sind, sondern auch für gesellschaftliche Rückschritte,

So können qualifizierte Arbeitskräfte im eÖ-Sektor untergebracht werden. Da das Niveau der eÖ-Arbeit strategisch den steigenden Erfordernissen der Empfängerländer angepasst wird, können die „Spiralen nach unten“ verhindert werden. Für immer mehr Teile der Bevölkerung in der 1. Welt ist es bereits heute notwendig, Verluste in ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Standards auszugleichen. Diese Verbesserungen, aber auch deren Fortentwicklung ganz allgemein, kann über die eÖ-Maßnahmen, mit den Verbesserungen der Standards in den Ländern der 2. und 3. Welt, verbunden werden, wenn die Arbeitnehmer hier wieder in Arbeit kommen, indem sie das ökonomische Wachstum dort fundieren.

Lage

Die Geldpolitik hält das Zinsniveau relativ niedrig. Die Finanzpolitik hat die Steuern für Unternehmer seit Jahren ständig niedriger gestaltet. Es wird aber trotzdem entscheidend zu wenig im Inland investiert. Die relativ hohen Börsenkurse der vergangenen Jahre verdanken sich in großem Maße den bundesdeutschen Investitionen in anderen Ländern, auch in solchen der 2. Welt. Hier hat das deutsche Kapital Wachstums- und Rentabilitäts-Chancen bisher ungeahnten Ausmaßes. Dabei darf nicht übersehen werden, in der weltweiten Konkurrenz sind die einheimischen Kapitalien technologisch, organisatorisch und finanziell auf vielen und entscheidenden Gebieten führend. Dennoch ist die einheimische öffentliche Finanzsituation und die soziale und arbeitspolitische Gesamtlage nach wie vor prekär. Die politische Hoffnung, diese Defizite dadurch zu beseitigen, dass der technologisch-ökonomische Vorsprung immer weiter ausgebaut wird, ist eine gewagte Hoffnung. Denn international führend in der Produktivität, in Qualifikationen und Motivation der Arbeitskräfte, bei Qualität und Neuheit der Produkte zu sein, ist gleichbedeutend damit, auch „Verlierer“ in diesen

Konkurrenzen zu generieren. In einer globalen Ökonomie kann das nicht ohne Rückwirkungen auf den „Sieger“ bleiben. Und vor allen Dingen wird in beiden Fällen unaufhaltsam Arbeitslosigkeit erzeugt.

Eine empirisch belegbare Tatsache, die aber theoretisch innerhalb der bisherigen Paradigmen nicht erklärbar scheint, ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern.

Das zwingt zu der Überlegung, ob die kapitalistische Ökonomie konstitutionell fähig ist, den brachliegenden Teil des Produktionsfaktors Arbeit zu verwerten.

International und national stehen zahlreiche wichtige Aufgaben auf der öffentlichen Agenda. Sie betreffen zum Beispiel die Wetter- und Klima-Gefahren, Müll- und Abwasserentsorgung – um nur einige zu nennen. Die Umsetzung scheitert nicht an der Gesetzeslage oder am fehlenden Willen oder an mangelnden Übereinkommen der Betroffenen und Beteiligten, sondern daran, dass das System der öffentlichen Beschäftigung und deren Finanzierung veraltet ist; das eÖ-System kann auch aus dieser Inaktivität herausführen.

Reformen, Faktorpolitik

Die politischen Entscheidungen versuchen mit zahlreich zur Verfügung stehenden Mitteln, die Preise und damit die Kosten der Produktionsfaktoren für die Unternehmerseite zu senken. Das betrifft vor allem die Lohnkosten.

Ein überall in den ersten Ökonomien diskutiertes Projekt ist die Erniedrigung der Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen. Deren Steuerfinanzierung erniedrigt letztlich wiederum das Lohnniveau.

Die neoliberale Theorie besagt, dass durch diese Einsparungen auf Unternehmerseite erhöht investiert wird, und dadurch schließlich Arbeitsplätze und Steuerzahlungen gesichert und vermehrt werden. Die Erwartungen an diesen Multiplikatoreffekt und daran, dass die Unternehmerseite deutlich mehr investiert als es die öffentliche Hand mit den Steuergeldern getan hätte, oder dass überhaupt im Inland zusätzlich investiert wurde, und dadurch Arbeitsplätze geschaffen wurden, kann kaum empirisch belegt werden. Jedoch ist offensichtlich und darf nicht tabuisiert werden, die Anzahl der Arbeitslosen ist für die ökonomische Dynamik kontraproduktiv.

Wohlfahrtspflege

Die politische Hoffnung wird darauf gesetzt, dass zum Beispiel beim Eindringen privater gewinnorientierter Unternehmen in die Aufgabenfelder der sozialen Dienste, in das Bildungswesen o.ä. gemeinnützige Vereine oder Träger der freien Wohlfahrtspflege ihre soziale Ausrichtung dennoch bewahren können, wenn nur die öffentliche Hand ihre Zuschüsse steigert. Wir halten das für eine Notlösung defensiver Art zu Gunsten der bisherigen Strukturen. Der aktive Weg wäre die Förderung beider Säulen dieser Entwicklung. Neben der Profitökonomie muss - tendenziell gleichberechtigt - zugleich eine soziale und kulturelle „Ökonomie“ entstehen, welche die stillgelegten Produktionsfaktoren nutzt, um neue Arbeitskräfte und deren

Produktivität zu gewinnen und zu nutzen

Nationale Abgrenzungen

Dass sich die Unternehmen durch Gewinnverlagerung und ähnliche Maßnahmen der inländischen Besteuerung entziehen können, ist ein soziales und moralisches Problem. Manche sagen, dass eine europäische und globale einheitliche Besteuerung die Problemlösung sei. Tatsächlich geht es aber um ein bezeichnendes Missverständnis. Die nationalen Regierungen achten immer noch darauf, den einheimischen Unternehmen global Vorteile an Investitions- und Expansionschancen zu sichern. Das geschieht auch, wenn dieses Kapital bereits niedrig besteuert wird und wenn es ins Ausland geht. Denn es bleibt dort in wesentlichen Aspekten den Interessen des Herkunftslandes verbunden, zum Beispiel in der Eigentums- und Gewinnperspektive. Konzepte, die auf den Nationalstaat beschränkt sind und globale Strategien ergänzen sich meistens.

Internationale Ökonomie ist mehr als Entwicklungshilfe und traditioneller kapitalistischer Handel. Die Erweiterungen und Wachstumsperspektiven in den Industrieländern sowie eine wachsende Weltwirtschaft braucht dazu effiziente Infrastrukturen in den Ländern der zweiten und dritten Welt. Nur so kann deren Integration in die Weltmärkte beschleunigt werden. Wie will man die Globalisierung gestalten, neue Märkte erschließen, wenn man die notwendigen Voraussetzungen dafür nicht ausarbeitet?

Einer Totalliberalisierung, die nur zu Lasten vieler Schwächeren geht - im eigenen Land oder in der Weltwirtschaft - muss ein Projekt zur Seite gestellt werden, das zuerst die grundlegenden Probleme angeht, um überhaupt einen Aufbau leisten zu können.

Die Schwellenländer werden nur dann zu dauerhaften Märkten, wenn es gelingt, die Lebensbedingungen in diesen Gesellschaften für die gesamte Bevölkerung zu verbessern.

Zusammenfassend gilt, alle diese Maßnahmen, von denen man hofft, auf einen höheren Wachstumspfad zu gelangen – wie zum Beispiel durch Steuererleichterungen, Subventionen, Sozialabbau, Erhöhung der Mobilität und Flexibilität der Produktionsfaktoren – sind sekundärer Natur. Von primären Notwendigkeiten sind dagegen neue technologische Entwicklungen und Erfindungen, sowie die Eröffnung völlig neuer Märkte. Veränderte Paradigmen in naturwissenschaftlich-technischen Bereichen sind in ihrer Spontaneität wirtschaftspolitisch und kurzfristig nicht herzustellen. Etwas anderes aber ist es mit der Eröffnung neuer Märkte.

Reformen bürgerlich-linker Maßnahmen

Mindestlohn

Arbeitszeitverkürzung
Hartz IV
Kombilohn
Ich-AG
Sozialversicherung
Freiwilliger Verzicht

Tatsächlich können im kapitalistischen System die Unternehmen, die an der Rentabilitätsschwelle arbeiten, durch die Anhebung der Lohnkosten gefährdet sein. Die Arbeitnehmer sind dann in einer Falle. Sie stimmen mit dem Unternehmer für Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung etc., um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Aber die Erhaltung dieser Grenzbetriebe ist garnicht im Sinne des kapitalistischen Systems. Es geht hier um die zwei Alternativen, die das kapitalistische System hat, die Erhöhung der Ausbeutungsrate oder die Erweiterung der Märkte. Das e.ö-System gehört zu Letzterem; es garantiert allen Beteiligten, dem bedrohten Unternehmer und den Arbeitnehmern einen möglichen Ausweg.

Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems: Reformen unter Hereinnahme von systemfremden Elementen: Ökonomie ohne Rentabilität und Profit.

Eine Voraussetzung für einen funktionsfähigen Wohlfahrtsstaat ist eine erhöhte Erwerbsbeteiligung. Nur so kann die Dynamik der Wirtschaft in strategischer Dimension gesichert werden.

Man muss dafür zweigleisig zu fahren lernen. Neben dem Funktionieren der Märkte muss es einen Sektor geben, in dem weder vernichtende Konkurrenz noch Profitmaximierung um ihrer selbst willen als Strukturelemente akzeptiert werden. Das entscheidend andere dort ist, die „Verlierer“ - Arbeitslose, Pleitiers, die Ökologie etc.- werden auf eine neue Weise in das Gesamtsystem integriert und zwar auch in ihrer ökonomischen Wirkung.

Dieser Sektor ist eine Variante der „allgemeinen Leistungsgesellschaft“. Das Leistungsprinzip ist – ebenso wie das ökonomische Prinzip - keineswegs an die kapitalistische, durch Konkurrenz erzwungene, Profit-Maximierung gebunden. In der kapitalistischen Ökonomie wird jede individuelle Leistung am Rentabilitätsniveau von Märkten gemessen. Diesem relativen Verhältnis steht der geleistete absolute Beitrag jedes arbeitenden Menschen gegenüber. Dieser kann zwar für die Rentabilität eines Unternehmens zu niedrig sein, aber er vermehrt das Bruttoinlandprodukt. Der als Leistungsanreiz gedachte Maßstab der jeweiligen Durchschnittsprofite zeigt sich nur für Einzelkapitale als tauglich. Von einem bestimmten Zeitpunkt an, verschlechtert sich die gesellschaftliche Gesamtleistung dadurch, dass die Minderleister keinen Arbeitsplatz haben.

Im Sinne der E-Entwicklungsbeschleunigung ist der „Antrieb“ der Rentabilitätsmaximierung sinnvoll. Aber das gilt leider nur für einen - nicht isolierbaren - Ausschnitt des gesellschaftlichen und auch des ökonomischen Lebens. Deshalb darf die allgemeine Leistungsvorstellung in der Bevölkerung nicht durch

einen eingegengten Begriff, der an globale Profitmaxima gebunden ist, gefährdet werden.

Es geht uns also um die drei Varianten der Leistungsgesellschaft, die kapitalistisch begrenzte, die unbegrenzt ausgedehnte allgemein gesellschaftlicher Art, wie beispielsweise die der Familie, der Ehrenämter oder der Freizeit und die dazwischen liegende der e.Ö.-Leistung, wo die professionelle Leistungserbringung einer neuen Form langfristiger Verbesserung des gesellschaftlichen Aufbaus dient, zum Beispiel des Sozialproduktes, der erneuerten Infrastrukturen etc

Investition und Konsum

National gilt es das Gleichgewicht „Investition-Konsum“ immer wieder herzustellen, zum Beispiel durch Erhöhung der Löhne. Das gelingt seit geraumer Zeit nicht mehr. Das Ausweichen in globale Investitionen verschiebt diese Notwendigkeit. Bevor dies global ins Gleichgewicht gebracht werden kann, leidet der Binnenmarkt daran, dass Lohn- und Arbeitsplatzdefizite entstehen.

Die Erhöhung der Faktor-Produktivitäten ist vorbehaltlos zu begrüßen, wenn die Nachteile daraus ausgeglichen werden. Die politische Darlegung lautet ja stets, die Umverteilung der Steuerlast zugunsten der Investitionen, ebenso die Senkung der Lohnkosten etc., dienen in einer folgenden ökonomischen Phase der Vermehrung der Arbeitsplätze. Das ist aber nur möglich unter der grundlegenden Bedingung der Einbeziehung neuer Nachfrage. Wenn es jedoch keine erhöhte und ausreichende Nachfrage gibt und die bisherige Nachfrage zudem durch das Paket von Lohnsenkungsmaßnahmen beeinträchtigt wird, entsteht weder Wachstum im ausreichenden Maße, noch die Chance für neue Arbeitsplätze im Inland.

Das wichtige Gleichgewicht von Investition und Konsum hat ihre Voraussetzung in einer ausgeglicheneren Verteilung der Einkommen und der Vermögen. Parallel zu allgemeinen Demokratisierungsforderungen ist das ein Projekt der bürgerlichen Linken. Aber die Umsetzung dieser Forderung, als eine Folge einer gleichgewichtigen Angebots- und Nachfrage-Politik, kann erst dann jenseits der neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftspolitik möglich werden, weil die globalen Investitionszwänge statt einer sinnvollen inneren Systematik allein die Perspektive der quantitativen Akkumulation haben. Der Profitstandpunkt wird dabei noch nicht verlassen. Die radikalere Struktur der eÖ-Vorstellung geht über die durch den globalen Investitionswettbewerb auch stattfindenden Verbesserungen innerhalb der bürgerlichen Ökonomie hinaus.

So wie die deutsche Industrie sich immer mehr und verstärkt um weltweite Märkte der traditionellen Art bemüht, so gilt schon heute für die Wirtschaftspolitik, ebenso intensiv die kommenden Märkte vorzubereiten. In den Ländern der 2. und 3. Welt besteht ein wachsender Bedarf an Gütern und Diensten, die in den kommenden Jahren zunächst zur Entwicklung derjenigen Basis notwendig sind, um die Investitionsgüter der 1. Ökonomie überhaupt nutzen zu können. Wer mittel- und langfristig Exporterfolge in diese Länder erzielen will, der muss mit helfen, dafür die Grundlagen zu legen.

Wir gehen davon aus, dass sich die Ökonomie der Industriestaaten nur wird behaupten können, wenn sie die eÖ-Strukturen an ihrer Seite hat. Und innenpolitisch kann nur mit Hilfe des eÖ-Projektes an der bisherigen Strategie festgehalten werden, bei hoher Wertschöpfung auch hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten etc. zu garantieren. Im derzeitigen und zukünftigen globalen Wettbewerb werden Erfolge – jenseits aller verbreiteten Hoffnungen, dass das auf dem bisher gegangenen Weg möglich sei – nur dann, aber auch gerade dann, zu erwarten sein, wenn eÖ verwirklicht wird.

Markt und Plan

Der Idee des „Marktes“ liegt die Hoffnung zugrunde, dass sich aus dem Konkurrenzgeschehen relativ harmonische optimale Problemlösungen ergeben. Übersehen wird dabei, dass dem Marktmodell die fortwährende Akkumulation des Kapitals, mit seinen Investitionszwängen - und den Folgen daraus - überlagert sind. Zu diesen Folgen gehören soziale – wie die Arbeitslosigkeit - und ökologische Fehlentwicklungen. Solange es keine planvolle, globale Ausgleichsbewegungen gibt, welche diese Fehler korrigieren könnten, kommt es zu Einseitigkeiten, die darin bestehen, dass es prinzipiell neben dem Wettbewerbsieger auch zu Produktionsfaktoren kommt, die im Konkurrenzkampf unterliegen. Der Sinn des eÖ-Systems ist es, diese Opfer des Marktsystems in eine umfassendere Ökonomie zu integrieren. Die eÖ hat vielleicht vermehrt planerische Elemente, dennoch sollte ihr Hauptkennzeichen eine sinnvolle und unvermeidliche Zusammenarbeit der beiden Paradigmen sein. Marktelemente und solche der Planung müssen einander ergänzend ineinander greifen. Die politische Arbeit wird zu einem großen Teil darin bestehen, das so abzustimmen, dass es nicht übermäßig viele zerstörerische Abläufe gibt.

Eigeninitiative und Selbständigkeit der Menschen sind für eine dynamische Ökonomie wichtig. Es geht uns darum, dass diese Antriebskraft für Wachstum auch wirkliche und stets weiterreichende Chancen hat. Eine Wirtschaftspolitik ist daher so anzulegen, dass die Selbständigkeit nicht nur herausgefordert wird, dass nicht nur immer neue Existenzgründungen möglich sind, sondern dass auch die Erweiterungen der Märkte als Rahmenbedingung besteht. Das Scheitern vieler Initiativen darf nicht leichtfertig auf die schicksalhaften Marktkräfte geschoben werden.

Gleichgewicht

Langfristig geht es auch um ein globales Gleichgewicht zwischen 1. Ökonomie und e.Ö., als eine Zusammenarbeit, die mögliche Fehlentwicklungen vermeiden lässt. Die eÖ-Betriebe werden, zunächst und wohl stets für sich genommen, nur eine relativ niedrige Wertschöpfung bewirken. Aber das Zusammenspiel von 1.Ökonomie und eÖ lassen der 1.Ökonomie die Chance, auf die grundlegenden Investitionen, welche die e.Ö.-Arbeit erstellt, ihrerseits rentabilitätsorientierte Investitionen zu errichten. Es wird immer wieder die Situation eintreten, dass die eÖ-Betriebe die

technische und organisatorische Basis aufbauen, und diese dann von Unternehmen zur Rentabilitätsmaximierung genutzt wird. Beide Arten der Anlageinvestitionen zusammengenommen sind das zukünftig Entscheidende für eine Volkswirtschaft. Das war in den Ländern zur Zeit der Anfangsindustrialisierung, mit externen Hilfen, ähnlich und erfolgreich. Der eÖ-Sektor würde dann heute, und in den Ländern ohne längere historische Akkumulationsphase, an die Stelle der öffentlichen Hand treten. Multinationale Unternehmen investieren und produzieren seit vielen Jahren, und ständig vermehrt, in Ländern der 2. und der 3. Welt. Ersetzt das nicht die Mühen eines eÖ-Aufbaus? Nein, diese Unternehmen investieren nur dort, weil in diesen Ländern Löhne, Steuern, Bodenpreise etc. niedrig sind und die Rentabilität deshalb hoch ist. Die langfristigen Nachteile aus dieser einseitigen ökonomischen Haltung will aber das eÖ-Projekt vermeiden.

Technischer, ökonomischer, sozialer Fortschritt

Hereinnahme von 2. und 3. Welt

Die Erweiterung des ÖBS

Welche anderen Perspektiven für die Gesellschaften mit 1. Ökonomie gibt es? Da die Rationalisierungsstrategien unaufhaltsam weiter gehen werden, und die Wirtschaftslandschaft sowie die Gesellschaft dadurch weiterhin verändert werden, gilt es, rechtzeitig neue ökonomische Strukturen zu diskutieren, solche, die diesen Veränderungen Stand halten können. Ob es das eÖ-Projekt ist, zu dem der Weg dann führt, sei dahin gestellt. Dass es aber langfristig angelegter staatlicher Vorbereitungen bedarf, wenn man die Weiterentwicklung der Produktions- und Leistungsgesellschaft absichern will, sollte nicht strittig sein. Politik sowie Wissenschaft und Forschung müssen im eÖ-Zusammenhang zunehmend problemorientiert sein, und langfristig Verantwortung für neue Konzepte übernehmen.

Philosophisch abgesichert wird das durch den Gedanken, dass die „E-Entwicklung“ eine objektive ist, das heißt, dass die quantitative globale Ausdehnung von Kapital und Produktion auf eine spezifische Weise vorzubereiten ist. Der eÖ-Übergang bietet sich dazu an.

Es kann für die gesellschaftliche und politische Opposition nicht allein darum gehen, das Profitsystem zu kritisieren. Vielmehr gilt es, die wirtschaftlichen Strukturen zu ergänzen. Die bisher fehlenden Teile werden durch das eÖ gebildet.

Theorie

Weltweit wächst die Kritik der „Nebenfolgen“ des globalisierten Neoliberalismus. Die Suche nach Auswegen ist wenig erfolgreich geblieben. Einigkeit gibt es in begleitenden und vielleicht vorbereitenden Überlegungen. So erfordert ein ökonomischer Ausweg grundlegend neue Überlegungen. Welche davon sind aber konkret gangbar und Erfolg versprechend?

Zum einigermaßen gesicherten Wissen gehört es, dass die gesellschaftlichen Grundprobleme in erster Linie ökonomische sind. Dass also ökonomische Umgestaltungen einen größeren Raum im Denken und in der öffentlichen Debatte

einnehmen müssen, sollen die Problemlösungen eine neue ihnen angemessene ökonomische Basis erhalten. Das betrifft die Kluft zwischen Armen und Reichen hier und in der 2. und 3. Welt. Dazu kommen die Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen für alle Menschen. Die Größe der Probleme und ihre wechselseitige globale Verkettung ist inzwischen im allgemeinen Bewusstsein. Daher ist ein ganzheitlicher und international wirksamer Ansatz möglich. Das eÖ-Projekt sollte deshalb als internationales angelegt sein.

Die Forderungen nach grundlegenden Veränderungen sind zweifellos berechtigt, gleichwohl lässt sich die kapitalistische, primär nur rendite-orientierte, Produktionsweise nicht einfach abschaffen. Die neuen Produktionsformen und Austauschverhältnisse müssen die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen, die des Kapitals, der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen hier und in den ökonomisch noch unterentwickelten Ländern.

Die eÖ-Strukturen benötigen die Hilfestellung einer weiterhin sich entwickelnden „1. Ökonomie“.

Es geht aber nicht nur um einseitige Hilfe, sondern um wechselseitige und komplizierte Entwicklungsprozesse beider Arten von Ökonomie. Beide Wirtschaftsweisen haben ihre spezifischen Grundlagen und Erfordernisse. Die eine sichert traditionell effektiv die Zukunftsfähigkeiten, wozu Investition und Rentabilität unumgänglich sind. Die eÖ als Bedarfswirtschaft hat andere Produktions- und Aneignungsweisen und muss im erhöhten Maße Sozialität und Naturverträglichkeit bewahren.

Beide sind sachlich gezwungen, sowohl betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich und weltwirtschaftlich zusammen zu arbeiten. Dabei, wie bei den pragmatischen Mischungen der Eigentumsformen und denen zwischen marktwirtschaftlichen und planerischen Elementen, ist die moderne Ökonomie, wenn es um Flexibilität und Praxis geht nicht mehr einseitig festlegbar.

Das eÖ-Thema verspricht geradezu, dass die Interessen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und den Kunden, den Verbrauchern wenig gegenläufig sein werden. In der gemeinsamen Identifizierung mit den Aufgaben und Strategien müssen Kooperation sowie weitere Reformen eine gute Grundlage haben.

Überkommene Formen von genossenschaftlichem und anderem gemeinwirtschaftlichem Eigentum, und deren Entscheidungsfunktionen, können nur Teilelemente in den sachlich erweiterten eÖ.-Projekten sein; gleichwohl bewahren sie Strukturen, die aufzunehmen und fort zu entwickeln sind.

Auch die bisherigen Vorstellungen der Vergesellschaftung großer Wirtschaftseinheiten werden unter den globalen Erfordernissen auf neuartige Weise umgesetzt werden müssen. Und zwar je nach der praxisnahen Entscheidung, ob eine Wirtschaftseinheit der Gewinnmaximierung und damit der Erweiterung der technischen und ökonomischen Spielräume dienen soll, oder ob es bei ihr um die Realisierung anderer Ziele geht, wird die ökonomische Landschaft in diese beiden - tendenziell

gleichberechtigten – Bereiche aufgeteilt werden müssen.

Die Funktionsfähigkeit eines beide Bereiche umfassenden Wirtschaftssystems wird davon bestimmt, wie der rentabilitätsgesteuerte und der global gemeinnutzgesteuerte Bereich in dynamischem Zusammenspiel zur Übereinstimmung kommen. Für uns besteht die Aufgabe darin, die zweckgerichtete Nutzung von Marktinstrumenten, äquivalentem Austausch und materiellen Anreizen zu verbinden mit der Heilung der dadurch entstehenden gesellschaftlichen Schäden. Vor allem auch zum Nutzen für jene Völker, denen bisher der Zugang zum Wohlstand durch die Einseitigkeiten des Rentabilitätssystems verwehrt war.

Die bloßen Korrekturen am gegenwärtigen ökonomischen System können die negativen Folgen der Globalisierung nur partiell begrenzen. Um den – auch von der traditionell liberalen Idee geforderten – gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsverkehr zu erreichen, bedarf es also eines grundlegenden Wandels. Erfordert ist eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Hauptökonomien der Ersten Welt und den ökonomisch rückständigen Ländern, welches gänzlich neue Voraussetzungen und Ziele hat.

Zweite Ökonomie

Es gibt für dieses Projekt zwei Hauptprobleme. Das der inneren Funktion und das der Verträglichkeit zwischen den globalen ökonomischen Ansprüchen und dieser neuen Form von Ökonomie.

Nach „Innen“ unterscheidet sich der erweiterte ÖBS dadurch, dass das Profit-Prinzip und das Konkurrenz-Prinzip entscheidend eingeschränkt werden; es gibt keine im System eingebauten Vernichtungsstrategien. Die „Verlierer“, ob das nun Arbeitslose, zu Grunde gegangene Unternehmen oder ökologische Ansprüche sind, werden als ökonomisch Wirkende, als Produzenten in der Zweiten Ökonomie auf neue Weise integriert.

Das e.Ö.-System geht sowohl von jenen ökonomischen Aufgaben aus, die die erste Ökonomie in der Gesellschaft nicht anpackt, sowie von dem Wiedereinsatz der stillgelegten Produktionsfaktoren.

Eine derartige „zweite Ökonomie“ kann zu Beginn ihres Aufbaus bereits die Weichen so stellen, dass die bisherigen strategischen Fehler der 1. Ökonomie vermieden werden; zum Beispiel sollte das ökonomisch-ökologische Verhältnis ausgeglichener gestaltet werden. Etwa durch „Nutzung statt Eigentum“ und durch vorsorgende Umweltpolitik. Innovationen sollten nicht um ihrer selbst willen gesellschaftlich eingeführt werden. Auch Gesamtkosten-Errechnungen im Produktionsbereich und die höhere Effizienz von Energie-Nutzung und Ressourcen-Einsatz etc. können strategische Vorteile für die „Zweite Ökonomie“ bringen.

2. und 3. Welt

Es herrscht eine bemerkenswerte Lücke zwischen der Frage, wie es mit der Arbeitslosigkeit hierzulande weitergehen soll und dem scheinbar ganz anderen – wenn auch als eben so schwierig empfundenen – Problemkomplex der 2. und der

3. Welt. Die Zusammenführung beider Komplexe ist aber offensichtlich eine politische Notwendigkeit.

In der 2. und 3. Welt mangelt es organisatorisch und technologisch an Fähigkeiten und an notwendigen Produktionsmitteln. Bei uns gibt es dagegen arbeitslose Kräfte, welche dieses Wissen haben und weiter geben können, und welche diese Güter zu erzeugen, instand zu halten und zu reparieren wissen.

Die normalen ökonomischen Beziehungen der Industrieländer sowie Hilfen wie die „Entwicklungshilfe“ zielen relativ erfolglos auf diejenigen Bereiche, auf die es ankommt.

Die „Zweite Welt“

Wenn wir nicht die Volkswirtschaften in den Ländern der „2. Welt“ vor Ort aufbauen, werden Wanderungsbewegungen und Kostenwettbewerb uns hier erreichen und uns Arbeitslosigkeit und unabsehbare ökonomische Probleme bringen, wie zum Beispiel die Deflation. Damit werden wir in weiten sozialen Bereichen selbst zu einer Gesellschaft der 2. Welt werden. Es wird die Infrastruktur hier verfallen, wenn wir die ökonomischen Strukturen in der 2. Welt nicht aufbauen helfen.

Galt bisher für die erste Ökonomie, politisch-ökonomisch darauf zu achten, die Produktivität zu verbessern, den Wettbewerb zu erhalten, sparsamen und ökologischen Umgang mit den Ressourcen zu fördern, so geht es zukünftig zusätzlich darum, auch jene Menschen und Volkswirtschaften einzubeziehen, die bisher in den exklusiven Märkten nicht mithalten konnten. Die Frage ist, ob die bis heute dazu gehörende Einbeziehung in die Risiken der Weltmärkte tragbar ist, oder ob der Verzicht auf Profitancen diese Risiken zu neutralisieren vermag.

Der Prozess der Integration von Ländern der zweiten Welt in die globalen Ökonomiestrukturen ist ohne staatliche Mitarbeit, Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und die Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen kaum möglich. Uns geht es um die inhaltliche Ausgestaltung dieser Beziehungen. Wenn die e.Ö-Aufgabe neben die herkömmlichen politischen Interessen der diese Prozesse beherrschenden Staaten treten, und auch die Unternehmen ihre Gewinnabsichten, genauer als bisher, als sachlich bedingte Interessen ansehen, dann eröffnen sich neue Gestaltungsmöglichkeiten für die „NGOs“ und für e.Ö.

Die „Dritte Welt“

Die praktischen Fälle, bei denen auch die WTO keinen Ausweg - zum Beispiel im Streit zwischen Freihandel und Ökologie - für die 3. Welt sieht, zeigt die Hauptstruktur des kapitalistischen Systems: Einigen Interessenten nutzen sie, anderen schaden die jeweiligen ökonomischen Strukturen und Maßnahmen; eine Abwägung, geschweige denn ein Ausgleich, findet kaum statt.

Es werden immer wieder Marktmechanismen, mit ungewissen Synergie-Effekten, als Hilfe für die Ökonomie der dritten Welt vorgeschlagen. Ein „Nullsummenspiel“ ist

zum Beispiel, wenn die Zugangschancen für Agrarprodukte der dritten Welt zu den Märkten der Industriestaaten verbessert werden, aber hier in den Agrarbereichen wiederum Arbeitslosigkeit geschaffen wird. Die Marktmechanik versucht im Wesentlichen, unrentable Anbieter zu verdrängen, kümmert sich aber zu wenig um die Schaffung neuer Produktionen, sowie die entsprechende Kaufkraft dafür.

Profitsystem wird ersetzt

Für die deutschen Großunternehmen geht es darum, ihren technologischen und ökonomischen Vorsprung zu erhalten und auszubauen. Für das einzelne Unternehmen bedeutet das eine völlige Einbindung in betriebswirtschaftliche Rentabilitätsüberlegungen. Auch die Verbände, Berater, die Medien und die Politik, die eigentlich auch strategische, zumindest makroökonomische Überlegungen und Ziele, zu formulieren hätten, stehen unter diesem Druck, so alle wirtschaftspolitischen Diskussionen einseitig betriebswirtschaftlich zu gestalten; alles wird davon bestimmt wie die Leistungskraft und Rentabilität erhalten und verbessert werden kann.

Inhaltlich muss aber der Profitgesichtspunkt ergänzt werden. Dabei ist die Schaffung von globalen Standards zum Schutz der Konsumenten, Beschäftigten und der Umwelt, sowie Mindestvorschriften für Entlohnung, Arbeitsbedingungen und Umweltstandards - als Verabredung zwischen den Industriegesellschaften und den transnationalen Konzernen eine notwendige Entwicklungsstufe; für die es erste Ansätze geben mag. Für die zweite und die dritte Welt muss jedoch zuvor erst einmal mittels des eÖ-Projektes ein technologisch-ökonomisches Niveau geschaffen werden, auf dem diese berechtigten Forderungen überhaupt eine Chance der Verwirklichung haben.

Investitionen

Auch die Gesellschaften der Dritten Welt müssen Strategien haben, bei denen die Akkumulation und das Investieren im Mittelpunkt stehen. Mit Hilfe von Non-Profit-Organisationen – wie die eÖ - könnten die technologischen Strukturen aus einseitigen Zwängen gängiger technischer und damit eng verbundener ökonomischer Beziehungen zwischen den Industriestaaten und der 3. Welt gelöst werden. Gerade heutzutage kostet die Energieverteuerung für diese Länder mehr als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe beträgt. Hier sollte auf erneuerbare Energien gesetzt werden. Da der Ausbau herkömmlicher Technologien dort zudem kaum ein rentables Geschäft ist, müsste sich die e.Ö.-Projektierung anbieten.

Rationalisierungen

Sieht man einmal von den Investitionen ab, die das Kapital der 1. Ökonomien in der 2. und der 3. Welt anlegt, dann kann sich die hauptsächlich auf Rationalisierung ausgerichtete Investition in den Industriestaaten zu einer fortwährenden Minderung

des Arbeitseinsatzes entwickeln. Die Bildung eines zweiten Arbeitsmarktes wird dadurch immer dringlicher.

Sind die Ursachen für die expandierenden Unternehmensgewinne der Abbau von Löhnen, soziale Deregulierungen und Einschränkungen von Schutzrechten, so gibt es in einer globalisierten Ökonomie für die Erste Welt nur die Untergrenze der Billiglohnverhältnisse der 2. und 3. Welt. Es gilt aber, diese „natürliche“ Dynamik umzukehren: Das könnte die Marktmechanik langfristig durchaus schaffen; dafür aber bleibt zu wenig Zeit. Anstatt darauf zu warten, dass die hier der öffentlichen und privaten Nachfrage entzogenen Gelder in der zweiten Welt investiert, einmal dort auch die Löhne anheben werden, muss die eÖ-Mechanik es schaffen, hier und zugleich in der 2.Ökonomie zu investieren.

Arbeitsmarkt

Die Globalisierung verlangt von den Arbeitskräften, der Arbeit weltweit nachzuziehen. Das aber ist in den meisten Fällen weder technisch möglich, noch sozial zu verantworten. Dagegen sind die eÖ-Arbeitsplätze, wie bislang üblich, meistens in Deutschland und vor Ort. Vorübergehende Auslandsaufenthalte für Aufbau-, Beratungs- und Service-Leistungen werden nicht häufiger sein als das bei internationalen Kontakten bei allgemeiner Exportorientierung üblich ist.

Wie in der 1.Ökonomie, kann der Bildungs- und Ausbildungsbereich vom Arbeitsbereich nicht getrennt gesehen werden.

Für die einheimischen eÖ-Betriebe gilt es, das Duale System der Ausbildung zu übernehmen und zu stützen, um den ausbildungslosen Jugendlichen den Weg zu ebnen. Das ist ein Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei uns, und es überträgt wegen der internationalen Beziehungen der e.Ö-Betriebe die Vorteile der Zusammenarbeit Schule-Betrieb auch auf andere Länder.

Dies soll hier als ein Beispiel gelten, wie bewährte Systeme auf die eÖ-Empfängländer übertragen werden könnten. Denn die Heranbildung von Facharbeitern ist eine wichtige Voraussetzung für technologisch-organisatorische Verbesserungen.

Wachstum

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Rentabilität. Eine davon ist die weitere Durchkapitalisierung der Industriegesellschaften. Wenn Telekommunikation, Handel, Transport, Tourismus, Wasser- und Energieversorgung und schrittweise auch Bildungs- und Gesundheitswesen sowie soziale Dienstleistungen den globalen Märkten unterstellt werden, wird die Möglichkeit für neue Gewinnchancen eröffnet. Ein weiterer Weg aber wäre die Globalisierung als längst überfälliger Einbezug der 2. und 3. Welt in das Anwachsen von Reichtum an Kapital und Waren. Die Gewerkschaften analysieren die Lage auf dem Arbeitsmarkt als fehlerhafte Umverteilung zwischen Investition und Konsum sowie als Folge der Wachstumsschwäche. Sollten die Gewinne von den Auslandsmärkten auch im Inland

investiert werden, dann nur, um dort durch weitere Rationalisierungen Lohnkosten zu sparen. Das erhöht zwar den Marktwert eines Unternehmens, verstärkt aber die Massenarbeitslosigkeit.

Die erhöhten Gewinne werden also rentabler in Auslands--Investitionen angelegt, und das in einem wachsenden Maße, so dass die Arbeitsplätze und der Konsum im Inland weiter absinken. Von daher haben die Arbeitnehmer-Vertreter ein objektives Interesse an den eÖ-Maßnahmen als grundlegender Option in schwieriger ökonomischer Lage.

Um ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma zu entwerfen, ist der erste Schritt immer noch der, alle beteiligten Interessen genauer zu kennen. Man muss zum Beispiel sehen, durch den globalisierten, und auch allgemein in jeder Hinsicht, gesteigerten Neoliberalismus wird das Weltsozialprodukt kräftig gesteigert. Ebenso sind zahlreiche Länder der 2. und der 3. Welt Nutznießer der kapitalistischen Auslandsinvestitionen, auf der Suche nach rentablen Anlagen. Zudem ist die laufend sich steigernde Rationalisierung und Automation, als Kern der kapitalistischen Investitions-Politik, zwar kritisch zu begleiten, aber unumgänglich. Dass das alles mit sozialen Einbußen, realen Lohnminderungen, ökologischen Defiziten verbunden ist, vor allem aber mit der unaufhebbaren Vergrößerung der Arbeitslosigkeit in den bisherigen Industriegesellschaften und in den kommenden ebenso, kann nicht übersehen werden. Aber eine modernisierte Wirtschaftspolitik muss hier ansetzen und eine zweite Ökonomie schaffen, in der auf die ebenso unvermeidbaren Fehler eingegangen wird, zum Beispiel die verlorengegangenen Arbeitsplätze ersetzt werden.

Eine derartige wirtschaftspolitische Ergänzung nimmt selbstverständlich auch Einfluss auf „Risikogruppen“, wie zum Beispiel auf jene, welche im Markt der Krankenversicherungen ausgeschlossen ist. Die hoch entwickelten Gesellschaften können es auf die Dauer nicht riskieren, Großgruppen zu benachteiligen. Es ist ein ähnlicher ökonomischer Strategiefehler, mittelfristig die Nachfragepotentiale verkommen zu lassen, oder gar nicht erst zu entwickeln.

Die Technisierung und Ökonomisierung wird durch das Konkurrenzsystem erzwungen und ständig voran getrieben. Soweit zugleich, mit der Zunahme von Rationalisierungen und der Anhebung der technischen Standards, immer langlebigere Erzeugnisse zum Einsatz kommen, wird dadurch und durch ähnliche periphere, aber systemtypische Entwicklungen, der Arbeitseinsatz geringer werden.

Gebremst werden könnte das durch eine gesellschaftliche Verarmung, durch die weitere Senkung der Einkommen und die Herstellung minderwertiger und oft zu ersetzender Produkte. Denn bei sinkendem Realeinkommen wird auf billigere Massenprodukte ausgewichen. Aber offensichtlich sind beide Strategien nicht sinnvoll. Es kann selbstverständlich nicht darum gehen, den technischen Fortschritt zu vernachlässigen oder zu behindern. Wir meinen, die Errichtung des eÖ-Sektors lässt dafür, und für die daraus resultierende Steigerung der Produktivität, sogar zusätzliche Spielräume. Ebenso wie für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem

Lohnausgleich und ähnlichen Lösungen.

Globalisierung

Auf Grund der zunehmenden Globalisierung verschwinden die Arbeitskräfte bei uns, und zwar unaufhaltsam. In Ländern wie in der BRD werden Arbeitnehmer, die in der internationalen Konkurrenz relativ zu wenig zur Wertschöpfung, sprich zur Profitmaximierung, beitragen, durch rentablere Arbeitskräfte in Ländern der 2. und 3. Welt ersetzt. Es gilt daher vor diesem Prozess nicht die Augen zu verschließen, sondern daran mit zu wirken, unsere Arbeitslosen in neue sinnvolle Arbeit zu bringen. Natürlich besteht die Gefahr, dass in den durch die eÖ-Hilfen neu industrialisierten Ländern der 2. und 3. Welt lohngünstiger, das heißt allgemein kostengünstiger produziert wird und hier bei uns die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Aber in der globalen Konkurrenzgesellschaft ist beides unvermeidlich und nur zeitweilig zu begrenzen. Deshalb ist eine rechtzeitige Steuerung notwendig, die die 1. Ökonomie mit den eÖ-Strukturen abstimmt.

Das eÖ-System funktioniert nur, wenn es sich ebenfalls ausdehnt. Das heißt zum Beispiel auch, wenn es in den Ländern der 2. und 3. Welt nicht nur die Infrastrukturen verbessert. Werden dadurch bei uns noch mehr Menschen arbeitslos, können sie jetzt in den eÖ-Sektor überführt werden. Auch diese Dynamik ist höchstwahrscheinlich unvermeidlich. Sie hat aber den Vorteil einer alternativen Globalisierung, nämlich jenen, zusätzliche Arbeitsplätze bei uns mit der Entwicklungshilfe zu kombinieren; was der kapitalistischen Globalisierung bisher weitgehend nicht gelang.

Es stellt sich die Frage, ob die Gesellschaften der 2. Welt unaufhaltsam den gleichen historischen Weg gehen müssen, den die Industrieländer gegangen sind. Es weist allerdings manches darauf hin: Der Weg scheint nicht derart abkürzbar zu sein, dass man sich in der 2. und 3. Welt die Maschinen-Phase der Industrialisierung, die Produktion im Roh- und Grundstoffbereich und ähnliches überspringen kann. Gerade die eÖ-Maßnahmen zielen auf die „ursprüngliche Akkumulation“. Sie und die unmittelbar nachfolgenden Phasen der Industrie-Entwicklung könnten damit aber abgekürzt werden.

Wettbewerb statt Konkurrenz

Der Konkurrenzablauf bringt stets auch „Verlierer“ mit sich. Das sind vor allem jene Unternehmer und Arbeitnehmer, die auch in Zukunft zu geringe Chancen haben, sich der Konkurrenz erfolgreich zu stellen; auch wenn ihre Leistungen keineswegs gering einzuschätzen sind.

Aber auch sie müssen in allen modernen Gesellschaften mit „versorgt“ werden. Allein schon deswegen, weil sie die ökonomische Stabilität gefährden können. Weil Arbeitslose zu wenig verbrauchen, droht Rezession durch deflationäre Entwicklung. Und längerfristig wird die Höhe der Investitionen deshalb im internationalen Vergleich zu gering sein, wenn die Alimentierung der Arbeitslosigkeit zu hoch ist und das nicht nur vorübergehend. Zu den „Verlierern“ können auch ganze Volkswirtschaften gehören; es sind überwiegend jene der 2. und 3. Welt, die den

Anschluss in den globalen Konkurrenzsituationen chancenlos verloren haben. Soweit bei allen jenen Niederkonkurrierten noch von einem hohen ökonomischen Leistungsniveau auszugehen ist, sind sie geeignete Teilnehmer an den eÖ-Strukturen, mit deren abgeschwächten Wettbewerbsanforderungen.

Für jene Teile der Industrie, des Handwerks, Handels und der Dienste, sowie des Agrarbereiches, welche unter den Marktschwankungen existentiell leiden müssen, sollte klar sein, eine Eingliederung in den eÖ-Bereich oder wenigstens einen vorübergehenden Bezug dazu, lässt langfristiger kalkulieren und macht unabhängiger von schwankenden Märkten, und auch von der Nachfrage der öffentlichen Hand.

Die Konkurrenz-Abläufe können durch die Innovationsbeschleunigungen global und in allen Bereichen ganze Sektoren ruinieren. Der Wettlauf um neue Produkte verdrängt zum Beispiel ältere Produkte bevor diese ihre Kosten eingebracht haben. Investitionen amortisieren sich dann nicht mehr – und unterbleiben.

Wenn allerdings jene Anteile der Produktion, die bei diesen Abläufen auf den Märkten der Ersten Ökonomie nicht mehr verkauft werden können, problemlos als Waren in die Zweite und Dritte Ökonomie gehen, dann wäre das ein spezifischer Aspekt der eÖ-Produktion. Im internationalen Wettbewerb wird dadurch eine zusätzliche Dimension eröffnet.

Da es absehbar ist, dass ein Teil des deutschen Produktangebotes den seine ökonomische Seriosität begründenden Qualitätsmerkmalen bald nicht mehr genügen wird, gilt es neue Märkte von e.Ö.-Charakter zu gründen. Neben der Werthaltigkeit, die viele Standards der deutschen Wirtschaft in aller Welt vertreten, geht es auch um preisgünstigere Investitionsprodukte, die ein langfristig angelegter Aufbau in der Dritten Welt in einer ökonomischen Gesamtstrategie benötigt.

Finanzierung

Die prinzipielle Knappheit an Rohstoffen und Energieträgern bei uns, muss zusätzlich zu anderen Maßnahmen, auf neue Art und in naher Zukunft behoben werden. Ein Austausch dieser Art, bei dem unsere „überschüssigen“ Arbeitskräfte zur Erstellung der Infrastruktur jener Länder eingesetzt werden, die exportierbare Potenzen an Energieträgern und andere Ressourcen haben, liegt daher nahe, eine solche Ausweitung des Handels zu erreichen,

Es ist aber für diese Länder zuerst die Infrastruktur technisch zu erstellen. Der ökonomische Ausgleich wird sicherlich nicht umgehend erfolgen können; der Einsatz unserer Arbeitskräfte ist daher eine Form eines allgemeinen „Realkredits“ für jene Entwicklungen und zukünftige Austauschverhältnisse.

Dritte“ Ökonomie

Wir stellen nicht nur formal den rasanten Wandel der globalisierten Ökonomie als Zunahme der Investitionen fest, sondern sehen auch, dass das Ziel („I“) des Wirtschaftens sich immer mehr auf diese E-Anhäufungen konzentriert.

Zielsetzungen anderer Art, wie zum Beispiel soziale Verantwortung oder ökologische Ziele, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, der Ausbau der Mitbestimmung,

werden dem Hauptziel der Rentabilitätsmaximierung und letztlich der Erhaltung der jeweiligen Kapitalien geopfert. Allgemein geht es um die gesellschaftlich wichtige Wahrung des Gleichgewichtes zwischen der Erstellung neuer Kapitalgüter (E) und dem „Konsum“ (Ii).

Eine „Philosophie“ der Ökonomie befasst sich vor allem mit den theoretischen und praxisbezogenen **anthropologischen**, ethischen und **politischen** Grundlagen der Wirtschaft und dieser Wissenschaften. Unter Wirtschaft wird zum Beispiel die Gesamtheit aller Handlungen und Systeme verstanden, durch die Sachgüter, Dienstleistungen sowie Zahlungsmittel geschaffen, angesammelt oder getauscht werden, Und vor allem solche, die der Deckung des Bedarfs zur Sicherung der menschlichen Existenz (→ Ii,g und Eg) dienen.

Zwei Aspekte des Philosophierens stehen dabei im Vordergrund: Die sprachliche Begriffsbildung, Modelle und Theorien einerseits, sowie die ethische Reflexion („I“) wirtschaftlichen Handelns (→ „I/E/G/N“) andererseits.

Wirtschaftstheorie ist als „angewandte Philosophie“ zu verstehen. Sie vereinigt sowohl wp als auch die praktischen Aspekte wirtschaftlichen Handelns.

Wie alle Wissenschaften bemüht sich die VWL um eine systematische, logische u.ä. Erklärung von Fakten, Zusammenhängen, Ereignissen etc, die ihr – aus welchen Gründen auch immer – zugeordnet werden.

Warum es gerade diese Gegenstände und Methoden sind (sowie weitere Fragen, z.B. die, wie Übergänge zu benachbarten Wissenschaften möglich sind) versuchen wir aus einer philosophischen Systematik herzuleiten.

Die VW ist ein Beispiel dafür, dass fast alle Bereiche der „Praxis“ hineinspielen. Und es daher (in der Theorie eigentlich keine Abgrenzungen zu anderen Wissenschaften gibt).

Dieses Letztere führt einerseits zu einer allgemeinen philosophischen Basis, aber andererseits zur praktischen Frage der tatsächlichen Abgrenzung zu den Nachbarbereichen – aber auch das ist aus der philosophischen Basis (-> Entwicklung) zu beantworten.

Grunddefinitionen, wie hier die „Aufgabe“ der VWL sei „menschliche Wohlhandlungen im Spannungsfeld individueller Bedürfnisse und deren Befriedigung zu erklären“, können bequem als Ii, E und Ii/E systematisiert werden: „I“ = „Wahl“ und „individuelles Bedürfnis“ und der Übergang von „I“ zur „Zielerfüllung“ ist I-> E.

Das wird bestätigt, durch die zusätzliche Einführung von „Strukturen“ der I-Sphäre; zum Beispiel die „prinzipiell unbegrenzten individuellen menschlichen Bedürfnisse“ (= unendliche I-Sphäre). Sowie die Knappheit der Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse (= der E-Sphäre); die sich zwar „entwickeln“, was aber der jeweiligen relativen „Knappheit“ entspricht.

Der weitere Grundvorgang ist der der Befriedigung von Bedürfnissen („I“); dazu gibt es unterschiedliche Wege, die aber als $I \rightarrow N, G \rightarrow E \rightarrow I \rightarrow \text{etc.}$ systematisiert werden können.

Dabei sind „E“ die Mittel als „Güter“, die zur I-Ereichung betragen. Oft scheint es als ob „I“ sich selber zu „E“ wandeln, also „Ziele erreicht werden“, aber stets sind E und vor allem N, G (Arbeit, Handeln, Verhalten) dabei wichtig.

Als objektives Ereignis menschlicher Geschichte gilt, dass die „I“ als freie, unendliche, offene, die Menschen „nach etwas verlangen“ lassen. Und zwar das prinzipiell unbegrenzt. Sowie dass es eine „objektive“ Lage ist, welche als das E-Niveau bezeichnet werden kann: So als relative Armut, so dass diese „I“ darauf gerichtet sind jene E zu haben und zu vermehren. Als „Leistungsgesellschaft“ ist dieser Vermehrungs-/ Entwicklungs-Antrieb ebenfalls (zunächst) unbegrenzt und äußerst stark und kulturell konstitutiv. Aber es gibt auch I/E-Relationen, zB. die, dass E sich (in manchen Bereichen) „voll-endet“; auch das ist „OG“, weil es von der realen Materie abhängig ist.

Die „Knappheit“ steht im Fokus: Hinter diesem Begriff/Gedanken steht: Der E-Bereich lässt sich ausweiten; er ist aber noch nicht weit genug, d.h. es gibt die „I“-Spontanität des menschlichen Subjekts, welche an diese Ausweitung denkt, sie vornimmt. Beides hat seine spezifischen Objektivitäten: Möglich ist beides nur wegen der „allgemeinen Entwicklung“ und ihrer I-E-Trennung; bzw. einer neuartigen I/E-Bezeichnung.

„Der Preis spiegelt die Knappheit“: Hinter (fast) jedem Detail einer Wissenschaft kann man der wissenschaftliche „Axiomatik“ entdecken: Den Gegensatz „Vergesellschaftung zu E-Vollendung“ erkennt man, wenn man bedenkt, dass dieser Marktmechanismus (bei Knappheit steigt der Preis) zweierlei (etc.) Wirkungen hat: 1. Die „moralische“; viele Menschen fallen aus der Kaufchance; 2. der erhöhte Preis/Gewinn wird zur Investition, der „allgemeinen Entwicklung“ genommen; um speziell jene Knappheit zu reduzieren.

Wenn Güter knapp sind, zB. dadurch, dass in ihrer Vermehrung zu wenig investiert wird, dann kann man von einer „relativen Vollendung“ dieser Herstellung/Entwicklung sprechen. Dann tritt an die Stelle der dynamischen kreativen Marktmechanik eine Ökonomie, die den Bedürfnissen die vorhandenen Güter verteilt. Es kann Sachgründe haben (zB. Rohstoffe, Essen/ Armenspeisung oder Investitions-Verknappung wegen Unrentabilität).

Man muss von einem grundlegenden und umfassenden „Spannungsverhältnis zwischen Bedürfnis und Befriedigung“ ausgehen. Es ist das philosophische Grundverhältnis des dynamischen I-Strebens ($\rightarrow R_w$), das in unendlich dichter Schrittfolge ($\rightarrow R_z$) zu E „wird“.

Damit verbunden sind also zwei Unendlichkeiten unendliche I-Vielfalt und die E-Entwicklung, als konkrete Praxis.

Diese Nähe zum „Philosophie-Zentrum“ macht die VWL so „wichtig“.

Der mögliche Unterschied von „knapp“ und „selten“ kann als Zeichen für

„allgemeine Struktur“ erhalten: Die objektive E-Entwicklung – die bei der VWL im Vordergrund steht - kümmert sich um die Knappheit von Gütern, stellt sie fest, hebt sie auf etc.

Während der I-Einfluss, als Entscheidung über die Produktion (was eine Sub-Variante von E-Entwicklung ist) für die Seltenheit eines Gutes/ Dienstes verantwortlich ist.

Die E-Entwicklung ist prinzipiell stets (als Praxis) begleitet von der I-Entfaltung. D.h. hier, die Wissenschaft von der Wirtschaft hat den fundamentalen Zug der quantitativen Entwicklung (z.B. als Überwindung der Knappheit) und zugleich die I-Seite, welche als „qualitative“ bestimmt, in welcher Alternativen der Güter erarbeitet werden und verwendet werden.

Die Wirtschaftssubjekte bestimmen diese „I“, welche die Mittel (->E) nutzen, um ihre Wahlentscheidungen zu realisieren.

Ausgangspunkt in dieser konkreten Analyse von I/E, (= I-> N,G -> E -> unendlich), kann „I“ (oder G, E, I/E) sein: Hier als „potentiell unbegrenzte menschliche Bedürfnisse“ (Ii).

Oder bestimmte E-Entwicklungsphasen: Knappheit an verfügbaren Gütern, an Ressourcen, u/o an P-Fakten (Kapital, Boden, Arbeit). Als ein relatives Verhältnis: Je augenblicklicher Knappheit an E, gemessen an der potentiellen E-Vollendung. Diese Wissenschaft wird ein sinnvolles Ganzes dadurch, dass diese I, E als I/E analysierbar sind; zB. auch so, dass es Sub-I/E in ihr gibt, d.h. dass aus jenen Ii andere „I“ ableitbar sind (dito E).

Kann man die VWL als die von der Entwicklung der E-Seite zur Vollendung und der I-Seite zur unendlichen Entfaltung ansehen? So die BWL als der „praktische“ Aspekt, als die Umsetzung der vwl-Aufgaben in betrieblich,unternehmerische Aufgaben. Das heißt zum Beispiel, alle im Betrieb/Unternehmen Arbeitenden sind AN; was philosophisch heißt, sie versuchen die menschlichen (und gesellschaftlichen) „Ii,g“ gegen (und mit Hilfe) der Natur-I/Rw durchzusetzen.

Die spezifische Komplexität des Wirtschaftsleben ergibt sich aus dem Zusammenwirken von technischen Vorgängen, rechtlichen Ausgestaltungen, sozialen Aspekten, der Sozialpsychologie etc. Diese Komplexität kann aus deren „E“ mit den zugehörigen „I“ formal als Netz gesehen werden; wo aber sind die Begrenzungen, die erst eine sinnvolle Struktur abgeben?

Bestimmend ist das Gleichgewicht von der Ii-Ig/E-Entwicklung; je entwickelter E (die vwl- relevanten I, E), umso weiter können die „I“ sich ausleben etc. und die Wissenschaft, die VWL Einfluss gewinnen.

Die VWL hat zwei Vorgehensweisen (die sie verbunden hat): Die spezifische E-Entwicklung (so als „Investition,“die Knappheit zu beseitigen). Und die I-Entfaltung (als Versorgung: Die Verwendungskonkurrenz zu organisieren; das Ziel der Individuen; so bei deren Entscheidungsfindung, der Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu helfen; = „Konsum“.

„E-> strebt nach E“, d.h. jeder Wunsch/ die Zielsetzung versucht (-> über N,G) sein Ziel zu erreichen.

Dies hat im Ökonomischen die Variante, dass eine „Bedürfnisbefriedigung“ (= E->I) eine ökonomische Aktivität (-> N,G) (mithilfe von PM) einen „Nutzen“ stiftet (=E). Da das alles ein Zentrum der Ökonomie ist, geht es darum, dass der Grad der Bedürfnisbefriedigung, d.h. der Nutzen, d.h. die indiv „Wohlfahrt“ möglichst hoch sind; als eine Quantifizierung von E->I->E.

Die I_i , zum Beispiel als „individuelle Wohlfahrt“ beruht natürlich nicht nur auf Nutzen stiftenden Gütern. Dazu ist „ I_i “ prinzipiell zu frei, tendenziell unendlich. Aber dennoch bleibt der Grundgedanke der Knappheit bestehen: Weil I_i andererseits an die Grenzen menschlichen Lebens (Zeitlichkeit etc.) gebunden ist. Das gilt jedoch entscheidend weniger für I_k, I_g (Gruppe, Gesellschaft). Das erweitert die VWL-Basis philosophisch (bleibt aber als „ I_i-I_g “/E).

Die „ I_i, k, g “ werde durch eine Vielzahl von Mechanismen von Kollektiven getroffen; die „kollektive Wohlfahrt“ ist nur eines der I_k, g . Es gibt I_g , die als Zwischen-Ziele (Geld maximieren) gelten müssen; und von da eine Abstufung bis letztlich zu I_i -bestimmten tendenziell unendlich vielen, und qualitativ unterschiedlichen nicht-/materieller Art.

I_i (individueller Nutzen) und I_k, g, w (kollektiver Nutzen), Wohlfahrt, hängen komplex zusammen, eben im allgemeinen „Übergang“.

Um innerhalb einer Volkswirtschaft die Vielzahl der Wahlhandlungen (-> I) der Wirtschaftssubjekte (->E), deren komplexe Verflechtungen (I/E), beschreiben und analysieren zu können, bedarf es einer Systematik

Man kann die „I“ systematisieren oder/ und die Güter-Arten „E“; beides ist verflochten. So als Produktions-Güter, E, und als Konsumgüter (->E/I). Als Produktionsfaktoren: Die Konsumenten (I) (und AN->E), Kapital E, Boden als E. Oder als I_i, I_k (Kapitalseite), I_g (Staat), I_w (Ausland, Welthandel).

Die komplexen Wirtschaftsprozesse, die sich zwischen Staat (I_g), Ausland (I_g, w), Unternehmen (E, E-Entwicklung) und Haushalten (I_i) abspielen, können in der I/E-Darstellung – (und N,G) - allgemeiner analysiert werden; z.B. „welche Güter in welchen Mengen produziert werden sollen, hier als Güterproduktion in der VWL.

Die (zB. monetäre) Relationen (Löhne, Bezahlung für Güter, Steuern, Subventionen, Ex-/Import etc.) sind dann materiale Konkretisierungen dieser Relationen.

Eine weitere Fragestellung ist, auf welche Weise ein Gut produziert werden soll. Da ist die „objektive E-Entwicklung der Maßstab – (auch der bwl). In den gesamtwirtschaftlichen Güter- und Unternehmens-Strukturen sollten die modernsten, kostengünstigsten und leistungsstärksten P-Faktoren, und d.h. jene, mit eigener maximaler E-Entwicklung jene Güter produzieren, die eben jenes maximale E-Entwicklungsniveau darstellen.

Ein weiteres VWL-Kardinalproblem ist die Konsum-Seite, die Aufteilung der Güter auf einzelne Individuen und Gruppen. Das war stets von der philosophischen Kategorie der Un-/ Gerechtigkeit gekennzeichnet – und damit vom Verhältnis von Gleichheit (-> G, I_i) der Menschen und der Leistungsgesell (-> I_g, E) bestimmt. Die

sozialen Gruppen (nach Beruf/ Arbeits-Art, Generationen, Regionen; Kranke, etc.) kann man so einordnen;

In der Praxis wird es schwierig, als die I/E-Bildung. (I -> Bedürfnisprinzip in der Verteilung -> Gleichheit) und das E-> Leistungsprinzip; wer trägt zur E-Entwicklung am meisten bei?

Die gewöhnlichen „Koordinationsprobleme“ der Abstimmung und die Konsumenten; wie kann für den Erfolg der Wirtschaftspläne im Sinne eines höchsten gesellschaftlichen Nutzens, gemäß der Präferenzen der Individuen, gelenkt werden. Dieser Fall einer effizienten Allokation (die über das Pareto-Kriterium operationalisiert wird) ist eher einem viel weiter zu fassenden Problem unterzuordnen: Dem Gleichgewicht zwischen Investition (als E-Entwicklung) und Konsum als I-Entfaltung.

Die „Wirtschaftsordnung“ (Markt, Plan) ist die Organisation der P-Faktoren.

Prinzipiell ist es eine sekundäre Frage, die ideologischen Zwecken dient.

Denn sie ist in dem unendlichen Übergangs-Feld Ii-Ik-Ig (zu E) angesiedelt, und dort sind prinzipiell Festlegungen „willkürlich.“

Zumal es Entfaltungs-Trends unterschiedlicher Art gibt: Ii-Zunahme, Ik-Zunahme, aber auch deren Koordination als Netzwerk (Krise aus Ungleichgewichten).

Als „Marktwirtschaft“ werden die Relationen zwischen den Ii als Zielsetzungen der Konsumenten, Produzenten dar-/ hergestellt; es ist eine komplexe Variante von „N/G zu G“. Während die Relationen in der Plan-Ökonomie sich „G“ nähern. Die marktmäßig/dezentrale Relation/ Koordination der Ii erfolgt über den „Preismechanismus“; dabei kommt zu „Ii-Ii“ noch das E-Entwicklungs-Niveau als „Knappheiten der Güter“ u.ä. Das Ziel Ii „1“ ist dem des Ii (2) „ähnlich“, d.h. gleichgerichtet, aber eben für einen anderen Interessenten gedacht; es tritt also eine Gegnerschaft dazu; Sieger ist der „Ii“, wenn er mehr zahlt.

Der theoretische Gegenpol in diesem Übergangs-Feld, die Plan-Ökonomie, die zentral festlegt, welche Güter und in welchen Mengen auf welche Art produziert und an wen verteilt wird; es ist ebenso eine (tendenziell unendliche) Aufgabe der Optimierung durch die Gesellschaft wie es die Marktpolitik ist.

Denn diese beiden Modellierungen, durch E, G (Plan) und I, N/G (Markt), müssen ständig Verbesserungen verlangen; wie sie tendenziell auch „praktisch“ zusammenarbeiten: I/E.

Das „Plan-Projekt“ fordert philosophisch für die Repräsentanten „I, N/G“; erklärt sich aber als: I-Ig (-> Sozialismus), das war fest vorgegeben. Dann der Übergang von 3. Welt in die 2. Als Nachholung nach Plänen, welche die 1. Welt erarbeitet hat.

Gibt es nun Gesetzmäßigkeiten zur Lösung dieser „drei grundlegenden Fragen“? Ja, sie müssen aber von der E-Entwicklung (-> „Was wird produziert“, und „wie wird produziert“) und von der I-Entfaltung (<- „Für wen wird produziert“) her darstellbar sein.

Wobei ein gewisses Maß an Kausalzusammenhang zwischen den ökonomischen Größen bestehen wird.

Man kann jene Gesetzmäßigkeit (zu was, wie, wen) auch anhand I_i und I_g systematisieren.

Die Mikroökonomie befasst sich mit „ I_i “ zum Beispiel als individuelle Konsum-/Produktion etc. -entscheidungen der individuellen Haushalte, Unternehmen.

Werden die Wahlentscheidungen zusammengefasst, (z.B.) zu Nachfrage, Investition, Angebot, Sparen (I_g), dann ergeben sich andere Fragen, Probleme, Gesetze; (schon deshalb, weil es noch neben denen der I_g -Nation andere Notwendigkeiten gibt). Der Plan, die Märkte fassen die I_i zusammen – auf 2 Arten.

Der Übergang von der BWL zur VWL entspricht dem Modell I_i - I_g /E.

Formal kann man die Vielzahl der mikroökonomischen Aktivitäten statistisch aggregieren; aber z.B. solcher Ausgleich abweichenden einzelökonomischen Verhaltens sagt wenig über die tatsächlichen, inhaltlichen Übergänge aus.

Der wird vielmehr bestimmt davon, dass die I_i -Anpassungen bzw. die Gleichheit, Ähnlichkeit und auch die Unterschiede der I_i -Akte durch das E-Niveau (Technologie, Reichtum etc) bestimmt wird.

Die tragenden Säulen der VWL, die „Wahlhandlungen“ → I bei Knappheit und die „Verwendungskonkurrenz“ von Mitteln (E), lassen sich auf I - und E-Entwicklung reduzieren. Dazu kommt „was, wie, für wen“.

Die Koordination dieser Strukturen, Fakten ist ein komplexes Netz. Das aber auf die Relationen „ I zu E“ (=I/E), I zu I , E zu E, (d.h. die Zusammenfassung $E_1 \rightarrow N, G \rightarrow I \rightarrow N, G \rightarrow E_2 \rightarrow$ etc) reduzbar ist.

Welche Methodik ist der VWL angemessen! Eingesetzt werden zB. „Induktion-Deduktion“, Modell-Theorien, Ceteris-paribus-Regeln etc. Die Spezifik dieser muss von uns philosophisch analysiert werden. Wobei das auf dem Hintergrund zu geschehen hat, dass die $N-G$ zu N/G und die $N/G \rightarrow I$ als abstrakte Modelle/Probleme etc. hier konkret werden müssen; vor allem die I ; I/E -Probleme, die damit verbunden sind.

Zu den Methoden der VWL werden, grob geordnet als „Erkenntnisse“, „Darstellen“, letztlich auch E,G. Tiefer gefasst ist „Erkennen“ als „Induktion“ (Schmoller) und Deduktion (Menger) zu fassen.

Wir: Wobei die Induktion, die aufgrund von Beobachtung/ Empirie und klassischer Logik und Statistik, aus der Realität Rückschlüsse auf „allgemeine Gesetzmäßigkeiten“ zieht, imgrunde durch Logik und Empirie bereits N, G, E einfließen lässt – um dann diese E-,G-Strukturen als „Grundsätzliches“ im ökonomischen Geschehen zu „entdecken“.

Damit aber ist der Kreis zur Deduktion geschlagen.

Wenn man einen so wichtigen kulturellen, politischen, historischen Bereich wie den ökonomischen durch Deduktion (-> Axiomatik) und den dazu notwendigen Grundannahmen/allgemeiner Grundsätze begründen will, dann müssen diese mit der Realität stets im Einklang zu bringen sein, und genügend abstrakt sein, um in der allgemeinen Wissenschafts-Philosophie verankert zu werden.

Das geht: Als E-Entwicklung und Vollendung und I-Entfaltung als Axiomatik, -> I ,

E-Sphären“.

Philosophisch besteht ein Übergang zwischen Deduktion und Induktion.

Weil bereits in diesen vwl Konkretisierungen der beiden nicht Abstrakten Kompromisse, Übergänge drin stecken.

Das Erkennen des (objektiven) Übergangs fiel dem Praktiker daher nicht schwer; d.h. z.B. je nach Erkenntnis „in objektiver“ Absicht ist das eine oder andere Verfahren vorteilhafter.

Sobald „I“ bzw. I/E für einen Bereich wissenschaftlich mit bestimmend wird, ist N/G ebenfalls wichtig. Dann können die klassischen Methoden, -> N-G,E, z.B.

Deduktion, Induktion nicht mehr sauber unterschieden werden. Das trifft gleichfalls auf die eindeutige Darstellung von Ursache-Wirkungs-Zusammenshängen; die Anzahl der Ursachen steigt mit der I-Anzahl, die Wechselwirkung -> N/G, ist oft die von I/E. Man versucht dann, ein „praktisches“ Modell und die zugehörige Theorie zu erstellen; Dazu muss man (metatheoretisch) bestimmte E, I und N, G bevorzugen.

Praxis und Theorie stehen in jener Dualität, die aus „Gleichheit und Gegensatz zugleich“ gebildet wird. Sie wird als Entwicklung und dort als Übergang gefasst. D.h. die scheinbar einfache Abstraktion („Theorie ist abstrahierte Praxis“, als Wirklichkeit) zeigt sich als tendenziell unendlicher Übergang mit eigenen Unendlichkeiten. Zum Beispiel zeigt sich das, wenn man fragt, warum Theorie auf viele/unendlich viele Einzelheiten verzichtet. So auf welche? was ist „wichtig“? etc; Ohne externe „I“, die (jetzt ihrerseits) alles „Überflüssige“ eliminiert, geht keine Theorie.

Die Qualität einer Theorie, ein gutes ökonomisches Modell braucht relevante, angemessene Grundstrukturen/-fakten. Das sind die I, N, G, E (+ Relationen), die als technische-ökonomische konkretisiert werden können. Diese müssen schrittweise überprüft werden.

Wie bei allen wissenschaftlichen Theorien, die traditionell Meta-Strukturen voraussetzen, gelten auch hier einige „Kreisschlüsse“. Die vorausgesetzte Metastruktur bezieht sich auf die „N-G, E“: Als Induktion und Deduktion, Konsistenz, Kausalität, Empirik, Geltung-Nichtgeltung von Theorien.

Dieses beruht auf dem „objektiven Geist“, der zwar vorausgesetzt wird, aber statt aus I-E-N-G nur aus E-N-G besteht. Dazu kommen „Hilfs-Verfahren“ -welche aber über E-N-G hinaus weisen; zB „Hypothesen“ Bildung -> Unsicherheit -> N/G, dazu „Vorläufigkeit der Richtigkeit“ und d.h. „ständige“ Nachbehandlung/ Weiterforschen „Unsicherheit“; und auch irgendwo schon „I“ als Ig -> „Geltung“.

Die Methodenfrage muss neu gestellt werden, so dass neben die traditionelle Methodik auch N/G, I, I/E treten. Die traditionelle Methodik ist induktives Faktensammeln, Beobachtung ökonomischer Realität (G->E); wobei vordefiniert ist, was Realität, Fakt sein soll. Dann das Hypothesen-Aufstellen, d.h. jene induktiv gewonnenen Fakten kausal verbinden; hier zeigt sich der Einbruch von N/G und I/E, deduktive Entwickeln von Theorien. Sowie allgemein, das Induktion-Deduktions-Verhältnis setzt den objektiven Geist und nur N-G-,E voraus.

Die Prüfung der Theorie ist eine Variante der Relationsbildung. Im ersten Schritt wird die „Konsistenz“ geprüft; vor allem, ob die aufgestellten Hypothesen bezüglich der Theorie logisch sind; als G-Methode. Dann erfolgt der empirische Test, ob die Theorie mit den Fakten empirisch im Einklang stehen; G-Methode.

Diese G-Methodik ist eine Vereinfachung der „Zusammenhänge“, die deshalb möglich ist, weil von Hypothetik zur Theorie und zur „widerspiegelten Realität“ – unbewusste – Vereinfachungen stattfinden.

Zunächst wird die „Theorie“ angenommen oder abgelehnt, nach einfachen Kriterien wie Empirie, Rationalität. Dann aber treten neben G,N-E noch Kombinationen mit „I“, N/G und allen Vorstufen. Schließlich tritt noch jene Entwicklungs-Dynamiken dazu, die die Theorie nur als vorläufige gelten lassen sollten.

Je nach Betonung obiger Grundannahme, kann man auch Theorien entwickeln, die als sich zum Teil „widersprechende“ Lehrmeinungen gelten.

Bei der vwl-Theorie besteht - wie bei allen nicht-mechanischen-naturwissenschaftlichen Theorien – die Schwierigkeit in der Theorie- und der Aussagenbildung, in der Komplexität der zugrunde liegenden Bereiche.

D.h., prinzipiell, alle, die zahlreichen Einflussfaktoren, sind I/E-Gebilde (wenn das „I“ auch oft unerkannt bleibt). Die Abwägung, (eventuell von einer Meta-Ebene, was aber neue Ausweitung etc. bedeutet), bei welcher „I“ nur unbedeutend sind und vernachlässigbar seien, ist prinzipiell nicht möglich (auch weil alle „I“ prinzipiell gleichwertig sind).

Bei der Entscheidung, hinsichtlich der Ceteris-paribus-Bedingung, fragt es sich, welche Größen, empirisch feststellbar, da eine Rolle spielen. Als „konstant“ werden, abwechselnd, alle möglichen Variablen, Größen angenommen; oder gibt es da die „Theorie“ beeinflussenden Bevorzugungen? So als politische Vorfestlegungen; formal ja, vor allem I,E; inhaltlich (innerhalb der Leistungsgesell) wohl kaum.

Alle diese Kultur-/ Geistes-/ Sozialwissenschaften brauchen das idealistisch-mechanistische Grundsystem und daher das Quasi-Experiment (hier als Ceteris-paribus-Klausel), wie es in den mechanistisch fundierten Naturwissenschaften (und in den strengen Methoden, der Mathematik, der Logik) entwickelt wurde.

Ein Nachteil dieser Übertragung von der „Mechanik“ auf die I-Bereiche ist, dass fast alles „andere“ ausgeschlossen wird (in dem System der c.p.-Klausel).

Der gemeinte Bereich (praktisch-konkret) und die zugehörigen Wiss.enschaften (VWL), haben - wie alle analogen Wissenschaften – zwei formale und prinzipielle Strukturzüge: Sie haben viele Detailstrukturen; man kann die wissenschaftliche Argumentation, Erklärungen, fast gleichberechtigt und mit dem axiomatischen Anfang konstruieren.

Und es ist die Prägung der VWL durch die „I“, und zwar dabei durch die mögliche und tatsächliche Vielzahl der Zielsetzungen der handelnden Wirtschaftssubjekte; das macht jene prinzipielle Komplexität aus. Die man entweder dadurch reduziert (-> N,G, E-Methodik), dass man ceteris-paribus handelt oder indem man ein bestimmtes

„I“ (->Ig) methodisch durchsetzt.

Das „Trade-off“-Problem“ kennzeichnet, dass die wirtschaftspolitische Förderung eines Zieles im gleichen Maße die Abwendung, Vernachlässigung von anderen Zielen bedeutet.

Die Unentwickeltheit der E-Seite (PM, Kapital, Geld, Wissen) zeigt unter Umständen, dass es politische, soziale, technologische Unvereinbarkeiten, konkurrierender Fronten gibt.

Beides ist für eine moderne Ökonomie tendenziell überwindbar; darauf sollte eine politisch-ökonomische „Ig“ bestehen.

Für die Wissenschaftspolitik ist es konstitutiv die Ig als ökonomische, strategische Ziele festzulegen. Diese ökonomischen Ig sind in allgemeinen gesellschaftlichen Werturteilen fundiert; letztlich in den Menschenrechten, diese im weiten Sinne. Und allerletztlich in der „E-Entwicklung“ und der „I-Entfaltung“.

Für die gesellschaftlichen Praktiker käme es darauf an, da Gleichgewichte zu finden oder Kombinationen von Ig-Varianten, u/o deren Ableitung von der E-Seite.

Wie für jeden wissenschaftlichen Bereich gilt, dass alle Sprachen deswegen zur Darstellung der Sachzusammenhänge herangezogen werden können, weil auch alle Methoden (N-G, -N/G-Arten) in jeder Wissenschaft eine Rolle spielen. Aber je nach „I“-, E-Lage, d.h. je nach E-Entwicklung/ I-Entfaltung werden bestimmte Methoden-Konkretisierungen und bestimmte Sprachen betont (und andere erscheinen nur am Rande).

In der VWL ist das eine Auswahl an spezifischen Begriffen, d.h. Verbalisierungen, als alltägliche und wissenschaftliche; unter anderem auch mathematische, geometrische Größen, Gesetze.

Wie in vielen Wissenschaften gilt auch hier, dass die ökonomische Struktur und die Theorie, deren Hypothesensystem und methodischen Fälle, ständig „komplexer“ werden. Also werden verbale, graphische und mathematische Darstellungen angehäuft. Aber sie alle laufen auf einem Versuch der Klärung hinaus, der zu E, G führt („präzise Formulierungen“, „in sich logisch“ u.ä.). Das ist aber nicht hinreichend, N/G-Methodik und I, I/E benötigen ebenfalls eine wissenschaftliche Behandlung.

Zur umfassenden philosophisch-wissenschaftlichen Darstellung aller praktischen Bereiche und deren Wissenschaften gehören auch solche „querlaufende“ Strukturen, wie die der spezifischen Gegensätze von „Statik vs. Dynamik“ -> E „vs“ N/G (evtl: G), von „Ex-post vs Ex-ante Betrachtung,“-> eine Folge des Gegensatzes von mechanistischen E, G („Gesetze“ idealistischer Art) und prinzipiell „I“ in allen Bereichen der VW. Partial- vs. Totalanalyse -> Ei, En. Marginalanalyse -> I-Prinzip hierbei.

Statik und Dynamik“ sind letztlich verankert im Gegensatz von „sachlicher“ und „historischer“ Entwicklung. Oberflächlich, als 1. Annäherung, sind es empirische

alltagswissenschaftliche Beobachtungsergebnisse, meist zeitunabhängige. Die „Zeitbetrachtung“ (oder auch eine „Periodenbetrachtung“) kann den sachlichen Entwicklungs-Aufbau eines technologisch- ökonomischen Phänomens nicht ausschließen. D.h. zwischen zwei Zeitpunkten verändert sich stets einiges, das aber „unwesentlich“ im Sinne der ökonomisch-technologischen Betrachtung ist. Die dynamische Analyse ist eine Variante der „allgemeinen Entwicklung“. Hier entwickelt sich ein Zustand aus einem vorhergehenden; letztlich mit den Schwierigkeiten und den Übergängen der „allgemeinen Entwicklung“ versehen.

Die wichtige methodische „Unterscheidung vs. „ex-post-Analyse“ von E und I beschäftigt sich mit Gewordenem, Feststehendem; in „ex-ante“ stecken stets Zukunftswerte, Planung mit I-Fakten. D.h. die vwl Methodik kommt ohne I, E und I/E nicht aus.

Die Volkswirtschaft und daher die VWL sind „Techniken“. Als „Technik“ wird sie - potentiell - immer „komplexer“ (-> „Rw“). Das heißt, dort werden viele E mit ihren vielen „I“ „vereint“; („Rw“ anstatt „Rz“ bei wissenschaftlicher Reduktion). Die wissenschaftliche (und alltägliche) Analyse muss es können, damit umzugehen. Das ist aber nur in „reduktionistischer“ Weise möglich. Daher ist in der VWL die Partialanalyse konstitutives Merkmal: Problemausschnitte, einzelne I/E werden isoliert betrachtet. Womit die Aussagekraft solcher Analysen eingeschränkt ist. Was aber in einem nächsten Schritt bis hin zu einer relativen „Totalanalyse“, eine Gesamtheit möglich macht, viele Variable zusammenhängend zu erfassen. D.h. Technik, Praxis wird zweifach methodisch erfasst, im Wechselspiel: N,G und N/G partial total.

Als weiteres Prinzip, das diesen speziellen Praxis-Bereich (VW) grundlegend kennzeichnet, wird das „Marginalprinzip“ genannt. Es sind die ökonomischen Wahlhandlungen, also I_1 , die solange aktiv verfolgt werden, wie das „Nettovorteile“ bringt. Es ist dies eine Variante vom allgemeinen E-Vollendungs – Streben. und von $I_1 \rightarrow N,G$ } als $N/G \rightarrow I_2$, d.h dies N/G , das die $I_{1,2}$ (Wechselwirkung) erzeugt (und von „I“ erzeugt wird) kann man an dieser Stelle auch als methodisches, nämlich mathematisches Verfahren erklären: Durch die Differentialrechnung werden „optimale“ (\rightarrow „I“) Lösungen erreicht. Der infinitesimale Charakter wird durch die Wechselwirkung der unendlichen N-zu der unendlichen G-Bewegung erzeugt. Ökonomisch heißt das „marginale“ Änderungen: Diese Marginalanalyse wird auch als Grenzwertbetrachtung (zur Gewinnung von „Grenznutzen“) bezeichnet. Konkreter: Der ökonomische Prozess ist gekennzeichnet vom Einsatz der Mittel (E) (als Produktionsfaktoren/kosten), solange deren Kosten niedriger sind als die Gewinne (\rightarrow „I“), die durch diese ökonomisch-technologischen Prozesse gemacht werden. Das kann man speziell auf die „Entscheidungen“ der Wirtschaftssubjekte beziehen; dabei die Optimierung, als „partielles Gleichgewicht“ dieser „Wahlhandlungen“.

Mathematisch abstrakt kann man die I/E-Relation als die von zwei Variablen in

unendlicher Abarbeitung (infinitesimaler Prozess) fassen.

An diese Grenze ($\rightarrow I=E$) geht man in N/G-Weise, d.h. ein kleiner Schritt mit I/Absicht, den Gewinn zu erhöhen ($\rightarrow G$), und dann, wenn dabei die Kosten (N), Grenzmittel größer sind als der Gewinn (Grenzvorteil), ist die Grenze (E) erreicht, die Wahlhandlung ist optimiert und abgeschlossen („partielles Gleichgewicht“). Das ist ein Beispiel für praktisches Handeln $E/I \rightarrow N/G \} \rightarrow E$.

Wie in jeder „Technik“ kann man in der VWL die G, E-Seite, als streng kausale Feststellungen, zB. von der I, N/G-Seite („Werturteile“), unterscheiden.

Und, um vernünftigerweise Praxis adäquat zu erklären, wird I/E zu bilden sein, Die wissenschaftlichen Methoden zur Untersuchung der wirtschaftlichen Realität müssen also stets beide Seiten berücksichtigen.

Alle philosophischen Analysen der VW gehen bei uns von bestimmten Grundlagen aus. Dazu gehören z.B. die „Knappheiten“, die wir als mangelnde E-Entwicklung interpretieren. Dann der objektive „E-Entwicklungs-Antrieb“ („I“), z.B. als sozialpsychologische Vorstellung von der „Wohlfahrt“ zunehmenden Konsums; oder Forderungen/ Notwendigkeiten für ökonomischen „Wachstum“.

Es geht auch um den Problembereich der „Investition“ und der 2-Teilung Investition-Konsum; Investition=E und I=E, während Konsum I-Befreiung/Vervielfältigung von E ist. Die „technische“ Seite/die Naturabläufe sind ähnlich, als $\rightarrow N, G$ -Varianten.

Die grundlegende Situation ist, dass ein (psychologisch gefühltes)

Knappheitsproblem und prinzipiell unbegrenzte Bedürfnisse („I“) sowie das Streben nach der Befriedigung dieser Bedürfnisse durch Güter („E“), besteht.

Es ist eine Variante des E-I-Zusammenhanges; genauer, geht es um die Objektivität der E-Entwicklung (die solange als mangelhaft empfunden wird, solange sie – meist in Teilgebieten - noch nicht „vollendet“ ist) und der dazu komplementären I-Entfaltung, welche prinzipiell unendlich ist (was als „Gegenstück“ zur E-Vollendung/als Abgeschlossenheit u.ä. gilt).

Die I/-Bildung ($\rightarrow N, G \rightarrow I/N/G \rightarrow E$) ist dann der als „Praxis“/ Technik der VW bildende Vollzug.

Die ökonomische Modellation von I_i, I_k wird als „Bedürfnisse“, „Bedarf“ (Summe der I_i) und als „Nachfrage“ konkret.

Die Umwandlung, der Übergang von I zu E, vermittelt durch N, G-Ausführungen, (z.B. Arbeit oder „Kauf“ der Dienste, Güter, Rechte) wird „Konsum“ genannt.

Auch dieser Übergang („Konsum“) ist eine Unterform der „allgemeinen Entwicklung“, und zwar im menschlichen Subjekt, in dessen vielfältiger I/E-Mannigfaltigkeit. Als dessen individueller $\rightarrow I_i$ - und kollektiver $\rightarrow I_k$ - Wohlfahrt und als „Nutzen“, als „Wertschätzung“ der Güter etc. oft nur andeutungsweise beschreibbar.

Alltagswissen und Wissenschaft durchzieht die 2-Teilung „Produktion-Produkt“ (wir: N, G zu E). Also hier die Schaffung von Gütern.

Philosophisch gesehen ist G-E ein unendlicher Übergang, d.h. jene 2-Teilung ist überbrückbar, sie ist keine absolute. Das zeigt sich in den „Dienstleistungen“; sie haben den Charakter von beiden „Polen“ im Übergangs-Feld; sie sind methodische

Abläufe und „ökonomische Produkte“ (z.B. der „Konsum“).

Die Unterscheidung in Produktionsgüter und Konsumgüter wird durch die 2-Teilung in der Subjektivitäts-Phase bewirkt. Dort ist nicht nur der Übergang zwischen Natur und Geist angesiedelt, sondern u.a. auch der von E-Entwicklung und/ zu I-Entfaltung. Die P-Güter stellen auf die weitere E-Entwicklung ab, stützen diese etc. Und die I-Güter zielen auf die I-Entfaltung. Genauer gesehen, gehen aber beide ineinander über.

Die Invest-Güter dienen der Herstellung von Gütern; wenn das oft ebenfalls Investgüter sind, eröffnet sich hier die Leistungsgesellschaft, und von allem die kapitalistisch kennzeichnende unbegrenzte Erzeugung von Kapitalgütern; (→ philosophisch: E-Entwicklung).

Die Erzeugung von Konsumgütern führt den Produktionsfaktor „Mensch“ in die E-Entwicklungs-Richtung. Hauptsächlich, aber dienen die Konsumgüter der I-Entfaltung (Ii, k, g), als Bedarfsdeckung und darüber hinaus.

Der VWL - Prozess ist also ein I/E-Gesamtprozess, weil er beides „verknüpft“. Die herkömmliche Unterscheidung in kurzfristig verwendbare P-Güter (Rohstoffe) und langfristige muss/ kann verallgemeinert werden: Die Langfristigkeit der Kapitalgüter zu Investition-Zwecken meint deren Charakter als E, PM; d.h sie sind „prinzipiell“ nicht veränderbar als Mittel zu Zwecken („I“), welche von ihnen „gesondert“ existieren.

Natürlich ist das eine idealistisch (-mechanistische) Beschreibung, die aber ihren Sinn hat.

Der Produktionsprozess ist eine Variante von „I“ (-> am Anfang steht die Zielsetzung) sowie -> N,G (die Produktionshandlungen, Arbeit, Veränderungsabläufe u.ä.) und -> E (Produkte, Güter), abgekürzt N/G zu I/E.

Aber mit der genaueren Erfassung des Übergangs (= „Produktion“, „Arbeit“) ist dieses Übergangs-Feld „unendlich“, d.h. es hat Dynamiken, die sein „Kern“ sind, die aber auch an feste Strukturen (E) gebunden sind; bzw. dieses beides, Struktur und Dynamik, gehen in eben jenen unendlichen Prozessen ineinander über.

Diese Strukturen sind zum Beispiel im „Kapitalismus“ (in eigener Definition) der Kern der Ökonomie und der Gesellschaft. Es ist z.B. PM/ Maschine, Wissen, Kredite und abstrakter „Kapital“. (Diese Betonung im „Kapitalismus“ ist einseitig und hat historisch entwickelte Ursachen).

Der Produktionsfaktor der körperlichen und geistigen menschlichen Arbeit hat die Aufgabe, die vorfindbare Anfangssituation (Rohstoffe, PM), E allgemein, mit der „strategischen“ Zielsetzung („I“, was erzeugt, geleistet werden soll), in „Übergangsfeldern“ zu verbinden, d.h. die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.

Die „Qualität“ des P-Faktors „menschliche Arbeit“ besteht darin, die I, welche den Naturdingern eigen ist, bzw. die I, welche in gegebenen gesellschaftlichen etc.

Situationen vorgegeben sind, so zu verändern, dass die angestrebten „strategischen“ I daraus werden. Alle I sind aber an E gebunden; die zugleich auch - unter der I-

Anleitung - verändert werden.

Dabei müssen beispielsweise die AN auf ihre persönlichen „I“ während der Arbeitstätigkeit weitgehend verzichten.

Die E-Entwicklung und die E-Entwicklungs-Beschleunigung im Ökonomischen ist zu großem Teil von der Quantität der eingesetzten Arbeit – als Arbeits-Zeit und Anzahl der Arbeitskräfte – abhängig.

Diese Beschleunigung über die Einflussgröße des Erwerbstätigenpotentials wird aber immer mehr – im E-Entwicklungs-Beschleunigungs-Prozess – relativiert, und abgelöst durch die rechnerische Verbesserung des Maschinen-Kapitals.

Sowie umgekehrt, ökonomische Abhängigkeiten, wie die Nachfrage von der Lohnsumme, also von der Quantität der Arbeit abhängig, wird eine symptomatisch widersprüchliche etc. Verflechtung ökonomischer Grundgrößen.

Die „Qualität“ des P-Faktors Arbeit ist eine entscheidende Einflussgröße für die E-Entwicklung. Das technologisch-ökonomische System bedarf der Neuentwicklung, Erfindung und deren Anwendung und Beherrschung, je beschleunigter die E-Entwicklung läuft.

Die Organisation dafür, wie Ausbildungs- und Weiterbildungssysteme, aber andererseits auch Arbeitslosigkeit und die I-Entfaltung stehen in darzustellenden Gegensätzen dazu.

Zum Produktionsfaktor „Umwelt“ (Boden, Luft, Gewässer, Natur) muss philosophisch gesagt werden, er wird von da ab wichtig als „der Mensch“ andere „I“ hatte als die „natürlichen“ in sich. Dann als „I“, von E getrennt, ein Eigenleben begannen. Das „Bewusstwerden“ dieser „I“ drückte sich konkret auch darin aus, als die eigenen menschlichen „I“ (Ii z.B.) begannen, sich gegen die „I“ („Rz,Rw) der Natur zu richten. Das geschah zuvor auch, jedoch weniger „gezielt“, und dies vor allem in der Variante der Ziel-Steigerung verschiedener Art.

Damit veränderte sich das „natürliche“ Verhältnis, zunächst quantitativ, dann aber auch „qualitativ“.

Boden, als Anbauboden, Abbauboden, als Standort und als „Konsumgut“ (Verkehrswege, Sportplatz u.ä.) ist ein Beispiel dafür, wie die Ziele („I“), die der Natur in/ von völliger Verbindung mit den Existenzeigenschaften (E), I/E eng sind. Die Natur-I sind zwar darstellbar, sind aber deshalb und insoweit für den Menschen unwichtig. Erst wenn sie in menschliche „I“ umgewandelt werden, werden sie „ökonomische“. Und die Natur-I gehen in die „technologische“ (PM->E) Seite der ökonomischen Prozesse über.

Der Übergang vom biologischen Ziel „zu wachsen“, zum menschlichen, zu ernten nämlich, ist problemlos.

Der Boden als „Standort“ ist als P-Faktor-Eigenschaft nachvollziehbar; als Natureigenschaft ist „I/E“ „eng“ und eher die E-Seite wichtig.

Problematisch für die I-Seite der Menschen, für deren Tendenz unendlicher Entfaltung, sind es diejenigen natürlichen E-Aspekte, die nicht oder zu wenig dynamisch vermehrbar sind; wie z.B. der P-faktor Boden; oder – abgeschwächt - die

Immobilität dieses P-Faktors.

Die Anordnung der P-Faktoren wird von uns im E-, I-Schema gemacht. Dann ist Natur ziemlich reines E. (Gegebenes, ohne hier erstmal relevante „I“).

Das Kapital hat zwar starken E-Charakter (PM, Sachkapital Geldkapital), aber zugleich auch I-Charakter, strategische Ik; und zwar mehr oder weniger: PM eher I-begrenzt, Geldkapital I-weitreichend, strategisch.

Der P-faktor „Arbeit“ hat zwar auch „I“ (Rw/I Natur vs. Ii (AN und Ik-strategisch), aber dort ist N/G zentral (als Übergang -> Verknüpfung von PM Natur (E) zu I-Strategie). Daher ist alles als P: E-> N,G -> I -> etc. zu sehen.

Der „Sinn“ das Ziel (I) der Gesamtheit aller zusammenspielenden ökonomischen und technischen Abläufe ist der menschliche „Konsum“ – welcher Form auch immer. Zur Erweiterung und Dynamisierung dieser „I“ bedarf es der E-Seite, im I->N,G->E -> etc.- Ablauf. Diese E, die vermittelnde „Mittel“-Position, sind das Kapital; überwiegend als „Investition“, welche die Brücke zur „Produktion“(N,G) bildet. Deshalb kann man die Kapitalbildung als „Konsumverzicht“, als Freisetzen von Ressourcen zur Produktionszwecken darstellen.

„Quer“ zu den P-faktoren Arbeit und Kapital liegt das wissenschaftlich- technische Wissen; es ist sowohl geistiges Arbeits-Produkt, es wird in das Arbeiten einfließen, und es ist Mittel (Kapital). Abstrakter, es ist „E“ und menschliche „I“ und dynamisches Wirken, -> N,G. Es verbindet und entwickelt durch seinen N/G-Charakter die P-faktoren (als „Technik“ und technischen Fortschritt).

Kann die technologische Entwicklung die Knappheiten der E-Faktoren überwinden? Was sind P-Faktoren? Sie sind, wie auch die „Technologie, entwicklungsfähige Strukturen (E), die kombiniert/ relationiert sind (N,G). Bei den PM ist diese Identität trivial; aber auch beim AN und beiden ökonomischen Seiten des Kapitals kann man sie erkennen: „Technische Verbesserungen“, „erweiterte Produktion“, „neue Güter“, (auch „organisatorisch“) u.ä. sind konkreter Ausdruck dieses E-N,G-> I – Modells.

Die Entwicklung des Produktionsprozesses ist ein Subsystem der allgemeinen E-Entwicklung/ I-Entfaltung. Speziell sind es bestimmte technische und organisatorische Technologien. Sie sind P-Faktoren, E->N,G->I-Gebilde; wobei hier der Schwerpunkt der wissenschaftlichen Analyse auf dem N,G-Teil liegt; aber prinzipiell gibt es keine Trennung der E; I, N, G; d.h. z.B. ein PM ist stets zugleich Struktur und Fakt.

Im Umwandlungsprozess (Produktion) der P-Faktoren geschieht Zweierlei, das für die Definition der „Ökonomie“ grundlegend ist: Der Output ist qualitativ anders als der Input; und er ist „größer“.

Die Ursache dafür liegt in der E/I- und I-Änderung während des P-Prozesses; denn „Qualität“ muss als I/E definiert werden; „größer“ wird das dadurch (das ist die begrifflich „qualitative“ Seite des Prozesses, der „Öko- Wert“, dass die neuen „I“ dichter an denen des Menschen (Ii) sind, nicht mehr nur „natürliche“ sind.

Das ist philosophisch so: $I \rightarrow N, G \rightarrow E \rightarrow N, G \rightarrow I^2 \rightarrow$ etc.

Im modernen Produktionsprozess, der mehrstufig ist, werden diese Outputs (E^2) zum Input (I^2) der nächsten Produktionsstufe; (oder sie sind Konsumgüter).

Wir gehen von der (hier ökonomisch-technologischen) E-Entwicklung aus. Das wird in der VWL als „Wachstum“ des BIP bzw. des Bruttonationaleinkommens formal erfasst; und also von den zugrunde liegenden technischen Entwicklungen und speziell von den P-Faktoren bestimmt.

Die Ig-Seite (in E/Ig) wird hier durch die Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt durch das Maß der Nutzenstiftung des BIP zu sehen sein; wobei die Differenz zwischen der E-Seite und der I-Seite, (im Kapital/ in den historischen Phasen der Knappheitsgesellschaft), deutlich ist: Die tendenziell möglichen unendlichen „I“ werden immer noch quantitativ und qualitativ reduziert gehalten.

Es braucht auch solche Teile der „Produktion“ die nicht ausschließlich technischer . Formveränderungen sind; zur Anhebung des Wertes, die dem Nutzen der Güter beitragen, wie „Transport, Lagerung, Verpackung“, sie sind zu integrieren.

Denn die I-Natur (z.B. räumliche Ziele des Transportes) wechselwirkt hier mit menschlichen. „I“ . Ähnlich ist es damit, dass letzten Endes jede Produktion auf den Konsum gerichtet ist, d.h. I_i, k, g dienen. Die langen Umwege sind Ausdruck der E-Entwicklung (z.B. Forschung, Unvestgüter).

Es gibt hier die zwei Varianten von $E \rightarrow N, G \rightarrow I \rightarrow N, G \rightarrow E \rightarrow$ etc. Als Güter (E), diese als Mittel (E) zur aktiven (N,G) Bedürfnisbefriedigung ($I \rightarrow E$). Dann die Konsumaktivität (N/G) von Gütern (E), die zur individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrt (I_i, I_g) führt. Und die Produktionsfaktoren (E) werden in der Produktion (N,G) kombiniert (N-G, N/G), um für „I“ neue Güter (E) zu produzieren.

Was ist „Arbeitsteilung“? Arbeitshandlung/-aktivität besteht aus E (PM, Wissen, Rohstoff) verbunden mit den I-Seiten; so auch der I-Seite als R_w und der der Eseite. als R_z , z.B. raumzeitliche Richtungen. Hier naheliegender die I-Seite des Arbeiters, die der des E-Dinges (Rohstoff z.B.) „entgegengesetzt“ sein kann. Hier treffen sich nun im Übergang die R_z, R_w der Dinge mit den I_i und E_i des Menschen

Die Kompliziertheit dieses unendlichen Übergangs-Feldes wird aufgeteilt: Einzelne R_z, R_w des Dinges, zB seine „Gestalt,“ wird nach der Maßgabe der I_i verändert. Maßgebend ist ein Gesamt-Ig („Produkt“ auch „Gewinn“) was aus vielen I_i zusammengesetzt werden kann; dies Zusammenspiel ist für die I-Sphäre prinzipiell.

Warum steigert diese Arbeitsteilung, Spezialisierung auf je wenige E (Mittel u/o „Rohstoffe“) und I-Vollzüge die „Arbeitsproduktivität“? Weil diese durch Zeitgewinn, daher Schnelligkeit, daher Mengenerzeugung, das als Beschleunigung, definiert ist.

Und „beide Seiten“, sowohl die menschliche Produktivkraft, mehr zu erzeugen, als

der menschliche Mehr-, „Konsum“ es ist, hängen über diese „Beschleunigungen“ miteinander zusammen; alle drei sind E-Entwicklungs-Beschleunigungsvarianten. Diese Arbeitsteilung ist genauso vielfältig wie es der E-Bereich ist; d.h., wie Rohstoffe, PM, Wissen u.ä. auf der Erde und im Laufe der Geschichte auf allen „Ebenen“ unterschiedlich (chaotisch) verteilt sind. (Während im Ökonomischen die „I“ global ziemlich einheitlich sind, orientiert an formaler E-Entwicklung und I-Entfaltung.

Es gibt also die globale/ internationale., die überbetriebliche Berufsteilung, Wirtschaftssektoren (-> Land-, Konsum-, Investgüter, Dienste etc.) sowie die betriebliche Arbeitsteilung.

Es gibt verständlicherweise Unterschiede zwischen den Arten der E, der N/G (Arbeitsprozesse). In der betrieblichen Arbeitsteilung spielen eher die unterschiedlichen Arbeitsvermögen der AN eine Rolle. Während in der internationalen Arbeitsteilung eher die Kosten-Unterschiede, Rohstoffvorkommen u.ä. wichtiger sind.

Im konkreten gesellschaftlichen Bereich der Ökonomie findet das statt, was philosophisch grundlegend als Entwicklung der E-Seite (Produktion/ Produkte, Zahl der Wirtschaftssubjekte etc.) gilt. Und dazu die Entfaltung der I-Seite, so als die Pläne zur Produktion und zum Konsum dieser privaten und öffentlichen Haushalte. Um die I/E-Gleichgewichte (in konkreter Praxis) herzustellen, bedarf es einer Koordinierung, Lenkung dieser abarbeitsteiligen ökonomischen Phänomene.

Diese Abstimmung der E und „I“ kann theoretisch „marktmäßig“ oder „zentralplanerisch“ erfolgen. In der konkreten Praxis ist in solchem Übergangs-Feld, auf dem die Abgrenzung zwischen „Markt“ und „Plan“ fließend und auch wechselwirkend ist, kaum feststellbar. Solche „Übergänge“ sind daher stets auch „Problemfelder“.

Die Metarelation, als das Zusammenspiel von Markt und Plan, ist entsprechend jener abstrakten und theoretischen Situation, schwierig zu bewältigen; aber gerade darin besteht inhaltliche Praxis (→ viele I/E). Ein konkretes Beispiel sind die „Konjunkturen“.

Eigentlich müsste die E-Entwicklung als Beschleunigung verlangen, alle P-Faktoren optimal und maximal einzusetzen. Aber die arbeitlig-marktmäßigen Organisationen der Ökonomie kann oft nicht planerisch-zentral abgestimmt werden – (ein wichtiges Beispiel der Profitmaximierung Einzelner verlangt die Lohnreduzierung – und erzeugt damit mangelnde Rentabilität von Investition). Die vorhandenen Produktionskapazitäten werden durch mangelnde Koordination und Lenkung nicht harmonisch, stetig genug, ausgelastet.

Wie wird dann die gemeinsam in spezialisierten Fähigkeiten erschaffene gesamtwirtschaftliche Produktion verteilt? Solange die E-Entwicklung noch geringe Mengen knapper Güter schafft, steht diese Verteilung als gesellschaftliches Problem im Mittelpunkt der Leistungsgesellschaft. Entscheidend werden dann die

Abwägungen wie die nach der Wichtigkeit von Ig-Strategien, oder von der Ii-Neueserzeugung, oder die der E-Entwicklung einerseits und die des körperlichen Einsatzes und der Ii-Aufforderung im Kampf der Natur-I vs. Ig (E-Entwicklung u.ä. Die beiden Verteilungsverfahren stützen sich auf E, die E-Entwicklung.

(„Leistungsgerechtigkeit“) und auf „I“ („Bedarfsgerechtigkeit“); für jeden sollen möglichst seine Bedürfnisse (Ii) berücksichtigt werden.

Die Vorstellung von „Gerechtigkeit“ verweist dabei auf die Vergesellschaftung (-> Ii-Ig). Die praktischen Einschränkungen (nicht jedes Ii kann berücksichtigt werden), durch die Knappheit der Güter, verweist auf das E (in Ii-g/E). So dass z.B. das historisch-praktische Leistungsprinzip vs. Sozialprinzip steht, weil E berücksichtigt wird: die I-Seite, als Einschränkung der bloßen E-Entwicklung/ Herrschaft, als dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit.

Hier als Versorgung der „Verlierer“, aber auch schon als Vorwegnahme der unendlichen I-Sphäre. Als „Bedarfsgerechtigkeitsprinzip“ in der Sozialhilfe; ebenso aber im Konsumüberfluss in anderen Sozialschichten. Da zeigt sich (auch schon quantitativ -> Sozialbudgets) die unendliche-I-Seite und ihr Anwachsen.

Aus vielen modernen gesellschaftlichen Strategieüberlegungen (Ig) gehen die Forderungen hervor, z.B. die, Gleichheit und Freiheit irgendwie zu vereinen; allgemein E und I als „E/I“. Speziell also hier, die Prinzipien der Leistungs- (-> E-Entwicklung) und der Bedarfsgerechtigkeit (-> I-Entfaltung) zu vereinen.

Das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist eine derartige politisch-ökonomische Zielsetzung gesellschaftlicher Art.

Dieses I/E kann aber noch nicht als „Aufhebung“ des I-E-Gegensatzes angesehen werden; das zeigt der andauernde gesellschaftliche Alltagskampf.

Arbeitsteilung ist eine Variante der E-Entwicklung (diese hat die Rw- und die Rz-Tendenz); als Rz-Tendenz, d.h. PM, AN, Wissenschaft tendenziell „in die Tiefe“, ins minimale Detail.

Diese Anbindung an die E-Seite, (es gibt noch andere Bindungen des Menschen an E) heißt eine - zusätzliche - mögliche Vernachlässigung von der I-Seite, also von I/E (-> Praxis, reales Leben).

Geistesgeschichtlich wird das als nachteilig, kritisch gesehen; als „Entfremdung“, (eher im Sozialen/- Psychologischen) und/oder als ökonomische, gesellschaftliche „Abhängigkeiten“ des Einzelnen in der komplex Ökonomie.

War die „Arbeitsteilung“ prinzipiell von Rz und Rw bestimmt (maximale Bewegung, Trennung durch Rw und in Richtung „Null“/ Rz ins Detail), so sind Rz auch für die Bildung von Zusammenhängen verantwortlich; und Rw für die Ausdehnung auf „alles Andere“.

Das erscheint in der Phase der „Ökonomie“ als „Tausch“; der entscheidende Aspekt des Zusammenhanges, der die arbeitsteilig organisierte Ökonomie erst funktionsfähig macht.

„Arbeit zu Tausch“ = „Praxis“, weil die Zusammenfassung/Tausch „En“ konstituiert, aus den vielen E1 (-> = Technik-Theorie: Verkürzte Entwicklung als „E1->En“).

Grundsätzlich sind einerseits die „Wirtschaftssubjekte“ Menschen und andererseits, maximal abstrakt, deren individuelle „I“, Zielsetzungen. „Technologien“, wie hier die ökonomischen, bilden dann Konstrukte aus diesen beiden „Polen“. Die Wirtschaftssubjekte sind dann die „Haushalte“ und die „Unternehmen“.

Ihre „I“, Ziele sind jetzt gebündelt, und es formalisiert die Produktion und die Konsumtion („Haushalte“). Indem die Haushalte als Nachfolger nach Gütern und Anbieter der P-faktoren fungieren, und die Unternehmen als Anbieter der Güter und Nachfrager nach den P-faktoren, wird ein Kreis, eine Entwicklung gebildet, die wir als $E1 \rightarrow N, G \rightarrow „I“^1 \rightarrow \text{Ziel, Güter zu produzieren} \rightarrow N, G \rightarrow E^2 \rightarrow \text{Güter modellieren} \rightarrow \text{etc.}$

Das gesellschaftliche Ziel der Erhöhung der Produktivität ist eine Sub-Variante der allgemeinen E-Entwicklung. Die Erzeugung, Erfindung und Einführung zusätzlicher E ist mit diesem gesellschaftlichen $I_{k,g}$ gleichzusetzen; zB „mehr Wissen“, nach PM, und hier das „Geld“ als „Tauschmittel“.

Es ist eine hochentwickelte E-Form; entsprechend wirksam ist deren organisatorische Reichweite; wie alle isolierten E hat auch „Geld“ deren Gefahren-Potenziale.

Die „Wirtschaftsordnung“ wird historisch, gesellschaftlich, politisch, ideologisch entschieden, also von I_g in dem Modell I_i-I_g/E : oft gegen die I_i, I_k .

Aber letztlich auch abhängig von „E“.

Wenn die E-Entwicklung, zB. äußerste u/o relative Knappheit an Investgütern und/oder anderen P-faktoren, die politische I_g -Entscheidungen bestimmen, bleibt für die Vorteile der Markt-Freiheiten oft wenig Spielraum. Und umgekehrt, wenn Marktmechanismen die Koordinierungen nicht schaffen, (Inflation, regionale Unterversorgung, zu unterschiedliche Lohnentwicklungen) dann werden zentrale Verwaltungsschritte (Notenbank etc.) notwendig.

Die I-Seite, objektiv die I_i (\rightarrow „Markt“) oder I_g (zentrale Entscheidungen) spielen in „ I_i-I_g “/E eine wichtige Rolle; zudem stehen die I-Bildungen stets unter dem E-Einfluss, der Stand der E-Entwicklung, Niveaus. Diese werden in der VWL z.B. als „Knappheitsproblem“ umschrieben. Damit verbunden sind konkretere ökonomische Grundprobleme, die auf I-Entscheidungen verweisen, zB. „Was wird produziert“, „wie und für wen wird produziert“. Eine Entscheidungs-Alternative ist, ob das von I_i oder von I_g stärker beeinflusste Antworten/ Entscheidungen sind.

Die Zentralverwaltungswirtschaft versucht, die $I_i/k/g$ (als Produktion, Faktorallokation, Verteilung) abzustimmen; im Plan, auch mit den vorhandenen E. Den Wirtschaftssubjekten (tendenziell sind alle AN) wird dieser Plan vorgegeben. Damit haben diese AN untereinander nur Beziehungen „sachlicher“ Art, nicht mehr strategischer Art. Im Vordergrund stehen die Relationen I_i-I -Natur, also die sachlichen Auseinandersetzungen.

Das ist eher ein Vorteil; Nachteil ist die mögliche Erzeugung von „Neuen Ideen/ Strategien/ Zwischenstrategien/ Taktiken aus I_i vs. I_i (I_i vs. I_k, g).

Die für eine optimale ökonomische Effizienz wichtigen Zusammenfassung, Lenkung

bedarf einer möglichst vollständigen Information. Und zwar einerseits Information über alle Ressourcen und Technologien (E) der Betriebe, und andererseits über sämtliche Bedürfnisse und Präferenzen der Haushalte (Ii, Ik, Ig).

Hier bildet sich nun wieder das Ii-Ig/E-Verhältnis, das ein mehrfaches Übergangsfeld ist, z.B. mit ständigen Veränderungen der E (als Technologie-Entwicklung) und der „I“.

Es gibt nun theoretisch die zwei Möglichkeiten, ein Ig (zentraler Plan) zu betonen oder den „Markt“ zu pflegen, der hier abstrakt als unendliches Übergangsfeld als „solches“ betont wird.

Das Ig ist ein isoliertes abstraktes Ziel. Deshalb kann es als Versuch einer maximalen „gesellschaftlichen Wohlfahrt“ durch effiziente Verwendung der Produktionsfaktoren und die Verteilung der Güter an die Haushalte, nicht optimal erreichen. Erst wenn der dynamisch wechselwirkende, sich ständig verändernde, entwickelnde Aggregationsvorgang, der die individuellen Ii/k einbezieht, also als „Ii-Ik-Ig“, die theoretische Ausgangslage ist; diese wird „praktisch“ durch ihre Beziehung zu „E“.

Die angedeutete „Komplexität“ beherrscht alle Wirtschaftsordnungen. Sie wird aber nach und nach durch die E-Entwicklung der Informationstechnologie in ihrer Komplexität reduziert werden; während der Ig-Wille, der Ii-,k-Wille dito, dann eher wichtig und aktiv werden können.

Der Unterschied Plan-Markt kann in jedem ökonomischen Detail mit seinen jeweiligen Vor- und Nachteilen sichtbar gemacht werden; z.B. die „Information“ (die zentral für das Funktionieren des jeweiligen Systems ist) kann direkt dadurch gewonnen werden, dass „der Preis“ die Fakten des Info-Trägers ist; (z.B. indem er die Knappheit eines Gutes anzeigt).

Die zwei Alternativen zu diesem Markt-Mechanismus sind die parallel laufende direkte Informationsforschung, (wieviel Güter, Nachfrage etc.) u/o die priorische politisch-ökonomische Ig-Setzung, hier die des Preises, welche Preise für welche Güter ökonomisch, gesellschaftlich etc. sinnvoll sind.

Im Modell der „Zentralverwaltungs-Wirtschaft“ gehen die in der VWL und BWL getrennten ökonomischen Technik-Projekte ineinander sehr viel mehr über als zwischen „Markt“ und Einzelunternehmen.

Die relativ unabhängigen Ii-Entscheidungen des Unternehmers sind in der öffentlichen Planung Ig-Entscheidungen; zB über die Preise oder wieviel P-Faktoren/welche P-Verfahren eingesetzt werden; um autonom zu bestimmende Güter herzustellen und verteilt zu werden. Selbstredend sind beide aber auch von „äußeren“ Bedingungen abhängig, so, ob das globale Rohstoffpreise oder andere Märkte sind.

Wie in allen „Techniken“ ist die Kette von den strategischen „I“ (Ik,g) runter bis zu den Ii (Ii vs. E-Natur) entscheidend. Dazu kommt (als „qualitatives“ Argument), dass alle „I“ (hier vor allem Ii) in Wechselwirkung miteinander und mit den E stehen; vor allem aber, dass sie prinzipiell „kreativ“ sind (und in der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung immer mehr zur Kreativität angeleitet werden

müssen!).

Das alles macht die Produktionsstrukturen, Faktorallokation, Verteilung, Koordinierung u.ä. als lebendige, (doppelt unendliche Übergänge) ökonomische, gesellschaftliche etc. effektiver sind, wenn jeweils ein tendenziell optimales Wechselspiel zwischen Ig-Betonung (\rightarrow „Plan“) und Ii-Betonung (\rightarrow Markt) stattfindet.

Die philosophisch-wissenschaftlich falsche, absolute Einstellung ist es, Plan-Markt, hier als Bürokratie-Flexibilität o.ä. allein zu konfrontieren. In jedem „technisch-praktischem“ Bereich gilt stets beides für sich und beider Wechselwirkungsrelation. Die „Bürokratie“ garantiert mehr G,E, Ig (Gesellschaftlichkeit, Normativität, Exaktheit, Gerechtigkeit, Gleichheiten, Krisen-Abwehr, Strategien).

Und die Marktabläufe garantieren mehr Dynamik, Flexibilität, Anreize, persönliche Ii-Kreativität, Anpassung, Kleinkorrekturen u.ä.

Das Problem ist heute, wann wo welches Mischungsverhältnis gilt.

Die komplexere Funktionsweise einer Marktwirtschaft beruht auf „Ii-Ig“. Sie ist daher z.B. mit dem „Demokratiemodell“ eng verwandt; was aber für den sachlichen technologischen, ökonomischen Zusammenhang unwichtig ist; da wäre das Plan-Modell angebrachter.

Dies Ii (viele Ii)-Ig-Verhältnis ist ein unendliches Übergangs-Feld. Die Ii sind die ökonomischen Interessen der Anbieter und Nachfrager von Gütern etc., also meist das Konsum-Interesse und das Gewinn-Ziel.

Das „Grundprinzip“ der Planung ist „G“ oder N, d.h. N-G; (entweder wird ein Bereich nicht berücksichtigt oder er wird „mit allen Mitteln“ durchgesetzt).

Das Grundprinzip des Marktes ist „N/G“. Als unendliche Anpassung, Differential-Bildung, Gewinn von Dynamik daraus; I-Bildung als Prozess, Wechselwirkung, Rückkoppelung.

Natürlich gilt für die historische „Praxis“: „N-G zu N/G“; zB die Wirkungsweise des Preismechanismus: Die Anpassungsreaktionen auf den zwei Seiten (Angebot und Nachfrage) mit Produktion-Veränderung, Gewinn-Veränderung, Substitutionsvorgängen, Gleichgewichtsbildung etc. sind in den Eigenschaften des „N/G“- Modells. Vor allem auch das Hinausgehen, Investition, Substitution, über den jeweiligen ökonomischen Vorgang ist typisch für die N/G-Dynamik.

Diese Anpassungsprozesse – hier der Konsum und Produktionspläne über den Preis - sind das Ergebnis der Optimierungskalküle der Wirtschaftssubjekte aufgrund gegebener Technologien (E) und Präferenzen (I), als „I zu E“

Es bildet sich ein Gleichgewicht, I/E, wenn die Nachfrage dem Angebot entspricht, z.B. wenn sich die I als Wahlhandlungen nicht ändern. Zusammengefasst und konkret als „Marktgleichgewicht“ und „Gleichgewichtspreis“.

Die I-Sphäre hat die Eigenart, dass prinzipiell alle „I“ zugleich getrennt und aufeinander bezogen sind; darin unterscheidet sie sich von der E-Sphäre, in der die E prinzipiell strikt voneinander getrennt sind. In konkreten Bereichen, (hier der ökonomische Markt und Preismechanismus) sind die Ii und die Eigeninteressen der

Marktakteure auf beiden Seiten. Die Eigenart der I-Sphäre erscheint dann dort als ein adaptives, sich selbst regulierendes System. Das heißt z.B., dass alle beteiligten I gleichwertig sind, ebenso dass sie frei sind, frei beweglich zB. und dennoch stets einen Zusammenhang („System“) bilden.

Die Ii/Eigeninteressen der Marktakteure (Optionen wahrzunehmen und Preisveränderungen zu revidieren) sind nicht eingeschränkt, die I sind prinzipiell frei. Bei konfligierenden I findet ein Interessenausgleich (über Preisadjustierungen) zu beiderseitigem Vorteil statt; das ist die Erhaltung der Gleichgewichte aller I. Es ist dies eine Konkretisierung des Ii-i-Ig/ E – Mechanismus/als Übergänge. Aber die tatsächliche Funktionsfähigkeit der Modell-Konkretisierung hängt von einer zusätzlichen „Dimension“ ab, namentlich dem absoluten E-Entwicklungs-Niveau; die ideale Markt- und I-Betrachtung ist nur die eine Seite.

Ii (als Formales) lässt sich direkt mit dem „Anreizmechanismus“ des Marktes verbinden; das Streben zu gewünschtem Neuen, Unbekanntem, Imaginiertem; als der Wettlauf der Ii in diesem Nutzen des Ausgangs in jene „Weiten“. Und die abstrakte Freiheit, die die Grundform von „Ii“ ist, ist hier z.B. auch der Ausschluss von „Marktmacht“, also wieder, dabei aber vieler freier Ii.

Wie passt der Begriff „Preis“ darein?

„Der Preis“ ist einerseits Verzicht auf eigene „I“ und er reguliert den Ausgleich der Verzichtleistungen von Käufer- und Verkäufer – I.

Es geht also um das Übergangsfeld „I zu I“ (z.B. I-Käufer, I-Verkäufer). Dieses tendenziell unendliche Feld ist (z.B.) „dynamisch“, „flexibel“, und es bezieht die I (fest) aufeinander. Solche Eigenschaften konkretisieren sich dann, wenn diese I sich auf E beziehen: I/E, die ökonomische Praxis besteht darin.

Zum Beispiel geht die Faktorallokation grundsätzlich davon aus: Dass die Verkaufspreise möglichst niedrig sein sollen, um die Güter verkaufen zu können. Denn die Käufer wägen ab, ob und wie sie ihre „Ii“ verteilen auf jene Waren und auf die Alternativen dazu. Neben dieser I-Seite gibt es die E-Seite. Die E (PM) sind „Natur“, Arbeitskraft und Kapital. Es bleibt dann, wenn die Herstellungspreise möglichst niedrig sein sollen, nur der Weg, die Faktorpreise niedrig zu halten. Das geschieht durch kostengünstige, technisch effiziente u.ä. Allokation der Faktoren. Solche „Beweglichkeiten“ sind das Gegenstück zu den relativ feststehenden I-Zügen und E-Zügen: Es ist jene N/G-Wechselwirkung in „E-> N/G ->I“.

Die Produktionsstruktur wird von beiden Basis-Seiten gebildet: Die E-Entwicklung fordert objektiv, dass für sie weitere (und sogar erweiterte) Mittel zur Verfügung stehen, z.B. Wissen/ Erfindungen, Geld, P. Das wird dadurch erzwungen, dass die Unternehmen diejenigen Güter produzieren, mit denen sie maximale Gewinne erzielen. Und das muss als „I/E“ vereinbart werden mit der „Konsumentensouveränität“. Die Verbraucher haben ihre Ii, so dass sie mit ihren Bedürfnissen ebenfalls die Produktion bestimmen.

Diese I/E-Bildung ist also - als Anpassung u.ä. der Produktionsstruktur an die

Konsumentenwünsche und umgekehrt - ein unendliches Übergangs-Feld.

Wir gehen von einer Dualität aus, welche tendenziell zur maximalen E-Entwicklung und zur I-Entfaltung führen kann.

D.h. hier im Ökonomischen, dass wenn man ein „praktisches“ Gleichgewicht „I/E“ haben und erhalten will (also keine „Krisen“ hat), man die erarbeiteten E-Güter „verteilen“ muss, „Nachfrage“ bereitstellen muss. Was im einzelnen z.B. bedeutet, Einkommen auf der Nachfrageseite zu schaffen: Lohn, Sozialunterstützung, Kredite, u.ä.

Mit dem Niveau der Gesamtentwicklung trennen sich solche Bereiche tendenziell; hier ist es das „Einkommen“, also die I-Seite daraus, tendenziell getrennt von der Schaffung der E-Güter; so in der voraus eilenden Kreditierung, oder in den arbeitsunabhängigen Sozialeinkommen. Damit haben wir einerseits das Prinzip der engen Bindung der I-Fähigkeit an die E-Schaffung; so als Leistungsgerechtigkeit in der Entlohnung; andererseits die Trennung, weil die I-Seite prinzipiell Unendlichkeits-Charakter hat.

Funktioniert der marktmäßige Preismechanismus auch in einer „Plan-Ökonomie“? Theoretisch, ja. Denn diese „Mechanik“ ist ein Ausgleich zwischen verschiedenen I, Interessen, und die „öffentliche Hand“ hat auch die gleichen Interessen wie Private; nämlich als Käufer niedrige Preise und als Verkäufer hohe Preise.

Wenn man nun sagt, dass die Marktregulierung bei staatlichen Eingriffen nicht funktioniert, meint man, geht man davon aus, dass die I_g aus politischen, sozialpolitischen Gründen (z.B. niedrige Lebensmittelpreise „festzulegen“) und die Verkäufer ihre Kostenstruktur nicht schnell genug absenken können; vielleicht können das einige, aber manche nicht. Dann kommt es auf der Verkäuferseite zu Konkursen; d.h. es betrifft das Kollektiv der Verkäufer und ihren „Frühsprecher“, den Staat.

„Eigentum“ heißt freie Verfügung über eine Sache. Das bringt die Unendlichkeiten des I_i ins Spiel, welche man bei vorgegebenen Festlegungen (z.B. durch I_g, k_;; z.B. durch Knappheit) nicht hat. Je entwickelter die Gesellschaft ist, desto besser kann man diese beiden „Richtungen“ abstimmen: Freie I-Ausweitungen und die Berechenbarkeiten aus relativen Festlegungen (-> „Sozialismus“).

Da in jeder historischen Praxis es stets Mischungen aus kollektivem und privatem Eigentum gibt, müssen dem ersteren die I_k, und I_g-Entscheidungen (z.B. strategische Investitionen) und dem privaten Eigentumsfakten die kleineren konsumnäheren, kreativeren I_i zugewiesen werden.

Der ideologische historische Streit hatte seine materielle Basis u.a. darin, dass solche schwierigen konkreten Aufgabenzuweisungen gesellschaftlich nicht gelangen. Die liberale Einteilung (Staat setzt formalen Rahmen, wie Rechtliches, Koordination, Schutz der Privaten) kann nur als eine Annäherung an die komplizierte Aufgabenverteilung angesehen werden.

Letztlich ist der Gegensatz Markt-Plan ökonomisch der zwischen Konsum und Investition; denn der Staat hat in der globalen Praxis eher I_g-Aufgaben, die als

„Investition“ (E-Entwicklung im Wettlauf) anzusehen sind; (die „realsozialistische“ Ökonomien versuchten aufzuschließen, die „kapitalistischen Ökonomien“ stehen zunehmend in Konkurrenz, etc.)

Dann ergibt sich aber die chaotische Seite, dass der „Markt“ das eigentlich volksnahe demokratische Instrument ist, was politisch-argumentativ genau umgekehrt gesehen wurde. Der Liberalismus als bürgerliche Forderung, die von sich entwickelter Ökonomie und von Staat verdrängt wurde und der Linken zugefallen ist.

Die Maxime staatliches, öffentliches Handeln wird als I_g, k dargestellt. Wie alle „I“ ist auch I_g prinzipiell unendlich, d.h. die Gesellschaft kann sich unbegrenzt viele und qualitative Wünsche vorstellen. Aber gesteuert werden diese I_g letztlich (und prinzipiell stärker als die I_i , zT. I_k , von der E-Entwicklung und deren Niveau.

Zum Beispiel ist die betriebswirtschaftliche Struktur nicht in der Lage eine „Umverteilung“ der Einkommen vorzunehmen; es würde ein Selbstwiderspruch zerstörend wirken, wenn letztlich die E-Entwicklung gebremst wird.

Die I_g / öffentliche Hand zielt aber hier darauf, das Gesamtsystem zu erhalten. In diesem hat die E-Entwicklung nur Sinn, wenn die I-Entfaltung erhalten bleibt. Wenn also konkret der Binnenmarkt für Konsumwaren als Reserve für globale Absatzstockung erhalten bleibt.

Der „Markt“ ist wie „die Demokratie“ verallgemeinerbar; als Meta-Ziel einer allgemeinen Entwicklung, so die I-Entfaltung als Unendlichkeit zu erarbeiten. Zu dieser unendlichen I-Sphäre gehört deren Verwirklichung als Ziel/ Metaziel.

D.h., dass alle „I“ (hier I_i, k) als gleichwertig gelten; sie sind von der objektiven philosophischen Basis der I-Sphäre her gleichwertig, können aber ohne Vollendung der E-Seite konkret nicht gleichwertig sein.

Dieses „kommunistische“ „nicht liberale“ Ziel wird objektiv und gegen jede Opposition auch in der „allgemeinen Vergesellschaftung“ angestrebt. Und zwar auch in diesen beiden/ drei/ vier Projekten: Markt, Demokratie, Emanzipation, politische Gleichheit.

„Marktunvollkommenheiten“ (z.B. Preisunflexibilität) wird es immer geben in diesem Unendlichkeits-Projekt; ob zu – oder abnehmend- ist deshalb nicht zu beantworten weil sich die E-Vollendung und I-Unendlichkeitsausdehnung „kreuzen“. Deshalb muss I_k, g, w dem I_i prinzipiell zur Seite stehen.

Was ist öffentliches Eigentum? Wie bei allen individuellen und kollektiven Formen des Eigentums, führt das zur Frage nach den Zielsetzungen.

Da aber alle Ziele prinzipiell auch „zusammenhängen“, in einem unendlichen Übergangs-Feld, $I_i-I_k-I_g-I_w$, ist die Abgrenzung, die exakte Bestimmung der I_g allgemein (als G, E) nicht zu leisten. Man kann aber eine - ungefähre - Annäherung geben, und vor allem kann man je konkrete, weil I/E-bestimmte Fälle, diskursiv „feststellen“. Zum Beispiel wird „ I_i-I_g/E “ so umschreibbar: Als „Maximum der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt“, und abgeleitet von dieser abstrakten Zwischen-Zielsetzung: Die Produktionsstruktur in optimaler Weise auf die Bedürfnisstruktur der Konsumenten abzustimmen. Die Anreiz- (Gewinne) und – Sanktions- (Verluste) -

Mechanik aufrecht zu erhalten; d.h. eine der vielen Dynamisierungs-„Motoren“ im unendlichen Übergang aufrecht zu erhalten (institutionell -> E). D.h. z.B., „Marktmacht“ als Marktunvollkommenheit zu beseitigen.

Das alles muss gemessen werden, an der Ig-Grundaufgabe: „E-Entwicklung/ I-Entfaltung“.

Weiterhin muss man (in Ii-Ig/ E) davon ausgehen, dass Ig eine „politische, historische, gesellschaftliche“ Eigenverantwortung hat; die unterstellte Sicht, dass alles „ökonomisch“ ist, kann man als Ausdruck der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ansehen.

In einem systematisch zu erweiternden historischen sachlich-globalen Rahmen ist jede kollektive Führung, der „Staat“ z.B., verpflichtet, neuartige Ig-Ziele zu erkennen und besser noch, solche zu konzipieren.

Dass dies dann auch „ökonomisiert“ wird, kann eher als „technisch“ sinnvoller Hilfsvorgang angesehen werden; z.B. als globale kulturelle Beziehungen der Völker, z.B. um so Umwelt/Ökologie zu organisieren.

Wenn da die Ig nicht vertreten werden (-> Planung-ökonom.), kommt es zu kaum reparierbaren Schäden.

Der „ideologische“ Streit zwischen Privateigentum und Kollektiveigentum ist schon deshalb eher eine idealistische Konstruktion, weil die öffentlichen Güter historisch immer wichtiger wurden; gerade parallel mit der Nationalbildung; und dann - langfristig - mit den objektiven Ursachen der ökonomischen Krisen; („Organische Kapital-Zusammensetzung“, Risiken aus fundamental notwendigen Ausweitungen der globalen Kreditierungen etc.); Krise, „Krieg“ (als Konkurrenz) wird global und privat unfinanzierbar.

Vor allem aber, um den Konkurrenz-Mechanismus in seiner Wirkung auf Erzeuger als „Verlierer“ in nationalen/ vernünftigen Grenzen zu halten. Eine Variante ist die Unterversorgung der Bevölkerung an Gütern, ohne hinreichende Profitmöglichkeit.

Wenn z.B. der Markt so unvollkommen ist, dass er die Knappheit des Gutes nicht mehr über den Preis widerspiegelt, greift die öffentliche Hand ein. Wir betrachten das in der erweiterten Perspektive der ökonomisch- politischen Entwicklung.

Die dem Marktmodell zugrunde liegenden Vorannahmen sind nur zum Teil noch maßgebend; „Knappheiten“ traditioneller Art werden immer knapper und die Steuerung der Nachfrage-Struktur wird bereits von allen Seiten betrieben. Daraus muss ein moderner Staat, der Überangebotskrisen und Fehlstrukturen im Produktionsbereich (PKW-Überproduktion z.B.), verhindern will, die Konsequenzen ziehen.

Ein anderes wirtschaftspolitisches Ig ist die gesellschaftliche Verteilung der Invest-Verfügbarmacht und der Konsum-Erzeugnisse. Das „Werkzeug“ des Marktes war/ ist in seinen Wirkungen effektiv, aber auch unberechenbar; z.B. ist die „Leistung“ dort und dadurch die Verteilung nach Leistung nicht an Ig gesellschaftspolitischer Art oder irgend einer Art gebunden; es kommt objektiv durch prinzipiell chaotische Leistungen zu Markt-Veränderungen, die kulturell untragbar sind und politisch,

gesellschaftlich „undurchschaubar“ sind; z.B. steht dann dem Maximum der Produktion nicht entsprechender Absatz gegenüber, weil die Produktionssteigerung nur möglich war, indem man die Faktorkosten (z.B. die Lohnsumme) reduziert hat.

Ig enthält als Basis kulturelle, auch politische Forderungen ethischer Natur, die die Funktion haben, der Gesellschaft eine sinnvolle Existenz zu geben. Hauptsächlich ist das die „Selbsterhaltung“ (G,E), dann auch die Freiheiten (->) und Gleichheit/ Gerechtigkeit (->G) sowie „Glück“, „Würde“ (→ „I“). Wird das vernachlässigt, muss diese Aufkündigung des „sozialen Friedens“ und der „politischen Stabilität“ zu Veränderungen führen. Das ist objektiver historischer Ablauf.

Jeder Einzel-Bereich/Wissenschaft ist insofern „Mittel“ (E) der Gesellschaft, (auch als abgeleitet, erzeugt, sekundär) als sie sich an dieser ethischen Basis („I“) zu orientieren hat. Dazu zählen zum Beispiel hier Gerechtigkeitsüberlegungen bei der Angleichung der Einkommen, „Umverteilungen“, soziale Erfordernisse zur Eliminierung der Bedürftigkeit, Armut.

Der „Markt“, die Ökonomie, sind nur Mittel (E) für die übergeordneten Ig, Iw. Deshalb ist z.B. der „soziale Frieden“ u/o die „politische Stabilität“ die vorgegebene Variable (und der Markt u.ä. ist die Variable, die variant bleiben muss).

Da aber beides eng zusammenhängt (sozialer Friede verbessert Markt/ Ökonomie), muss jeweils diskursiv optimiert werden.

Die traditionelle VWL betont allzu sehr die formale Seite der Trennung zwischen Staat und Privaten; so z.B. in der Einteilung der Einnahme (Zahlungen von Haushalten und Unternehmen an den Staat) und die Ausgabenseite der öffentlichen Budgets. Das ist weitgehend ein Scheingegensatz.

Die inhaltliche Seite, für was wird investiert bzw. was wird angeboten (Schulen oder PKWs) ist primär.

Und ökonomische Fakten sind wichtig, z.B. sind öffentliche Investitionen mit größerem Multiplikationseffekt versehen als private oder als „verweigerte“ in der Krise, die private verunsicherte Seite ohne genügend Investitionen.

So einfach die vier Grundaufgaben des Staates (Ig) im Ökonomischen klingen, (Inflationsvermeidung, Vollbeschäftigung., Wachstum, globale Gleichgewichte), so schwierig ist deren Erfüllung.

Das liegt daran, dass diese Aufgaben keineswegs genau genug analysiert wurden.

Wir versuchen das indem wir die I-, und E-Seite damit verbinden.

Die „vier“ wirtschaftspolitischen Ig-Ziele im Zielbereich der gesellschaftlichen „Stabilisierung“, sind vier Zwickmühlen:

Die Preisstabilität kann die E-Entwicklung behindern (Vorfinanzierung/ Kreditierungen. Die Vollbeschäftigung fördert zwar die E-Entwicklung, aber verhindert Freizeit, Konsum etc. („I“). Das Wachstumsziel fördert die E-Entwicklung, aber muss quantitativ und qualitativ/ ökologisch sinnvoll sein Das globale ökonomische Gleichgewicht fesselt auch die dynamischste

Volkswirtschaft an die weniger entwickelten.

Diese vier Ig-ökonomischen Ziele gesellschaftlicher Art sind Verfeinerungen der ökonomischen E-Entwicklung, die dem als objektives Ziel zugrunde liegt.

Dabei ist die I-Seite (Konsum, Freizeit, Leistungserhalt etc.) nur „Nebenprodukt“, d.h. nicht angepeiltes Ziel; aber durch die Objektivität der E-Entwicklung und des I-Zusammenhangs ist es dennoch eine Folge.

Der „Markt“ und die öffentlichen Maßnahmen arbeiten (-> N, G) an diesen Zielsetzungen; entweder über I-Einflüsse oder über E-Hilfsmittel.

Ökonomische Ig-Strategien, wie die Keynesianistische zum Beispiel, werden von uns völlig von der objektiven E-Entwicklungs-Notwendigkeit begleitet: Wobei das Problem der „Inflation“ als sachlich etwas komplizierteres denn doch auf die sachliche E-Entwicklung reduziert werden kann.

Diese Fiskalpolitik steuert die Nachfrage („I“) durch organisatorisch unterschiedliche Kanäle der Geldvermehrung; als E-Entwicklung spezifischer Art. Das „Geld“ als abstrakte E ist beliebig „entwickelbar“, das hat aber den möglichen Nachteil, überentwickelt zu werden: Inflation. Daher gehört zu dieser Keyreschen „Einsicht“, bei selbstzerstörerischer Nachfrage, jenen spezifischen E-Mechanismus als Geldvernichtung zu steuern.

Die Wirtschaftspolitik der Leistungsgesellschaft hat die E-Entwicklung im Zentrum aller ihrer Entscheidungen, ob dies eher kurzfristig an der Konjunkturstabilisierung orientierte Fiskalpolitik, oder langfristig, den Entwicklungstrend der Wirtschaft leitende Wachstums – und Strukturpolitik.

Hier wird vor allem der technische Fortschritt und die Aus- und Weiterbildung, ökonomisch als Investitionen, gefördert. Sowie durch öffentliche Subventionen, Übergänge, Anpassungen zu den neuen technologischen Strukturen und den Märkten daraus, organisiert.

Die „Ökonomie“ ist eine „Technik“, welche E (PM etc., also letztlich das technologisch-, naturwissenschaftliche Entwicklungs-Niveau) zur Basis hat. Dies und auch das organisatorische Niveau wird von „Ig“ gemacht.

Das gilt auch für das Ziel dieser Techniken. Es sind am Ende das Ziel die Ii der Konsumenten, die diesem Bereich der Gesellschaft einen Sinn geben.

Deshalb ist der kollektive Teil der VW, hier das staatliche wirtschaftspolitische Handeln, nur eine Hilfsgröße.

Das zeigt sich deutlich darin, dass in hochentwickelten VW die „Nation“ mit ihren Begrenzungen für die einzelunternehmerische Ökonomie tendentiell keine Rolle mehr spielt. Ob das bei der Kreditaufnahme, P-Faktoren (AN) oder Warenverkauf ist, hochentwickelte Unternehmen haben das Nationenprinzip aufgegeben.

In der historischen Praxis aber herrscht eine Mischung aus globalen und nationalen etc. Einflüssen.

Wenn die Globalität allein wichtig wäre, brauchte man sich um das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ nicht zu kümmern. Aber tatsächlich nehmen die Einzelstaaten noch wirtschaftspolitische Einflüsse auf „ihre“ nationalen Unternehmen. Das führt zu erhöhter Komplexität, wenn z.B. internationale Konzerne

von mehreren Staaten beeinflusst werden.

Es zeichnet sich da aber ein neues Paradigma ab: Die Schwerpunkte auf den „Gegensatz“ Kapital (E) und AN (I) zu legen.

Damit die fachökonomische Einschätzung des Stellenwertes der wirtschaftspolitischen Ziele nicht nur „politisch“, „ideologisch“ fundiert ist, müssen – bisher z.T. fehlende – ökonomische Überlegungen (z.B. zur Krisen-Ursache, Krisen-Behebung) betont werden: Zum Beispiel schwächt es die Konfrontation der ideologischen Meinungen, wenn man bedenkt, dass die Verteilung der Investition zwischen Privaten und Staat und Konsum nur nach den Multiplikationschancen abzustufen sein sollte; die ändern sich ständig. Welcher Bereich (angesichts z.B. technologischer Großinvestitionen) heute mehr zu investieren bereit ist, soll er finanzielle Ressourcen dafür haben; der andere Bereich profitiert davon dann in der folgenden Phase.

Die eigentlich wirtschaftspolitischen Probleme sind ungelöste, Pseudolösungen, wie z.B. „soziale Marktökonomie“, die pragmatisch versuchen, Schäden der Marktökonomie auszugleichen; sie werden vom Marktgeschehen verdrängt.

Eines der Hauptprobleme: Die weiterentwickelten Konzerne - und die VWL - drängen alle Alternativen, die bisher nur in Ländern der 2. Welt entstanden sind, systematisch (ökonomisch), aber auch als „politische Fehlhaltung“, zurück. Dies umso mehr, je schärfer die E-Beschleunigung (Technologie, Rentabilität) wird.

Der mögliche Ausweg: Sobald jene ökonomische (-politische) Krise erfolgt, die aus diesem Marktmechanismus stammt, muss eine Vereinigung von relativen Planökonomien mit relativen Marktökonomien stattfinden, in der die Vorteile des „Konkurrensreviers“ planvoll stattfinden.

War die „nationale“ Einteilung, Abgrenzung im Ökonomischen ein Ergebniss der historischen E-Entwicklung, so ist die Internationalisierung des Handels, die Zunahme des Welthandels, der Weltproduktion (30fach in 40 Jahren), eine Folge der beschleunigten E-Entwicklung. Und zwar jetzt tendenziell unabhängiger von der „historischen“ Dimension der E-Entwicklung, als „sachliche“ Dimension der E-Entwicklung.

D.h., die je augenblicklich sachlichen Vorteile (Kosten der P-Faktoren, Rohstoffe), strukturieren und beschleunigen die Weltproduktion und den Weltaußenhandel.

Die internationale Arbeitsteilung und der Handel führen u.a. zu jenen Produktivitätssteigerungen, die als E-Entwicklungs-Beschleunigung objektiv notwendig sind. Liberalismus und Sozialismus arbeiten beide dabei in die gleiche Richtung.

Aber der „Sozialist“ sieht dabei nicht nur auf die E-Entwicklung, sondern zugleich auf damit verbundene „I“; z.B. „Wohlfahrtsgewinne“, z.B. Völkerfreundschaft, I-Vermehrung (-> Produktdifferenzierung, Qualitätsverbesserung).

Techniken, Wissenschaften wie die VWL, haben ihren theoretischen und praktischen Platz in allen Übergängen zwischen I und E, mit dem angestrebten „Ergebnis“ I/E im Gleichgewicht. Konkret, die VWL versucht Phänomene zu erklären und praktisch

zu bewältigen, die aus der Spannung der Bedürfnisse (Ii,k,g) und der knappen verfügbaren Mittel (E) zur Befriedigung der „I“ entstehen. Dabei stammen aus den beiden Sphären, I,E, zusätzliche Bedingungen; die in der VWL zu integrieren sind; z.B. die, dass die I-Seite tendenziell unendlich frei ist, d.h., dass sich die Bedürfnisse (Ii/k/g) stets weiter entwickeln, quantitativ und qualitativ neue entstehen. Oder z.B., dass die Knappheit der E-Seite zu „effizientem“ Einsatz, z.B. der P-Faktoren, nötigt; und zur E-Entwicklung als objektivem Zugang; auch zum ökonomischen Prinzip (-> Mehrwert, Investition).

Die alles entscheidende Größe ist „I“ (Ii, Ik, Ig) insofern sie als prinzipiell unendlich flexibel, „qualitativ“ und quantitativ vielfach, vielfältig ist.

D.h. konkret, jeweils eingefahrene ökonomische Ziele können sich ändern, wenn die subjektiven Bedürfnisse, als die „allgemeine Wohlfahrt“, z.B. die „Freizeit“ oder Ökologische Ziele, bevorzugt werden.

Bisher versuchten die eingefahrenen monetären Quantifizierungen und E-Entwicklungs-Strukturen auch, derartig neue I-Ziele zu integrieren.

Wo ist die Abgrenzung zwischen E-Entwicklung als „Wachstum der Produktion“ und I-Entfaltung (hier z.B. das Bedürfnis nach Freizeit, Qualitäten des Lebens)?

Das wäre eine Frage der Gesellschafts-Politik. Aber die Erfahrung zeigt, es setzt sich fortwährend die „Objektivität“ der E-Entwicklung durch, und die I-Erweiterung (Konsum etc.) bleibt – auch sachlich – abhängig von der E-Entwicklung.

Aber es gibt doch Brücken, Aufhebungen, Übergänge, z.B. die E-Entwicklung als Qualitätsverbesserung unterschiedler Art, z.B. auch „Arbeitslogik“ als Freizeit, welche als Folge der E-Entwicklung anzusehen ist.

Welche Folgen hat ein „Vorausseilen“ der I-Entfaltung (-> zweite Krisen-Art).

Der Schlüssel für die „Technik“ VWL ist die „Knappheit“ der E-Seite, also eine Variante der allgemeinen E-Entwicklung. Wozu dann die I-Seite kommt: Mit allen möglichen Komplexitäten im „I/E“-Zusammenspiel; z.B. die 3-Teilung: Konsum/ AN (=Ii), Unternehmen (=Invest, E), Staat, (der versucht, jene I und E im dynamischen und sich dabei entwickelten Gleichgewicht zu halten, „Krisen“ minimierend.

Diese Ii, k, g und E lassen nun dieses komplexe Zusammenspiel der Wahlentscheidungen, zur Verwendung knapper Ressourcen (E), und die dabei typischen Handlungen ordnen. Zum Beispiel wenn die Ii der AN als Produktionsentscheidung (für Lohn zur Arbeit) u/o Konsumententscheidung in eine positive/negative Relation mit den Investitionen/ Produktionsentscheidungen (E) der Arbeit-Geber tritt. Und die öffentlicheentliche Hand (Ig) wirtschaftspolitisch das prägt, indem auf unterschiedliche Art (bzw. „der Markt“, der auch als „Ig“ gelten muss) (bzw. alle globalen Regierungs-Ig“, und die Weltmärkte) Einfluss nehmen.

Zur vwl Ideen-Geschichte. Wir gehen von folgender Grundstruktur aus: Die E-Entwicklung (Technologie, PM, Wissen) und die Ik,g-Zielsetzungen, Wünsche, Interessen, Bedürfnisse gehen komplexe und historisch immer komplexer werdende I/E-Relationen ein. Diese unendlichen Übergangs-Komplexe haben die „normalen“

Folgen der weiteren E-Entwicklung und der I-Entfaltung, aber auch Nebenfolgen, wie „ideologische E-Bewahrung“, „I-Verselbständigung.

Das zeigt sich alles im Alltagsbewusstsein/ Alltagsverhalten, in Ideologien und in den wissenschaftlichen Theorien.

Es stellen sich also die historische Entwicklung aufhellende Fragen: Von welchen E wird ein Zeitabschnitt bestimmt, welche E-Erneuerungen/ Entwicklungen, welche der Ig gibt es, wie passen sie zum E-Niveau. Und können die theoretischen Arbeiten, Ideologien, Wissenschaften, Lehrmeinungen das „verstehend“ umsetzen. Die VWL ist dadurch äußerst abhängig (und dem entsprechend fast bis heute wenig entwickelt); so vom E-Entwicklungs-Stand und vom weiten I-Bereich.

Was Spielräume für ideologische Kämpfe eröffnet und oft noch fehlende „Aufhebung“ dieser.

Die VWL in der Antike und im Mittelalter ist, wie die heutige, von drei Säulen gekennzeichnet, E: als Biologie, Erde, Agrarisches, landwirtschaftliche Produktion; und E als Dinge, Mechanismen, Handwerker, (Städte); sowie „I“ als: Ii-Ik, Ig als Handel, Fernhandel, Geldsystem.

Diese Strukturen sind grundlegend, weshalb sie als Merkmale aller historischen ökonomischen Phasen auftauchen; aber auch als die Querverbindungen zwischen den Bereichen und den Wissenschaften.

So war in der Antike und im Mittelalter wenig Trennung der Wissenschaften; und auch zwischen den „Techniken“. Weil die philosophisch-wissenschaftlichen Ausgangsbegriffe, wie „Gerechtigkeit“, „Gemeinschaftlichkeit“, also „I“, als die ethische Basis, noch wenig differenziert waren, d.h. noch wenig mit den relativ unentwickelten E-Differenzierungen verbunden waren. Die Hauptaufgabe der Ökonomie, als die E-Entwicklung war, z.B. bei Platon, erst versteckt bewusst; denn die ökonomische Akkumulation, die E-Entwicklung, war einfach noch kein historisch wichtiges konkretes Projekt.

Weil die technologisch-ökonomische E-Entwicklung sehr langsam lief, war die Investition (E) und die Mehrwert-/ Profiterzeugung nebensächlich.

Handel, Handwerk und Bauern brauchten aber dagegen diese Überschüsse zur Erhöhung der Nachfrage im Konsum (-> I). Daher war jegliches „Profitstreben“ zu verwerfen; das Gewinnstreben wurde so ökonomisch, moralisch und rechtlich als „eigennützige Interessen“ verfolgt.

D.h. solche Einzelfragen waren objektiv mit der ökonomisch-technologischen Grundstruktur von Anfang an verbunden.

Schon früh waren die Grundprobleme der Ökonomie zu sehen, z.B. Tausch, Arbeitsteilung, Geld und deren wissenschaftliche, philosophische Probleme. So kann Platon aus seiner philosophischen Systematik im Charakter des Geldes als Tausch-Erleichterung, den Unterschied zwischen Nominalwert und Metallwert zeigen.

Die nominalistische Unabhängigkeit des Geldes von seiner stofflichen Substanz lässt dessen „monetäre Funktion“, als aus der philosophischen 2-Teilung in Lebenswelt und Ideenwelt erscheinen (Was hat das mit I, E zu tun!).

Wenn Aristoteles bei Gütern den Gebrauchswert vom Tauschwert unterscheidet, wird „I“ als Ii und Ik ins Spiel gebracht. Und seine, wie Platons, Ansichten zum Geld werden von „E“ charakterisiert: Es ist Mittel zum Gütertausch, stellt aber keinen Wert (I) an sich dar; weshalb Zins als Wertvermehrung, bzw. als Wertminderung da nichts zu suchen hat, und I und E werden noch sauber getrennt.

Wie bei allen „Produktionsfaktoren“ zeigt sich auch beim „Boden“, dass die ganze übrige gesellschaftliche Geschichte da dran hängt: Ob jemand seine Ii mit dem Mittel/ E „Boden“ verbindet, hängt z.B. davon ab, dass der Boden „netto“ mehr „Gewinn als Kosten“ verursacht. Und das ist bei niedriger Siedlungsichte, Überfluss an Boden, kaum Handelswegen, ineffektivem Werkzeug, mangelnder Fruchtbarkeit zu gering. Eine erste Normalisierung war es, als im europäischen frühen Mittelalter (400-700) höchstens die gemeineigentümliche Bewirtschaftung (Allmende) einen Sinn machte. Heute kehrt sich das um, wenn es „netto“ außerhalb dieses Produktionsfaktors (Boden) mehr ökonomische Vorteile (z.B. die E-Entwicklung) gibt; dann wird zum Beispiel auch die Boden-Vergesellschaftung (z.T.) wieder sinnvoll.

Man kann – zunächst – sechs historische Phasen unterscheiden: Die Einführung der Betonung der drei Produktionsfaktoren (Boden, Kapital und AN-Potenzen) und dann jeweils die gesellschaftliche (rechtliche, institutionelle, ideologische, politische) Ausgestaltung dieser Vorherrschaft von „Boden, Kapital, Arbeit“.

In Mittel-Europa bauten die Karolinger auf dem Faktum des Boden-Eigentums ihr gesellschaftliches, politisches, ideologisches etc. System auf; z.B. die jetzt mögliche und notwendige Berechtigung, innerhalb räumlicher Grenzen zu gebieten, zu verbieten. Wobei die sachlich-formalen ökonomischen Abläufe, z.B. Arbeits-Teilung, Sparen etc. sich quantitativ entwickelten, aber eben je Phase qualitativ-kulturell überformt wurden.

Die Missachtung der „Ökonomie“ im MA wird von uns „materialistisch“ erklärt. Obwohl Aristoteles die Basis, nämlich die mechanistischen Naturwissenschaften, begründet, war er schon „Ökonomie-Skeptiker“ (Th. V. Argmino folgt dem). Denn Ökonomie beruht auf natwissenschaftlich-technologischen, also konkret-praktischen Erfindungen, Erkenntnissen, Entwicklungen.

Die Ii, Ig (Bedürfnisse) waren objektiv vorhanden, fanden aber keine „E“ (Mittel/PM), um zu I/E zu werden. Und die „idealistische“ Seite (Beiträge zur analytischen Ökonomie z.B.) ist sehr abhängig von der „materialen Seite“ (I und konkrete Forschungsarbeit hier).

Dazu kam, dass das MA (Kirche, Feudal-Struktur) bestimmte „Auswege“ zeigte, (Sozialreformen, -> Bodenbearbeitung, Hilfe für einzelne Arme, ideologische Auswege (Jenseits-Paradeis), Priorität der religiösen Ideologie, Schutz der Schwachen, sind Behinderung der Ausbeutung und der Investition. Ebenso sind ökonomische Gerechtigkeit (Preis, Lohn) mögliche Hindernisse für die Kapital-Akkumulation.

Das Wechselspiel von E-Seite und Ig erkennt man an dem „aristotelischen Zinsverbot“ und dessen Aufhebung.

Die religiöse Ideologie (Ik) war von der E-Seite bestimmt; nämlich von den extrem geringen technologischen Fortschritten und dem daraus resultierenden Investitions-Behinderungen. Jede Kreditierung wäre in einseitige gesellschaftsgefährdende feudale Konsumbereiche geflossen, (was übrigens z.T. geschah).

Wie aber war die Kreditierung und daher die Zinsnahme beispielsweise mit der jüdischen Ideologie vereinbar. Die ökonomische Tätigkeit erstreckte sich z.T. auf konsumgebundene Kredite, im Agrar- und Handels-Bereich. Und wo es der E-Entwicklung dient, kommt ihm die jüdische Religion/ Ideologie entgegen: Als E-Entwicklung ohne I-Entfaltung.

Die Entwicklung/ Entstehung der naturwissenschaftlichen Technologien (und der zugehörigen Ökonomie-Organisation und deren praktische Verwendung) – gehört zur „objektiven E-Entwicklung.“ Deren „Objektivität“ ist nur soweit gemeint, als hier z.B. die ideologisch allmächtigen Dogmen (hier das Zinsverbot) sich dem technisch-ökonomischen Fortschritt beugen müssen. Calvin, die ideologischen Reformen setzen sich an die Spitze der kapitalistischen Leitprinzipien, weil sie einsehen, dass Investition, Ertrag, Zins zusammenhängen. Diese aber werden erst im E-Entwicklungs-Verlauf möglich.

Einzelne ökonomische Strukturzüge, wie z.B. „Handel“ oder „Arbeitsteilung“ traten manchmal in der historischen Entwicklung schwerpunktartig in den Vordergrund der Praxis u/o der Theorie; das zeichnet die „Spontanität von Geschichtlichkeit“ aus. Zum Beispiel wird die „merkantilistische“ Entwicklungs-Phase wirtschaftspolitisch vom „Handel“ dominiert; weil die wenigen technologischen Neuerungen am ehesten in den für den Handel notwendigen Infrastrukturen möglich waren (Schiffsbau, Pferdezucht u.a.).

Oder z.B. gewinnt die Arbeitsteilung während des europäischen Mittelalters an Bedeutung; dazu die Zunahme der Berufsfähigkeit, der Entlohnung u.ä. Alle diese einzelnen Strukturzüge des technologisch-ökonomischen Bereiches/der Phasen beschleunigen sich, und damit die Entwicklung dieser Phase selbst auch; indem sie „zusammenwachsen“.

In den historischen Phasen, die z.B. vom Merkantilismus gekennzeichnet sind, entstanden Ik, g (in neuen Kollektiven -> Nationen später), welche dann die schon länger sich ankündigende „Leistungsgesellschaft“ (als Wissens-, Technologie-, Reichtums- P-Faktoren – etc. – Vermehrung) zu beschleunigen begannen.

Die Entstehung moderner Gemeinschaften (Nationen, Kolonial-Imperien) sind an jene Ig gebunden, die überwiegend von der E-Entwicklungs-Beschleunigung, also von Technologien, PM, Wissen u.ä. herkommen.

Die merkantilist Prinzipien (globaler Handel, Edelmetall-Erwerb, Bevölkerungspolitik) waren Vorläufer der politischen Förderung der Produktionsfaktoren. Die Vermehrung des nationalen Reichtums im

Konkurrenzverfahren mit anderen Nationen (Handelsüberschuss, Zölle, Kolonialpolitik) war ebenfalls eine Anfangsform der „Konkurrenz-Gesellschaft“. Die merkantilistische Ansicht zum Edelmetallbesitz ist als Vorläufer der „Kapital-Erzeugung/-Vermehrung zu verstehen. So war z.B. die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus durch diese Steigerung der Gold-/ Geldmenge ein Ziel, was später der „Kapital“-Vermehrung zuzuschreiben ist.

Das stetige Bevölkerungs-Wachstum als Erzeugungserhöhung der Waren, und als Druck auf das Lohnniveau, sind damals wie heute die politischen Hauptziele, um die internationalen Märkte zu erobern.

Die simplen Fehlschlüsse und Krisen (z.B. Kolonialpolitik, Kriege, Kinderarbeit etc) werden – etwas diffiziler gemacht, unübersichtlicher – bis heute tradiert.

Die historische Phase des „physiokratischen“ ökonomischen Denkens (ab 1756) war ein wichtiger Zwischenschritt zur modernen ökonomischen Theorie. In der Praxis verhinderten merkantilistisch-feudalistische Pachtkosten und Steuern agrarische Kapitalbildung. Und wegen der Lohnsenkung (um Export zu fördern) fehlt der Binnenmarkt für die Argrargüter-Steigerung.

Darauf beruhen theoretische Überlegungen: Die These, der Agrarbereich/der „Boden“ sei die einzige Quelle von Wertschöpfung macht noch Kurzschlüsse (ist aber immerhin theoretische Überlegung). Da der „Konsum“ letztes Ziel der Ökonomie ist, sei der Zusammenhang: „Agrarprodukte – Konsum“ die wichtigste Säule der vwl. Werte-/ Schöpfung durch moderne PM und Arbeitskraft. Die E-Entwicklung mußte den „Wert-Begriff“ (also „I“) erst mal erweitern.

Wenn man „Handel und Handwerk“ als „classe sterile“ bezeichnet, muss jede Arbeit, auch die der Bauern, infrage gestellt werden, denn die Arbeits-Techniken unterscheiden sich prinzipiell nicht.

Die physiokratische Phase ist also beides, Vorbereitung für die Verwissenschaftlichung der Ökonomie (Quesnay) und Ablösung der feudalen Macht, deren Ideologie, durch die agrarisch-arbeitsorientierte Phase.

Die vwl Klassik beginnt, sich mit Grundfragen zu beschäftigen, z.B. „Was ist die Quelle des Wohlstandes?“ „Wie kommt der Preis zustande“ etc.

Wir behaupten, diese Fragen sind optimal mit dem Wechselspiel von der E-Entwicklung (PM, Technologien) zur I-Entfaltung zu beantworten.

Und, die Geschichte der VWL ist ein Beispiel dafür, dass (z.B.) beides stattfand, man sich sukzessive an die „E-Entwicklung allgemein“ und dito an „I“ heranführte. Meist zuerst E: Newton, die Aufklärung. setzen den Mechanismus, E, G-N durch; da sind alle „I“ = E und G, also „gleich“, jedenfalls von diesen mechanischen Standpunkten aus. Die E-Entwicklung beherrscht alles, ob als PM, Kapital, Wissen. Zum Beispiel damals bei solchen Basis-Innovationen wie die neuen Spin- und Webmaschinen, die Dampfmaschine etc.

Die Physik als Basis dafür, auch als Ideologie, hatte den E-,G-Status erreicht; und diese Naturgesetze steuern nun die Technologien, ebenso wie das allgemeine Denken,

als „Vernunft“ in allen Bereichen.

Einige der philosophischen Weiterentwicklungen,- entfaltungen werden jetzt von A. Smith im Ökonomischen offengelegt.

Den „Klassikern“ gemeinsam ist, dass sie an die „natürliche Freiheit des Menschen“ glauben, Wir: dabei an die Form der kreativ-erzeugende Ii-Notwendigkeit, um Neues zu entwickeln, welches zugleich als I-Entfaltungsmöglichkeit Ergebnis der E-Entwicklung ist. Und sie betonen den Glauben an die Bedeutung des „wirtschaftlichen Wachstums“; für jene I-Entfaltung als Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen ist diese Art der E-Entwicklung objektiv notwendig.

Der Grundgedanke, der damals und in der technologisch-ökonomischen Phase aufkommt, gilt als eine Ii-Ig-Variante: „Gemeinwohl durch Eigenutz“. Das Ii, als Eigeninteresse verfolgend, nutzt die Kreativität, Selbstaussbeutung u.ä. des sich nunmehr besser bildenden etc. Menschen.

Die Relationen zwischen Ii und Ii und Ig werden speziell als „Tausch“, „Wettbewerb“ etc. formiert und formuliert.

Ig war schon im Merkantilismus zentrale ideologische Figur; jetzt als Steigerung der Wohlfahrt aller Beteiligten potenziert.

Es war Hilflosigkeit, wenn diese Ii-i-Ig Übergänge (eigene Interessen fördern das Gemeinwohl) als „unsichtbare“ Hand bezeichnet wurden; erst die marxische Hinzunahme des objektiven E-Bereichs erzeugte eine I/E-Konstellation, die überall die Basis des „hermeneutischen“ Verständnisses ist, weil sie in der „konkreten Praxis“ verankert ist.

Das Ig ist jetzt aber – dadurch – nicht mehr als merkantilistischer „Staat“ begrenzt und formal gefasst, sondern als „die Gesellschaft“: Die liberale Ideologie vermag es, diesen theoretischen (und praktischen) Fortschritt durch Einschränkung des Staates auf die Rahmen (Ordnung, Verteidigung), zu fördern.

Eine „Verwissenschaftlichung.“ der Ökonomie durch die „Klassiker“ besteht darin, dass die zentralen und „richtigen“ Probleme und Projekte angeschnitten wurden; das sind jene, die auch philosophisch-systematisch wichtig sind, z.B. die „Produktion“ (-> N, G, Ii), Beschäftigung (-> Ii), Verteilung (Ii vs. Ii), Wachstum (E-Entwicklung), Wettbewerb (-> Ii vs. Ii und E-Entwicklung -> I/E-Relation), Arbeits-Teilung (-> Ii vs. I-Not) etc.

Für uns ist I, E, N, G weiterhin näher zu erläutern.

Die alte Problematik, ob der Wert, Preis der Güter „objektiv“ (durch den Wert der aufgewandten Arbeitszeit, A.Smith) bestimmt ist, oder als Marktpreis, also an der Nachfrage, orientiert wird, wird von uns als E/I-Verhältnis gesehen: (= der tatsächliche Preis, der sich an den objektiven Kosten (E) – ob Löhne oder verdeckte Löhne, Profite -> Zins, Rente) – und zugleich an dem orientiert, was von den Käufern gewünscht wird („I“).

Der I-/ Marktmechanismus ist dabei wieder der dynamische, vorwärtstreibende Teil, hier z.B. als Räumung der Märkte, Mehrproduktion.

Die anschauliche Schilderung der betrieblichen Arbeitsteilung durch Smith meint E-Entwicklungs-Varianten; z.B. ist die Zunahme der Geschichtlichkeit des AN eine E-Entwicklung, die von einer Entwicklung der N, G-Seite erfolgt. Die passenderen N/G-Vollzüge im AN (als PM) erhöhen den Wert des produzierten Gegenstandes, weil genauer und schneller der Erfolg erreicht wird.

Der Übergang von da zur Zerlegung einer Gesamtaufgabe in Teilschritte und die Erreichung des Zieles, jedes E-Detail zu vollenden, wird durch den Maschineneinsatz meist noch gesteigert; der AN als PM war die sachliche Vorstufe.

Nach diesem Muster geschieht die I-Wertsteigerung als Erhöhung der Arbeits-Produktivität bis Heute, -> als „E-Entwicklung / I-Entfaltung“.

Smith sieht, die Arbeits-Teilung ist eine Voraussetz. für das wirtschaftliche Wachstum. Die E-Entwicklung bis ins Detail (Rz) hängt mit der E-Entwicklung in die „Weite“ (Rw) eng zusammen; (das ist theoretisch weiterhin zu klären).

Ökonomisch sachlich läuft das über die Steigerung der Produktivität, der Löhne, des Konsums und der Investition, als PM-Steigerung,

Bereits Smith sieht, die Kapitalakkumulation ist der Motor der allgemeinen gesellschaftlichen (hier ökonomischen) Dynamik; d.h., er betont eine ökonomisch-technische Seite der allgemeinen E-Entwicklung; aber er kann Neben-Bedingungen weniger gut (eventuell in ein Gesamtkonzept) integrieren. Das betrifft die P-Faktoren: Der Motor ist auch das Wissen/ Können der AN also diese E-Seite (->dazu I-Seite). Die Probleme der „Rentabilität“, was letztlich die weitere Kapital-Akkumulation ist, wird als weitere „Schwachstelle“ wirken. E-Seite -> Natur, Boden als ökologisches Problem, die Grenzen quantitativen Wachstums; Notwendigkeit stetiger qualitativer E-Entwicklung.

Der Begriff des „Wohlstandes“ eines Kollektivs, einer Nation hier, wird aus dem E-Charakter – z.B. merkantilistischer Edelmetallvorrat - in der zugehörigen Theorie, Wissenschaft immer mehr zum I/E-Verhältnis,. Das mit N/G verbunden ist, mit den durch Arbeit produzierten Gütern, und dann als „Volkseinkommen“ weiter dynamisiert, durch die Nachfrage, die die ökonomischen Kreisläufe bilden und steigern.

Sofort entstehen auch Werke (Malthus), die sich mit speziellen Problemen vertieft befassen, wie z.B. mit dem Produktionsfaktor „Mensch“ und dem Verbraucher Mensch. Es zeigt, solche Vertiefung in Spezielles (-> Rz) bringt zusätzliche Erkenntnis - und wegen dem Mangel an Rw, massive Irrtümer mit sich.

Zum Beispiel sieht man nicht, dass in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft das Wachstum der Bevölkerung zugleich die Chance bietet, das Nahrungsmittelangebot durch die zusätzlichen Arbeitskräfte ebenfalls zu steigern; im „Kapitalismus“ sogar überproportional. Allerdings verlangte diese richtige Einsicht auch relativ komplexe technologisch-ökonomische Mechanismen zu berücksichtigen, was dem Malthus und bis heute vielen Laien nicht gelingt; die ökologischen Probleme beruhen aber im Kern auf der gleichen Basis: Der Unberechenbarkeit der technologisch-ökonomischen Steigerungen (die E-Entwicklung).

Mit D.Ricardo werden zwei ökonomische Hauptprobleme genauer gefasst: Der sachgebundene Versorgungsaspekt. (Mit dem Grenzboden werden die Löhne u.ä. gerade abgedeckt). Und der Erweiterungs-Aspekt: Der Profit, der durch bessere Böden etc. entsteht, erlaubt die Expansion der E-Seite (und der I-Seite). Dieses einfache Denkmodell sachlicher Art. – (zum Beispiel auch das der komperativen Kostenvorteile) - führt in der politischen Ökonomie zu ebenfalls wichtigen, ideologischen Vereinfachungen, z.B. als Liberalismus („Freihandel“). Das umfassende Problem ist, dass solche „Techniken“ wie hier die ökonomischen, einerseits mit Hilfe solcher Modelle zu bewältigen sind, aber die I-Seite ständig unterschätzt wird.

Wie oft, wird die I-Seite relativ spät, jedenfalls später als die E-Seite in die philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen, hier der VWL eingeführt. J.B. Say sieht, dass die arbeitswerttheoretische Erklärung des Angebots, aus den Produktionskosten die „Nachfrage“, ergänzt werden muss. Also der Nutzen (→ „I“), den die Güter stiften können, wichtiger ist. Und Say erkennt, dass die Nachfrage (also „I“) einen unbegrenzten Charakter hat; so kann man Angebot schaffen, die Nachfrage wird stets jede mögliche Überproduktion verhindern.

Immer wieder treten in der Geschichte der „Leistungsgesellschaft“ theoretische und praktische Schwierigkeiten auf, die von der Geldseite verursacht werden; so jetzt mit dem Eintritt in die wissenschaftliche Entwicklung der Ökonomie bei Say. Mit der menschlichen Fähigkeit der Symbolbildung, entsteht die mögliche Schaffung speziell dieser „zweiten Welt“, der Geldsphäre, gegenüber/ neben der Gütersphären/ ebene.

Es ist ein Ausdruck der E-Entwicklung. Die Ablehnungen („Geldschleier vor konkreter Ökonomie“) waren da, von Anfang bis heute; wir sehen darin die intuitive Konfrontation von E vs. I.

Die „zweite Realität“ wird nach und nach in allen Wissenschaften errichtet; als spezifische E-Entwicklung. Hier als die Geld-Ebene. Damit werden viele theoretische und praktische Vorteile gewonnen, z.B. die Verbindung ökonomischer Tatsachen mit leistungsfähigeren rationalen, logischen, mathematischen Methoden; z.B. aber auch die praktische Beschleunigung/Vorfinanzierung etc. der ökonomisch-technischen Abläufe.

Ökonomische Phänomene lassen sich ab jetzt verstehen – (die Höhe des Preisniveaus aus Größe der Geldmenge z.B.) - und sie lassen sich eventuell beeinflussen.

Historisch wurden sehr bald die philosophischen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft gefunden: Im Mittelpunkt der ökonomischen Klassiker stehen Grundsätze wie der des „ständigen Ausgleichs“, makroökonomisches Gleichgewicht von „Angebot“ und „Nachfrage“; was wir der E-Seite und der I-Seite zuschreiben, als I/E.

Angedeutet werden theoretische Probleme, wie „Störungen“ dieses Gleichgewichts, oder z.B. sich ausweitende E-Formen, wie die Geld-Sphäre.

Die klassische und auch die „Neue“ klassische Makroökonomie erklärte erst einzelne Strukturzüge (Angebot-Nachfrage-Gleichgewicht -> I/E, ökonomische Entwicklung, Marktmechanismus, Arbeitsteilung, P-Faktoren u.ä. Es kam aber noch nicht zu einer wissenschaftlichen Gesamtdarstellung; (ähnlich in anderen Wissenschaften), es herrschten der „technische“ und „praktische“ Aspekt vor.

Erst mit Marx, geschult an dem neuen philosophischen System-Niveau (Hegel etc.), wird in Vertiefung und Erweiterung, nach und nach und bis heute, das wissenschaftliche Niveau verbessert; z.B. I-k-geleitete Einseitigkeiten, (z.B. Kapital/ Investition und AN/ Konsum) müssen dann wissenschaftlich integrierbar gemacht werden.

Eine sozialistische Wirtschaftstheorie hätte die bisherigen, vor allem die kapitalistischen Theorien zur historischen Basis. Sie wird diese ergänzen: Dort die Investition (je augenblicklich nach Stand der technologischen Entwicklung), an Grenzen kommend, und Mehrwert nur unrentabel erzeugend, werden ökonomische Strukturen verstärkt eher für den „Konsum“ eingesetzt; und für unrentable Erweiterungen allgemeiner Art eingesetzt, das aber z.B. für die Entwicklung der 2. + 3. Welt, z.B. auch hier für die AN, oder z.B. für ökologische etc. Belange.

D.h. der Bruch vom Kapitalismus ist gering. Aber der formale Planungs-Aufwand (Abstimmung der parallelen Eigentumsarten und hier der zwei Arten der „objektiven Produktion“ (Erzeugung = Verbrauch) und der Profiterzeugung etc.), wächst.

Die allgemeine E-Entwicklungs-Beschleunigung hat in jeder Phase (historisch, sachlich) mit deren „Vollendung“ zugenommen; oft als „Krise“ mit negativen Vorzeichen, oft als Zerstörungen in der „Kultur“ u.ä. So auch im technologisch-ökonomischen Bereich und in anderen Phasen, „Theorien“.

Die sogenannte „Industrielle Revolution“ ist in ihren Entwicklungen, in Steigerungen, die der Arbeitsproduktivitäten, Wohlstandsmehrung, Mittelmehrung (PM, Wissen, Güter). Dennoch war es zunächst das Ungleichgewicht zwischen PM, Kapital und Konsumgütern (E vor I), das für die Beschleunigung unumgänglich war. Diese E-Beschleunigung führte jedoch zum Gleichgewicht, als jene „Vollendung“.

Marx, der wissenschaftliche Sozialismus, trennt die Ökonomie nicht von allen anderen Bereichen und Wissenschaften (der Technologie-Entwicklung, den Naturwissenschaften, die Soziologie (Kenntnis der Gesellschaft etc.), die Politik (I-Eingriffsmöglichkeiten), und Philosophie).

Und die wissenschaftliche Vorgehensweise verlangt von jeher, historisch zufällig gewordene Festlegungen, vor allem sprachlicher Art, zum Inhalt der Strukturen stets die Verbindung zu halten; z.B. ist das Schlagwort „Kapitalismus-Proletarier-Klassen“ eher politisch, sozialpsychologisch gefärbt. Aber im marxschen Inhalt ist es die Relation zwischen Investition und dem Konsum, die rentable Verwertung des

notwendig Erzeugten, die Mehrwerte etc. Das Nicht-/ Eigentum an PM ist nur oberflächlich, ein juristisch-politisches Verhältnis. Ökonomisch wichtig (und ungelöst) ist, welche inhaltlichen, strategischen einzelnen Ziele strebt die jeweilige „Eigentumsordnung“ allgemein und im Detail (-> BWL) an, um die E-Entwicklung und die I-Entfaltung harmonisch zu globalisieren.

Der Fortgang der Geschichte ist überwiegend von ökonomischen und technologischen Bedingungen bestimmt (ML).

Von welchen Mechanismen? Philosophisch, die objektive E-Entwicklung.

Marxistisch genauer: Der Kapitalismus (Markt, Profit etc.) fördert die Produktivkräfte unablässig und beschleunigt das. Dies bringt sachliche Veränderungen mit sich, z.B. Faktorkosten – Reduzierungen, Durchkapitalisierung, Vorfinanzierung, Verschuldungen etc. Die das System erst mal instabil machen, zu Krisen führen (z.B. zu wenig Konsum-/ Nachfrage), dann entweder zu administrativen, gesellschaftspolitischen Ausgleichsmaßnahmen führen.

Eben diese „Maßnahmen“ sind ein Grundstock für die „Sozialismus“-Definition.

Hegel, Marx bauen die historischen Systeme, also hier der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sinnvoll aufeinander auf; Krisen mit eingerechnet. Ihre formalen Grundstrukturen (Philosophie seit Anbeginn, bei Hegel E-N, E u.ä. formale, bei Marx Kapitalismus – AN. Investition-Konsum, total „inhaltlich“, werden von uns als „E-Sphäre zu I-Sphäre“ aufgehoben – und (hier im Ökonomischen-Technologischen) in einer fast unbegrenzten, detaillierten Anwendung möglich gemacht.

Die „Mechanismen“, z.B. die Entwicklungs-Bewegung durch jene Widersprüche des Dualismus, und die Zielsetzungen (unendliche E-Vollendung, unendliche I-Ausweitung) etc. können ebenfalls ökonomisch-technologisch konkretisiert werden. Die Konfrontation Marx vs. Neoliberalismus, Keynes u.a. beruht weitgehend auf Missverständnissen; z.B. erhalten. in der Arbeitswerttheorie knappe Güter ihren Wert über die auf sie verwandte Arbeitsmenge, gemäß der gegebenen Technologien, Dieses grundlegende Verhältnis: Arbeit/ Technik verbindet alle Waren und ihre Werte. Das heißt aber keineswegs, dass dies Verhältnis „statisch“ ist.

Das Marktgeschehen kann die Preise (-> Nachfrage/ Angebot) hoch treiben oder deflationär verändern. Und die Technik-Seite des Geschehens (E-Entwicklung) kann bei den einzelnen Unternehmen hinter dem durchschnittlichen und möglichen notwendigen Entwicklungs-Niveau zurückbleiben. Aber ebenso sicher geschehen dann „Pseudo“-Ausgleichsbewegungen, im Kleinen (Pleiten, Verschuldungen etc.), meist aber als große ökonomische Krisen (Inflation, Deflation, Überproduktion, einzeln Marktzusammenbrüche etc.)

Die Ausweitungen jenseits des „objektiven“ Wertes werden so in dynamischer Volkswirtschaft ausgeglichen. Aber diese doppelte Dynamik treibt das Veränderungsgeschehen „vorwärts“.

Eine weitere Fehlhaltung gegenüber der Weiterentwicklung der philosophisch-wissenschaftlichen Grundlagen ist die Isolierung einzelner Strukturzüge, deren

Über-/Unterbetonung. Zum Beispiel wird – nach Marx – der Wert der Arbeitskraft durch das zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeitsquantum bestimmt. Das aber kennzeichnet eben den Kapitalismus und auch die genossenschaftliche Ideologie, jene „Reproduktion“ tendenziell zu minimieren (-> ideal einfaches Leben, -> Arbeitslosengeld); anstatt die I-Ausweitung als „potentiell objektiv“ anzusehen. Solche unbegrenzte Ausweitung der I_i liegt auch der „Gebrauchswert“-Theorie zugrunde: Dies als „Ausbeutung“, hat zwei Aspekte, sie ist das theoretische (und praktische) Fundament der E-Entwicklung (Investition auf Kosten des Konsums und durch Arbeit, jenseits der Gebrauchswertseite).

Und die „Ausbeutung“ hat (im praktischen Teil) den ethisch, politischen Antrieb, als „Ungerechtigkeit“ (z.B.), diese jeweiligen Zustände, und damit den Entwicklungsstillstand zu überwinden. Indem die I-Seite (-> Gebrauchswert) erweitert wird; was übrigens zugleich eine Tauschwert-Erweiterung ist.

Der Ausbeutungsbegriff ist die Entdeckung des Mehrwerts und der Quelle aller ökonomisch-technischen E-Entwicklung.

Der innere Vorbehalt gegen „Marx“ beruht letztlich darauf, dass er jene sachliche Entdeckung (E) mit Bewertungen („I“) verbindet. Diese Bewertung, dass jene, die die ökonomische E-Entwicklung praktizieren, deren Richtung weder kennen noch mitbestimmen können. Philosophisch gelten aber I/E-Bildungen stets als „reifere“ Leistung als bloße I-oder E-Entdeckungen.

Das Hauptproblem, wie man mit der wissenschaftlichen, marxistischen Analyse heute umzugehen hat, ist ihre weitere „Objektivierung“ anzuerkennen, auch dass sie wissenschaftlich weit entwickelt ist. Was aber auch heißt, ihre Aussagen, (z.B. Krisen-Analyse) auf alle Ökonomien zu beziehen, auch auf „realsozialistische“. Also allgemeine Probleme, so der Gegensatz von „dynamischen Antrieben“ im Konkurrenz-/ Wettbewerb, was zu erhalten ist, und den Fall der Profitrate zu erkennen; u.ä. So auch gemeinsam neue gesellschaftliche Strukturen zu entwickeln; (z.B. auch als Integration anderer ökonomischer Theorien).

Es ergeben sich widersprüchliche Vorgänge: Die Profitrate sinkt zwar, Krisen gibt's auch, die Arbeitslosigkeit wird größer, aber die Produktivität (und damit auch die Rentabilität) steigt auch. Und es gibt keinerlei Grenzen der Produktivitätssteigerung (Erfindungen, Naturreichtum, Kreativität)

Daher ist der ökonomische „Zusammenbruch“ nur eine mögliche Variante, die wahrscheinlichere ist die ständig weitere E-Entwicklung/ I-Entfaltung.

In dem Maße, in welchen die I_g-Ziele, auch die der AN, wachsen, sich ausprägen, können „sozialistische“ Strukturen vorbereitet werden. Das heißt aber, dass sich die AN mit neuen Technologien identifizieren; oder z.B., dass ein Teil der AN – auch selbständig ökonomisch handelt. Das, weil die privaten Ziele (I_i) mit den kollektiven I_{k,g} tendenziell übereinstimmen. Wenn das gestört wird (Krisen , Widersprüche I_i-I_g, etc) wird der „Übergang“ länger.

Dies theoretisch harmonische Gleichgewicht „I_i zu I_i“ wurde in der Geschichte

immer wieder gestört; im Kapitalismus wurde es anfänglich auf Ii ver-/gelegt, im Spätkapitalismus und Realsozialismus und Sozialismus verschiebt sich das Gewicht auf die „Vergesellschaftung“ allgemein, und speziell auf Planung, ökonomische Zentren, Großnationen etc. Um erst im Kommunismus, als tendenziell unendliche I-Seite beides, Ii und Ig oder mehr Ii zu haben.

In der Ökonomie zeigt sich das Ii-Phänomen vor allen in den Kreativitäts-Notwendigkeiten und in marktmäßigen kreativen Angeboten und Nachfragen; d.h. in marktmäßigen Info -> Neues, aber auch Knappheiten – und in Motivationserscheinungen.

Das wird zunehmend durch Ig-Vorgaben zu ersetzen versucht; diese Ig führen aus Gründen der E-Vorgaben zu, aber auch aus Krisen, Überproduktion etc.

Der sozialistische Anspruch ist formal die Entwicklung von Aktivitäten in allen Bereichen, hier vor allem dort, wo ökonomische Entwicklungen möglich sind. Mindestforderungen sind die, welche Krisen/ -folgen minimieren sollen. Dazu zählen z.B. technischer Fortschritt auf breiter Front; Arbeit ohne Arbeitslosigkeit; gerechte Gleichheiten überall (suum cuique). Erhöhung von Beschleunigung der E- und der I-Seite. Planung und Markt; jeweils sinnvolles, vernünftiges Gleichgewicht und Ergänzungen.

Es wäre unhistorisch gedacht, die Entwicklung der nächsten Gesellschaftsordnungen („Sozialismus“), mit ihren unbegrenzten Übergangsfeldern, mit deren Fehlern u.ä., nicht zu sehen.

Zumal jene Schwächen des „Realsozialismus“, von den feudalen und kapitalistischen Vorphasen geprägt sind; dazu gehören z.B. utopische Erwartungen von Neuem, die Erwartung maximaler Gleichheiten, maximale Arbeitsentlastung; resultierend aus zu großen Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten. Während die neuen gesellschaftlichen Phasen eher auf konkreten Kompromissen aufbauen müssen, die dann aber auch aktiv verwirklicht werden. Rückschritte wären (ökonomische etc. Krisen), Stillstand (3. Welt, Kriege), Flickschusterei („Sozialstaat“ als bloße Versorgung) und Kennzeichen der alten Gesellschaften.

Von wissenschaftlicher Seite zeigt die Analyse überwiegend sachliche Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Sozialismus; die politischen, ideologischen Differenzen sind historischen Besonderheiten (Krisen, Kriege, Faschismen) zuzuschreiben, und gesellschaftlich aufzuarbeiten.

Übergangs-Versuche, z.B. „soziale Marktökonomie“ sind verbreitet, haben aber nur Überführungs-Charakter; z.B. weil ihre institutionellen Regelungen, wie zum Beispiel soziale Sicherungen, Arbeitslosigkeit, Mindestlöhne u.ä. keiner konsequenten, wissenschaftlichen Analyse standhalten. Um z.B. ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Investition und Konsum als Gleichgewicht gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zu erhalten, bedarf es z.B. der Beschäftigung aller noch längere Zeit.

Welche historischen ökonomischen Projekte, Probleme, Theorien gab es, und die heute noch, bzw. deren Strukturen, von theoretischer Wichtigkeit sind? Und warum

sind solche ökonomischen, sozialen Probleme immer noch ungelöst?

Das Hauptproblem der „Armut“ wird mit Recht aus unterschiedlichen Theorien und Ursachen beschrieben: so aus E-Entwicklungsmängeln, Produktivitätsmängeln, Wettlauf von Über-Investition und Konsum.

„Armut“ deckt weite ökonomisch-soziale Bereiche in ihren Erscheinungsvarianten ab, z.B. gefährliche, ungesunde u.ä. Arbeitsbedingungen, Alter, Krankheit.

Die „kapitalistische“ und die „sozialistische“ Zielsetzung ist heute die kurzfristige Besserung (aus der E-Entwicklung) durch den Staat und die systematische Beseitigung der Ursachen dieser Gefährdungen; und zwar aktiv, schrittweise und sachbezogen. Das geht aber nur, indem auch die strategischen Fragen, Probleme zugleich gelöst werden/; so die Produktivitätshebung, Markterweiterung, globale Zusammenarbeit etc.

Die globale Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und der Staaten ist dazu erfordert; die ideologische Konkurrenzgesellschaft muss dafür in neuer Art eingebunden werden.

Dass Planung und Markt stets verbunden sind, zeigt auch die Ausdrucksweise, welche die Kosten der Produktion-(und damit den „Preis“) betont, aber als „durchschnittliche“ Kosten viele Produzenten in unterschiedlichen ökonomischen, technologischen etc. Lagen einbezieht. Ebenso ist es auf der „Nachfrageseite“. Keine Nachfrage wird das ökonomische Grundprinzip für sich verletzen und einen höheren Preis zahlen, als seine individuellen Grenz-Nutzen es erlauben; und die liegen überall anderswo, nur „durchschnittlich“ sind es Gesamtgrößen.

Die Strukturierung der einzelnen ökonomischen Schulen zeigt, dass zuerst nur bestimmte Einzelaspekte gefunden wurden, die dann/ heute eher sinnvoll verbunden werden. Zum Beispiel die makroökonomische Entstehung und Verteilung des ökonomischen Überschusses, und das mikroökonomische Verhalten von Einzelsubjekten dabei.

Diese Strukturierung der Wissenschaften ist jedoch eher oberflächlicher Art. Es kommt zwar auch auf I_i , I_k , I_g an, aber wichtiger sind die Relationen „ I/E “.

Die Grenznutzen-Theorien beruhen auf „ I “. Es gibt „quantitativ“ viele I_i in einem Menschen und es gibt Abstufungen im Laufe der I_i -Erfüllung (-> hin zu „ E “)

Diese Quantifizierung kann man ökonomisch-psychologisch fassen: Als „abnehmenden Grenznutzen“; jede zusätzlich konsumierte Einheit „schwächt“ „ I “ und bildet ein „neues E “. Da es viele „ I_i “ in einem Subjekt gibt, findet zwischen diesen „ I “ ein „Ausgleich“ der einzelnen Grenznutzen statt, wenn verschiedene Güter konsumiert werden.

Dem so konsumtiv vollendeten Subjekt (-> E) kann man analog, parallel dazu die Geldseite (-> auch E), im gleichen Sinne als Grenznutzen des Geldes, zur Seite stellen: Die letzte Geldeinheit, die für den Kauf eines Gutes ausgegeben wird, stiftet den gleichen zusätzlichen Nutzen wie die letzte zum Kauf eines anderen Gutes.

In dem I_i - I_g / E -Modell, das allem kulturellen-geistigen-sozialen Wissen zugrunde

liegt, wird in der historischen Entwicklung dieser Erkenntnis im 19. Jh die Ii-Seite hinzu entdeckt, relativ spät, aber jetzt wissenschaftlich.

Den Grenznutzen-Schulen (Jevon, Meyer, Walras) liegen die Nutzeneinschätzungen der Konsumenten, als theoretische Ausgangsanalyse für Ursache, Bestimmungsgrund, für den Wert eines Gutes, zugrunde.

Es ist die notwendige Ergänzung der E-, Ig-Seite, die von dem Wert als objektive Produktionskosten ausgeht.

Wie in allen gesellschaftlich-theoretischen Phasen (z.B. der Politik, Soziologie), gilt auch hier die „Ii-Ii-Relation“, welche „Ig“ erzeugt – („Ii-Ik-Ig“-Modell). In der Ökonomie sind die „Ii,k“ Wirtschaftssubjekte mit ihren individuellen Interessen; die philosophische und wissenschaftliche Grundfrage ist nun, wie können sich Übergänge zwischen den Ii so ergeben, dass das ein Ig als „Gleichgewicht“/ neues „I“ ergibt; (Walras beschäftigte das).

Das ist nur möglich, wenn man die E-Seite (-> Ii-Ig/E) einbezieht, es geht ja um Interessen, welche die Güter, Preise betreffen.

Das allgemeine Modell „Ii-I/E-Ig“ kann hier (d.h. -> Smith/ Walras) das Zustandekommen des Markt-Mechanismus erklären. Die Ii sind die auf das Ökonomische eingeschränkten Interessen der Marktteilnehmer, als Pläne der Wirtschaftssubjekte (die in defizitierter E-Lage, Angebot- Nachfrage, kontrovers sein können). Ig ist der Marktpreis -> I/E -> allgemeine, durchschnittliche, markträumende E sind der Preis (-> I/E); das Gleichgewicht am Markt ist das von I/E.

Pareto sah in seiner subjektiven Wertlehre, dass der Nutzen eine kardinale Größe und einen ordinalen Nutzwert hat.

Das individuelle Subjekt kann verschiedene nützliche Güter zu einen Gesamtnutzen addieren, bis es an seine Ziele kommt. Aber das frei handelnde Subjekt kann auch verschiedene, beliebige Güter kombinieren, ersetzen, vergleichen: z.B. „Arbeit“/ „Freizeit“. Der philosophische Grund liegt in der I-Sphäre, (hier für Ii), dass die „I“ als R_w sich „addieren“ lassen (quantitativ „mehr“ werden), und dass es viele qualitativ vergleichbare „I“, die „I-Entfaltung“, gibt.

Das Pareto-Optimum ist inhaltlich eine „soziale“ Größe-; (ebenso der „Tausch“, mit seinen Ii-Ii-Übergangs-Schwierigkeiten). Formal geht es darum, dass bei einer Verteilung der Güter ein Gleichgewicht herrschen sollte, bei dem es nicht mehr möglich ist, ein Individuum besser zu stellen, ohne ein anderes schlechter zu stellen, Die Wohlfahrtsökonomie hat den „sozialen“ Ausweg (aus dem statischen Gleichgewicht), dass die E-Entwicklung alle Individuen besser stellen muss.

Noch mal: „Praxis“, insbesondere „Technik“ (hier VWL), kommt ohne „I/E“ nicht aus. Das I/E ist (hier z.B.) der Bezug der klassischen und der subjektivistischen Erklärung des Preises eines Gutes: Als Herstellungskosten (also Entwicklung/ Entfaltung) ist es „E“, sowie als die subjektiv-betonte, grenznutzenbestimmte Ursache („Erklärung“) für die Preisfindung, ist es „I“.

Formal, graphisch, versucht A. Marshall diese „Aufhebung“, indem er in einer geometrischen Darstellung die Angebots- mit der Nachfragekurve relationiert. Dabei ist die Angebotskurve von den objektiven Kosten bestimmt, die Nachfragekurve ist subjektiv, grenznutzen-bestimmt; der Schnittpunkt ist der „Gleichgewichtspreis“. Es ist eine I/E-Variante (allgemein: z/w als „Praxis“).

Der alte Streit kann also gelöst werden: Die E-Seite (Technologie-Entwicklung, Ig) ist behäbiger, wirkt seriöser – und bestimmt eher die langfristigen und „objektiven“ Herstellungskosten und von daher die Preisbildung.

Die I-Seite, als die prinzipiell zwar abgeleitete, aber freie flexible, bestimmt die Kurzfristigkeit, die „Nachfrage“ und die Preise.

Die Strukturen der beiden „Sphären“ gestalten auch hier in der Ökonomie (-> Politik etc.) das Bild, die Probleme, die Ideologie etc.

Das Marktgeschehen, mit Nachfrageänderung, Produktionsausweitungen, Minimierung der Herstellungskosten, Preisbestimmungen dadurch, jeweils als Nutzenzugewinne, Konsumentenrente, Elastizitäten etc. waren – hier bei und durch Marshall, in der Neoklassik, wichtige theoretische Säulen.

Sie alle reduzieren wir auf die E-Entwicklung und die I-Funktionen und auf I/E.

Wie die Grenznutzen-Theorie auf der Abwägung, der Relation zwischen Ii (Konsumgüterwerten) beruht, so kann man den Gedanken auf den Wertevergleich zwischen den Produktionsfaktoren ausweiten.

Clarks Grenzproduktivitätstheorie vergleicht die Wertstellung zwischen den P-Faktoren und berechnet damit die Lohnhöhe (nicht höher als das Wertgrenzprodukt) die Kapitalverzinsung, Bodenrente.

Für Profit, als nicht die I-Seite betreffend, sondern die weitere E-Investition, bleibt in dieser Theorie kein Platz.

„Markt und Staat“ (-> Pignon); von Seiten der Theorien dazu, jenseits von Ideologie, Politik, stellt sich das Problem: Die Ökonomie ist wie jeder technische Bereich prinzipiell abhängig von der E-Entwicklung, also z.B. von Technologien, auch von Organisatorischem. Aber auch von den I-Entfaltungen (neue „Bedürfnisse“). Das Problem ist, für die sachlich begrenzte Ökonomie, ob und wie sie solche externen Effekte integrieren kann, zeitlich; und auch ihre „kontraproduktiven“ gesellschaftlichen Verluste; das gilt für Ökonomien, die eher individuelle Ik, betriebswirtschaftlicher Art, pflegen, wie auch für eher gesamtwirtschaftlich (Planung etc.) organisierte. „Der Staat“ ist dann, als die „externe Hilfe“ zu diesen externen Kosten, Veränderungen, zu gestalten.

Seit K. Wicksell geht es bis heute um die Dualität der Geldprozesse, den Geldmarkt und/vs. den fundamentalen ökonomischen Prozessen am Gütermarkt.

Dahinter steht der zweifellos wichtige Zusammenhang beider ökonomischer Gebiete

und ihre Unterscheidung. Diese komplexe Beziehung ist eine Variante vom „Verhältnis Tausch- und Gebrauchswert“. Die Verselbständigung des Tauschwertes folgt - philosophisch gesehen - der E-Seite, während der Gebrauchswert (der Investitions- und Konsumgüter) immer noch die I-Seite (zu I/E) einbezieht. Der Geldtheorie, monetären Konjunkturtheorien, seit K. Wicksell, liegt eine prinzipiell neue, weiterentwickelte Lage zugrunde: Die Objektivität der E-Entwicklung verursachte die Entstehung des Nettoertrags des physischen Kapitals („natürlicher Zins“). Jetzt wird dieser aber dadurch „beschleunigt“ (bzw. auch gebremst), das durch die Manipulation des Geldzinses für aufgenommene Kredite. Philosophisch gesehen, ist das eine Einflussnahme der I-Seite auf die E-Seite (I/E); die allgemeine „Beschleunigung“ der E-Entwicklung beruht darauf; die Ii nehmen die Zukunft virtuell vorweg und lenken dem entsprechende Mittel, E (Geld etc).

Wicksell sieht, betont die Gleichgewichtsherstellung zwischen natürlichem Zins- und Geldzusammenhang. Das „Gleichgewicht“ ist von der E-Entwicklung abhängig. Man kann diese aber durch den Geldzins „beschleunigen“ (mehr Zins fördert Investition und Konsum).

Damit ist eine neue ökonomische Phase eröffnet, die durch Monetarismus, monetäre Konjunktur-/theorien etc. und deren Risiken (System-Transz.-Möglichkeit) gekennzeichnet ist.

In der Geschichte jeder Technik, hier der VWL, gibt es die qualitative E-Betonung und I-Betonung; beide jeweilig und kontrovers gerichtete Entwicklungen; und beides Aufhebung, Vereinfachung als „Praxis“ -> I/E.

Für die VWL war das z.B. der „2. Methodenstreit“ der Grenznutzenschule, (Wiener Schule) vs. die „Historische Schule“.

Die Neoklassik (->Wiener) und die Historische Schule streiten sich (vordergründig?) I, die N-G, E-Methodik (axiomatisch-reduktiv) vs. die N/G zu I/E, historische Methodik (I, E = histor Gegebenes).

Der philosophische Kern der „Historischen Schule“, (z.B. V. Schmoller), ist I/E (deren dreifache Entwicklung); so sind ökonomische Zusammenhänge erst aus der geschichtlich gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verstehen. Und „der Staat ist integraler Bestandteil der Ökonomie“ (Schmoller).

Die Problematik besteht darin, dass jene richtige Analyse mit der I-Konkurrenz zwischen I_g und I_k (Unternehmen etc.) beschäftigt wird.

Gleichfalls falsch aber ist, dem „Staat“ „willkürliche, konzeptionslose“ I_g vorzuwerfen – und aus dieser (wichtigen) Sicht, dann dem neoklassischen, mathematischen etc. theoretischen Referenzrahmen zu konfrontieren; (beide abzustimmen ist die notwendige vwl-theoretische Arbeit.)

Die Ökonomie/ VWL ist eine „Technik“, d.h. sie ist ein dynamisches Gleichgewicht zwischen E-Entwicklung und I-Entfaltung („I/E“). Bei allen modernen Techniken (-> Computer/ Elektronik) besteht die „Beschleunigung“ der E-Seite darin, die einzelwissenschaftliche Dynamik (Erfindungen, Experimente, Detailausarbeitungen.)

zu integrieren. Theorien dazu sind dann zunächst noch einseitiger auf die E-Notwendigkeiten ausgerichtet: Die VW (und die VWL) ist eine Technik, bei der die I-Seite im praktischen und im theoretischen Mittelpunkt steht. So beschäftigt sich die Theorie der Grenznutzenschule mit dem Versuch, I-Strukturen in reinen Strukturen (E, G, N) darzustellen: „I“, welche nicht-ökonomischer Art zu sein scheinen, „soziale Frage“, „politische Einflüsse“, werden umgangen. Aber isolierte, strukturierte I-Probleme (z.B. die Bewertung eines Gütervorrats, „Addition“ von Grenznutzen; Abwertung von erst zukünftig nützlichen Gütern und Bedürfnissen) werden in E-Strukturen zu fassen versucht.

Der moderne Gegensatz ist also die I-Betonung und das I/E-Gleichgewicht.

Die Neoklassik mündet in diejenige Variante von ökonomischer Theorie, die sich an den mechanistischen Wissenschaften orientiert und dabei ideale Verhältnisse (z.B. vollkommene Infos aller Wirtschaftssubjekte) voraussetzt.

Die tatsächlichen ökonomischen „Ungleichgewichtssituationen“ sind aber nur (?) durch andere tragende Säulen aller Techniken, so die I-Seite, zu verstehen. Die I-Seite wird zwar – als „Selbstinteresse des Individuums“- repräsentiert, das so in der heutigen Wissenschaftstheorie, aber es fehlt eine „allgemeine Theorie der Interessen“, in welcher z.B. die Gefahren unkontrollierter „I“, Konkurrenzphänomene etc. genannt werden; (es fehlt „I/E“).

Die „Ökonomie“ als Technik (letzlich VWL plus BWL) hat zwei grundlegende Strukturen, die E-Seite und die I-Seite. Diese beiden Seiten zeigen sich in jeder Praxis (oft verdeckt) und manifestieren sich in theoretischer Darstellung.

Oft auf unterscheidbare Weise, wegen der „Geschichte“ dieser Technologie. Zum Beispiel erscheint die I-Seite in der ökonomischen Theorie als „Maximierung unter Berücksichtigung von Restriktionen“. In der ein Individuum aus der Menge der Möglichkeiten auswählt, die, welche seinen selbst definierten Interessen am besten entspricht; wobei seine Handlungsmöglichkeiten durch seinen E-Status/ Geld begrenzt sind. Ein Beispiel für die E-Seite ist die Möglichkeit mathematischer Darstellung. In der ökonomischen Theorie sind auch ökonomische Totalmodelle möglich, zur Darstellung ökonomischer Zusammenhänge.

Jeder „Markt“-mechanismus ist von Marktunvollkommenheiten begleitet. Der Markt ist eine Variante von I_i-I_g/ E, bei E-Entwicklung etc. Da die I_i, I_k frei sind und E-Vorteile („Monopole“) möglich sind, ist die I_g/ Politik für Ausgleichshandlungen verantwortlich. Das alles wird von der E-Entwicklung dynamisch fundiert.

Die „Neoklassik“, d.h. deren Kern, das Marktgleichgewicht, kann als I_i-I_g Modell werden, d.h. „individuelle Optimierung“ (I_i als Erzeugungen und als persönliche Ausgeglichenheiten). Die Aggregation vieler I_i, I_k als I_g können/ dieses „I_i-I_g“-Gleichgewicht nicht immer halten, dann wenn die I_i allzu konsequent in ihrer prinzipiellen Freiheit agieren.

J.M. Keynes zeigt das am Beispiel, in welchem ein Unternehmer (I_i) die Löhne kürzt; das aus Konkurrenzgründen, viele I_i (als Konsum und Investition), dann sinkt die -> E-Entwicklung, das Mehrprodukt bleibt unverkäuflich.

Hier merkt man, wie die E-Seite wieder die zweite entscheidende Größe ist; (also „I-Ig/ E“ gilt).

Wie in jeder Wissenschaft, kann man von der Methodik her die Analyse (und Wichtigkeit dieser Phase) analysieren, aber auch von „E“, „I“, I/E her kommend. Die „E“-Seite wird betont, wenn die E-Entwicklung von ihrer Objektivität, ihren Zwängen, im Mittelpunkt theoretischer Überlegungen steht, Zum Beispiel als „Betonung“ der Durchsetzung neuer Produkte, Produktionsmethoden, PM u.ä.

Analog zum objektiven E-Entwicklungs-Ablauf liegt die I-Dynamik, die als „isolierte“ Größe dynamisch, unberechenbar, „irrational“ sein kann – (aus ihrer Zugehörigkeit zu „z,w“). Konkreter: Das meint (von Ii ausgehend) ständiges Erzeugen von Neuem (Produkte, PM, Märkte). Diese Dynamik, aber auch mögliche Ungleichgewichtigkeiten moderner Ökonomie muss die Politik da abzustimmen helfen.

Der Ordoliberalismus (Eucken) ist die notwendige, objektive Aufhebung, der Übergang, Widerspruch zwischen den beiden Polen „Markt“ und „Plan“; tendenziell die Vorteile von beiden nutzend. Diese Aufhebung ist aber eine dynamische, d.h. theoretisch und praktisch geht sie immer weiter. Denn beide Pole entwickeln sich ebenfalls weiter (z.B. die Ii-Vielfalt-> Markt, das E-Können, Geld-, Finanzpoli etc. So wird die Zunahme öffentlicher Eingriffe (Insitute, wissenschaftliche Analysen, Gesetze, - global – immer wichtiger; andernfalls kommt es zu Krisen; die Nachteile von beiden kumulierend.

Die theoretische und praktische 2- und 3-Gleisigkeit geht (verstärkt) weiter: Dabei sind private oder/und öffentliche Güter, Entscheidungen, Eigentumsformen vorrangig. Von „der Sache her“ geht es inhaltlich aber darum, die E-und I-Seite abzustimmen. Dazu muss bewusst sein, dass heute und global beider Entwicklung (E, I) das Hauptproblem ist.

Deren spontane, unberechenbare Dynamiken und Stillstände u.ä. erfordern äußerste Gesamt-Flexibilitäten, z.B. in obigen Fragen; Festlegungen so oder so, müssen prinzipiell immer wieder aufhebbar sein. Sonst erfassen Krisen nicht nur die konkrete Ökonomie, sondern auch jedes „Theoretisieren“.

Klassik (Produktivität, Wachstum, Markt), Neoklassik (Individuum als bwl. Erzeuger und Verbaucher), Keynes (Arbeitslosigkeit, Nachfrage) haben bestimmte ökonomisch-theoretische Schwerpunkte, von denen erhofft wurde, zu einer „Systematik“ zusammen gebracht zu werden, um „alle Probleme“ zu lösen. Die WP: Die E-Entwicklung (unvorhersehbare Erfindungen) und die I-Entfaltung sind integrale Bestandteile der Ökonomie; aber sie sind schwerlich zu systematisieren.

Die Ökonomie des 20. Jh.: Krisen, (Produktionsrückgänge, Deflation, Insolvenzen, Massnearbeitslosigkeit) sind hauptsächlich Folgen des Ungleichgewichts zwischen objektiver E-Entwicklungs-Dynamik und I-Erweiterungen (neue Konsummärkte). Solche „Weltwirtschaftskrisen“ wird es von einem bestimmten Grad der E-

Beschleunigung immer wieder geben.

Die modernen bürgerlichen Theorien versuchen, sich diesem Grund für Krisen zu nähern, u/o die Krisenfolgen zu mildern.

Zum „Geld“ gibt es vier Grundhaltungen, an diesen kann man die Entwicklung der Ökonomie darstellen: A) Geld ist nur ein Schleier über den realen Vorgängen; die Konsequenz ist, dass man die notwendigen Reaktionen zur dynamischen E-Entwicklung nicht ermöglicht. B) Formal, Keynes: Geld ist ein ökonomisch-politisches Mittel, mit dem man ökonomisch-politischen Einfluss (in qualitativer und quantitativer Art) nehmen muss. C) Realsozialismus: Geld kommt und muss man, analog/ parallel zur ständigen Ausweitung der Realökonomie, bereitstellen. D) Wir: Geld ist das maximal und potentiell wichtigste PM, das alle Ziele (I_g) verwirklichen lässt; sobald die Realökonomie eine „Reife“ hat, welche sich darin zeigt, dass jedes Abbremsen ihrer Dynamik zur Krise führt. Es kommt auf die richtige Zuordnung der richtigen „I_g, I_k zu diesem E (Geld) an.

Zum Beispiel hat Geld bei Keynes eine „Wertaufbewahrungsfunktion“; damit wird ein I/E-Gebilde ökonomisch wichtig; dies E, PM wird aber in seinem „I“ („Wert“) weder analysiert, noch inhaltlich (-> I_g) eingesetzt; genauer, die I_g dabei sind keine reflektierten der E-Entwicklung, sondern allein eine des formalen Aufrechterhaltens des ökonomischen Systems, der Krisenbewältigung.

Es wird bei Keynes (und tatsächlich) die Nachfrage (I-Konsum z.B.) verselbständigt. Die alte Annahme geschlossener Kreise (Verfügung über Ressourcen -> Produktion -> Konsum, Ersparnis -> Invest -> Ressource-/ Produktions-Erweiterung) wird gestört/geöffnet.

Eine gewisse Höhe des Gesparten wird nicht investiert, sondern als Liquidität gehalten, und es wird weniger konsumiert, sondern gespart. Das erscheint bei Keynes als Stärkung der I-Seite (Befreiung von E-Zusammenhängen). Was aber eine verkürzte Variante der marxschen Überlegung (und Analyse) der ökonomischen Krise ist: Die Überproduktion, gemessen an der Rentabilität, (die evtl. stagniert, bei fehlenden Neuen Märkten), und die inhaltlichen (z.B. ökologischen) I_i, I_k, welche fehlen, erklärt, warum „Liquidität“ präferiert wird, durch die Einführung der Inhalte der „I“.

Es kommt bei objektiv angewachsenen E-Seiten als Konsum-, Invest-Gütern nun auf die „Nachfrage“ als I-Seite an. Die ständig weiter erfolgende Produktion muss dabei rentabel sein; d.h., dass auch die strategischen „I“, die als „kapitalistische“ „I“ durch den globalen Marktmechanismus, die Konkurrenz, auf Gewinn-Margen festgenagelt wird, ist die Bremse für die weitere Erhöhung des Output, des Volkseinkommens und der Beschäftigung.

Keynes sieht das, kann es aber nicht im zentralen Mechanismus ändern, nicht je hilfsweise die Symptome verändern. Was zur Steigerung der Ungleichgewichtigkeit zwischen E-Entwicklung und I-Entfaltung führt.

Keynes: Investitionen sind vom Geldmarkt abhängig. Da die „Invest-Erwartungen“

schwanken – (wir: die E-Entwicklung und die I-Entfaltung ist prinzipiell ungewiss) - wirken Invest-Ausgaben im ökonomischen Prozess „destabilisierend“.

Das gehört (philosophisch) zur E-Entwicklung als Beschleunigung zur „Destabilisierung“, weil alte E-Systeme aufgehoben werden; das weil „I“ gestärkt wird, weil E-Entwicklung - und I-Entfaltung - in „leere“ Zukunft hineinarbeiten. Jenseits dieser („vorbewussten“) Erkenntnis (v. Keynes) steht dann eine andere mögliche Ökonomie an, -> „Sozialismus“.

Keynes meint, „Multiplikatorprozesse“ sind Abarten, Vorläufer von sozialistisch bestimmten Abläufen. Dabei geht Keynes von ökonomischen Krisen aus; Ausfälle an einem Punkt des Ganzen (z.B. in der Investition) pflanzen sich fort und verstärken das negativ; als Unterbeschäftigung und Stillstand. Und die moderne „kapitalistisch-sozialdemokratische“ Theorie und Praxis führe ins sozialistische Vorfeld.

Gegen den Marktmechanismus tritt beharrende Unterbeschäftigung auf, (als Arbeitslosigkeit, mangelnde Kapazitätsauslastung, mangelnde rentierliche Geldanlage u.ä.)

Das hebt aber die Theorie des „Marktes“ nur z.T. aus; vielmehr gilt auch hier, beide Grund-Methoden (-> N,G und N/G) wirken im „höheren“ Wechselspiel zusammen. Keynes etc. führt heute dahin, wenn er „politische Gegenmaßnahmen“ (staatliche Stabilisierungspolitik -> Geld-, Fiskalpolitik) fordert. Diese bestehen „philosophisch-wissenschaftlich“ darin, dass immer nochmal die E-Entwicklung beschleunigt wird, z.B. durch Hebung der Rentabilität (Zins-Erniedrigung, bzw. Umsteuerung von niedriger Rentabilität zu höherer), und Hoffnung auf Investition etc.

Da die Theorie und Praxis „Keynesianischer Positionen“ in den Industriegesellschaften zwar tatsächlich umfassend geworden ist, (z.B. antizyklische Globalsteuerung), aber diese theoretischen Einsichten keineswegs genügend/hinreichend tief fassen, kommt es – für bürgerliche Theorie unfassbar – wiederum zu ökonomischen Krisen.

Eine moderne „Ökonomie- Politik“ muss α) die Dynamik der E-Entwicklung (Geldmenge, Gütermenge), β) die Dynamik der I-Seite (Unternehmer, neue Ideen, Konsumenten) und γ) als beider jeweiliges Gleichgewicht beherrschen.

Die heutige „neoklassische Synthese“, die die Unvollkommenheiten der Märkte keynesianisch in ein Marktsystem integriert, indem die öffentliche Hand Hilfen zur Markt-Erhaltung gibt. Die jeweils spezifische (nicht prinzipielle) wirtschaftspolitische Strategie wird dann mobilisiert, wenn ein Markt (z.B. der Arbeitsmarkt) nicht funktioniert. Oder wenn „klassisch“ die Löhne immer mehr gesenkt werden, müssen, um alle zu beschäftigen, aber die Güternachfrage dadurch sinkt, ebenso auch die Investitionen, die Modernisierung/Rationalisierung stockt etc. Sind das Übergänge zu einer dynamischen, aber durchdachten ökonomischen Theorie?

In der gesellschaftlichen Realität (vor allem in der ökonomischen Krise) setzt eine „Nicht-Theoretik“ ein, welche z.B. die „Postkeynesianer“ vorbereiten, wenn sie konkrete, spezielle Aspekte von Marktunvollkommenheiten aufspüren.

Diese pragmatische Grundhaltung in der Politik (und der Ökonomie) ist als „Übergang“ zu neuem theoretischen und praktischen Handeln zu sehen. Das keynesianische Kalkül war gut für Bekämpfung von Symptomen, und typisch für Übergangs-Zeiten.

Der stattliche Einsatz, Erkennung der Lage etc., anti-/ oder prozyklische Politik, verlangte Aufwand, der die notwendig verlangte Zeitaufwand, und die erforderliche Flexibilität unterschätzte.

Eine weitere Steigerung in die Richtung „Gesamtplanung“, mit den kapitalistischen und bürgerlichen Einrichtungen, wird dazu heute zum „Monetarismus“; hier sind die Instrumente, Entscheidungen flexibler, schneller, weil das die Geldpolitik technisch erlaubt.

Keynes stellt die „Nachfrageseite“ der Volks-Wirtschaft in das Zentrum. Die ökonomisch-historische Lage hat dann etwas mit verursacht, weil α) die Konsumnachfrage stockte (z.B. weil die nationale Ökonomie auf Kosten der eigenen Lohnseite globale Märkte erobern wollte. Oder weil die Investitions-Nachfrage wegen Krisen u/o relativ nachlassenden technologischen Neuentwicklungen stagnierte.

Mittelfristig aber ist es egal, ob die Multiplikation von Nachfrage und/oder Angebot ausgeht. (Solche Pseudo-Alternativen sind typisch dafür, dass neue Theorie-Niveaus fehlen).

Der „Monetarismus“/ Chicago setzt ganz auf den Marktmechanismus als „Angebotsökonomie“. Der „Staat“ als Fiskal-/ Finanzpolitik und als Geldpolitiker wird abgelehnt. Man geht von einer „permanenten Einkommenshypothese“ aus. Sicherlich wirkt eine konsequente Markt-Ökonomie auch „vergesellschaftend“ (direktere Zutritte zu den Märkten), aber „die Ökonomie“ ist ein politisch-soziales/ gesellschaftlich-technologisches Gebilde, das nur „theoretisch“ zerlegbar ist, „reine“ Strukturen sind kaum empirisch auffindbar; z.B. technologische Erfindungen, politische Ik, Ig sind objektive Gebilde, -> Phasen, die nur in einem überholten Wissenschafts-Verständnis fehlen.

Ein umstrittener Punkt ist die Geldmengensteuerung. Die Geldmenge müsste α) mit der Gütererzeugung gleichermaßen anwachsen und/ aber β) man kann -(-> „E-Beschleunigung“) die ökonomische Dynamik durch ungleichgewichtige Geldmengen- Erhöhung beschleunigen. Dies bedeutet eine Verschärfung der globalen Konkurrenzsituationen – und solche ergibt sich marktmäßig „von selbst“.

Man muss von der Theorieseite her mit den konkreten Verhältnissen rechnen, und das ist jene ungesteuerte Geldmengenvermehrung; die Frage ist: Wohin führt das ?

Die praktische globale Polit-Ökonomie ist gegenüber diesen Theoremen „flexibel“ (m. o.w. unfreiwillig); z.B. sind europäische Festlegungen auf Geldmengenziele und Inflationsziele (EZB, Maastricht) in Krisen, die aus anderen, tieferen ökonomischen Strukturen resultieren, nicht haltbar. Dennoch sind Theorie-Konzepte für die

allgemeine Diskussion wichtig.

Die Diskussionen und Praxen zu den konkurrierenden wissenschaftspolitischen Konzepten zeichnen sich dadurch aus, dass sie (meist) einzelne Grundstrukturen betonen – und andere weniger oder nur abgeleitet beachten.

Zum Beispiel Ii als „Kalkül der Marktteilnehmer“. Dieses Ii wird dann noch vereinfacht: Als „Rationale Erwartungen“, optimal informiert und „richtig entscheidend“. Oder z.B. „Ii-Ii“-wechselwirkend als „Märkte“, die vollständig flexibel sind und daher ständig geräumt sind etc.

Solche Annahmen mögen oft richtig sein (wobei unklar bleibt wann, wo, wie stark), aber prinzipiell ist Ii auch tendenziell unendlich flexibel und wird daher alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterlaufen können.

Die anderen Grundstrukturen (Ig, E-Entwicklung) werden vernachlässigt.

Die heutige Ökonomik („Angebots-Ökonomie“) ist deshalb kein geschlossenes theoretisches Konzept, sondern die pragmatische Kombination mehrerer theoretischer Ansätze und wirtschaftspolitischer Leitlinien. Zum Beispiel wird die Staatsquote dann gesenkt werden, wenn die Steigerung der Rentabilität (z.T. Produktivität und „Wachstum“) in privaten Ökonomien größer ist als in öffentlichen.

Aber alle diese Maßnahmen berücksichtigen zu wenig diejenigen ökonomischen Bereiche, die unterhalb der Rentabilitäts-Grenze arbeiten.

Philosophisch-wissenschaftlich: Dieser politisch gelenkte Pragmatismus ist eine historische Phase vor der Neudefinition der „gesellschaftlichen Rentabilität“ u.ä.

Die heutige (bürgerlich-kapitalistische) ökonomische Theorie muss die – objektive – E-Entwicklungs-Beschleunigung (und deren Ursache, Folgen) besser als bisher berücksichtigen. Das zeigt sich z.B. „konkret“ darin, dass Ii-Kreativkräfte in die ökonomischen Verwertungszusammenhänge verstärkt einbezogen werden, („Dienstleistung“). Dazu kommen einzelne, aber nicht entscheidend neue, technologisch-ökonomische Strukturzüge, z.B. als Erzeugung/Produktion, Handel, Verteilung von „Daten“; z.B. die der Globalisierung.

Allen bisherigen volkswirtschaftlichen Theorien ist gemeinsam – und wurde zunehmend deutlich und in seiner Komplexität anerkannt - dass die Fülle der Ansatzpunkte (->E), Prozesse (N/G) Interessen (I) als Abwägungen, Abstufungen, Wechselwirkungen etc. in einer traditionell einheitlichen Theorie kaum faussbar ist. Hier hilft die Erweiterung durch Computer; man muss nicht alle Wechselbeziehungen etc. praktisch durchspielen, vielmehr kann man Computerveränderungen beobachten und optimale Lösungen dann praktizieren.

Aber auch dieser Plan, die I-Berücksichtigung und computerbestimmte Gleichgewichte jeder Art, ist prinzipiell und philosophisch von der I-Dynamik abhängig, also „offen, frei“.

Man kann (global und theoriemäßig) von Vereinheitlichungen der methodischen Basis (-> Computer, Mathematisierung) und der Interessenseite, („Inhalte“) sowie der Integration der Teildisziplinen, ausgehen. Zugrunde liegt dem die Konzentration auf

zentrale allgemeine Grundsätze - und dabei auch auf ökonomische Prinzipien, (z.B. „Rationalität“, Zweckdenken, Gleichgewicht). Welche über das Ökonomische hinausweisen, und die auf die Phasen der „Sprachen“ (Mathematik, Logik, dazu die wp Relationen „I/E“ „N/G“) und dabei auf den „objektiven Geist“ weisen.

Als „Technik“ ist die VWL eine Sub-Phase, welche „I/N/G/E“ hat, die aber auch die „I“ als relativ vorgegeben sieht, und daher die „I“ nicht mehr in die Wechselwirkungen allzusehr einbezieht. Dann ist der Weg frei, N, G, E zu entwickeln; auch hier vor allem in „mathematischer“ Weise. Die formal-abstrakte Arbeitsweise wird durch den Einsatz neuer PM (E), Computer u.ä. aus der mathematische Theorie in die Praxis folgen. Aber der Vorteil - vs. anderen Wissenschaften (Jus, Soziologie, Psychologie) - durch diese Computerisierung geht an bestimmten Entwicklungspunkten (Krise) verloren, wenn keine „I-Systematik“ ergänzend wirkt.

Die zur Zeit herrschenden Ordnungen haben zwei prinzipielle Schwachstellen. Sie betonen zwar (mit Recht) Freihandel, Globalisierung, Märkte, individuelle Willensentscheidungen, Eigentum, Leistung. Aber es fehlen sinnvolle Begrenzungen dieser formalen Freiheiten, (z.B. Geldvermehrung) -> Profit -> Invest-Profit etc.). Es geht um die systematische Reflexion auf die „Inhalte“, was für welche Verbraucher (- > 3. Welt) notwendig ist.

Eine „Theorie der Haushalte“, als „Mikroökonomie“, als Sub-Phase der Volkswirtschaft, kann aus der umfassenden philosophischen Modellierung: Ii-Ig/E, abgeleitet werden. Das „Ii“ ist dabei in mehreren ihrer Varianten einzusetzen, als kreatives und als „konsumierendes“.

Das erscheint hier z.B. als „Arbeitskraft“ anbietendes Individuum und als Konsumgüter nachfragend.

Die Ig, Ii zu Ii bewirkt im „Ökonomischen“, als Vergesellschaftung, dass andere Individuen (Ii), (aber eben jedes Individuum), seine Kreativität, seine Arbeitskraft einsetzt, um diese Güter zu erzeugen.

Alle „Techniken“ sind an die E-Entwicklung gebunden, auch in ihren „Zielen“ („I“), die E-Entwicklung zu vollenden.

In allen Techniken gilt die prinzipielle Grundeinschätzung, dass der je augenblickliche Stand der (je spezifischen) E-Entwicklung „defizitär“ ist; also weiterzuentwickeln ist; diese Aufgaben-/ Zielstellung ist allgemein die der E-Entwicklung.

In der VWL erscheint das als das Bewusstsein, dass die „Knappheit“ – relativ zu der unendlichen Freiheit der Bedürfnisse - der Güter alles bestimmend ist.

Die VW/L ist nun eine „Technik“, welche diese „Knappheit“ ausdifferenziert und bearbeitet, und zu „beseitigen“ versucht.

Das geht auf zweierlei Weisen; „Druck“: die E-Entwicklung und „Zug“: Die I-Erwartungen.

Als „AN“ tritt der Mensch als Produzent, P-Faktor bzw. „Strategie“ in der E-Entwicklung auf. Und als „Verbraucher“ (bzw. Investor) verlangt er die Erhöhung der Produktion, als E-Entwicklung.

Abstrakter, die E-Entwicklung wird durch N,G, die Arbeitsprozesse, bestimmt und durch „I“, so auch als unendliche Prozesse.

Die mikroökonomische Sicht (-> Theorie etc.) hat dann ihren Sinn in der Bildung von „E“, d.h. von Einheiten, die die prinzipiell gleiche Struktur und Funktionen haben wie die Volkswirtschaft (bzw. die Welt-Ökonomie).

Diese besteht vor allem in der Herstellung von I/E-Gleichgewichten, z.B. der des „Haushalts“, der die zwei wichtigen Entscheidungen – über Konsum und/ zur Gütererzeugung – im Gleichgewicht halten muss.

Was ist der Unterschied von „Robinson-Crusoe-Ökonomie“ und der ökonomischen Wirklichkeit? Aus unserer Sicht betrifft das vor allem die I-Seite: Die verschiedenen „I“ reduzieren sich bei Daniel Defoe. Das Typische einer Unternehmung, die Durchsetzung eigener Ii gegen Konkurrenten (Ii) und Öffentlichkeit (Ik,g) entfällt bei Ii vs. I-Natur; und die I-Entscheidungsvorgänge, ->I/E-Bildung, bleiben auch hier.

Man kann das „Ii-Ii“-Verhältnis in den Mittelpunkt der Analyse des „Marktes“ stellen. In diesen Ii-Ii gibt es zwei Haupt-Relationen, diejenige hier konkret als Konkurrenz am Markt und die Ii-i-Relationen, die man als Versorgung u.ä. zwischen den Anbietern und den Nachfragen konkretisieren kann (-> Rz).

Nur beides zusammen – (also Rw/Rz) - bilden ein potentiell funktionierendes Konkretes, nämlich hier das Marktschema/der Marktmechanismus. Welche als konkrete „Ökonomie“ der „bürgerlichen Demokratie-Mechanik“ gelten kann.

Der dynamische Gleichgewichtspreis u.ä. sind punktuelle ökonomische Konkretisierungen solcher Rw/Rz-Gleichgewichte. Über derartige Idealisierung darf aber die historische Entwicklung mit ihren notwendigen E-Defiziten nicht vergessen werden.

Der Preis steht im Zentrum vieler Entscheidungen über I-Abwägungen. So von dieser Art: Auf welche I-Verwirklichung will ich verzichten (denn das Geld/ Preis kann ja alternativ andere Ziele erlangen lassen)?

Der Preis repräsentiert derart die gesellschaftliche I-Struktur in einem Punkt, E .

Wie bei allen E (die ja I/E sind) ist der Preis auch Antrieb als Signal, (nämlich hier, die Produktion zu steigern).

Das alles ist nur erklärlich bei E-Knappheit Zudem sind diese scheinbar selbständigen Zusammenhänge historisch, gesellschaftlich (-> Ig) moderierbar.

Die „kapitalistische“ Trennung in „konsumierende AN“ und investierende Kapitalisten, ist als soziale Erscheinung (und rechtliche, politische, sozialpsychologische) daher richtig, Sie ist aber sachlich, ökonomisch z.T.

aufhebbar: Jeder Haushalt verbraucht Güter und erschafft Güter -> (AN) und jeder Haushalt trifft ständig zweierlei Entscheidungen: Über Konsum und über Sparen, also über vorraussichtliche Investitionen.

Das politisch- historische Haupt-Problem ist, dass fast alle AN-Entscheidungen/ Wahlmöglichkeiten (Konsumententscheidungen, Einkommenshöhe, Art und Umfang der Arbeitstätigkeit etc.) von der Investitions-Seite, (also vom Arbeit-Geber) meist mittelbar beeinflusst wird. Damit sind aber alle ökonomische Kreisläufe betroffen; es muss ein neues ökonomisch-theoretisches Paradigma her.

Der „Haushalt“ ist philosophisch durch die unendliche Hoffnung und die I-Auswahl gekennzeichnet. Letzteres bei E-Knappheit und Ersteres bei objektiver E-Entwicklung. D.h. die objektive E-Entwicklung garantiert, dass tend unendlich viele „I“ möglich werden. Aber die „jeweilige“ E-Vollendung erzwingt die zweite Seite von „I“: als Auswahl. So herrscht Symetrie und als Ergänzung die Wechselwirkung zwischen der E- und der I-Sphäre.

Die Theorie des Konsumentenverhaltens beruht auf „I“, als die un-/bewusste Wahl und Abwägung, die Präferenzbildung für E/Güter. Der Nutzen der jeweiligen Güter/ Kombination ist die Erfüllung der Ii (hin zu E).

I (also Ii) hat nun weitere Eigenschaften, z.B., innerhalb der Zielfunktionen abstufbar, (Grade des Nutzens) flexibel, übertragbar, kombinierbar; als -> Güterkombination auch unabschließbar/nichtsättigbar zu sein.

Private Haushalte vereinen in sich die Funktionen der Märkte, z.B. die Preisbildung mit den individuellen Nutzenabwägungen (Gebrauchswerte).

Der Konsumplan eines/dieses Haushaltes beachtet seine Budgetsituation von außen mit der Güterkombination eigener Wahl/Präferenzordnung.

Das Grunshema „I-> N, G -> E-> etc.“ wird hier in mikroökonomischen Überlegungen z.B. als „optimaler Konsumplan“ variiert.

Die I-Seite ist dann das Streben des Konsumenten nach maximaler Bedürfnisbefriedigung; das E ist die Errechnung des maximalen Nutzen.

Die N,G-Seiten sind eben jene technischen Verfahren, die die Hauptbeschäftigung der Konsumenten – und dieser Techniken (ökonomische VWL) - sind; (z.B.auch graphische und mathematische Darlegungen).

Die Verbindung von maximaler Bedürfnisbefriedigung (I/E-Gleichgewicht) mit „optionalem Konsumplan“, ist der, welcher zu maximalem Nutzen führt“); diesen kann man „rational“ erstellen, das kann mit Hilfe mathematischer Überlegungen gestaltet werden.

Da die E-Entwicklung (und I-Entfaltung) ständig weiter läuft, kann man Änderungen in der Nachfrage - -> I-Entfaltung von Gütern, Preisänderungen u.ä. mit Änderung, Erhöhung des Einkommens (= E-Entwicklung) - in diesen grundlegenden I/E berücksichtigt werden. Einkommen (-> individuelle E-Entwicklung) kann durch Preisänderung u.ä. verändert werden, -> Realeinkommen.

Wir stellen jene mikroökonomischen Überlegungen unter die allgemeine E-Entwicklung und I-Entfaltung, in deren Zusammenspiel. Und zwar dazu im

Spannungsfeld der Ii-Ii-Konkurrenz, der Ig (als Markt-Preis), des relativen Gegensatzes „Konsum-Investition“, der qualitativen Verbesserungen (als E-Entwicklungs- Variante) etc.

E, als gegebenes Einkommen, und „I“ (Präferenz), sowie Güterpreise (I/E-> fremde I/ vorhergehende E) -> also z.B. Kosten der P-Fakt., Profit-I etc.) stehen in einem typischen I/E-Verhältnis, (wobei I/E andeutet, dass es im allgemeinen Entwicklungs-/ Entfaltungs-Ablauf steht).

Zu dieser allg E-Entwicklungs / I-Entfaltung-Dynamik tritt noch die Änderungsmöglichkeit der „I“ (statt Gut A jetzt mal Gut B) in Nachfrage („I“) und Angebot (->E); das ist auch mathematisch darstellbar als „Nachfrage-Funktion“ u.ä.

Die Einkommen fast aller Individuen, in hochentwickelten Gesellschaften werden über Arbeit erzielt. „Arbeit bedeutet Freizeit-Verzicht“. Das fassen wir philosophisch durch die I-Seite. In der Arbeit herrschen zwei I-Abläufe, die Konfront der Ii gegen die I-Natur, bzw. „fremde“ „Ii“ und Ik,g; als die von politisch-ökonomische Seite der herrschenden Vorgaben, fast stets die der E-Entwicklung.

Die „Freizeit“ dagegen hat nicht nur zwei I-Varianten, orientiert an N-G, sondern prinzipiell unbegrenzt viele. Zudem werden die freien „I“ emotional meist positiv bewertet; (-> I-Entfaltung als objektive).

Das I/E-Verhältnis steht auch im Mittelpunkt der „Theorie des Haushalts“. E ist das Einkommen/ Reallohn sowie die Preise (auch Opportunitätskosten). Und die „I“ sind die Varianten des Konsums und der Freizeit.

Darstellbar in mathematischen Funktionen und graphisch z.B.als Kurvendarstellung.

Es geht um I/E als doppelte Dynamik, (welche z.T als Entwicklung/ Entfaltung gelten kann; so ist z.B. „I“ „der Nutzen“ und „E“ ist der „Preis“. Das ist formal, leicht darstellbar, weil es um die einfachsten (z.B.auch mathematischen) Funktionen geht. So kann zum Beispiel das „zweite Gossensche Gesetz“ als Verhältnis der Grenznutzen zweier Güter zum Verhältnis dieser Güterpreise in einfacher mathematischer Funktion ($u_1/u_2 = p_1/p_2$) dargestellt werden; mathematische Verfahren (z.B. Differentiation -> Richtung/ Steigung) der Kurve als Ausdruck der Entwicklung/Entfaltung.

In der „Theorie des Haushalts“, der VWL, wird die I-Seite, zwar formal, aber deutlich ausdifferenziert und auch mit der E-Seite konfront.

Es geht um die Wahlmöglichkeiten eines Haushalts, die als Präferenz entscheidungswichtig sind. Sie werden - deshalb - geometrisch (in Form von Indifferenzkurven) und analytisch als Nutzenfunktion für die Praxis (und die Wissenschaft) in die „Sprach-Phase“ aufgenommen.

Eine wichtige Entscheidung dieser Wissenschaft war es, - (z.B. Pareto) - Nutzen als ordinal allein anzusehen. Kardinale, inhaltliche Fragen wurden abgespalten. Die

Theorie dazu ist bis heute unterentwickelt.

Der Vorteil ist allerdings groß. Die Messbarkeit etc. mathematischer Bearbeitung (z.B. maximale Bedürfnisbefriedigung eines Haushalts als Verhaltensmaxime), kombiniert mit dem Einkommen; z.B. Modellierung von Entscheidungsproblemen dieser Art, um optionale Lösung zu erhalten.

Die I-Seite kommt aber dann als theoretische Notwendigkeit ins Spiel, wenn man intertemporale Nutzenkalküle modelliert; also die Zukunft über Ersparnisbildung, Verschuldung, Investition berücksichtigt.

Die Haushalte, allgemein-ökonomisch und die der AN, haben als „E“ das Arbeitseinkommen und als „I“ die Selbsterhaltung und Selbstverwirklichung. Verbunden wurde das als I/E durch Arbeit im Haushalt, als Konsumplanung; Preis-Überlegungen. Im Unternehmen, der Theorie der Unternehmung, gibt es dieselbe Grundstruktur. Sie haben eine eher reduzierte I-Funktion, die der Gewinnmaximierung, (der Investition, wegen der E-Entwicklung). Beide Typen von „Ik“ sind durch „Ii-I k/E“ verbunden.

Die nicht-profitgeneigten Haushalte, aber auch die Unternehmen (der Unterschied ist einer der „Qualität“, d.h. der I-Art) können ihre Entscheidungen als optimale durch die Variablen, wie Konsumart, Arbeit, Einkommen, Preise als mathematische Funktionen darstellen; vor allen als Aggregate aller Haushalte.

Dabei lassen sich die beiden Haushaltsarten (Konsum, Investition-> Unternehmen) in ihrer kreisförmigen Ergänzung, ebenfalls mathematisch darstellen.

Es geht hier um die rationale Ordnung, die „technische“ Seite -> N-G.E.

„Philosophisch“ muss man daran „Kritik“ üben, um die I, E nicht zu unterschätzen.

In den Leistungsgesellschaften, als die E-Entwicklung und Bezahlung, gilt grundlegend die Qualität der Aufgaben: Die Verbesserung der physischen und psychischen Bedingungen der Produktion, die technologische und wissenschaftliche und organisatorische Weiterentwicklung. Und die Erhöhung der Werte, durch Senkung der Kosten etc.

Die moderne Kritik daran betrifft im Zentrum die „Qualitäten“ jedes dieser Schritte (AN-freundlich., ökologisch etc.)

Die philosophische Einheit wird bestätigt durch den Vergleich mit dem „Haushalt“ (Konsum etc.)

Es geht in beiden Hauptformen (Haushalt und Unternehmung) um zwei Arten von

„I“, um I- Maximierung als „Nutzenmaximierung“ und

„Gewinnmaximierung“. Und es geht um E: Geld/ Einkommen und PM. Und es geht um die

zwei Übergänge, Wechselwirkungen zwischen I und E (-> I/E): Als Konsum und Produktion. Sie sind 1. Physikalisch-chemische Veränderungen (Übergänge) und 2. Wertmäßige, gesellschaftliche und 3. Philosophische -> N,G.

Anders gesagt: N,G stehen für alle Übergänge, Relationen, Wechselwirkungen.

Die Praxis und die Theorie der Unternehmung stellen sich einfacher dar als die des Haushalts, weil an letzterer komplizierte Präferenzstruktur (also „I“ zu I/E->

unendliche Vielfalt) hängen; und am kapitalistischen Unternehmen nur das „Rationalprinzip der Gewinnmaximierung“ gilt; formal: ein „1-dimensionales Entscheidungsproblem“, allein darstellbar in „Geld“.

Dafür aber ist das bei „E“, PM u.a. P-Faktoren und deren „Methoden“ genau umgekehrt.

„Produktion“ ist die Umwandlung von Arbeit und Kapital in Waren und Dienstleistungen. Die physikalische Umwandlung ist besonders eindrucksvoll; es ist die geballte E-Entwicklung. Eher unauffällig ist aber die I-Seite dabei; wobei der formale Wert (Kosten, Preis) die (doch wichtige) Basis ist, aber der politische, gesellschaftliche, historische „Sinn“ aller dieser techno-ökonomischen Arbeiten in den I-Inhalten und der I-Entfaltung liegt.

„Produktionsplan“, Produktions-Funktion sind Varianten von I, N,G-> E (=I/E).

So reduziert wie „I,E“ ist dort Input E und Output (E/I, angepeiltes und erreichtes I).

Aber das Interessante an allen technischen, praktisch Konkretem von „I/E“ ist „N,G“; d.h. hier im Ökonomischen z.B., dass und wie die Produktionsfunktion aussieht, dass z.B. keine Linearität zwischen E/Input und „I“ besteht, liegt an N/G.

Warum kann die P-Funktion nur teilweise linear sein; die P-Faktoren verbindend, zum Beispiel Boden und AN? Hier setzt eine anti-geometrisch- mathematische Kritik an: Die AN sind keine E (wie die PM, Natur), vielmehr haben sie eigene „I“, die die P-Funktion z.B. degressiv gestalten können oder auch progressiv (-> Lernerfolg während des Arbeitsprozesses).

Dabei reicht es für die „Technik“, die ökonomische Praxis, die Beziehung zwischen Gesamtproduktion und Variablen P-Faktor festzustellen.

Die Ursachen für diese Verläufe, z.B. das Grenzertrags-Phänomen, die Produktionselastizität sind dabei sekundär, obwohl sich diese wissenschaftlich damit beschäftigen. Wir aber beide Seiten philosophisch zu analysieren suchen.

Ein Hauptproblem ist der Zusammenhang zwischen technologischer P-Funktion und deren ertragsgesetzlicher Seite. Das wird privatwirtschaftlich als die Entscheidungsprobleme verständlich; in denen es um die Maximierung der Werte geht; für öffentliche Unternehmen abgeschwächt; Gewinne, aber keine maximalen Profite. Und allgemein geht es um die E-Entwicklung.

Mit der abstrakten Ebene (Kosten, Preis, Wert) wird jetzt auch die Haupt-Problematik deutlich: Der Gegensatz von bwl- und vwl- Zielsetzung.

Die Verteilung zwischen Kosten (für welche P-Faktoren), der Preise (dito).

Damit das Verhältnis von „Konsum“ und „Investition“; (-> I zu E) zu bestimmen, und als Optimierung.

Kosten, (durschnittliche, variable, marginale, fixe etc.) werden im Einzelunternehmen in Hinsicht auf das Hauptziel, den Gewinn, in jeder Weise analysiert und minimiert. Aber auch hier wird deutlich, dass die Kosten, Preise, der Produktionsplan u.ä. in ihrer Optimalform nur ein spezifischer Zwischenschritt in der vwl Betrachtung ist

(„Kosten hier sind Einkommen dort“).

Dass es also um E/I (Unternehmen E mit I/ Profit) geht, in großer Quantität (und auch um technische Qualitäten), und dass es philosophisch darum geht, über wissenschaftliche Sub-Phasen („BWL“) hinaus zu gelangen, will man die möglichen historischen Fehler (ökonomische Krise) vermeiden.

Die bwl und vwl Theorie durchzieht deren Praxis – und beide werden (fast) ausnahmslos von der objektiven E-Entwicklung bestimmt; z.B. über den ökonomischen „Gewinn“. Im Einzelnen beschreibbar als „Güterangebotsfunktion“ („steigt der Produktpreis, wird der Output gesteigert“ und umgekehrt). (Die Faktor-Nachfragefunktion nach den P-Faktoren, vor allem nach Arbeitskraft).

Richtmaß ist das Gewinnmaximum; nach ihm geschieht die Mengenanpassung und die Faktor-/Arbeits-Nachfrage.

Der Einzel-Unternehmer hat seinen Produktionsplan nach den vorgegebenen Faktorkosten und den Güterpreisen auszurichten.

Aber die Statik dieser Verhältnisse (auch die der Aggregation über alle Unternehmungen) als (z.B.) Gesamtnachfrage nach Arbeit, bestimmt nur teilweise die „Ökonomie“; die absolute Tendenz ist die, die P-Faktoren „Arbeit“ zu ersetzen.

Die Analytik der Unternehmensoptimierung geht von dem Grundsatz der Gewinnmaximierung aus. Das kann aber nur einen Teil der modernen. Ökonomie betreffen. Es gibt auch sinnvolle Gewinne, die weder maximal noch in ständiger Steigerung befangen sein müssen; „Verluste“ müssen nicht isoliert berechnet werden, sondern mit möglicher Arbeitslosigkeit verglichen werden.

D.h. die vw-Betrachtung muss stets ein gesellschaftliches Optimum definieren - und befolgen. So die „Produktion“, qualitatives und quantitatives Güterangebot, der Faktoreinsatz, Technologie-Verbesserungen u.ä.

Um den „Markt“ zu erklären, gehen wir von I_i - I_k , g aus und davon, dass die I_i inhaltlich bestimmend sind. Denn wenn die I_g bestimmte Inhalte haben, (z.B. die planvolle Entwicklung einer Gesellschaft); kann die „Form“ des Marktes nicht erreicht werden. Diese „Form“ bedeutet ein formales dynamisches Gleichgewicht -> „Konkurrenzen“ zwischen den I_i (bzw. zwischen I_k), welches sich in einem „ I_g “ als allen Gemeinsames („Preise“ u.ä.) einpendelt.

Die globale Weltmarktbildung ist eine Variante der „E-Entwicklung/ I-Entfaltung“. Beschreibbar als ein formales Ganzes (E), von Angebot (->E) und Nachfrage (->I), und der formalen Entwicklungs-Tendenz von regionalen zu globalen Ausweitungen. Dazu kommen typische E-Bildungen (Preise, Mengen) aus „E-Entwicklung/ I-Entfaltung“.

Die Angebotsseite ist E, (E wird z.B. durch Mengenanpassung verändert), die Nachfrage-Seite ist „I“. Der „Markt“ wird durch beider gleichgewichtige Relation

„I/E“ definiert; die Überschaubarkeit des Marktes ist deren Gleichgewicht. Dabei sind „I“ und E dynamisch; das gehandelte Gut hat auch insofern E-Charakter, als es für alle Nachfrager und Anbieter vollkommen identisch ist. Der Preis ist eine notwendige E-Form, die das Gut „überhört“, „verallgemeinert“ (und damit auch eine I-E-Einheit bildet).

„Markt“, (ähnlich „Kommunikationsgemeinschaft“, „Demokratie“) ist insofern eine Idealisierung (mit Tendenz zu „E“ u/o „I/E“), weil deren möglich denkbare Gleichgewichtigkeit stets von „extremen“ „I“ gestört wird.

„I“ sind prinzipiell auch „extrem“; sogar extrem „böse, falsch, asozial“. Daher ist der „vollkommene“ Konkurrenz-Markt (mit homogenen Gütern, Kauf = Verkauf, Transparenz u.ä.) nur ein Preis, flexible Mengenanpassung, ein Konstrukt. Die I-Seite am Markt besteht aus vielen I_i; ähnlich wie bei den Nachfragen ist es bei den Anbietern.

Die historischen Mechanismen („im Kapitalismus“ vor allem) der Ökonomie bestehen nun darin, auf der Basis der „allgemeinen Vergesellschaftung“ und dem Entwicklungs-Stand der Technologien, aus den vielen „I“ ein „I_g“-Gebilde zu gestalten, den Gleichgewichts-Preis, der die Angebote und die Nachfrage „kompatibel“ macht.

Die Gütermenge ist formal „E“ und der Preis ist I, I_g. Die VWL hat eines ihrer Zentren im Gleichgewicht von Gleichgewichtspreis und der Menge, die bei diesem Preis verkauft wird; die vwl I/E-Variante.

Darin stecken die Pläne aller Beteiligten, als an den eigenen „I“ orientierte Optimalentscheidungen u.ä. – und deren Vergesellschaftung. Und diese ist Ergebnis jener spezifischen „E-Entwicklung/ I-Entfaltung“.

Für die „ideale“ und theoretische Seite ist das Gleichgewicht zentral; z.B. als ein Hauptthema in der Neoklassik. (Walras). Vor allem das Gleichgewicht „I/E“ (z.B. als Nachfrage und Angebot). Aber die ökonomischen Prozesse sind das Entscheidende, also dies als ökonomische Konkretisierung der E-Entwicklung und/zur I-Entfaltung. Das im „idealen“ Gleichgewicht; in welchem die I_g (auf I_i) und das E-Niveau aufeinander prallen.

Geht man zunächst von dem I/E-Gleichgewicht aus, so bestätigt die Praxis, dass „I“ und E dynamische Prozesse sind; dadurch wird die vwl Theorie komplexer. Die I-Veränderung/ Entfaltung; z.B: Veränderung der Präferenzstruktur der Konsumenten, so deren Einkommen bzw. die Zahl der nachfragenden Konsumenten. Und die E-Veränderung, z.B: Andere Güter, neue Güter, konkurrierende Güter; Stand der Technik, PM.

Dann ändern sich alle „I/E“, z.B der „Gleichgewichts-Preis“.

Der - konkretere - Mechanismus, mit dem man das Gleichgewicht (Preis z.B.) erreicht, setzt einiges voraus; z.B. allgemeine Konkurrenz (also „Knappheiten“, E-

Entwicklungs-Defizite), Ii-Kontroversen der Nachfrager, (als gegenseitiges „Überbieten“) Spielräume (Preis-Verringerungen, - Anpassung) auf der Angebotsseite und Nachfrageseite. Noch mehr bei Erfordernissen wie die „Transparenzen“, sind „Beweglichkeiten, Spielräume u.ä.“; eine entwickelte E- und I-Basis, spezieller Art hier.

Die formale Betrachtung zeigt Strukturierungen, Gleichgewicht, Nachfrage- und Angebotsfunktion. Das ermöglicht eine modellhafte und mathematische Darstellung. Es ist das eine Variante von N,G, E. Aber zu jeder Technologie (hier zur ökonomischen) gehört auch „I“ (z.B. Wertbetrachtung) und I/E; sie dürfen über jene E-Vereinfachungen als Realitätsverkürzung nicht vergessen werden.

Jetzt zur Verbindung jener Marktmechanik, (die eher als formal zu gelten hat), zum „inhaltlichen“ Antrieb daraus, der z.B. bei Preiserhöhung, dazu führt, mehr zu produzieren und bei Preiserniedrigung mehr zu konsumieren. Das mündet in „E-Entwicklung und/ zu I-Entfaltung“. Und zwar auf der Vor-Stufe“, der „Motivation“. Der „Preis“ und die Gütermenge sind dabei die E-Seite. Die „Preiselastizität“ ist die E-Entwicklung.

Die Elastizität der Preise und der Mengen (->E) ist nur im Extremfall ein Beispiel für die E-Entwicklungs-Motivation. Im täglichen ökonomischen Leben, (z.B. Schwankungen auf dem Agrarmarkt), geht es eher um „Kreisbewegungen“, „mal auf, mal ab“.

Auch geht es um Verteilungen der ökonomischen Kapazitäten und Gewinne, zwischen relativ stabilen Strukturen

Genauer: Beide Bewegungsarten sind Fortschritte und Umverteilungen, (und auch beider Wechselwirkungen, was die Analyse erschwert.

Gesellschaftliche, staatliche Markteingriffe in die „freie Preisbildung“ finden gerade in hochentwickelten Gesellschaften statt. Weil die formale, aber wichtige Abgleichung aller gesellschaftlicher Interessen (Ii, k, g, w) prinzipiell einen „statischen“ Charakter hat. Es werden die Entwicklungs-, Entfaltungsmöglichkeiten, Optionen, Notwendigkeiten nicht integriert. Je größer aber die E-Entwicklung, Beschleunigung ist, umso notwendiger werden öffentlicher Eingriffe – die freilich nicht „bremsend“ für die E-Entwicklung und die I-Entfaltung sein dürfen.

D.h. aber, das bloße Setzen für (z.B.) Höchstpreise, wird den Anforderungen des Zusammenspiels von Ig (öffentliche Hand) und Ii,k (-> E-Entwicklung, I-Entfaltung) nicht gerecht. Denn die dynamisch sich verändernden Angebote E (und die Nachfrage I-Entfaltung) sind umfassendere Vorgänge. Vielmehr muss beider Dynamik immer wieder marktmäßig und öffentlich gefördert und „abgestimmt“ werden.

Welche „Hilfen“ sind dafür möglich?

Der „Plan“ ist meist restriktiv – (anstatt -> I, vorwärts weisend). Man schützt die „Verbraucher“ (deren I-Seite), z.B. durch Höchstpreispolitik; oder die Belange der Erzeuger durch Mindestpreis-Politik. Anstatt sozialem Erhalt, Vermeidung von

„Unruhen“ oder Erhalt des Produktionsablaufs (-> zu niedrigen Preisen) sollte „Politik“ den philosophischen Rahmen sehen: Die E-Entwicklung, I-Entfaltung kann allein vor ökonomischen, gesellschaftlichen Krisen bewahren; (was jedoch in der Konsequenz eine gesellschaftliche Umwälzung bedeuten kann).

Man kann das allgemeine Modell „Markt“ darstellen, muss dann aber zeigen, dass es faktisch Betonungen gibt, z.B. die der Angebotsseite (klassischer Liberalismus), als E-Entwicklungs-Betonung. Oder die der Nachfrage-Betonung (-> I).

Diese „objektive Wertlehre“ ist „P-Kosten als Preis-Ursache vs. subjektive Wertlehre.

Dann der „vollkommene Markt vs. Plan“, bzw. Monopolbildung; die beide ebenfalls Vor- und Nachteile haben. Wir synthetisieren dies und „heben es auf“: Als objektive Notwendigkeit „der E-Entwicklung und/ zum I-Variantenreichtum“.

Die liberalistische und sozialistische Kritik an Monopolen ist „philosophisch“ die Feststellung, dass es kein „einseitiges“ I-Wechselspiel (zwischen vielen „I“) gibt. Dass vielmehr auch die E-Seite (Patente, Kapital, festgelegte Interessen, vor allem PM, die Weiterentwicklung sind; und das als die möglichen Konkurrenzen u.ä. eine Rolle spielt.

Genau das ist historische „Praxis“: I/E; aber dieses Monieren, das I-Erweiterungsverlangen, auch die implizite E-Verteilung auf alle, sind substantielle Kritikpunkte.

Was ist, wenn man die relativ statische E-Situation der knappen Güter (bzw. der unzureichende Allokation der P-Faktoren) hat? Dann müssen sich die I-Seite, d.h. die Ii -Vorteile der einzelnen Konsumenten und Produzenten „bewegen“. Indem das der Marktmechanismus stellvertretend (bzw. zusätzlich zur dynamischen E-Entwicklung) macht, wird für die Gesellschaft ein Optimum, -> I/E, erreicht.

Wie hängen Markt-Mechanik und „E-Entwicklung zu I-Entfaltung“ zusammen?

Das geht nur, wenn – bei vollkommener Konkurrenz – der Preis über den Stückkosten liegt, d.h. es noch Gewinne gibt. Dann werden die Produzenten die E-Seite weiter entwickeln (Betriebe vergrößern, Neues auf den Plan bringen).

Diese Gewinnmöglichkeiten hängen aber von der Zunahme der Nachfrage ab. Die Konsumenten (->I-Seite) trägt damit zur qualitativen und quantitativen Zunahme der Produktion, E, bei.

Die Märkte, ob un/ vollkommen, befinden sich als („ökonomische“)

Teilgebiete/Subphasen/ Subsysteme in den „Gesellschaften“ als „Phasen“. Als Strukturen mit de-/ stabilisierender Wirkung, mit Wechselwirkungen zu anderen Strukturzügen/ Funktionen der jeweiligen Gesellschaft.

Zu den Wechselwirkungen gehören z.B. Folgen, welche von übergeordneten gesellschaftlichen Prozessen (-> Ig) auf die Märkte übergehen, deren Dynamiken verursachen.

Aber auch gesellschaftliche Erscheinungen (Krisen, Ökologie, Arbeitslosigkeit etc.), allgemein als positive/ negative E-Entwicklungen/ I-Entfaltungen; relativieren und erklären dies genauer, auch die Sub-Phasen (wie z.B. „Markt“).

Dem formalen Markt-Modell liegt die - idealistische - Annahme zugrunde, dass alle „I“ der Nachfrager „gleich“ sind; (-> Konsum, Demokratie und I-Gleichgewicht aller I). Und zugleich, dass alle angebotenen Güter (E) ebenfalls von „homogenen“ Charakter sind.

Diesem zweifach idealistischen Denken muss man die philosophisch „materialistische“ Konkretheit / Praxis gegenüber stellen.

Und zwar hauptsächlich deshalb, weil die zusätzlichen Spielräume, die Anbieter und Nachfrager, durch jene Heterogenitäten, sowohl der weiteren E-Entwicklung wie der I-Entfaltung zu Gute kommen.

Dieser fortgeschrittene Standpunkt bedeutet hier, dass die Marktakteure, z.B. Unternehmungen oder die öffentliche Hand, ihre eigenen Interessen (Ik,g) zur Geltung bringen können, z.B. indem sie Preispolitik betreiben.

Philosophisch abstrakt heißt das, die politisch-ökonomische Praxis ist – stets – ein I-E zu I/E-Verhältnis.

D.h., den tendenziell vollkommenen Märkten, auf den sich die „I“ gegenseitig „neutralisieren“, zu „E“ werdend, steht ein komplexes Wechselverhältnis mit einzelnen wirkenden „I“ entgegen; also I-E zu I/E.

Die Basis dieser I/E-Komplexe ist die entsprechende Heterogenität der Güter; als Qualitätsunterschiede u.ä.

In einem spezifischen Sinne ist das Angebotsmonopol in der ökonomischen Praxis überwiegend vorhanden, z.B. sind die Güter verschieden, die Regionalität spielt eine Rolle. In den zentralen Problemen des Nachfrageverhaltens und der Preis-Absatz-Funktion kommt es dann darauf an, ob das Gleichgewicht „E-Entwicklung zur I-Entfaltung“ optimiert werden wird: Jeder Monopolist kann nämlich die Kombination von Preis, (= der E-Entwicklung, -> Investition etc.) und Menge (= der E-Entfaltung, Konsum, Nachfragen) bestimmen.

Kritik am Monopol rührt aus möglichem Fehlverhalten dabei.

Reine Gewinnmaximierung, getrennt von strategischen Überlegungen, indem der Monopolist die Preise hoch setzt und zudem den Absatz verringert, schadet der E-Entwicklung und der I-Entfaltung. Jedoch kann das das Einzel-Unternehmen, bei dem (z.B.) Grenzerlös und Grenzkosten in solchem Fall gleich sind, vor dem Ruin retten. Hier kommen kapitalistisches und öffentliches Eigentum in Widerspruch. Bekanntlich kann der Gewinn des Monopolisten den Nutzenverlust der Konsumenten nicht kompensieren. Höhere Preise und geringere Mengen verringern deren Wohlfahrt stärker als sie die Gewinne der Monopolisten erhöhen.

Darin besteht – in der Privatökonomie – eine Gefahr für die Vergesellschaftung.

Es ist eine Variante des verfehlten I/E-Gleichgewichts.

Die Oligopol-Situation hat Strukturzüge von der Markt- und von der Monopulseite; deshalb wird die Oligopolisierung für die Realität so wichtig.

Im Normalablauf (E-Entw, I/E-Gleichgewicht) wird beides vorkommen: Der Konkurrenzkampf zwischen diesen Anbietern, evtl. mit Grenzbetrieben/ Konkursen. Und die Kooperation, mit positiven oder negativen Folgen für die Nachfragen und auch für die Oligopole (E-Entwicklungs-Reduzierung).

Man kann das als Ik-Ik darstellen.

Die oligopolistischen Unternehmen streben nach maximalem Gewinn (-> E-Entwicklung). Ihre I-Seite kann dann als „Ii-Ii“ modelliert werden. D.h., jede ihrer einzelnen Aktionen (hinsichtlich der E-Maximierung) führt zu Reaktionen der Konkurrenten. Das gehört allgemein zum „Markt“; Ii wird aber im Oligopol gesellschaftlich wirksamer.

Diese Reaktionen stellen eben jenes unendliche Übergangs-Feld dar:

Unvorhersehbarkeit, große Auswahl an Handlungen u.ä. Dennoch stellen sich (viele mögliche) neue Gleichgewichte her.

Der „Markt“ ist der Treffpunkt von Konsum und Produktion, Investition, Kosten-Preis, auch zwischen den Konkurrenten bei Angebot bzw. Nachfrage etc., letztlich der Markt von „zwei ökonomischen Klassen der Gesellschaft“. Man kann diesen „Markt“ nun sehr reduziert fassen, z.B. „Kosten-Preise“ oder (wie eher in der gesellschaftlichen Realität) eher inhaltlich (z.B. Qualitätsunterschiede/- konkurrenz, Kundendienste, Werbung u.ä. und Marketingmix).

Ersteres entspricht eher der Maximierung der kapitalistischen Situation, letzteres neigt zu „sozialistischen Märkten“.

Dadurch verlagert sich das ökonomische Geschehen auf jene gesellschaftlichen Gebiete, die eher den I/E-, I-Charakter haben. Während die reine Kosten-, Preis-Politik zum Kern der „entfremdeten Politik“ (-> E,N,G) gehören.

Dieser Unterschied ist als „gesellschaftlicher“ ziemlich „objektiv“.

Dabei beschäftigt sich die „Fertigungspolitik“ mit der Gebrauchswerte-Seite, I/E mit I, die den endlichen E zugeord sind, und die allen Ii, Ik, Ig zuzuordnen sind – mit Ausnahme der „I=E“. D.h. es geht dabei um Produkt- und Sortimentpolitik, Eigenschaften der Produkte, ihre Differenzierung als ihre Neuentwicklung. Die weiteren Marketingmix-Politik sind eher Wechselwirkungen zwischen der Förderung des Tauschwertes mit dem Gebrauchswert: z.B. die Preispolitik, die sowohl die Gewinnmaximierung wie auch den Zuwachs an Marktanteilen und die „Versorgung“ der Nachfrager betreffen kann.

Auch z.B. die Werbepolitik u.a. absatzpolitische Instrumente, die auch jenen Doppelcharakter von E (Gewinn, Organisation) und „I“ haben. Andere wiederum, wie z.B. die logistische Distributionspolitik, sind gänzlich auf eine organisatorisch - effektive Problemlösung festgelegt.

Wenn die Nachteile der Oligopolbildung (Verhinderung neuer Anbieter; Preisabsprachen, Konservierung ineffizienter Produktionsmethode u.ä.) dann besteht die Gefahr der Beeinträchtigung der „E-Entwicklung/ I-Entfaltung“. Diese

Kartellbildung widerspricht – im Normalfall – den staatlichen Strategie-Zielen.
Weshalb es Gesetze vs. solche Wettbewerbsbeschränkungen gibt.

Theorien, wie hier die Oligopoltheorien, sind deshalb relativ kompliziert, weil es immer mehr um E-Entwicklungs- Möglichkeiten geht, und um „freie“ „I“ („frei“, weil z.B. manche Marktzwänge für Oligopolisten wegfallen).

„Formal“ versuchen das Theorien, wie die ökonomische Spieltheorie, zu analysieren. Praktisch, politisch überwiegen Kartellabsprachen – auch sie -> Ik – reduzieren Komplexität.

Was zwischen Oligopolisten stattfindet und „spieltheoretisch“ formal beschreibbar ist, ist eine Variante der Wechselwirkung zwischen „Ik und Ik“; die sehr gut vergleichbar ist (ähnlich I-Zusammenhang) mit „Ii zu Ii“.

Dabei geht es z.B. um „Absprachen“, wem sie zugute kommen, ob alle Beteiligten davon Verbesserungen erlangen; ob das unkoordinierte Verhalten evtl. vorteilhafter ist; ob sich alle an Absprachen halten, und warum nicht. Die Einschätzung und Entscheidung der Akteure, ihre Reaktionen und deren Rückwirkungen bei den Konkurrenzen etc. Ob die Interdependenz stabil ist, wie lange angesichts eigenen Verhaltens etc.

Die Gleichgewichte, z.B. beim Duopol (-> Nash-Gleichgewicht), sind in allen Phasen (z.B. in Techniken) wichtig. In den ökonomischen Techniken z.B. das Marktgleichgewicht.

Sie sind zwar über „I“ und E vermittelt, (z.B. besteht das Gleichgewicht hier darin, dass die individuelle Nutzenmaximierung dort in dem Maße erreicht wird, wo –(ohne Absprache) - es keine Nutzenvermehrung der einen ohne Nutzenverminderung anderer gibt. Das beruht aber letztlich –wie alle wissenschaftlichen Gleichgewichte auf z/w.

Abstrakt und philosophisch geht es also hier um zwei (oder mehrere) Willensbildungen, Ii. Wobei beide ein Optimum für ihr „I“ anstreben. Aber individuell rationales Verhalten muss keine effizienten Ergebnisse haben beide (oder mehrere) Ii haben im „Ii-Ii-Verhältnis“ zwei Grundmöglichkeiten: Nicht-/ Kooperation, um Einfluss auf Dritte/ Umwelt/ Markt zu nehmen.

Die tendenziell unendliche Komplexität dieses Überganges (hier im Dyspol), entsteht, wenn von Kooperation, von Absprachen abgewichen werden kann, es Anreize gibt, davon abzuweichen.

In fast allen Bereichen der ökonomischen Wissenschaft spielt „strategisches Verhalten“ von Wirtschaftssubjekten eine wesentliche Rolle. Wir erfassen, analysieren das in I, Ii und Ii-Ii, Ii-Ik, Ig, Iw.

Diese unendlichen Übergangs-Felder, werden – (hier speziell, ohne E-Einflüsse zunächst) - von den Eigenarten der I-Sphäre bestimmt, z.B. sowohl mit (allen) anderen „I“ in Relation zu treten, (→ „identisch“ zu sein) als auch (als I/E) abtrennbar zu sein. Hier z.B. als „Verhandlungslösung“, „Verträge“.

Was passiert, wenn alle Beteiligten individuell rational ihr Eigeninteresse verfolgen?

Wie wirkt dann die I-Eigenart und das I-I-Verhältnis sowie das I/E-Verhältnis?

Das I_i des Monopolisten, gegenüber einem auftauchenden Konkurrenten, kann dann dessen Vernichtung (N) sein, (ruinöser Preiskampf, der auch dem Monopolisten schadet). Bei Nichteintritt eines Konkurrenten bleibt die Sicherung, das Ansteigen des Monopolgewinns (-> E-Entwicklung; „G“).

Schließlich kann eine friedliche Marktteilung (-> N/G) inhaltlich als mehrfacher Nutzen (für beide Kapitale und für den Konsum) als gesellschaftlicher Fortschritt, etc. (-> N/G) angesehen werden.

Das unendliche Übergangs-Feld I_i-I_i (z.B. zwischen Dyspol-Konkurrenten) kann erstmal relativ einfache Strukturen aufweisen, (z.B. Preiskampf, Marktteilung).

Dann aber beliebig komplexe Verfeinerungen als zusätzliche Strukturen haben; z.B. „Drohungen“, „Glaubwürdigkeitsprobleme“, (Ausbau von Kapazitäten/des Produktionsvolumens, Kostensenkungspotentiale/ Preissenkungspotentiale etc.)

Der Markteintritt von neuen Konkurrenten führt auch beim Preiskampf zu Verlusten des Monopolisten; das hat zusätzlich einen Zeitaspekt (Drohung, Abschreckung -> deren Glaubwürdigkeit etc, für andere später).

Alle diese Aspekte von möglichen Strategien sind Konkretisierungen des unendlichen Übergangs-Feldes I_k-I_k -bzw. I_i-I_i .

Philosophisch geht es – in dieser spezifischen Konkurrenzsituation - darum, dass die E-Entwicklung (hier als technologischer Fortschritt auch Produktsteuerung und vor allem Investition als Profitmotiv) (relativ unendlich/ unbegrenzt sind; und das die „I“ der Konkurrenten bestimmt, die also auch unbegrenzt sind. Das ist eine konkrete Variante der unendlichen E-/ Existenz und der unendlichen I-Entfaltung. (Die Unendlichkeit philosophischer E widerspricht nicht der E-Vollendung, weil im „Kapitalismus“ erstmal und entfremdet von „unendlichem E“ ausgegangen wird, als handelnde Praxis.

Deshalb muss in der gesellschaftlichen Praxis es I_g geben, welche jene Unendlichkeiten (unendliche Wiederholungen, Unsicherheiten, Verluste, Koop-Vorteile etc.) zu Kooperationen z.B. per Lohn-Investition-Gleichgewicht; I_g als übergeord zwingend (z.B. um Krisen aus „tendenziellen Unendlichkeiten“ zu verhindern).

Solche Analysen (und Aktionen) können nach diesem Muster für eine Vielzahl von ökonomischen Fragestellungen erfolgen. Zum Beispiel bei außenhandelstheoretischen Analysen und strategischer Handelspolitik; oder Bankenpolitik, Finanzpolitik; -> Reputation, Glaubwürdigkeit von Entscheidungen u.ä.

Stets geht es darum, mögliche „Effizienz“ als maximale E-Entwicklungs-Dynamik und zugleich (-> Gleichgewicht), um gerechte I-Entfaltungen zu bekommen. So „anreizverträgliche Steuersysteme, optimale Regulierung von natürlichen Monopolen, effiziente Zuteilung von Eigentumsrechten, anreizverträgliche effiziente

Bereitstellung von öffentlichen Kollektivgütern.

Öffentliche Güter fallen aus dem/einen Marktschema raus, insofern, weil ihr Preis nicht durch die Konkurrenz der Konsumenten gemacht wird, und weil es bei der Nutzung des öffentlichen Gutes/ Nachfrage keine Differenzierung gibt, (so dass ein Bürger das Gut zwar mehr nutzt als andere, dafür aber nicht mehr zahlen muss). Das kann auf I_i - I_g reduziert werden: Im Übergang von vielen I_i kommt etwas allen Gemeinsames zustande, was jenes I_g als Ziel/ Wurzel ist, dem die Anschaffung des ökonomischen Gutes zugrunde liegt.

Durch diese Art der Bereitstellung des öffentlichen Gutes wird die „Marktwirtschaft“ durch andere Formen ergänzt. Es findet kein „Kauf“ mehr statt, der prinzipiell mit Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht ist. Zudem wird jeder Bürger weder von diesem (speziellen) Konsum ausgeschlossen; er kann sogar kaum auf manche öffentliche Güter (z.B. „reine Luft“) garrnicht verzichten; es gilt sogar, dass Jedermann und jede Frau soviele dieser Güter nutzen können wie sie wollen (Straßen, Luft, öffentliche Sicherheit). Es entstehen also „freie Güter“, es bilden sich Vorformen des „Sozialismus“.

Hinsichtlich der Effizienz, als Bereitstellung von Gütern, Gleichgewicht der Nutzen und Kosten dabei u.ä., unterscheiden sich „Markt“ und „öffentliche Versorgung“, weil es um zwei verschiedene Prozesse/Projekte geht. Es sind beides Varianten, deren jeweiliger Kern eher dem E-Entwicklungs-Antrieb in der I-Befriedigung genügt. Die Isolierung oder gar die Konfrontation beider bringt Nachteile gegenüber der I/E-Gleichgewichtigkeit, als beider Wechselwirkung.

Entscheidend bei solchen konkreten „Märkten“ ist (z.B. Oligopol), dass es nicht nur die homogene Anbieter-Seite (verschiedene Kapitalien) und die Seite homogener Art bei der Nachfrage gibt, sondern, dass es auf jeder Seite (komplizierte und vielfältige) Formen der Zusammen-Arbeit und des Gegeneinanders, ebenfalls verschiedener Art und Grades gibt.

Im Sinne der allgemeinen E-Entwicklung und I-Entfaltung – als dynamische und gleichgewichtige - kommt es darauf an, für jede konkrete Einzelsituation den „Netto-Nutzen“ für die Gesellschaft, für die Welt zu berechnen. Wenn dieser nicht erreicht wird, muss per I_g , I_w eingegriffen werden; die Politik steuert dann als Meta-Phase die Ökonomie.

Prinzipiell ist in diesem unendlichen I_k - I_k -Feld (auch I_g - I_g) eine große Vielzahl von Lösungen möglich. Aber durch zusätzliche konkrete institutionelle Rahmenbedingungen „E“, und durch historische, politische, gesellschaftliche, I_g -Entscheidungen, wird die praktisch konkrete I/E-Konstellation hergesellt. Man muss aber sehen, neben den „I“ spielen auch die konkreten institutionellen Rahmenbedingungen u.a. E-Konfiguren (Größe der Konkurrenten, zeitliche Abläufe) eine Rolle; Ökonomie = Technik = Praxis = I/E (eigentlich dazu: „I/E zu N/G“).

Wie in allen „Technologien“ kommt es auf das jeweils ausgeglichene Gleichgewicht an, dessen Dynamiken in „positiven“ Richtungen, und d.h. auf die Optimierung von E-Entwicklung und I-Entfaltung.

Im Konkreten heißt das auch, wieweit soll der Staat ökonomische Marktkonzentration in der privaten Ökonomie verhindern? Vor allem darf man die Vor- und Nachteile nicht in ihrer Dynamik unterschätzen; was jetzt ein Nachteil der privaten Ökonomie ist, kann bald zum allgemeinen Vorteil werden, u. ä.

Der soziologisch-psychologische Kern der „Konkurrenz“, als „Marktmechanik“, kann als Ii-Ii/E modelliert werden. Das äußert sich konkret zum Beispiel darin, dass im „Wettbewerb konfligierender Interessen“ (Ii-Ii) unterschiedliche E-Ausstattungen, Technologien, Finanzkräfte dort „am stärksten wirken“, wo ihr Zusammentreffen besonders „eng“ ist. Diese „starke Wirkung“ ist in der Ökonomie (-> Technik) hoher Gewinn für die -> E-Entwicklung: Effektive optimale Allokation, hohe Produktivität u.ä.

Der Marktmechanismus hat zwei Seiten/ Funktionen/ Aufgaben: Die Ii zu erfüllen, und die E-Entwicklung zu betreiben: Beides, in deren Wechselweise, erzeugt, den Ii-Ii-Wettkampf und garantiert den Sieg des Besten.

Was hier/ im Ökonomischen heißt, dass - meist - dadurch auch die E-Entwicklung voran kommt.

Markt-Störungen sind: Wenn eine dieser beiden Seiten zu kurz kommen.

Die Gesellschaft, das „Ganze“ hier, in Form des Staates, hat die „objektive“ Aufgabe, diese Störungen zugunsten des I/E-Gleichgewichtes zu minimieren, (um E-Entwicklung und I-Entfaltung zu fördern).

Das oberste Ziel („E-Entwicklung und/zu I-Entfaltung), das Seiten/ Funktionen, hier die Öffentlichkeit/den Staat vertreten, wird dabei oft nicht gesehen – und es werden („theoretisch“ und verbal und politisch) die neoliberalen Ideen hochgespielt, dass staatliche Regulierungen nur weniger wichtige Hilfen sind.

Das widerspricht der historischen Praxis, heute mehr den je – und es stört das eigentliche Anliegen. (auch das des liberalen Kapitalismus), die E-Entwicklung derart zu beschleunigen, um die dazu passenden „I“ zu entfalten.

Die Verabsolutierung nur der einen Seite (in Ii-Ii, Ik-Ik, Ig-Ig) als Kampf, Wettbewerb, Konkurrenz, ist verfehlt, wenn nicht – (jeweils konkret zu entscheiden) - auch Absprachen, Kooperationen zwischen mehreren Ii, zwischen Oligopolisten, zwischen Staat und Großkonzernen monopolistischer Art etc. mit bedacht und strategisch verwendet werden

Absprachen und Stabilität von strategischer Zusammenarbeit müssen aber stets inhaltlich kontrolliert werden;(am besten auf „gesellschaftliche“ Art -> Parlamente, Bürgerbewegungen, Parteien).

So nutzen sie, als die Ig, die Erzeugung der E-Entwicklung und jede I-Entfaltung.

Der Marktmechanismus ist von seiner theoretischen Struktur her, (-> I/N/G, E etc), von optimalem Charakter: Am Wettbewerb, der Konkurrenz „müssen“ nicht alle teilnehmen; das Ii kann das wählen/ bestimmen. Jeder bringt seine Ii, aber vor allem seine E-Erfahrung/ Lösung mit ein. Der „Wettbewerb“ ist ein I/E-Verhältnis, wobei „I“ hier das unendliche Feld Ii-Ii-Ik,Ig ist, also aus vielen I-E-Alternativen die je „beste Lösung“, (I/E-Gleichgewicht u/o fortentwickeltes E, oder passendes Ik,Ig) festzulegen vermag.

Was stört diesen optimalen Prozess? Zum Beispiel die Festlegung von Ik zu halten, dabei z.B. „Profit“ als „Ii“; oder der Ausschluss von Ii (wegen sozialer „Hürden“). Die praktisch entscheidende Problematik ist, ob ein derart komplexes und „ideales“ Gebilde („Markt“ -> „Demokratie“) als mögliche Existenz zu politisch- ideologisch zu propagieren ist. Folgerung: Es kommt auf die Inhalte an; der „kapitalistische Markt“ -> Profit, hat kaum umfängliche Inhalts-Diskussionen.

So die gesellschaftsrechtlichen Regelungen über Patente, Gebrauchsmuster, Sortenschutzrechte, die monopolistische Wettbewerbs-/ Marktstrukturen garantieren und einem innovativen Unternehmer Gewinnanreize bieten.

Nutzenphilosophisch gesehen „Ii“, um die E-Entwicklung voran zu treiben. Die mögliche Bremsung jener Konsumenten-I, welche die Monopol-Preise nicht zahlen können, muss praxisnah dazu, in einem (politischen) Gleichgewicht stehend, eventuell mit öffentlichen Subventionen der Ii-Kreativität, (d.h. Übernahme der Kosten durch Umlegung auf alle Bürger) geholfen werden.

Die politische Strategie (Ig) muss dabei nicht von der „Erhaltung des Wettbewerbs“ ausgehen, sondern von der – von allem inhaltlich positiven – weiteren E-Entwicklung und/ hin zur I-Entfaltung. So könnte es z.B. sein, dass diese übergreifenden ökonomisch-technologischen Aufgaben von „Monopolen“ besser erfüllt werden als von kleinteiligen u.ä. Märkten.

Allgemein gilt, man muss politisch sehen, ob die Monopole/ Oligopole inhaltlich Fehler (Rüstungen, Atom-Industrie) machen; das wäre ein Gipfel des „Machtmissbrauchs“.

Warum wird die Tendenz zu immer größerer Marktkonzentration, Monopolen etc. (auch weltweit) anhalten? Wir sehen es als eine konkrete Folge (Beschleunigung) der allgemeinen ökonomisch-technologischen E-Entwicklung; wobei die „E“ institutionell z.B. Konzerne, Nationen sein können.

Es geht dabei nicht darum, „den Wettbewerb zu verhindern“, sondern diesen zu gewinnen.

Dazu werden Kosten minimiert, Gewinne maximiert; mit notwendig „sachlichen“ Folgen: D.h. allgemeine ökonomische Maßnahmen sind doppeldeutig (und daher justiziabel); z.B. Vereinbarung zur Preisgestaltung, Produktionsgestaltung, Marktaufteilung, Konditionsgestaltung u.ä.

Sobald dies Gleichgewicht zwischen Preis-Maximierung (d.h. E-Entwicklung) und I-Gestaltung (Konsum) kippt, ist die Politik, das Recht als Korrektur gefragt.

Die Ausweitung auf Weltmärkte brachte verstärkt das zuvor in Kriegen ausgetragene Problem der nationalen „Subventionierung“ „eigener“ nationaler Firmen, und bewusstwerdend, die Erhaltung dieser Seite der globalen Wettbewerbe, zu Tage; auch hier muss die Inhaltsseite beachtet, werden: Die E-Entwicklung (z.B. bei Staaten, die erst aufholen müssen, um überhaupt konkurrieren zu können) und die I-Entfaltung.

Die Wettbewerbspolitischen Maßnahmen, z.B. die Festlegung eines hypothetischen Preises in Monopolmärkten, hat die gleichen Schwierigkeiten wie eine „Planung“: Sie müssen die prinzipiell dynamischen Wechselwirkungen vieler Ii, Ik simulieren, vorhersehen, und das bei (zunehmender) Heterogenität der Güter und Dienste. Das funktioniert nur solange wie es übergeordnete Ig gibt (in Krisen, Defiziten, Kriegen, Selbsterhaltung oder spezifischen E-Entwicklungen).

Wenn man nicht die E-Entwicklung (und die I-Entfaltung) politisch (-> Ig) im Auge hat, dann übersieht man leicht die günstigen Aspekte von oligopolistischen/ monopolistischen Unternehmungen; liberalistische Politik darf nicht einseitig sein. Es geht z.B. darum, durch größere Unternehmens-Einheiten und weitergehende Arbeits-Teilung, höheres Investitions-Niveau, größere Produktivität zu erreichen. (Zielgerichtete Forschung und Entwicklung).

Es geht um „Technik“, d.h. in konkreter Praxis muss jeweils geprüft werden, ob die Stimulans ökonomischen Wachstums wesentlich ist. „Rationale“ gesellschaftsumfassende Wettbewerbspolitik ist komplex.

Die grundlegenden Probleme bei der Konfrontation von Monopol (-> Plan) und Markt sind der mögliche Verlust an Flexibilität, wenn z.B. Änderungen der Daten nicht sachlich beurteilt werden, sondern z.B. der Preis starr beibehalten wird, (so kann ein höherer Grundstoffpreis nicht nur durch seine Weitergabe, sondern durch technologische Vorgänge der Grundstoffgewinnung abgefangen werden.

Monopolpreisbildung ist nur ein formaler Vorwurf. Wo im Unternehmen und wo im ökonomischen System der Gewinn anfällt, ist sekundär; höhere Verbraucherpreise garantieren auch höhere Investitionen.

Die Mikroökonomie liefert Erklärungsmuster für individuelle Gütertransaktionen, die Makroökonomie abstrahiert von den Eigenarten unterschiedlicher Gütertransaktionen und Wirtschaftseinheiten. Wir versuchen, die individuellen Charakteristika von Marktteilnehmern (-> Ii) und Märkten (->E) zusammenzufassen, zu Ik,Ig und E. Das um einfachere und übersichtlichere Darstellungen und Erklärungen für Grundmuster der Ökonomie zu finden; zum Beispiel BJP, Investieren, Konsum.

Das erklärte Ziel aller Produktion/ der Unternehmen ist der Konsum, und die Produktionsfaktoren stammen aus den Haushalten.

Dieser Wirtschaftskreislauf (Quesnay) ist eine Variante der „E-Entwicklung / I-Entfaltung“ als sachliche und historische allgemeine Entwicklung, der Fortschritt von „Naturphasen zu Kultur-Phasen“.

Der Naturzusammenhang ist der Stoffwechsel des Menschen. Dessen „Kultivierung“ ist der quantitative Ausbau: z.B. Trennung von Haushalt und Unternehmung, Unterscheidung von den beiden Natur-Abläufen „Arbeit“ und „Konsum“; die Hinzunahme von „Investition“/ (Erarbeitung aber mit Verbrauch -> zeitliche Trennungen).

Der „Geldstrom“ ist in diesem „Wirtschaftskreislauf“ dem „Güterstrom“ entgegengesetzt. Philosophisch gesehen eröffnet er / das „Geld“ eine Meta-Ebene: Die E und „I“, d.h. „E-Entwicklung zu I-Entfaltung“ des Güterkreislaufes. Konsumgüter, P-Faktoren, sind prinzipiell konkrete, spezifische I und E (z.B. ganz bestimmbare Wechselwirkung zwischen I-Natur eines Dinges und die Ii, Ik von den AN etc.(-> Rz). Während die Geldseite alle E und alle „I“ tendenziell unendlich erweitert, verallgemeinert -> Rw.

I- I-Seite ist hier wichtig. Die Stromrichtung und die Antrieb-Stärke wird von den Einzelinteressen (der Haushalte, Unternehmen), Ii bestimmt.

„I“ hat zudem neben dem Richtungs- den „Wert“-Charakter: Es muss dabei der Übergang von den Gebrauchswerten zu dem Tauschwert-Charakter stattfinden, um die Kreislauf-Dynamik zu haben. Das zeigt sich in dem Verhältnis vom Güterstrom zum Geldstrom.

Eine entscheidende Dynamik (in der philosophischen: „E-Entwicklung“) war der Übergang von einer „stationären“ Wirtschaft zu einer „evolutionären“ Wirtschaft. Die dafür notwendige Produktion zusätzlicher Güter für den Ausbau des „Kapitalstocks“, als die Werkzeuge, Produktionsanlagen, und als Ersparnisse der Haushalte und Investitionen der Unternehmungen.

Sie sind der Beginn der „Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft – und des Kapital-Prinzips.

Deren „Ende“ mit der Vollendung dieser E-Entwicklung zusammenfällt.

In allen Bereichen der E-Entwicklung gibt es – ebenso „objektiv“ wie die „E-Entwicklung“ (und „E“) selber – systematische Abbremsungen und Rückschläge; Z.B. „das Vergessen vs. die individuelle Wissens-Anhäufung“. Hier/im Ökonomischen ist es die Differenz von Brutto- und Nettoinvestition; also zum Beispiel der produktionsbedingte Verschleiß bzw. die „Abschreibung“.

Je mehr der Kapitalbestand zunimmt, desto höhere Kosten – (also Abbremsung) - verursacht seine Erhaltung. Das hat ökonomische Auswirkungen auf die Gewinne, so auch auf die E-Entwicklung als Beschleunigung.

Die „I-Entfaltung“ hat die formale Seite – im Ökonomischen hier – die „Konsumausgaben“ auf Grund der Faktoreinkommen, von den Unternehmen zu fließen.

Die „E-Entwicklung“ ist in der Ökonomie dadurch verankert/ konkretisiert, dass die Haushalte durch Konsumverzicht „Ersparnisse“ bilden, also das „Gegenteil“ von

Konsum/ „I“ fördernd.

Für die Haushalte, als deren Vermögenserhöhung, eröffnet sich dadurch „Zukünftiges“, eben die zukünftigen Konsummöglichkeiten als I-Entfaltung. Für die Unternehmen eröffnen sich dadurch Investitions-Möglichkeiten, also die E-Entwicklung.

Die Erweiterung des ökonomischen Kreislaufs um die „Ersparnisse und Gewinne“ ist philosophisch grundlegend. Die Haushalte („Konsum“) und die Unternehmungen („Produktion“) sind z/w-Gebilde (von physikalischer bis begrifflicher Art); aber die „Banken“ etc, also die Überschüsse, die in keine der konkreten z/w-Relationen zunächst eingehen sind typische z-w-Konstellationen: Die „I“ sind frei, offen, noch nicht durch N/G und E gebunden.

Das kann als „Invest“-Gedanke, Zukunftsgestaltung der Gesellschaft u.ä. thematisiert werden.

Es geht prinzipiell um die „objektive“ E-Entwicklung und die I-Entfaltung; hier ist die ökonomische Variante auch so zu beschreiben:

Als „Entstehung“ der Nettowertschöpfung/ Volkseinkommens (E-Entwicklung) durch die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Bei der „Verwendungsüberlegung“ wird danach gefragt, welche Zwecke, Konsum oder Investition, (-> I oder E/ I), und was wird produziert. Und bei der „Verteilung“ wird die I-Seite weiter differenziert, indem das Volkseinkommen in Einkommen der I_k (AN, Unternehmer, Banken) aufgesplittet wird.

In den einfachen ökonomischen Kreislaufmodellen geht man davon aus, dass bestimmte, „eigenartige“ Verhaltensweisen der Produzenten und Konsumenten, also I_i,k nicht zu beachten sind. Diese Vereinfachung ist philosophisch die allgemeine Feststellung, dass objektive E-Entwicklung und daraus mögliche I-Entfaltung harmonisch im (dynamischen) I/E-Gleichgewicht sind.

Aus allen anderen Phasen (Staat, Kultur) treten aber im gesamten Gesellschaftssystem zusätzlich I-Dynamiken (u. E-Dynamik?) hinzu.

VWL am wichtigsten sind dann solche I_i,k-Entscheidungen wie die „absichtliche“ Verweigerung der Nachfrage, Sparen (z.B. aus politischen Unsicherheiten) der Abbau von Arbeitsplätzen, bzw. durch Veränderungen anderer P-Faktoren. Produktions-Einschränkungen etc., Neue Technologien, Neue I_g (Krieg), Ende von Ressourcen u.a.

Was fast stets aber Umlenkungen des Kapitalstocks bedeutet (z.B. als Investitionen, z.B. im Ausland).

Hier ist aber zunächst wichtig, ein konkretes Bild gesellschaftlich umfänglicher Einbettung der Ökonomie zu sehen; d.h. philosophisch, dies als ein allgemeines Modell zu sehen: Als I_i-I_k-I_g/E-Entwicklungsdynamik.

Wir gehen davon aus, dass das I/E (als dynamisches Gleichgewicht) die Ziel-

Situation auch im ökonomischen Handeln sein sollte. E steht hier für Produktion, Angebot u.ä. „I“ steht für „Konsum“ (auch von PM), Nachfrage u.ä. Störungen, z.B. Krisen, treten dabei ständig auf; am häufigsten und zunehmend (wegen der E-Beschleunigungs-Notwendigkeit/ Konsum), die Begrenzung auf der Absatzseite; denn die effektive Nachfrage wird durch die Notwendigkeit der Kapitalansammlung, der Gewinn-Maximierung, gebremst.

Diese genannten Probleme werden begleitet von der technologisch-ökonomischen E-Entwicklung. Die Produktionskapazität des Kapitalstocks wird größer, technischer Wandel und Arbeitsqualifikation schreiten fort. Den daraus folgenden erhöhten Werten des Angebots muss die Nachfrageseite (= I-Entfaltung) folgen. Die politisch-ökonomische Theorie und Praxis (z.B. Keynes) muss das organisieren.

Eine mögliche Störung des „Gleichgewichts“ (hier der ökonomischen Kreisläufe) geht von der konsumtiven Nachfrage aus, die ungleichgewichtig ist, wenn sie zur Güterproduktion u.ä. zu niedrig wird,

Die polit-ökonomische Schwierigkeit beginnt aber erst bei der Interpretation, warum diese Nachfrage zu schwach wird, z.B. weil die Einkommen der Haushalte zu gering sind; weil die Investitions-Notwendigkeit (E-Entwicklung) die Reduzierung der Lohn-Kosten verlangt; weil diese Haushalte „sparen“. Dieses Sinken der Konsumquote hat aber nun viele, meist politische, sozialpsychologische Gründe; d.h., hier werden die Phasen-Grenzen systematisch überschritten.

An dem Beispiel „Volkseinkommen / Kapital zu Konsum“ kann man sehen, dass die E-Entwicklung stets der I-Entfaltung vorangeht.

Die „marginale“ und durchschnittliche I_k -Quote, Konsumquote ist stets kleiner als „Eins“, weil die Konsumsteigerung höchstens gleich der Zunahme des Volkseinkommen ist – und das ist abhängig von den Investitionen ($\rightarrow E$).

Auch Keynes geht aus vom Gleichgewicht von Produktion und effektiver Nachfrage (der Haushalte nach Konsumgüter plus der Invest-Nachfrage); sowie vom Gleichgewicht zwischen Ersparnissen aus Einkommen und/ zu geplanten Investitions-Ausgaben.

Eine E-Entwicklung kann, sogar prinzipiell, ein Beschleunigungsprozess sein, so der Multiplikatorprozess. Er führt dadurch aus den „Gleichgewichtslagen“ heraus, dass die Investition (als Variante der allgemeinen E-Entwicklung) nunmehr „autonom“ wird.

Dieses „Autonom- werden“ ist begrifflich gleichzusetzen mit dem „Beschleunigen“.

In der vwl Theorie kommt man bald zur Trennung der zwei Hauptbereiche, dem „Konsum“ von der „Investition“.

Dabei wird das Gleichgewicht I/E (zwischen Konsum und Ersatzinvestition) „gestört“, indem die „E-Entwicklung“ eingeführt wird. „Autonome Investitionen“, die mit den „Multiplikatoren“/ „M-Effekten“ verbunden sind – (und die die

Geldvermehrung zur Voraussetzung haben) - sind Aspekte der E-Entwicklungs/
Beschleunigung.

Ein Ausgangspunkt ist die Gewinnerwartung, in ihr konzentriert sich die
„Objektivität“ der E-Entwicklung (was abstrakt heißt: $I=E$; bzw.: I-Entfaltung = E-
Entwicklung).

Diese E-Beschleunigung bringt konkret nicht nur die Möglichkeit „positive“ I- in
deren Entfaltung, sondern auch „negative“ „I“ ; „- I“ hat prinzipiell alle
Wertungsmöglichkeiten); z.B. „Risiken“ -> I/E und deren „negatives“ Ergebnis.

Überlegungen zur Maximierung des Gewinns, (z.B. die Abwägung zur
Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (-> solange neu investieren wie die Ertragsrate
größer ist als alternative Finanzanlagen) sind nichts weiter als verschiedene Wege in
der allgemeinen E-Entwicklung.

Wo ist und welche Invest-Projekte sind im Kapitalismus sekundär gegenüber der
notwendigen Durchführung dieser objektiven Aufgaben.

Allerdings gibt es „polit-ökonomische“ Einschränkungen auf der betriebs-
ökonomischen Seite; z.B. die Lenkung des Invest-Kapitals in Finanzanlagen, anstatt
in „Realkapital“; aber auch das ist nur eine Umorganisation innerhalb der objektiven
E-Entwicklung.

Die staatlichen/ öffentlichen Aktivitäten, hier im Nachfrage-Modell, haben - wie das
problematische „Staat-Privat“ insgesamt, zwei Perspektiven.

So die „formale“ Seite; in ihr gibt es eigentlich keinen Unterschied in den Aktivitäten
(Einkommen, Ausgaben, Nachfrage, Angebot).

Die „inhaltliche“ Seite wird geprägt von der Möglichkeit der „öffentlichen Hand“,
„umzuverteilen“, also für Teile der Bevölkerung/der Güter den Standpunkt der
Gewinn-Erzielung zu manipulieren.

Der „Gegensatz“, Nachfrage der Haushalte und Unternehmen einerseits, und des
Staates, (->Staatsausgaben vs. Steueraufkommen), wird z.T. falsch, zu oberflächlich
eingeschätzt. Im Vordergrund steht, dass das „nur“ eine Umverteilung ist.

Die wichtigere Expansion, Qualität-Verbesserung., soziale Komponenten der reinen
Quantität können nur bei weiterer, tiefer gehender Analyse (bzw. politökonomischer
Aktivität) erreicht werden; z.B. wenn die Produktivität bei öffentlicher Investition
höher ist als bei privater Investition (was sich zeitlich, sachlich ständig ändert).

Ist z.B. die Nachfrage durch die Staatsausgaben von expansiverer Wirkung als die
Investition und der Konsum der Unternehmen und Haushalte, dann ist das in
rezessiven Lagen vorzuziehen. Dann kommt es weiterhin auf die Art der öffentlichen
Nachfrage an. Wenn die Unternehmen an Investition, z.B. für Forschung und
Entwicklung, deshalb sparen, weil in der Krise weder Aussichten noch freie
Finanzmittel vorhanden sind, u/o diese nicht langfristig sinnvoll dafür einzusetzen
sind, dann ist die öffentliche Hand gefragt.

Daher ist der Nettonachfrageeffekt (hier der des Staates), (bei zusätzlichen Staatsausgaben und in gleicher Höhe erhobene Steuern), dennoch „positiv“. Wir meinen, dieser erwartete expansive Effekt hängt „qualitativ“ von der Gesamtlage ab; wenn z.B. die Konsumquote sinkt, oder wenn die Art der Staatsausgaben den Export allein fördern, dann verlagert sich diese zusätzliche Nachfrage unvorhersehbar.

Eine Depression kann – auch - durch mangelnde effektive Nachfrage erklärt werden; wohin geht das ersparte Einkommen? Dann wenn Konsumgüter – und auch Investgüter-Erzeugung wegen der mangelnden Nachfrage-/ -steigerung stagnieren/oder zurück gehen.

Über den Unweg der Aufblähung der Geld -, Kredit- u.ä. Seite wird dieses „Ersparte“ (z.B. Rentenansprüche) global dort angelegt werden, wo es (niedrige aber langfristig garantierte) noch funktionierende (gut organisierte) Aufbau-/ Entwicklungs-Projekte gibt.

Der Marktmechanismus ist „identisch“ mit der Errichtung einer „zweiten“ vwl Ebene, die der Preis-, Wertveränderungen. Philosophisch gesehen, geht es dabei um die E-Entwicklung (welche, wenn dies „defizitär“ ist, die Preise hochtreibt) zur I-Entfaltung; die „Nachfrage“ treibt ebenso Preise, Werte hoch oder eben auch nicht. Der „Markt“ ist dabei die im Augenblick „demokratischste“ Form, als eine Berücksichtigung vieler Ii; in diesen gesellschaftlich wichtigen Gebieten.

Philosophisch interessant ist, dass die Produktion zu festen Kosten und Preisen, als die „erste“ „E-Basis“ angesehen werden kann. Und der Markt-Effekt (Nachfrage/ Angebot) sowie die „Kreditierung“, welche beide zusammen eine „zweite ökonomische Ebene“ errichten (und die Preise „beweglich“ machen), und die ihre gemeinsame Ursache in der I-Seite (-> also auch I-Sphäre) haben.

Wie ergibt sich daraus „I/E“?

Der Unterschied von „realem“ und „nominalen“ Nationaleinkommen, oder von dem Preisniveau, ist letztlich der von zwei Ebenen: Als „Gebrauchswert-Ebene“ und „Tauschwert-Ebene“ differenzieren wir das in diesem Projekt weiter: Als „Konsum-Investition“; „abstrakter“ Züge; „Waren-Geld“ u.ä.

Dabei wird philosophisch die konkreten Seiten von E und I mit den formalen Seiten von E und I konfrontiert, letztlich als z/w-Phasen (-> „konkret“) mit den OG, E,I,G,N (-> formal).

Die Fülle möglicher „Entwicklungen“ ist dadurch gegeben, dass es relativ viele „Strukturen“ (E) und viele mögliche „Funktionen“ (->E/G/N)) dieser gibt. Dennoch gibt es „Betonungen“, typische Abläufe, so dass die Berechenbarkeiten als Wahrscheinlichkeiten erscheinen.

So wird bei „Vollbeschäftigung“ die Vergrößerung der effektiven Nachfrage die Betriebe an die Grenze ihrer Produktionskapazität führen. Die zunehmende Güterknappheit führt dann z.B. zu mehreren Ausweichmöglichkeiten: „Überstunden, Verbesserung der betrieblichen Arbeitsproduktivität, Organisation, Preissteigerungen,

Investitionen“ etc.

Man kann ein Spektrum systematisieren, so von dem einfachen Wirtschaftskreislauf im Gleichgewicht von Produktion, Nachfrage, Investition., Sparen. Und man kann dies einfache Modell beliebig komplexer gestalten.

Das ist möglich und nötig, weil es in der historisch gesellschaftlichen „Praxis“ (zunehmend) mehr E und „I“ gibt, welche in der technologisch-ökonomischen Phase die unterschiedlichsten Konkretisierungen annehmen.

Das gilt für alle „Techniken“.

Warum gibt es „über die güterwirtschaftlichen Ebene der Ökonomie“ hinaus noch die Geldwirtschaft?

Wir: Schuld daran ist – abstrakt – die I-Seite. Es beginnt mit zwei Ii-Entscheidungen: Das Wirtschaftssubjekt „fragt nach“ (unbegrenzt), gesteigert und letztlich über das Produktionspotential hinaus. Diesen Engpass nutzt die Angebotsseite, um zu investieren und damit die „Kredit“-Situation zu schaffen; u/o sie erhöht die Preise, um ihre Ziele (Ii) (z.B. die Investition) vornehmen zu können.

In der monetären Seite der ökonomischen Kreisläufe spielt „I“ auch noch auf weitere Weise eine Rolle; z.B. inhaltlich als Konsumverzicht; eine traditionelle Quelle, um Investitionen zu finanzieren, sind die Ersparungen, sowohl der Unternehmung wie der „Konsumenten/AN,

Die andere Quelle stützt sich in formaler Weise auf die „I-Sphäre: Der Kern der Kredit-Erzeugung ist der „Vorlauf“, als die absolute Freiheit, Kreativität, Erwartung, - (wo dieser I-Vorlauf meist Erfolg hat, sich in neue E zu wandeln).

Die Funktion des Geldes als Tauschmittel nahm historisch immer mehr zu (und steht heute vor der Globalisierung). Man kann darin eine Zunahme der E-Funktion/ E-Entwicklung sehen; aber auch die der „Identität“ der Güter, Dienste E, -> „E1->En“ (d.h. das Einzelne Gut/ Ware steht immer mehr in einem Gesamtzusammenhang -> En).

Und auch die (globale) Verbindung, Relation der Menschen (->Ii) wird in dieser allgemeinen E-Entwicklung betont, (wenn auch leicht entfremdet).

Eine weitere formale Seite des Geldes ist „das Geld als Recheneinheit“.

Als anerkannte Recheneinheit und als Tauschmittel ist Geld von vergesellschafteter Wirkung, und das unbegrenzt (global), und unbegrenzt (sachlich -> alles in Geld „verwandelnd“ versachlichend).

Damit ist nicht nur historisch, kulturell, psychologisch etc eine „Versachlichung“. möglich, welche deshalb unbegrenzt ist, weil damit Formales, wie Vergleichbarkeit u.ä. der Werte in den Vordergrund tritt, also die E-Seite; zu Ungunsten von I, I/E ist. Die I-Entfaltung wird historisch vernachlässigt; aber die E-Seite wird doch „vollendet“; → so die Krise aus Überziehung jener Vollendung; -> viele Geld-Formen.

„Geld“ ist eine ziemlich „reine“ E-Variante. Daher hat es formale Charakterzüge wie

z.B. eine formale Unveränderlichkeit. Die nicht nur als „Recheneinheit“ genutzt wird, sondern auch in ihrer Wertaufbewahrungsfunktion. So kann z.B. zwischen Gelderhalt und Geldausgabe beliebig viel Zeit vergehen.

Früher hatte man die sozial-moralische Ansicht, dass Geld nicht beliebig zu vermehren sei, denn dann könne jeder das tun und die Gesellschaft würde dadurch chaotisiert und zerstört. Deshalb wurde Geld fest an „Natur“ gebunden, z.B. an Geld, das von Natur aus schwierig zu vermehren war.

Heute stellt sich dieses Problem erneut – und die gesellschaftliche Beurteilung/ Lösung des Problems rückt wieder in den Mittelpunkt.

Zumal - global - jene nicht an „Natur“/ Konsum etc. gebundene Geldvermehrung vielfach zu umgehen ist.

Die gesellschaftliche Stabilität (Eg, Ig) war vom Staat dadurch zu garantieren, dass die Geldseite sachgerecht stabil war; also z.B. Münzen nicht sinnlos vermehrbar, verfälschbar, aber allseits anerkannt u.ä. waren. Dann entwickelte sich die E-Seite (von der → Technologie her), die Ökonomie aber derart, dass die Zahlungsfunktion immer mehr Spielraum brauchte (vor allem als Kredite).

Hinter der Geldkernwährung stand noch die Anbindung an die „Realökonomie“, (das, was bereits vorhanden war), E (und „kausal“ gerichtet, Neues erzeugend). Die I-Seite wurde auch hier immer stärker: Zuerst als zukünftige Zielsetzung. Und das verlangte eine neue Geldsystematik.

Dann stellt sich die Frage, welche „I“? Von der inhaltlichen Beantwortung dieser Frage kann man nun z.B. „das Vertrauen in die Geld-Art, und in das Währungssystem“ verstehen.

Vor allem die Ig, welche auf Erhaltung und sinnvolle Ausweitung der gesellschaftlichen Zielsetzungen aus ist, fördern allgemein Vertrauen; (speziell die Erhaltung des Wertes des Geldes und dessen systematische Wert-Steigerung, der Währung (- >Kaufkraft).

Dies sowie die organisatorischen Seiten (Kreditversorgung, Geldumlauf) zielen letztlich auf das Wachsen der Wechselwirkung, der -> E-Entwicklung.

Die Geld- und Währungspolitik, z.B. in Europa, hatte ihre betonten Seiten; diese sind die (Ausweitungen -> europäische Währungen, /politische Vereinheitlichungen u.ä. E-Entwicklung; eher organisatorischer Art.

Es fehlte die ausreichende Ankoppelung an die Real-Ökonomie, und prinzipiell das Mit-Entfalten der diversen und relevanten I-Seiten.

Das zeigte sich am einzigen Hauptziel: Die Geld-, Preisstabilität.

Das europäische (ESZB) Endziel, die Preisstabilität, steht philosophisch dafür, die E-Entwicklung so zu gestalten, (nicht auf deren Beschleunigung zu verzichten), dass es nicht zu Schein-Ausweitungen (Inflation, Geldmengenvermehrung) kommt. Dass also die Geldseite mit der ökonomischen Realseite (Produktion, Konsum, Investition) parallel anwächst.

Eben das misslang; weil die privatbanklichen Kreditierungs-Strategien gesetzlich nicht erfasst wurden; also geldpolitisch frei waren.

Die Gefahr der „Deflation“ wurde ebenfalls geldpolitisch vernachlässigt.

Zum kapitalistischen Grundprinzip gehört der „Vorlauf“ (der die E-Entwicklung beschleunigen soll) durch Kredite.

Die privaten ökonomischen Märkte setzen alles daran, (qualitative Geldformen, quantitativ), das Kreditgeld-Volumen global auszudehnen.

Die staatliche Politik erlaubt das, die Zentralbanken und einige Politiker („Maastrich“), versuchen das zu bremsen.

Es ist ein Wettlauf; wer öffentlich u/o. privat das Geldvolumen zuerst vergrößert, hat Vorteile; (z.B. durch Abwertung der eigenen Währung durch Geldvermehrung) etc.

Obwohl die Liquiditätsversorgung als (E-Entwicklung) heute größer als je zuvor ist, global und in allen technischen Formen, von den politischen Staaten, „sachlichen“ Zentralbanken und Banken, und vor allem von extrem Mehrwerte erzeugenden, realen global-ökonomischen Geld-Formen, fast unbegrenzt erzeugt.

Dennoch droht daraus kaum Inflation. Inflation hat viele Ursachen, die aber alle sekundär sind; geleitet vom Grundmechanismus: Alle diese Geld-Erzeuger setzen alles daran, es durch Mehrerzeugung in der Real-Ökonomie zu „verwerten“.

Die Geldschöpfung (z.B. Finalgeldschöpfung) ist deshalb zentrale gesellpolitische Aufgabe, weil es um zwei Problemkreise dabei geht: 1. Ist die Geldmengen-Vermehrung sowohl Teil von E-entwicklung, wie vor allem Antrieb für die allgemeine E-Entwicklung, als Zugriff auf Investition (und im Gefolge für I-Entfaltung).

2. Ist es „Reichtum-/ Glück-Erzeugung“ (Zugriff auf „Konsum“).

Das globale Hauptproblem heute: Die einzelgesellschaftliche strenge Lenkung der Gelderzeugung wird unterlaufen α) von Privaten (Banken u.ä.) und β) in der Überlebens-Konkurrenz der Staaten überlebt jener, der Schulden, Kredite (als allgemeine Geldvermehrung) am Nachdrücklichsten fociert.

Bei der Änderung, Steigerung der Geldmengen (M) geht es kaum um M1, d.h. die Tauschmittel-Funktion wird sich wenig ändern M2 (Spareinlagen, Termineinlagen bis 2 Jahren), M3 Geldmarktfonds, Geldmarktpapiere, marktfähige Finanzinstrumente), letztere beiden, werden für die Gesamtwirtschaft von immer größerer Bedeutung und Gefahr, wenn die Größe der Geldmengen nicht politisch beeinflusst werden können.

Diese politischen Entscheidungen müssen sich am parallelem Wachstum der „realen“ ökonomischen Größen orientieren, d.h. an dem, was in den Sektoren „Haushalte, Unternehmungen, Staat“ abläuft; bzw. an Angebot-Nachfrage, Produktion, Beschäftigung u.ä.

Wird aus „technischen“ Gründen (Geldangebote von den Notenbanken und Geschäftsbanken) (-> M1 bis M3), wegen „noch Unterschieden“ zwischen M1 bis

M3, das von den (zusätzlichen) Geldern der Nichtbanken, dann gilt immer mehr, dass diese umfassende Geldbasis, über die herkömmlichen Aufgaben der Geldverwendung hinaus, neue Aufgaben gefunden hat: Die unbegrenzte Vermehrung, welche – „objektiv“ – als Voraussetzung der E- Entwicklung/ I-Entfaltung dient – jedoch beim kapitalistisch-bürgerlichen Reflexion-Niveau politisch auch risikoreich ist; d.h. das I/E-Gleichgewicht wird verfehlbar.

Die Geldpoli hat zwei Seiten: 1. Die Geldversorgung durch EZB. Devisen, Gold, Kredite von öffentlichen Haushalten und Kreditinstituten.

Diese Variante der allgemeine kapitalistische Geldvermehrung hat zwar ihre Grenzen am Inflationsproblem, kann aber mittelfristig und in modernen Krisen auf die Inflation keine Rücksicht nehmen; (eher im Gegenteil, obwohl die Inflation politisch gefährlich ist).

2. Die monetäre Expansion hat ihren Sinn α) darin, die ökonomischen Aktivitäten zu erweitern (Invest-/ Konsum-Kredite), β) Unternehmen in der Rezession vor Insolvenzen zu bewahren.

Folge: Durch diese Expansion muss die Realökonomie wachsen, ansonsten gibt's „Krisen“.

Die zentrale Frage wird als polit-ökonomisches Problem nicht angegangen: Das kapitalistische System braucht die unbegrenzte Geld-Vermehrung, kann aber den daraus entstehenden Gesamtprozess nicht steuern. Stattdessen werden noch/ nur die Mechanismen der Geldschöpfungsprozesse (Multiplikator, liquide Reserven, Inflation als Symptom, Zahlungssitten, Aufgabenverteilung zwischen Geschäftsbanken und Zentralbanken u.ä) dargestellt – ohne die Erfahrung zu berücksichtigen, dass dies alles in Krisen unwichtig wird.

Zum Problem der Inflation muss geklärt werden, wieso in der kapitalistischen Geldwirtschaft die minimale Größe des Geldes von den realen Größen abweichen kann. Der Hauptgrund ist die notwendige Möglichkeit, in der freien Konkurrenz-Gesellschaft und dem objektiven E-Entwicklungs-Druck, „Geld“ in allen möglichen Formen zu vermehren; z.B. in einem zeitlichen Tempo, in welchem realökonomische Strukturen sich nicht mitentwickeln können.

Die „Privat-Banken“ (und ihre Kunden) haben meist andere Interessen als die Geldpolitik und Zentralbanken.

Letztere unterliegen der allgemeinen I-Freiheit und deren objektiven „Zwängen“. Die Geldpolitik will, als Ig, die allgemeine E-Erhaltung, E-Entwicklung krisenfrei und gesellschaftlich akzeptabel.

Die Erfahrung zeigt, im Normalfall obsiegt die „Politik“; in Stress-Situationen gibt's Veränderungen, die - bisher – das liberale Konkurrenzsystem verschärfen.

Die Geldpolitik der Zentralbank ist ein zunehmend schwächer werdendes, aber notwendiges Glied in den politisch erarbeiteten Zielen (Ig).

So wie in allen derartigen „Vernetzungen“ gibt es weitere (transnationale, globale,

private) Ik, Ii, Iw, Ig. welche die Zentralbanken - Komponenten der Entstehung und Verwendung der Geldbasis - auf abweichende Art (Ii, k, w) „überformen“.

Das betrifft die Komponenten der „Währungsreserven“, der Kreditvergabe an öffentliche Gebietskörperschaften und an Geschäftsbanken. Diese steuerbaren Größen können durch andere Aktivitäten der Haushalte, Unternehmungen jederzeit relativiert werden.

Das „Grundproblem“ ist, dass (positiv oder negativ zu sehen) die Forderungen der Nichtbanken an die Geschäftsbanken (z.B. als das „Ersparnis“), und die Forderungen der Geschäftsbanken an die Zentralbanken, geprägt sind von Mehrwert-Überschüssen, die also nicht in den Konsum fließen, und die neue „Invest/ Anlage“ suchen; und das eventuell nicht oder zeitlich nicht harmonisiert finden. Dadurch entstehen ökonomische Verwerfungen, Komplexionen.

Das Geldangebot ist eine endogene Größe der Geldwirtschaft, die (z.B. als „Giralgeldschöpfungsmultiplikator“) alle möglichen Vermehrungsmechanismen legal und organisatorisch-systematisch einsetzt, um den zentralen Sinn dieses ökonomischen Systems, die „Geldvermehrung“, -> E-Entwicklung, durchzuführen. Allein die „Rendite“ der beiden Geschäftsbanken etc. die Geldvermehrung steuert diesen Prozess.

Bei der Geldnachfrage lassen sich (nach Keynes) drei Motive unterscheiden.

In der Transaktionskasse halten die Haushalte Bargeld/ Sichtguthaben, um dann in einer Finanzorganisation die alltägliche Ökonomie am Laufen zu halten.

Da es primär dabei nicht um E-Entwicklung (und I-Verbesserung) geht, ist diese Anlageform für Geld auch zinslos.

Das Haushalten, dessen Verhalten eigentlich mit der Konsumfunktion allein zu erklären ist, tritt dennoch mit der Investitionsseite in Berührung. Es ist das vor allem die Überlegung, ob bei hohen Zinsen die Größe der Transaktionskasse klein zu halten ist, das um zinsbringende Anlagen anstatt liquider Geldhaltung zu bevorzugen.

Ähnlich ist es bei „Vorsichtskassen“, auch hier geht es um Wechselbezug zwischen beiden ökonomischen Großbereichen: (Invest und Konsum), -> bzw. um Entscheidungsprobleme in Hinsicht optimaler Gleichgewichte (Kosten der Illiquidität vs. „Opportunitätskosten“.)

Es ist das Ii-aktive Abwägen zwischen der E-Entwicklung u/o der I-Entfaltung.

„Überformt“ wird, (wie Keynes es sah), diese Entscheidung zwischen E-Entwicklung (konkrete Investition) und I-Entfaltung („Konsum“-Auswertungen) durch die gewachsene Möglichkeit, mit einem Geldbestand auf Wertpapier-Märkten zu spekulieren.

Formal ist das eine „paradigmatische“ Steigerung des historischen Übergangs von der Natural- zur Geld-Ökonomie. Man kann organisatorisch (Computer) diese Spekulation als E-Entwicklung (sachlich, global) auswählen und vorantreiben.

Inhaltlich gibt's Probleme. Aus Konkurrenz/ Freiheits-Prinzip sind Begrenzung dieser „Geldmenge“ schwierig; (die politischen, nationalen u.ä. Strukturen hinken da hinterher). Und die Anlage in konkrete Projekte ist prinzipiell und historisch

begrenzt.

Seit Keynes ist immer deutlicher geworden, dass die Vermehrung der Geldmenge sich normalerweise auf Wertpapiere und Währungskauf/ -verkauf, dass aber bei Dynamik-Zunahme (Volatilität etc.) der Währung, Wertpapier, Kurse und Zinsen die „Spekulations“-Dynamik auch anwächst; dabei ist alleiniges Richtmaß die effektive Verzinsung; (-> E-Entwicklung).

Diese - jetzt globale und sachlich alles betreffende - Dynamik ist über den Markt-Mechanismus allein nicht mehr zu bändigen. Krisen erfordern dann globale Pläne.

Widerspricht der Versuch, Gleichgewicht auf dem Geldmarkt herzustellen, der prinzipiellen Ausweitung der „Geld“-Mengen? Beides ist aufeinander bezogen, als I/E-Gleichgewicht und E-Entwicklung.

Wobei die E-Entwicklung umfassend gemeint ist, als Ausweitung der Investitionen, (der Erstellung von P-Faktoren) und der Einkommen. Und die I-Entfaltung zeigt sich parallel dazu in der Erweiterung der Konsum-Nachfrage und der Einkommen.

Diese Erweiterung der E und I geschieht hauptsächlich durch die Erweiterung der „Einkommen“ und der des Zinses; so ist die Geldnachfrage – auch – abhängig vom Einkommen und vom Marktzinssatz.

Steigende Einkommen (welches die Geldnachfrage erhöht) sind ein Symptom für das Anwachsen der (absoluten und z.T. relevanten) Mehrwert-Erzeugung.

Die geldpolitische Veränderung der Geldmenge soll über Wirkungsketten (über Kredit- und Finanzmärkte) die realwirtschaftliche Sphäre beeinflussen. Die tatsächliche Entwicklung geht aber diese gewünschten Wege (z.B. Preisstabilität, Wirtschaftswachstum) der zentralen Zins- und Liquiditätssteuerung nur im „Normalfall“. Welcher Weg aber in der Gesamt-Entwicklung immer weniger relevant wird.

Eine moderne Planung der Ökonomie besteht aus einer Reihe von „politischen“ Funktionen, z.B. die „Offenmarktpolitik.“ Dabei wird auf zwei Gleisen gefahren, 1. die konkreten Eingriffe (hier An- und Verkauf von Wertpapieren u.ä.). 2. Dadurch werden Signale gegeben, welcher geldpolitische Kurs gesteuert wird, und welchem anzupassen, zu optimalen Vorteilen führt.

Die Erfolge sind aber in der Regel ungewiss, jedoch wird versucht, gewisse Zusammenhänge aufrecht zu halten.

Das (z.T. marktmäßige) Zusammenspiel von Zentralbank und Geschäftsbanken hinsichtlich der Zinssätze und der Geldmengen (Mengentender-, Zinstenderverfahren), ist letztlich eine zentrale, politische, planende Einschätzung der Zentralbank: Wieviel ökonomische Anreize/Dämpfung benötigt die Realökonomie, z.B. um zu wachsen, u.ä. Dazu tritt diese politisch-ökonomische Entscheidung in einen „Gedankenaustausch“ mit den näher an der ökonomischen Praxis tätigen Geschäftsbanken (-> „Markt“ als formalen Rahmen dazu).

Als Zusammenspiel der Zentralbank mit den Geschäftsbanken ist das ein System, das Planungselemente (nationale Interessen in globalen Märkten z.B.) mit den einzelnen Banken, Handels-, Produktionsunternehmen verbindet. So in der Offenmarktpolitik, wo zwar marktmäßig vorgegangen wird, (vor allem Zinstender mit Mindestbietungssatz), aber die Refinanzierung der Geschäftsbanken und der Realökonomie, dazu noch mit Feinsteuerungsoperationen den Einzelfällen angepasst, z.B. um unerwartete Geldschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen.

Auch die nationalen Zentralbanken sind in die Feinsteuerungen (in der Offenmarktpoli) eingebunden (als ständige Fazilitäten für Tagesgeld mit entsprechenden Zinssatz-Varianten). Es gibt dadurch unterscheidbare, parallele, Leitzinssätze. Mit der politischen Absicht der möglichst effektiven Steuerung des Geldmarktes. Es geht dabei stets darum, den Prozess der Überführung von Geldern in real-ökonomische Investition möglichst risikoarm zu gestalten; d.h. anders, in der „Krise“ gelten alle diese formalen Strukturen wenig. Die Politik der Mindestreservesätze, der Beeinflussung der Multiplikatorfunktion durch die Geldangebote der Geschäftsbanken, dient ebenfalls den allgemeinen Kreditaktivitäten durch Zentralbank und Geschäftsbank. Also den formalen Voraussetzungen α) der E-Entwicklung u/o β) der Behebung von Krisen, Fehlentwicklungen; Letzteres ist dabei komplexer.

Entscheidend (->für Krisen-/ Behebung), ist der Zusammenhang/ die Interdependenz von Güter- und Geldmarkt. Der Marktzins muss als entscheidende Determinante der Investitions-Nachfrage angesehen werden. Das beeinflusst auch die effektive Nachfrage auf anderen Güter-Märkten, sowie das Volkseinkommen.

Es gibt dann zwischen Szenarien: Gleichgewichte (zwischen Angeboten und Nachfrage) und krisenhafte Ungleichgewichte.

Bei diesen Abläufen, z.B. „Zins-Erniedrigung“ -> vermehrte Investition -> höhere Beschäftigung/ Lohn/ Realeinkommen -> vermehrtes Sparen -> Geldvermehrung/ und höhere effektive Nachfrage -> Investition bei Banken -> etc.“ können nicht nur jene endogenen Mechanismen entscheidend sein.

Der Weltmarkt, Export -> China u.ä., sind dabei mitbestimmend. Wichtiger ist aber z.B., ob im traditionell hochentwickelten Geschehen die Anbindung an die Real-Ökonomie gelingt.

Jene Investition (z.B. über Börsen) in die Realökonomie hat prinzipiell ein anderes Tempo als die „Geldvermehrung“; deshalb kommt es möglicherweise zu Krisen.

Die wichtigen Wechselwirkungen zwischen Geld und Gütermarkt werden z.B. hergestellt durch α) bei Zins-Erniedrigung wird investiert und β) Veränderung es Einkommens wirken über das Transaktionsmotiv auf dem Geldmarkt.

Wir haben zwei Stellungnahmen dazu: 1. In der ökonomischen Krise (-> Schäden aus „Profit“, „Konkurrenz“) sind neue Strukturen erforderlich.

2. Das alles wird philosophisch sinnvoll, wenn man es als I, E abbildet.

Haupt-Aufgabe der Ökonomie ist es, dass „Gleichgewicht“ zwischen den Märkten (dynamisches -> Marktgeschehen) herzustellen: z.B. zwischen Geld- und Gütermarkt. Das „Gegen-Geschehen“ dazu sind die geldwirtschaftlichen und güterwirtschaftlichen Pläne und Aktivitäten der Marktteilnehmer; also die I-Seite. Während „Gleichgewicht“ Geldmenge/Gütermenge E-Figuren sind.

Es geht mithin um das I/E-Gleichgewicht.

Wie es Aufgabe jeder Wissenschaft ist, muss auch die Ökonomie beides betrachten: α) die Gleichgewichtsbildungen, z.B. das zwischen Zins und Realeinkommen, oder das zwischen Geldangebot, Nachfrage, Investition, Sparwille, Angebot und β) der Dynamik jeder einzelner dieser Größen, die alle Gleichgewichte zerstören können; z.B. das reale Geldangebot.

Krisen entstehen, wenn „zu wenig“ (Nachfrage) oder „zuviel“ (Geld) der einzelnen ökonomischen Komponenten wirken; (z.B. heute niedrige Einkommen, der Zins nahe Null, keine Investition, nur Geldhaltung aus „Spekulationsmotiven“; das setzt Gleichgewichtsbildungen matt.

Das kann auf „I“, „E“, I/E reduziert werden.

Im „Normalfall“ ist die I-Seite mit der E-Seite verbunden; dann gibt es z.B. die Dynamik hin zu den Gleichgewichten, hier das Gleichgewicht zwischen Zins/Volkseinkommen und Investition/Sparen. Aber die I-Seite ist (in allen wissenschaftlichen Phasen) prinzipiell „frei“, so auch im Ökonomischen – und dort besonders.

Wenn jetzt vom „System“ (Konkurrenz/ Markt) verstärktes I-Streben erfolgt, kann der Gleichgewichtspunkt nicht mehr gehalten werden.

Der Faktormarkt für Arbeit zeigt - wie alle Märkte – ungenaue und uneffektive Abstimmungen zwischen Marktmechanik und gesellschaftlicher Planung.

Zum Beispiel Arbeitslosigkeit oder Fachkräftemangel oder Erniedrigung der Lohnquote.

D.h., die Markt-Dynamik/ Mechanik zeigt typischerweise am Arbeitsmarkt ihre Grenzen: Alle diese Ursachen für dieses Markt-Versagen können auf I_i reduziert werden. Dabei aber z.B. unvollständige Info, Eigenleben der AN (Wohnort-Verbleib, regionale Immobilität); geringe Qualifikation, ungleiche Fertigkeiten. D.h. I_i - I_g wirkt stärker als I_g , das als „demokratische“ MarktAbstimmung gelten kann, dann werden beim Anstieg der I_i alle Märkte obsolet/ beeinträchtigt.

In wissenschafts-philosophischer Hinsicht gilt für alle Wissenschaften, hier die Techniken; die Subjektivität (als „Phase“) steht im „Mittelpunkt“.; in ihr konzentrieren sich alle Phasen in unendlicher Wechselwirkung etc.

Das macht sich in jeweils speziellen Theorien, wie hier in der Ökonomie, immer wieder bemerkbar; z.B. der AN als Mittelpunkt, und darin, dass man als Zentrum die „Arbeitskraft“ sieht, oder „den Lohn“ etc. Der Lohn vermittelt z.B. „zwischen Invest-

Konsum-Invest-etc.

Lohn- Struktur, -Differenzierung, - Diskriminierung etc. sind daher gesellschaftlich wichtige Probleme.

Wie kann man den Unterschied zwischen dem Arbeitsmarkt und anderen Märkten beschreiben? Im „Menschen“/ „Ich“/ Subjekt-Phase vereinen sich Produktion, Arbeit und Konsum – und alle Entscheidungen (Ii) dazu.

Die sachliche und die historische Entwicklung trennen diese beiden Hauptfunktionen des Menschen; daher ist der „Kampf“ um diese Trennung/Vereinbarung ein Zentrum für viele Wissenschaften; das zeigt sich auch als Strukturen/ Funktionen des Arbeitsmarktes.

Die Produktionsfaktoren (PM, Natur, AN, werden ökonomisch als „E“ behandelt. Das ist jedoch sachlich nicht hinreichend und führt zu Fehlern, z.B. auf den zugehörigen Märkten. Die AN (also der Arbeitsmarkt etc.) ist durch die Ii der AN sehr intensiv geprägt; die „Arbeit“ besteht darin, dass I-Natur durch die Ig, Ik mittels der Ii überformt werden; wenn das misslingt, kommt es zu jenen Fehlern.

Wenn abstrakt festgestellt wird, dass der Faktor Arbeit „untrennbar mit einem Menschen verbunden ist“, dann ist diese anständige Haltung sachlich (wiss.-philos.) abzusichern. Wenn das nicht gelingt, bleibt das „soziale Gewissen“ u.ä. zu schwach, so geht es philosophisch darum, die alles beherrschende E-Seite zu ergänzen, (hier auch die „I“ der AN. α) als Kern jeder Ökonomie -> „Ii vs. I-Natur“ und β) als unendlicher I-Konsum, als objektiv notwendiger „Ausweg“.

Der Markt hat Nachteile, (z.B. „Verlierer“ : Pleiten, Arbeitslosigkeit).

Alle Markt-Einschränkungen wollen das beheben; das führt zu neuen anderen Verschlechterungen (Monopolisierung); aber hier auch zu möglichen Dämpfungen der Markt-Härten; z.B. Schutz der AN durch Gewerkschaften, Schutz der schwächeren (aber produktiven) Unternehmen durch Arbeit-Geber Verbände.

Auf anderen Märkten gibt es zwar auch „Konkurrenten“, „Einschränkungen“, aber sie sind spezifisch andere als beispielsweise die „Gewerkschaften“ (-> Angebotsseite) und „Arbeitgeberverbände“ (-> Nachfrage).

Das gehört zum Problem der Un-/ vollkommenen Konkurrenz. Die Nachfrage-, Angebotsfunktion sind einseitige, ideale Mechanismen; z.B. auch solche „Mengenbeschränkungen“ u.ä.

Für Märkte ist das allgemeine Angebot und die Nachfrage wichtig, vor allem aber die E-Entwicklung und I-Entfaltung, also die Interessen der Arbeitgeber und der AN an der E-Entwicklung (mit Schwerpunkt bei den Arbeitgebern) und die I-Entfaltung (als die AN- Verwanwortung).

Das macht, dass der „Arbeitsmarkt“ jene quasi-monopolistischen Überformungen hat.

Der tiefere Sinn des „Marktes“ ist das „demokratische“ Abstimmen aller Bedürfnisse in formaler, allgemeiner Art: -> Ii-Ig. Und es muss klar sein, dass der „Arbeitsmarkt“ die Menschen (und die Basis ihrer Existenz: E-Entwicklung/ I-Entfaltung) betrifft,

eine Abstimmung der Menschen über sich selbst ist; welche dann auch ganz speziell ausfallen muss: Zum Beispiel auch, nur die Vorteile dieser Mechanik sehen kann und also den Markt einschränken muss.

Diese formale bilaterale Monopolisierung bedeutet aber inhaltlich auch eine politische, soziale Erweiterung der formalen Marktmechanik.

Dabei stehen („sozial“) Lohnniveau, -struktur als Gleichgewicht zur Produktion („ökonomie“) im Mittelpunkt aller Verhandlungen: Verhandlungsgegenstand ist die Marktkonkurrenz – Erweiterung.

D.h. was früher eher formale „Machtpositionen“ waren, werden zunehmend objektive ökonomische und politische Sachverhandlungen; was aber oft misslingt, weil die gemeinsamen Grundinteressen beider Seiten unklar bleiben, (-> E-Entwicklung I-Entfaltung).

Wir sehen solche Märkte, wie den Arbeitsmarkt, eingebettet in erweiterte Strukturen, z.B. „Invest-Konsum“. Denn der Arbeits-Markt berücksichtigt nicht die Arbeitslosen – und verliert bei diesen marktmäßigen Verhandlungen um die Lohnstruktur den Bezug zu anderen ökonomischen Problemen - wie es das Beschäftigungsproblem ist – und damit das Invest – Konsum – Gleichgewicht.

Genauer: Im Gegenteil, Lohnerhöhungen verschärfen meist die Arbeitslosigkeit.

Es stehen sich auch hier gegenüber: das (alte) „Marktkonzept“ den neuen globalen Herausforderungen. So dient die nationale Lohnerniedrigung der Schaffung globaler Vorteile, (Exporte). Das soll eine ökonomisch dynamische Rolle weltweit (mit allen ökonomischen Vorteilen daraus) für das nationale Kollektiv schaffen. Daher wird das evtl. Lohn-Konsum-Invest-Markt-Gleichgewicht hintangestellt.

Globale Veränderungen (relative Sättigung in BRD, große Gewinne in China) ließen das Lohnniveau hier sinken, um die Konkurrenz auf globalen Märkten zu gewinnen.

Die Lohnhöhe ist dann von drei Basisvorgängen bestimmt. Dem Arbeits-Markt, die Kosten für die „Lebenshaltung“ (als Restitution der Arbeitskräfte) und die Sicherung der gesamten ökonomischen Mechanismen. Was letzteres bisher unwichtig schien, aber dennoch in einer genaueren Analyse der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten deutlich wird; z.B. als Ausgleich bei fehlenden globalen Märkten durch Binnennachfrage

Wie kann man diese drei Ansätze philosophisch fassen? Mit der -> E-Entwicklung zur I-Entfaltung.

Diese drei haben verschiedene Dynamik, Flexibilität, z.B. wird die Nachfrage nach Arbeitskräften schnell nachlassen, wenn die Konjunktur nachlässt; die Löhne, Lohnsumme geht für viele AN flexibel runter (z.B. als Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit, Leiharbeit). Wir sehen das als Folge der allgemeinen Dynamiken der I-Seite („Nachfrage“ etc.). Während die E-Seite, hier als Kosten des P-Faktors Arbeit, (bzw. der möglichen Alternativen ->PM) relativ konstant ist;

Die ökonomisch-strategischen Ziele, z.B. das Gleichgewicht zwischen Investition

und Konsum zu halten, wird als I_g -E allerdings vernachlässigt. Natürlich muss hier (zusätzlich) bedacht werden, dass der Lohn (E), seine Erhöhung (\rightarrow E-Entwicklung) zu einer Steigerung der Arbeitsmotivation führt. Das ist ein Vorantreiben der E-Entwicklung (\rightarrow z.B. durch Steigerung der Arbeitsproduktivität); solche Lohnerhöhung (E) wirkt für den AN als I-Vermehrung. So wird I/E-Relation gebildet.

Der makroökonomische Arbeitsmarkt ist von Monopolisierung gekennzeichnet (Tarifparteien), aber er ruht auf einer mikroökonomischen Fundierung (regionale, branchenspezifisch, arbeitsqualitative Segmentierungen). Beides kann von der I-Seite (I_g , I_k , auch I_i) analysiert werden. Welche die relativ homogenen P-Faktoren \rightarrow E (und die „vollkommene Konkurrenz“) überformen \rightarrow I/E-Variante.

Eine moderne Arbeitsmarktpolitik muss dies, zugleich im Vorlauf die Qualifizierung der AN, in umfassender Weise angehen. Denn daran hängt es, wenn zugleich Arbeitslosigkeit und offene Stellen diesen Markt kennzeichnen, und auch zugleich Unter- wie Überbeschäftigung, z.B. regional, branchenspezifisch. Vom Arbeitsmarkt kann man (wie von jedem Markt) fordern, dass er eine Optimalität ansteuert ($\rightarrow I_g$); wie sieht die aus? Die Quantitäten dort sollen N/G- Gleichgewicht haben, die Qualitäten I/E- Gleichgewicht – und zugleich sollen sich alle weiter entwickeln – oder zumindest flexibel, veränderlich sein. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Gewinnmaximierung (Faktorpreis gleich Wertgrenzprodukt); oder die Arbeitsnachfrage der „Unternehmen“ wird über jenen Punkt hinaus ausgedehnt, an dem die Faktorkosten/ Lohn dem entsprechen, was der AN leistet. In der ökonomischen Praxis gibt es sogar eine mittlere Lösung: Der AN leistet zwar nicht jenes Maximum, das die Wertgrenze fundiert, aber er leistet mehr als er kostet.

Was sind die Differenzen zwischen BWL und VWL? Allgemein betont BWL die I_i und VWL die I_k , I_g , I_w ; (wobei die strategischen I_g , I_k auch I_i betonen, fördern etc.) Das kann man nun konkretisieren, z.B. wenn man makroökonomische Produktionsfunktionen mit mikroökonomischen (\rightarrow gewinnmaximaler Unternehmen) vergleicht; hier geht es dann nur darum; die formale Seite der „homogenen aggregierten“ Größen z.B. zu messen. Tiefere Einsichten in die Märkte etc. fehlen dabei.

Wir sehen die Gleichgewichts – Vorstellung auch als, dynamische, Basis aller Praxis. Das Modell als I/E und N/G. Um zu zeigen, dass diese umfassend im Konkreten der BWL ebenfalls vorhanden sind, wenn auch bei leicht unterschiedlichen Inhalten von I, E, N, G.

Die Gleichgewichtsdarstellung einer VW (als „Strukturarbeit“) sind z.B. die Produktionsfunktion, Nettonational-Einkommen, Beschäftigung, Kapitalstock. Aber sowohl die bwl Realitätsnähe wie die durch Aggregation vwl gewonnene Strukturklarheit, als das in der I_g -Praxis gute Ergebnis. sind von I, E (N,G)

bestimmt. Nur sind es im bwl-Bereich eher I_i und E_i (individuelles Kapital, Wissen, Invest-Projekte etc.)

Im Kollektiven: eher I_g , I_w -> Globalisierung. Und genauer gilt stets I/E als I_i - I_k - g - w ; und alle E .

Zur Grenzproduktivität des Faktors Arbeit, die jede ökonomische Systematik und die „kapitalistische“ besonders beherrscht nimmt die marginale Produktivität des Faktors, bei sonst vorgegebenen Strukturen -> c.p. technologischer, ökonomischer Art, mit Zunahme der Arbeitseinsätze ab.

Die Gewinnmaximierung kann dann der Höhe des Reallohns, (der für alle AN gilt) widersprechen. Dieses Arbeitsplatz-Angebot u/o der Durchschnittslohn werden dann reduziert.

Um das zu vermeiden, muss I_g darauf sehen, jene Vorgaben zu erweitern (z.B. neue Märkte, z.B. neue Produktionen).

Umgekehrt bewirkt ein steigender Reallohn aber auch den Grenznutzen einer zusätzlichen Arbeitseinheit, weil mit ihr jetzt mehr Güter gekauft werden können. Arbeitsmarkt, Güterangebot und Nachfrage und Kaufkraft / Reallohn, zusammen bestimmen die notw. endigen Gleichgewichte zwischen diesen Märkten.

Die Pläne der Haushalte und der Unternehmen können so kompatibel miteinander werden.

Man kann drei Situationen bemerken: 1. Preise sind konstant, Löhne auch, Vollbeschäftigung, Nachfrage so hoch wie die Produktion – die realsozialistische Ökonomie versuchte das. Das verlangt „vollständige Info“ aller Beteiligten jederzeit und ohne Zeitverzögerung. 2. Bei „Konkurrenz“-Erscheinungen ist die Gleichgewichtigkeit nicht aufrecht zu erhalten; Preis-Änderungen (z.B. Erniedrigungen), „Rationalisierung“/ Arbeitsangebot-Veränderung, Lohnerhöhung (regional u.ä.), Nachfrage-Steigerungen (z.B. für individuelle Investition, oder für Konsum) spontaner Art. 3. Tendenzielle Verselbständigung aller möglichen Teilaspekte, z.B. Geldmengen-Erhöhung.

Dabei sind auch auf diesem Markt (Arbeits-Markt) die Marktmechaniken nur teilweise in Funktion. Meist sind Folgen von Abstufungen der Informiertheit, eigenen Beeinflussungsmöglichkeiten von Lohn-, Preis-Niveau u.ä. vorhanden.

Insgesamt herrscht dadurch ein Chaos aus total bis garnicht „Informierten“ (bzw. Einflussnehmern); dies „Chaos“ ist zwar formal als dynamisches „Gleichgewicht“ zu bezeichnen, jedoch nur in einem unkontrollierbaren „Sinne“.

Ein philosophisches Grundproblem, bei allen Techniken (hier VW/L) und in der „Praxis“ allgemein, ist, dass „rationale“ und „adaptive“ (N-G ->, N/G) Methodik ein unendliches Übergangs-Feld bilden.

Der „Markt“ (hier der Arbeits-Markt) ist ein I-Gebilde, (viele „I“, konkurrierende „I“), das sich um „E“ (das E-Niveau der Märkte, hier die Arbeitskraft und Lohn) bilden. Diese I/E werden eben durch N,G ergänzt.

(Bemerkenswert ist bei „Techniken“, dass S, R keine Rolle spielen).

Wir gehen von Folgendem aus: 1.) Es gibt mehrere ökonomische Modelle rationaler Art; die müssen wir „kombinieren“. 2.) Die ökonomisch aktiven Wirtschaftssubjekte, Personen richten sich nur teilweise nach diesen theoretischen (= E) Modellen, die Irrtums-Rate ist ungewiss.

Dagegen wirkt die Ausrichtung an I_i , k , g sehr viel stärker. Die Relation I/E ist das Normale; das führt zu pragmatischem Verhalten; in der ökonomischen Praxis – auf allen Ebenen -> auch wirtschaftspolitisch, z.B. als „adaptive Erwartungen“ auf Seiten der Haushalte; Korrekturen, Prognosen, Irrtümer.

Kennzeichen der politisch-ökonomischen Praxis ist die Frage, ob sich dennoch eine Entwicklung darin erkennen lässt.

Der „Markt“ als „Vollkommene Konkurrenz“ ist „ I_i - I_i “, d.h. alle „I“ stehen sich gleichberechtigt gegenüber, bzw. ziehen am selben Strang. Das ist ein von „Trennung“ und „Beziehung“ zugleich geprägtes grundlegendes Modell (aus „z-w zu z/w“).

In Techniken/ Praxis wie VW/L wird das ergänzt durch α) I_k, I_g, I_w und durch β) E. Das kompliziert die Theorie. Daher verfährt die VWL (z.B.) so, dass die „ideale“ Einfachheit („vollkommene Konkurrenz“ -> I_i - i) als Referenznahmen der Theorie-Bildung nutzt – und diesen praktisch, pragmatisch jeweils mit den „empirischen. Tatsachen“ in Einklang bringt: I/E.

Eine wirkungsvolle wirtschaftspolitische Arbeit verlangt zuvor genaue Kenntnisse, hier z.B. die der „Märkte“. Dazu gehört die Einsicht, dass es zwischen theoretischem Modell (liberalistischer Art), und analog bei „Planung“ (realsozialistischer Art) sachlich zugehen muss; zum Beispiel bei den Übergängen konkreter Niveau-Stände der E-Seite mit den politisch zuordnenbaren „I“.

Die „I/E“-Grundposition kann man auf verschiedene Weise konkretisieren; diese kann man – wirtschaftspolitisch entscheidbar – betonen. Keynes konkretisiert es als Gleichgewicht zwischen „Güterangebot“ (E) zur effektiven Nachfrage nach Gütern. Mit „I/E“ besteht dann hier eine wichtige Variante im politökonomischen und gesellschaftlichen Interesse, aus dem heraus weitere ökonomische Felder zu entwickeln sind.

Das Vollbeschäftigungsgleichgewicht kann durch eine Reihe von ökonomischen Maßnahmen gestärkt werden. Sie hängen letztlich alle von den I_i -Freiheiten der einzelnen Unternehmen ab.

Allgemein ist die Situation so, dass eine totale Planung nicht möglich ist, dass aber diese I_i -Freiheiten auch zu Verschlechterungen (und eben auch zu Verbesserungen) der ökonomischen Gesamtlage führen können.

Preisniveausenkungen haben reale Gütermarkteffekte; über die effektive Nachfrage. Aber eine Folge ist dabei auch die Abnahme der Vollbeschäftigung. Also muss „von außen“ eine Stützung des Beschäftigungsniveaus erfolgen z.B. durch Ausweitung der Märkte.

Unterbeschäftigung verursacht Investitionszurückhaltung, weil letztendlich die Konsumnachfrage begrenzt wird. Aber der absolute ökonomische Prozess ist in seiner zunehmenden Dynamik so stark, diese Nachfrage-Defizite auszugleichen und sogar überzukompensieren; die Erzeugung von Gütern und Nachfrage-Potentialen verlagert sich dann auf andere Sozialschichten und auf das Ausland (Export).

D.h. neben den traditionellen Relationen (-> Angebot = Nachfrage o.ä.) gibt es die (alles neu bestimmende) absolute E-Entwicklung.

Zum Beispiel ist der Verlauf, als typische Szenarien moderner kapitalistischer Ökonomie und Politik jene „Investitionsfalle“, welche die liberale und die keynesianische Theorie zwar klären, aber nicht verhindern können.

Die Invest-Nachfrage wird durch Zinssenkung stimuliert. Die Investition bleibt jedoch (zins-unelastisch) auf zu niedrigem Niveau. Weil es keine zusätzlichen Absatzmärkte gibt und weil auf weitere deflatorische Effekte (von möglichen Verbrauchern und Investoren) gewartet wird („Wann kommt die Zinssenkung beim Häuslebauen an?“ „Ist der Arbeitsplatz sicher genug, um ein Haus zu bauen“; bei labiler Konjunktur.

Die „Liquiditätsfalle“; es muss stets mit den Erwartungen der Unternehmer (z.T auch der Haushalte) gerechnet werden; z.B. wenn die Zinsen gesenkt werden, um die Investition etc. anzuregen, wird entweder erwartet, dass es (in Krisenzeiten) noch tiefere Zinsniveaus geben wird, (also wird gewartet), oder aber, dass (bei extrem niedrigem Zins) es demnächst evtl so weitergeht: Kursverluste bei Wertpapieren, Zinserhöhungen. Das führt insgesamt zu Unsicherheiten und daher zur Erweiterung der Spekulationskasse. D.h. aber kaum Investitionen, etc. (Arbeitsplätze etc.) Es stellen sich einige Fragen, ob und wann (bei sinkenden Zinsen u.ä.) bei deflationärem Geschehen die Ökonomie von dem Ausweg in Wertpapieren (Börse) auszuweichen, übergeht, zur Haltung/ Erhöhung der Spekulationskasse. Dabei überwiegend in kurzfristige, taktische Geldvergabe. Mit der Folge, dass die Geldsphäre noch aktiver, dynamisch wird – aber der notwendige Ausgleich in der Gütersphäre (Invest, Lohnerhöhung) zu kurz kommt; (dadurch werden dann auch die Börsenkurse fallen, dann wenn die Unternehmen zu wenig investieren) (Ausweg „China“).

In dieser Situation sparen die Verbraucher (aus Unsicherheit und wegen deflatorischer Hoffnung) mehr, auch dann, wenn es Lohnerhöhungen gibt; die Transaktionskasse/ Geldnachfrage wird daher geringer. Sparguthaben verstärkt aber auch die Geldmenge. Nur wegen gebremster Nachfrage wird weniger investiert, weniger Kredite genutzt. Dazu kommt (bleibende) Unterbeschäftigung.

Wie kann die Geld- und Fiskalpolitik die Arbeitslosigkeit bekämpfen? Durch Beseitigung der unzureichenden effektiven Nachfrage. Wobei der Zinsrückgang, der die Investition ankurbeln soll, nicht in eine Deflation führen darf.

Deshalb muss die öffentliche Hand mit zusätzlichen Ausgaben für Güter und Dienstleistung Nachfrangelücken schließen, (welche in deflatorischen Erwartungen

aufkommen können).

Wenn der Staat nicht dazu übergeht, autonom Geld zusätzlich zu erzeugen, dann handelt es sich bei Steuern/ -erhöhungen letztlich um Modifizierungen der Verwendungen; anstatt Konsum oder Sparen der Haushalte, Investition der Privatunternehmen. Verschuldungen werden nur formal anders gestaltet.

Der vw. Sinn kann aber sein, dass minderrentable Investitionen stattfinden, welche Private in dieser ökonomischen Lage verweigern.

Die empirische Tatsache, dass der Staat im Gegensatz zu den privaten Haushalten nicht spart, kann man wissenschaftlich deuten. „Sparen“ ist nur durch Mehrwert-Erzeugung möglich. Dieser fällt bei Unternehmen an und dann bei AN, wenn sie ein relativ hohes Lohnniveau und zusätzlich „Eigen-Ausbeutung“ haben. Diese Mechanismen entfallen bei „Ig“, weil Ig jene ins Neue, Freie weisende, Neues erzeugende Kreativität von Ii, Ik aus systematischen Gründen geringer hat.

Die Fiskalpolitik, die normalerweise nicht die Geldmärkte mit „eingesparten“ Steuereinnahmen füttert (spekulierend), muss primär für die Gesamterhaltung sorgen, (besonders in Krisen zusätzlich investieren, Beschäftigungen schaffen), für Ersatz-Anlagemöglichkeiten sorgen, wenn die Banken Ersparnisse sonst nicht rentabel anlegen können; u.ä.

Wie erfolgreich kann Fiskalpolitik sein, um die Arbeitslosigkeit zu senken?

Wenn das mit Hilfe einer steuerfinanzierten Ausgabenerhöhung der öffentlichen Hand geschieht, besteht die Gefahr, dass ein Mangel an effektiver Nachfrage durch die Steuerzahler entsteht. Deshalb ist diese Politik nur sinnvoll, wenn der Staat sich zusätzlich verschuldet, bzw. Geld druckt.

Grundlegend ist die Komplexität, von I, E und methodisch (N,G) her. Man kann (wie Keynes Theorie) den Arbeitsmarkt als relativen Fixpunkt wählen, um aus politischen Forderungen heraus die vw Komplexität zu ordnen. Aber man wählt heute z.B. auch die Inflation („Monetaristische Theorie“) zum Einstieg für die notwendig umfassende Erklärung und Bewältigung.

Oder man wählt sowohl die „Beschäftigung“ wie auch die Inflation als Erklärungsziele (wie die „Theorie der Rationalen Erwartungen“).

Zur ökonomisch-politischen Lage „heute“: Die subjektiven Erwartungen (z.B. über „zukünftige Preise“, aber letztlich über alle jeweilig relevanten ökonomischen Daten) und ebenso die Erwartungen der öffentlichen Hand, sind zunehmend ungewisser/ irrationaler geworden. Weil verfügbare Infos (z.B. über Entscheidungen anderer, globaler Einflussgeber) zu unsicher sind oder fehlen. In solcher dynamischen komplexen Ungewissheit gibt es zwei, drei Auswege: α) Pragmatische Anpassungen von kurzer Reichweite, β) global wirksame „staatliche“ politische Entscheidungen, deren Umfang (z.B. USA: Konjunkturprogramme) ein wirksames Ausrichten der Systeme bringt. γ) eine Volkswirtschaft (z.B. China) hat einen global wirksamen

„Plan“.

Dabei kann man davon ausgehen, dass die einzelnen Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Investoren, öffentliche Hand/ Konsum etc.) sich an der aktiven staatlichen Wirtschafts-Politik orientieren, deren Wirkungen z.T. vorwegnehmend u.ä.

Das gilt heute global – und vor allem bezüglich der Geldpolitik.

Eine weitere wissenschaftliche Strategie sind die einzelnen „Politiken“ (z.B. die Geldpolitik) als ein Ig-Interesse (z.B. „Vollbeschäftigung“) zu fokussieren; z.B. als Investitions-Politik, Liquiditätspolitik etc.

Dadurch werden aber stets „Ungleichgewichte“ entstehen; d.h. wohl, es gibt derart keine Gleichgewichtigkeit.

Was ist da der „philosophische“ Grund? Die Differenz zwischen E-Entwicklung und I-Entfaltung?

Die traditionellen ökonomischen Strategien, wie z.B. die Ausdehnung der Geldmenge, Zinssenkung können – von daher – keine Wirkung auf die effektive Nachfrage haben, α) wenn die Spekulationsbereitschaft (z.B. mit Staatsanleihen, Fond-Papieren, Börse, Rohstoff u.ä. – Märkten) sehr hoch ist.

Investitionen im Inland finden nur in dem Umfang statt, wie es dem Export dient.

Und die Export-Überschüsse werden wieder auf den Spekulationsmärkten angelegt.

Das gilt heute in der BRD- inländischen Nachfrage; der Arbeitsmarkt wird sekundär davon abgeleitet.

Steuerfinanzierte Staatsausgaben-Erhöhung hat einen expansiven Nachfrageeffekt nur teilweise; (d.h. der Staat kann insofern qualitativ lenkend eingreifen, indem er z.B. Steuern für die AN erhöht und diese Mehreinnahme für Investitionen ausgibt, oder umgekehrt. Um einen positiven Gesamteffekt zu haben (z.B. mehr Beschäftigung), kommt es darauf an, wo durch diese „Umverteilung“ mehr Produktivität u/o höhere Multiplikationsdynamik entsteht.

Ganz anders aber ist es, wenn der Staat / öffentliche Hand sich verschuldet oder wenn er „Geld druckt“.

Dann wird es Preisniveau-Erhöhungen geben – mit Folgen; (z.B.) über die reale Geldmenge, vom Geldmarkt her (als kontraktiven Effekt).

Alle ökonomischen. „Bereiche“ stehen in Wechselbezügen zueinander; (z.B. neue Technologie, Konsum, Investition, Export etc .) Das macht die praktische und theoretische Analyse extrem schwer; zum Beispiel den Policy-mix „Fiskal-und Geldpolitik“.

Da es grundlegende Tendenzen gibt, dass die „öffentliche Hand“/ die Staaten in ihrer Wirtschafts-Politik immer wichtiger werden, vor allem bei Krisenerscheinungen, konzentrieren sich die Ig (allgemeine Regierungs- und Gesellschafts-Politik/ Zielsetzungen) auf die wenigen „Instrumente“, wie Geld-, Fiskalpolitik; die Einflüsse auf Konsum, Investition, Beschäftigung, sind von der öffentlichen Hand nur begrenzt möglich. Vor allem dann, wenn politisch/ ideologisch „ausgeglichene staatliche Budgets“, Verbot von öffentlicher Überschuldung u.ä. gilt,

Die Alternative, eine Beseitigung (typischerweise) staatlicher Budgetdefizite durch

Kreditpolitik (Verschuldung) oder Geldpolitik (Inflation), kennzeichnet eine ökonomische Gesamtentwicklung, in die alle theoret-praktischen Einzelabläufe münden. Zum Beispiel eine Umverteilung zwischen Konsum, Investition, zwischen privatem und öffentlichen Invest/ Konsum; zwischen den global konkurrierenden Nationen, Konzernen; im Kampf um die Zukunft (bei dem die Inflation evtl. Vorteile hat) etc.

Man hat drei Optionen, und man wählt meist eine Mischung und verlangsamt dadurch die zerstörerischen Wirkungen von „Verschuldung“ und Geldentwicklung. Aber man kann eine neue Ig-Strategie nutzen: Die Finanzierung, Eröffnung neuer Märkte -> China z.B.

Wichtig ist dabei, Ursachen der Unterbeschäftigung zu erkennen und auch bestimmte Finanzierungs-Arten zu beheben.

Uns kommt es darauf an, neben der neoklassischen und der keyneschen Lehre (systemische) Nachfolger zu zeigen; zum Beispiel auch eine „präsozialistische“. Dazu gehört z.B., dass „heute“ die Kernaussage aller drei Richtungen „nebeneinander“ existieren und darin eine „relative“ Berechtigung haben; (denn in historischen Entwicklungen gibt es stets Wechselwirkungen, diese auch zwischen allen Phasen. So gilt – sogar verstärkt – dass das von A. Smith her, die Klassik kennzeichnende „Harmonieprinzip“ (invisible hand) erkenntnisleitend für alle Arten von Ökonomie ist.

So geht es in einer nach-kapitalistischen Ökonomie nicht formal darum, dass Planung den Markt verdrängt, das Gleichgewicht zwischen beiden ist deshalb pragmatisch zu wählen, weil es nur um Formales geht; vielmehr geht es aber darum, Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf allen Märkten zu haben; die Preise bilden sich daraus. Was aber unvermeidbar zur öffentlichen Diskussion der Qualität der Produkte und Dienste, der Angebote und der Nachfrage gehört.

Solche „Koordination“ der individuellen Wirtschaft-Pläne zeigen bereits den Übergang zu öffentlichen Plänen.

Die klassischen Ig (gesellschaftliche Strategie, Politik) sind die der maximalen Nutzung der Ii-Potenz (,,Privateigentum“).

Richtig ist dabei die Erkenntnis, dass die Ii-Eigenarten noch Unendlichkeiten enthält, die hier durch methodische Verfeinerungen ökonomischer Verhaltensweisen ständig weiter optimiert werden können.

Aber das funktioniert nur, wenn zugleich die „Umgebung“ (als „Zulieferer und Abnehmer“) mitentwickelt wird, also die Ik, Ig, Iw mitentfaltet werden.

Keynes zeigte, dass und warum die neoklassische Annahme zur „Selbstheilung“ der Marktmechanik zu gering für die politischen, gesellschaftlichen Ansprüche war. Der Preismechanismus wird durch konkrete Strukturen (Monopole) außer Funktion gesetzt. Und ein „Gleichgewicht von Einkommen und Nachfrage“ ist bei jedem Beschäftigungs-Niveau möglich, also auch bei Arbeitslosigkeit.

Heute stellt sich heraus, auch die Keynesschen Voraussetzungen waren zu eng (ein Staat kann sich nicht allzusehr verschulden etc.). Vielmehr gibt es heute wieder,

bestimmte klassisch-naive Annahmen aktiv zu realisieren:

Wenn weniger Rücksicht auf das Konkurrenzprinzip genommen wird, („nur der Gewinner wird gefördert“), kann man – (wie einst die liberalen Klassiker) –, in die Höhe des Volkseinkommens alle Produktionskapazitäten einbeziehen und die verfügbaren Mengen an P-Faktoren nutzen. Denn jene Mengen, die dadurch produziert werden können, werden auch gesellschaftlich, global benötigt, als Nachfrage.

Aber der Unterschied zur Klassik ist, dass die Nachfrage nun autonom ist, und auch die Preisbildungen nicht von Marktabläufen her bestimmt werden, (z.B. als Lohnsenkung).

Philosophisch, historisch geht es um die „E-Entwicklung zur I-Entfaltung“. So zum Beispiel als Ablösung des klassischen Marktes durch den „sozialen Markt“, und dieser, welcher der Klassik „ähnelt“, abgelöst durch den „sozialistischen Markt“.

Das Saysche Gesetz: „Jedes Angebot schafft seine eigene Nachfrage“ vertritt mit Recht alle diese Schulen; es ist eine Verbalisierung, Konkretisierung der unendlichen I-Tatsache. (Ii-Kreativität/ Freiheit).

Dieser relativ isolierten Seite stehen als Ökonomie andere gegenüber; die zu Problemen führen; z.B. wenn zwar „Ii“ frei wirkt, es aber keine Arbeitsplätze gibt, und damit keine mögliche Anbindung an die Verwertung und den Konsum der angebotenen Produkte. Oder z.B. wenn diese I-Freiheit in ihrer Isoliertheit zu unbegrenzter Verschuldung (für Banken-Geschäft ebenfalls verteilhaft) führt.

Was auch Keynes sah, Störungen in den Marktmechanismen – (Preisbeweglichkeit) - schafft stets neue Gleichgewichte - die auch hier schon zentral sind - werden durch das „Sparen“ erzeugt. Damit wird Geld nach neuen Ii, Ik gelenkt; aus Vorsicht, Spekulation oder als Investitions-Motiv; letztlich landet dieser objektive Überschuss/ allgemeiner Mehrwert über die Geldsammelstellen (Banken, Versicherungen, Fonds etc.) im Investitions-Bereich, - macht aber dadurch alle einfachen Markt-Mechanismen labil, kaputt. (Philosophisch geht es um E-Erweiterung durch unendliche „I“).

Diese hilfswirtschaftspolitischen Maßnahmen „verschieben“ die Problematik nur zwischen den einzelnen ökonomischen Bereichen; es werden z.B. durch Lohn-Erhöhungen die Arbeitslosigkeit erhöht oder Invest-Bereiche verschoben, vom Inland ins Ausland.

Was nicht geschieht, sind grundlegende Maßnahmen wie die „E-Entwicklung“, neue Märkte etc. Oder es wird „zeitlich“ verschoben (positiv) z.B. Kosten für Löhne heute sind Einkommen/Nachfrage morgen; (eher negativ) z.B. Schulden und Kredite.

Für technologische Gebilde ist typisch, dass im Konkreten die Nachfrage (z.B. nach Arbeitskräften) nicht vollständig von einer Größe (z.B. von der Lohnhöhe) abhängig ist; (ebenso wichtig ist z.B. auch die Gewinnerwartung des Unternehmens.)

Das drückt sich konkret in quantitativen Abstufungen u.ä. aus.

Ähnlich ist es beim Zinsmechanismus: Die Investitionstätigkeit ist vom Zinsniveau, aber auch von „Erwartungen“ kommender Erlöse etc. abhängig.

Das normale Verfahren (bwl), die erwarteten Erlöse auf den Zeitpunkt der Investition abzudiskontieren, um den Gegenwartswert der Investition zu bilden, und um die Rentabilität dieser Investition (im Vergleich zum Marktzins) zu sehen, ist eine typische Mischung aus exakten Methoden und sehr „Ungewissenem“, So auch, dass zunehmende Komplexitäten, (auch durch politische Maßnahmen Ig) notwendig sind. Dass die Erwartungen zu Unterscheidbarkeiten führen, macht die „exakten“ Methoden – und damit die Wirtschaftlichkeit der BWL, VWL – tendenziell obsolet.

Was Keynes leistet ist, jene „idealen“ Zusammenhänge, Kreisläufe pragmatisch-kritisch zu relativieren; z.B. ist die Spartätigkeit nicht nur so sehr an die Zinshöhe gebunden, sondern auch vom Volkseinkommen und vom Konsumverhalten abhängig. Heute hat sich die Anzahl der Einflüsse solcher Art ständig weiter vermehrt. Die Gründe für derartige Erweiterungen der traditionellen einfachen und in sich geschlossenen Systeme und Funktionen, muss vor allen in der objektiven E-Entwicklung (Invest, Kredit etc.) und in der I-Entfaltung gesucht werden.

Bei Keynes tritt dann auch an die Stelle der hergebrachten (relativ starren) klassischen Gleichgewichtsbewegungen (zwischen Sparen, Zinsniveau, Invest) allgemeiner die „Geldnachfrage und das Geldangebot“, in theoretischer Hinsicht (Liquiditätspräferenz-Theorie) in den Vordergrund. Das zeigen die sich immer zunehmender dynamischen, individualistischen Abläufe auf den wichtiger werdenden (globalen) Geldmärkten. Die man nun nur noch allgemein zusammenfassen kann. Die E-Entwicklung (Geldmenge, Geldformen), und die Differenzierung der I_i, I_k dabei, laufen im Ökonomischen aller anderen E-Entwicklung/ I-Entfaltung voraus (z.T. davon -> als Krise).

Bei den Klassikern ist Sparen die Alternative zum Konsum – und es wurde dann auch gespart, wenn nicht konsumiert wurde. Der Zins reglierte dabei.

Der Konsument war damals schon nicht beliebt, weil er die E-Entwicklung bremste, aber er musste akzeptiert werden. Dann aber – und Keynes erkennt das und bildet einen Übergang – verselbständigt sich die E-Entwicklung, und beschleunigt sich; die Befreiung der Zinsen, und der Geld-/ Kredit-Bewegung folgen dabei. Konsumverzicht wird z.T. erzwungen (Lohn-Druck folgt.). Das weist aber auch darauf hin, dass es nun schon um eine hochentwickelte Konsumgesellschaft geht.

Selbst die Keynes'sche Theorie (-> „Konsumverzicht, effektive Nachfragsteigerung durch den Staat) geht noch von Konstruktionen des Begriffsapparates aus, die von der technisch-ökonomischen Realität überholt sind.

Der liberalen „Freiheit“ der Kredit- und Geldvermehrung stehen tendenziell beliebige Freiheitsgrade aller ökonomischen Funktionen und Strukturen zur Seite. Deshalb muss z.B. kein „Verzicht“ auf Konsum erzwungen werden (als Lohnkürzung,

Steuererhöhung etc.). Aber dazu müsste global eine Abstimmung der sich gegenseitig zwingenden, einengenden „Konkurrenten“ (Konzerne, Nationen) erfolgen.

Die VWL ist eine „Technik“: Die ökonomischen Komplexitäten, die immer mehr zunehmen, zeigen, dass diese als Wissenschaft (VWL) dies nicht (nach traditionellen wissenschaftlichen Vorstellungen) bewältigen kann.

Die wirtschaftspolitische Vergesellschaftung verlangt einheitliche ideologische, auch parteipolitische Festlegungen – was nach wissenschaftlicher Einsicht nicht mehr möglich ist; z.B. Festlegung auf „Neo- Liberalismus“, „Keynes soziale Marktökonomie“, „realsozialistische Plan- Markt-Mischung“, „neosozialistische Marktökonomie (China)“.

Zum Beispiel ein flexibles, pragmatisches Verhalten in der Unterbeschäftigungssituation und Nachfrage-Lücke; in der Überbeschäftigung Regulierung durch Zinserhöhung. Oder z.B. gesellschafts-politische Vorgaben (Ig), nach denen sich die „Instrumente“ (E), welche jene Theorien sind; zu richten haben.

Schon Keynes stellte seine Wirtschaftspolitik ab auf das Auftreten von „Nachfragerlücken“ - und er fordert eine expansive Geldpolitik, um diese Lücke zu schließen.

Wp sind diese „Lücken“ philosophisch konkrete Varianten der objektiven Tatsache, dass die E-Entwicklung vorausgeeilt ist; also ihre Aufgabe erfüllt hat, aber aus organisatorischen, ideologischen, politischem Versagen der Gesellschaft, die jetzt notwendigen I-Ausweitungen nicht stattfinden.

Für dieses gesellschaftliche „Versagen“ gibt es komplexe gesellschaftliche Voraussetzungen, die nicht direkt mit jenen E-Potenzen zu vergleichen sind.

So erkennt Keynes, dass die Zinshöhe vielfach wichtig ist, für α) die Beziehung zu Investition, Konsum, Produktion – also für die „real-ökonomischen“ Kreisläufe und β) für die Geldsphäre selber (Geldangebot/ Geldnachfrage - Höhe in Wechselwirkung mit Zinsniveau, Wertpapiermärkten), aber auch γ) für allgemeines gesellschaftliches (politisch, ideologisches) Geschehen; z.B. für die Motive ökonomischer Handlungen („Spekulationsmotiv“ Kassenhaltung Liquiditäts-Verzicht) Vorsichtsmotive und allgemein gesellschaftliche Ängste, Hoffnungen, sie liegen dem zugrunde.

Wogegen die „Klassiker“ nur das Grundmodell der empirischen „oberflächlichen“ Erscheinungen als wissenschaftliche anerkannten. Zum Beispiel die „Geldnachfrage“ hänge von den Transaktionen, Preisniveau, Kassenhaltungsdauer ab; bei geschlossenen in sich dynamischen Kreisen -> E.

Beides ist wirksam; auch hier in den „technisch-wissenschaftlichen“ Phasen setzt sich die Dualität der Begründungsausweitung (-> $R_w, R_z, I/E$) und die $(E, G / R_z)$ / der empirischen Reduzierung (bei Wirkung -> Entwicklung und Erklärung) durch.

Worin besteht die Weiterentwicklung der VWL durch Keynes?

Die einfachen und „logischen“ Kreisläufe des Marktmodells wurden in der gesellschaftlichen Realität die kollektive „Emotionalität“; vor allem die der Kapitalbesitzer -> „spekulative Kassenhaltung“ u.ä, aber auch die der AN, Konsumverzicht, Unsicherheit des Arbeitsplatzes.

Diese Weiterentwicklung nimmt zwar die I-Seite gesellschaftlicher Art auf, aber gegenüber der (z.B. marxistischen) umfassenden Analyse wissenschaftlicher Art, ist das eher ein pragmatisches Vorgehen; z.B. gilt, dass prinzipiell alle „I“, (Ik aller Bürger, vor allem der AN) stets zu erfüllen sind -> Arbeitsplatz, Konsum; und von daher eine Ig-geleitete Wirtschafts-Politik zu erfolgen hat; wobei die Marktmechanik ein hilfreiches Instrument ist.

Die Neo-/ Klassiker folgen in ihrem ökonomischen Verhalten und der Theorie individuellen Optimierungskalkülen, die der Ausdruck der E-Entwicklung (als Ii) sind. Wobei richtig gesehen wird, dass „Ungleichgewichte“ diese E-Entwicklung bremsen; abstrakt: „G“ führt als Gleichgewichtigkeit, optimal auf kürzestem Weg, zu „E“. Inhaltlich, Allokation führt zu optimaler, effizienter Anpassung; z.B. der P-Faktoren an vorgegebene Strukturen.

Das Keynesianische Modell fasst diese vielen Ii (bwl), die aber alle nur formal zur E-Entwicklung neigen, zusammen: Es sind die mikroökonomischen Aggregate mit ihren mikroökonomischen Optimierungskalkülen, (vereinfacht: „Profit“).

Dabei gibt es Ungleichgewichte, die z.B. als das Beschäftigungsproblem und der effektiven Nachfrage, von Keynes gesehen werden; als die der Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Es muss sowohl die mikroökonomische wie die makroökonomische Praxis (und beider Theorien) berücksichtigt werden; und was zu Gleichgewichtsforderungen in vielen ökonomischen Bereichen gehört.

Die „Vereinfachung“ der immer komplexer werdenden ökonomisch-technologisch-organisatorischen VWL - global durch Keynes' „Nachfrage“-Betonung (Staat füllt Lücke) und „neoklassische Subjektivität“, sowie durch Theorien „rationaler Erwartung“, dann die Reduzierung auf das Gleichgewicht „Angebot-Nachfrage“, versucht eine Politik, die die Markt-Idee (mit Dynamik, Kreativität, Ausbeutung, -> Konkurrenz) aufrecht erhält.

Die philosophische Gesamtlage: α) das funktioniert kaum noch β) Ursache ist die Ii,k,g-Verstärkung global, γ) „geplante“ Märkte (-> China ist dabei wohl der Ausweg).

Zentrale mikroökonomische Phänomene (in Theorie und Praxis) zeigen die wissenschafts-philosophische Seite deutlicher. Zum Beispiel die E-Entwicklung (auch als Beschleunigung), differenziert hier als Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, in und durch einzelne Faktoren, wie z.B. „technischer Fortschritt“ oder z.B. als quantitativer/qualitativer „Beschäftigungswandel“.

Die Produktionskapazität verändert sich und dadurch das Volkseinkommen etc. Welche Determinanten gibt es dafür?

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, mit ihren für wichtig genommenen Maßzahlen (Bruttonationaleinkommen und das BIP) zeigt die gesamtwirtschaftliche Produktion als die Wertschöpfung (\rightarrow „I“). Und als die Wichtigkeit der E-

Entwicklung, gerade auf dem Gebiet der Ökonomie und dabei der ökonomischen Technologien (\rightarrow N,G).

Philosophisch gesehen zeigt das α) die allgemeine Objektivität von „E“ und β) speziell die der ökonomischen Seite, (was ja philosophische Argumente moderner Art stützt).

Der Einfluss der I-Seite nimmt dabei zu. Deshalb geht man heute dazu über, die „Qualitäten“ (Lebensqualität etc.) „Bewertungen“ (\rightarrow „I“) in die Messung der Entwicklung des BIP einzubeziehen.

Das ökonomische Wachstum, als Variante der E-Entwicklung konkretisiert sich in: Steigerung der Produktionskapazität, der Arbeits-Bevölkerung, des Kapitalstocks, und Weiterentwicklung der Produktionsverfahren.

Das muss kombiniert werden α) mit den „Nachfragefaktoren“ (Erweiterung der Absatzmärkte etc.) β) Die „brutto/ netto“-Betrachtung, (Fall der Profitrate): Die Tendenz, dass es „Sättigungen“ gibt, hier speziell, dass die geschaffenen Strukturen (z.B. Verkehrs-Infrastruktur) erhalten werden muss, ohne eine neue E-Entwicklung zu sein.

Die Trennung von Angebot und Nachfrage ist eine der fundamentalen Schwächen bisheriger ökonomischer Theorie und Praxis. Wobei aber zu beobachten ist, dass es Annäherungen gibt; z.B. in der umfänglichen Theorie des „Marktes“.

Philosophisch zugrunde liegt dem die objektive und „freie“ E-Entwicklung und abhängig und daher verzögert, auch die „freie“ (daher abweichende) I-Entfaltung.

In der heutigen Theorie erscheint das als Trennung von Angebot - (auf die Entwicklung der Produktionskapazität, der „Strukturen“, ->

„Wachstumstheorie“ „dort angesiedelt, gestützt) und Nachfragefaktoren; die dagegen in der „Konjunkturtheorie“ speziell thematisch untersucht werden.

Bei der E-Entwicklung im Ökonomischen spielen Ursachen eine Rolle, die man philosophisch erweitern kann. Das sind erstmal α) eine quantitative und eine qualitative Entwicklung. Die „Ökonomie“ betont eher die quantitative Zunahme von E. β) Dies geschieht durch den Einsatz von anderen E (Vor-Phase und/oder spätere -> Wechselwirkung aller Phasen“) (z.B. „Geld/Geldkapital, PM, Wissen). Die qualitative Veränderung erzeugt – eher – neue E, z.B. mehr Wissen, z.B. qualitativ höhere Ware.

Die qualitative Höherentwicklung ist mit der S-Abnahme verbunden, die quantitative dagegen ist eine S-Zunahme (mehr „Materie“-Einsatz).

Die Zunahme der P-Faktoren: „E“ werden als Mittel zur E-Entwicklung genutzt: $E1 - > G -> E2$ etc.

Die Faktor-Qualitäten werden verbessert, -> I/E; durch deren E-Entwicklung und I-Entfaltung wird durch diese Seite der „PM/E“ die E-Entwicklung bewirkt, (dito parallel die weitere I-Entfaltung). Das alles wird stets zugleich Von der Entwicklung der N-, G/- Prozesse, hier auch der Arbeitsteilung u.ä. begleitet – um die E-Entwicklung voran zu treiben.

Für uns kommt es darauf an, dass (und wie) die Ursachen des Wirtschaftswachstums (als E-Entwicklung) die I-Seite fördert oder hindert. So hängt auch die Menge der verfügbaren Arbeit vom Bevölkerungswachstum ab; diese Voraussetzung für die E-Entwicklung (Warenangebot etc.) ist jedoch abhängig von der I-Seite, hier von der Güternachfrage; damit ist das Verhältnis (erst E-Entwicklung und daraus I-Entfaltung) verändert. Die E-Entwicklung hängt jetzt von der I-Entfaltung ab.

Ein Großteil der VW- internen Diskussion dreht sich darum, ob die Bevölkerung nicht stärker wachse als deren Ernährungsmöglichkeit (Malthus) oder umgekehrt; heute, ob die ökologischen Schäden nicht die objektive E-Entwicklung konterkarieren. Der Grundfehler war die Nicht-Beachtung der I-Seite, die als „I/E“, als Qualitäten stets mitspielt, hier als Qualität des technischen \rightarrow I/E-Fortschritts, vor allem als „ökologische Qualitäten“, als erweitertes Wissen (E) und gesellschaftliches Wollen (Ig).

Wieso ist für den ökonomischen Wachstumsprozess vor allem die Qualität des Faktors Arbeit von Bedeutung? Bei genauerem Hinsehen ist jede „allgemeine Entwicklung“ stets ein I/E-Prozess ($= I \rightarrow N, G \rightarrow E$), (der Extremfall $E1 \rightarrow G \rightarrow E2$). Genauer: Wie in allen „praktischen“ z/w-Einflüssen gilt beides; hier also durch der P-Faktor „Arbeit“ wird I/E („Qualität“) genutzt und durch den P-Faktor Kapital/ PN u.ä. wird „ $E1 \rightarrow G \rightarrow E2$ “ genutzt; beider Kombination ist z-w zu z/w.

Es ist kein Zufall, dass die Investition in die Qualität hineingesteckt wird, öffentlich und privat (\rightarrow mehr AN- Kinder machen Abitur).

Unterricht, Bildung, (auch in Massenmedien z.B.), aufs „Humankapital“ setzende E-Wachstumspolitik ist ein systematischer Weg, der bezeichnenderweise relativ „spät“ entdeckt und nun wissenschaftlich und philosophisch analysiert wird.

Es geht dabei um objektive I/E-Entfaltungs- und Entwicklungs-Dynamik.

Die allgemeine E-Entwicklung betrifft auch das „Realkapital“. Der P-Faktor lässt sich als Menge („capital-widering“) vermehren, um mehr zu produzieren. Oder/ und als Capital-deepening; neue Maschinen mit mehr Arbeits-Produktivität u/o qualitative Verbesserung der Arbeitssituation und der Produkte etc.

Die Nebenfolgen (Arbeitslosigkeit, Qualität) sind letztlich als „I/E“ zu analysieren. Konsumverzicht, Sparen ermöglicht bisher die Produktion weiterer Kapitalgüter, bzw. weitere Produktionsumwege einzuschlagen. Hierher gehören heute allerdings zwei wichtige Neuerungen/ Differenzierungen: α) Die Konkurrenz-Ökonomie besteht darin, dass das traditionelle Schema (Konsumsparen \rightarrow Investition) für einzelne Haushalte, Unternehmen, nationale Ökonomie gilt – für andere aber bereits nicht mehr. β) Denn die ökonomischen Möglichkeiten (z.B. AN -, P-Faktoren-Kapazitäten) sind derart potent, - (Liegen jedoch z.Z. still) – dass beide, Investition und Konsum, parallel weiter erhöht werden können.

Für die „Wissenschafts-Philosophie“ ist die E-Entwicklung, als Entwicklung des Wissens, grundlegend und qualitativ bestimmend.

Zu deren Fundierung gehört α) die Kreativität (-> Ii) des Menschen, β) die Umsetzung der formalen, freien, phantasierenden kreativen Fähigkeiten in E; Dieses Zusammenspiel, I/E, kennzeichnet „Techniken“ auch weiterhin; die E-Vorräte (Wissen, PM, Kapital) werden durch (immer neue) „I“ erweitert, kombiniert etc.

Die wissenschaftliche Systematik der „Ökonomie“ ist eine Wechselwirkung der I – bestimmten Wissenschaften, die hauptsächlich auf die I-Seite (Ii-Ik-Ig) begründet sind, jedoch auch mit den wissenschaftlichen Systemen der Naturwissenschaften, und weiteren Phasen, was dadurch jene „Komplexität“ erhält, welche im herkömmlichen wissenschaftlichen Alltagsdenken auffällig ist.

Es gab da noch keine Möglichkeit, aus den (noch unbekannt) Grundlagen von moderner Physik, Biologie u.ä., Systematiken für die Technologien und deren Entwicklungen abzuleiten.

Die technologische Entwicklung ist aber eine entscheidende Determinante des Wirtschaftswachstums .

Die „allgemeine Entwicklung“, und daher auch die der „Techniken“ insgesamt, ist letztlich der Übergang von den Naturwissenschaften, den Sozialwissenschaften etc. und hier auch die „Ökonomie“. Das heißt auch, alle ökonomischen Details wie z.B. „Faktoreinsatz“ „Einkommen-/ Verteilung“ etc. sind davon her gestaltet.

Wir wollen vor allem die philosophischen Übergänge zwischen E-Entwicklung und I-Entfaltung untersuchen; z.B. wie die Selbstanwendung der Natur als PM-Entwicklung (E) die I-Entfaltung voran bringt. Zwar auch als Arbeitslosigkeit durch technologische Entwicklungen, aber eben auch immer als Chance für die I-Entfaltungen.

Die E-Vollendung als tendenzielle Beherrschung der Naturgesetze (und deren technische Anwendung) hat zwei objektive „ökonomische“ Folgen. 1. Die „I“-Entfaltung als Versorgung aller Menschen in quantitativer und qualitativ optimaler Weise, 2. Formal auch von der I-Entfaltung: Die Befreiung von „der Arbeit“.

Wenn man diese „objektiven“ Folgen nicht als Rahmen aller ökonomisch-technologischer Politik sieht, macht die Gesellschaft Fehler, z.B. die Fehlhaltung zur „Arbeitslosigkeit“, Disharmonien bei der Ausweitung der Versorgung globaler Art, Verhinderung der Nachfrage durch kapitalistische Fehlhaltungen, zu niedrige Entlohnung, etc.

Die „technologische Entwicklung“/ als „Fortschritt“ ist komplex und umfassend (z.B. als „quantitativ“ („jeder hat ein Auto“) und qualitativ. Das auch in der Produktion (-> Arbeitsteilung etc.).

Hier berührt das allgemeine philosophische Verhältnis von Natur, Kultur, Psyche, Geist (als -> Phasik Entwicklung/ Entfaltung) eine „Technik“, die Ökonomie. Weshalb (und woher) diese Technik gesellschaftlich historisch „derart“ entscheidend ist.

Die drei Haupt -Theorien (Neoliberalismus, Keynes, Sozialismus) haben je theoretische und praktisch richtige und ideologische Teilaspekte, So können von bürgerlichen VWlern die marxsche Behauptung, dass die

technologische Entwicklung zu Arbeitslosigkeit struktureller Art führe, nicht nachvollzogen werden (sogar gegen empirisch verbürgte Faktizität).

Zudem zeichnet diese ideologische Haltung noch aus: a) Marx hat die Freisetzung von Arbeit ja auch als positive Chance für Sozialismus/ Kommunismus gesehen b) Begleiterscheinung im Kapitalismus, wie die Veränderung in der Einkommensverteilung, arm-reich, werden ebenfalls abstrakt negiert. c) Marx hat bei der Analyse der „historischen Tendenz“ keineswegs die Fortschritte der technischen PM übersehen.

Die pragmatische Grundhaltungen (z.B. Keynes, SPD), die sich auf einzelne Aspekte konzentrieren, hier als Ursachen ökonomischer Krisen, welche „unzureichende effektive Nachfrage“ bekämpfen, kann man bei der Komplexität der gesellschaftlichen-technologischen-ökonomischen „Netze“, eine Wirkung (hier auf die Beschäftigungszunahme von P-Faktoren Arbeit und Kapital) nicht absprechen; d.h. prinzipiell kann man an jedem „Symptom“ ansetzen, um zu wirken. Aber die Wissenschaftsphilosophie muss umfassender arbeiten.

Man kann also vernünftigerweise die Arbeitslosigkeit nicht allein von der technologischen Entwicklung oder von unzureichender Nachfrage o.ä. herleiten. Ebenso gilt umgekehrt, dass man die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf viele Weise führen muss.

Wichtig ist aber, dass die kapitalistisch-bürgerliche Analyse (und daher die politisch-ökonomische Praxis) sich immer mehr selbst einschränkt; zum Beispiel galt lange Zeit die wissenschaftlich-akademische „Meinung“, dass es weder strukturelle Arbeitslosigkeit noch gar ökonomische Krisen umfassender Art in Marktsystem geben kann. (Der wissenschaftliche Fehler ist dabei die entscheidende Fehllaltung). Man muss zwei Ebenen unterscheiden, die zeitweilige Arbeitslosigkeit durch ökonomisch-technologische Veränderungen, regional, nach einzelnen Unternehmensentscheidungen und die Gesamt-Tendenz. Letztere ist ein Wettlauf zwischen historischen Freisetzungen von AN durch modernisierte Technologien und der absoluten Kapital-Zunahme.

In „strukturschwachen Regionen“, auch die der hoch industrialisierten Länder, vor allem aber in der 2. Welt und 3. Welt ist der Mangel an absolutem Kapital-Einsatz der entscheidende politisch-ökonomische Fehler.

Die kapitalistische „Fehllaltung“ dabei ist die, dass die mikroökonomische Orientierung nicht ausreichend ist für den Ausgleich der strukturellen Entwicklungen; welche Arbeitslosigkeit und zu langsames Aufholen der 3. Welt verursacht.

Einzelne Unternehmen o/u Kapitalsammelstellen (meist zu wenig potent.) sind langfristig zu wenig planvoll, es fehlt an Forschungsvorlauf.

Die nur - sekundär wichtige – Unterscheidung, ob eher Nachfrage – oder Angebotsfaktoren wichtig für den ökonomisch-gesellschaftlichen Fortschritt („Wachstum“, E-Entwicklung, dito I-Entfaltung) sind, wird heute sogar nicht mehr von der technologischen Entwicklung zu beantworten sein. Obwohl gerade daraus immer und allgemein noch eine Abhängigkeit von den Erfindungen (also vom

„Angebot“) besteht, kann man sagen, dass bei entsprechender „Nachfrage“ jedes technische Problem heutzutage „lösbar“ ist.

Normalerweise gilt, dass das Produktionspotential von den Konsumenten, Produzenten, dem Staat, dem Ausland in Anspruch genommen wird, aber heute ist das zeitweilig überholt. Das P-Potential liegt tendenziell in bestimmten Industrieländern unausgelastet brach; Es kann jedoch jederseits beliebig ausgeweitet und modernisiert werden. Und in einigen Ländern der 2. Und 3. Welt wird es – „systematisch“ – nicht errichtet.

Diese drei Quellen der E-Entwicklungs-Bremmung sind ein negatives Kennzeichen dieser historischen Epoche.

Die ökonomische Theorie kämpft – dessen ungeachtet - auch noch mit Problemen wie das der einfachen „Nachfrage“.

Dass es in historischer, gesellschaftlicher Praxis stets um I/E geht/ gehen sollte, und nicht um die E-Entwicklung allein (hier im Technischen, Ökonomischen) zeigt, dass nach und nach die gesamtwirtschaftliche (-> gesellschaftliche) „Wohlfahrt“ gesehen wird - und nicht nur traditionell das „Wachstum einer Wirtschaft“.

Das bringt die I-Seite mehr denn je ins historische Spiel: Man muss von einer „Nachfrage“ ausgehen, die dynamische I-Entfaltung mit berücksichtigt; und diesen „I“- I/k“ alle möglichen Produktionsbereiche beeinflussen lässt; z.B. nach „Qualitäten“ ökologisch, gesundheitlich, psychologisch, politisch, ästhetisch etc. als I/E.

Die quantitative Erfassung der „Wohlfahrtseffekte“ des Wirtschafts-Wachstums ist mit der E-Entwicklung nicht hinreichend möglich. Weil hier vor allem die I_i, I_k, I_g, I_w und deren prinzipielle Dynamik und Kreativität u.ä. zu erfassen ist.

Man muss es aber versuchen; dann mit Kritik, Relativierungen und ausführlichen Kommentierungen.

Das ist ein tiefes philosophisches Problem, nämlich, dass die I-Seite „unfassbar“ ist – (wobei die quantitative Erfassung in „Techniken“ fundamental ist). Aber eben diese nicht nur. Auch die fortwährende E-Entwicklung kann kaum sistiert werden. Dito „N/G“: Die quantitative Erfassung des „Produktionspotentials“ (z.B. auch Denkarbeit, Häusliches Arbeiten, Bildung -> etc.) zeigt (als I/N/G/E) immer wieder neue Probleme.

Die P-Faktoren bestimmen in ihrem Wachstum die der VW, als E-Entwicklung/ I-Entfaltung. Weil in jedem P-Faktor ebenfalls/ schon I/E steckt; als Menge (-> E) und Qualität (-> I/E) von „Arbeit“, „Kapital“, PM.

Diese Entwicklung/ Entfaltung wird, im Detail, z.B. als „technische Entwicklung“, deutlicher/ konkreter.

Wachstum und Konjunktoren: Das Wachstum ist der E-Entwicklung bzw. der engen E-Entwicklung/I-Entfaltung zuzuschreiben.

Wenn man aber bedenkt, dass je höher die E-Entwicklung, umso freier die I-Seiten

sind, dann müssen deren I-Einflüsse gesondert bedacht werden. Das betrifft z.B. die „Konjunkturen“. Und das ist in der Praxis, bei „Techniken“ allgemein so. Diese I-Freiheiten (I_i , auch I_k) sind die Ursache für die starken Schwankungen in der Ausnutzung der gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentiale – und der ökonomischen Folgen insgesamt. (z.B. E-Entwicklung; das betrifft den Investition, Konsum etc. Diese Bereiche z.T. sehr unterschiedlich, aber eben dann die gesamten Zusammenhänge. Die „I-Spontalität“ ist philosophisch wichtig. Hier wird sie aber, z.B. durch „Planung“, z.T. gedämpft; -> E-Variante, „G“.

Die zwei wichtigen Phänomene zur Beschreibung der Konjunktur sind α) der „Auslastungsgrad des Produktionspotentials“: Es ist die I/E-Kombination, welche E als absolute Ansammlung/Kombination aller PM etc. ist, im Verhältnis zur „I-Nachfrage“. Und β) die „Kapitalproduktivität“; welches das E-Entwicklungs-Niveau im Verhältnis des reingesteckten Kapitals zum produzierten neuen Kapital ist; also eine Beschreibung des E-Entwicklungs-Ablaufes als Hinzugewinn an E. (Produktionszuwachs pro Mehreinsatz des Kapitals).

Wie erklärt man das Auseinanderklaffen zwischen Produktionskapazität und der effektiven Nachfrage? Oder anders gefragt, warum widersprechen sich Marktmechanismen und Konjunkturverlauf? Die „Marktmechanik“ ist letztlich eine E-Konfiguration. Jede ihrer „Störungen“ sind I-Einflüsse (subjektive oder z.B. Natur-I).

In der Plan-Ökonomie ist „ I_k, I_g “ primär. (Störungen kommen woher?) „Ökonomie“ ist „Technik“ und daher „I/E“, was man auch als „pragmat“-methi sehen kann

Dass (nach klassischer Meinung) innerhalb des Marktes keine Konjunkturschwankungen entstehen können, hängt mit dem relativ abstrakten Modell „Markt“ zusammen. Es ist als Modell dynamisch und dadurch inhärent stabil, angebunden an realistische ökonomische Kategorien (Angebot, Nachfrage). Und daher ist es so überzeugend.

Was bei solchem I/E=E (dynamischem Gleichgewicht) unberücksichtigt bleibt, sind die freien „I“ (I_k meistens), welche z.B. aus politischen Gründen Nachfrage-Ausfall erzeugen, (exogene Schocks). Ähnlich: Zu langsame Dynamik.

Prinzipiell kann man zur philosophischen „Erklärung“ der Theorie des Systems der VWL von jedem seiner Details ausgehen. Das geht deshalb, weil es in allen z/w-Phasen um enge Wechselwirkungen zwischen den „Subsystemen“, den „Details“ geht.

Geht man zum Beispiel von der Unterkonsumtivität aus. Die geringe effektive Nachfrage steht da am Ende der kapitalistischen Ökonomie: Der Profit und Investition (als normale Verwertung des Profits) ist letztlich nur bei Konsum -Niveau-Erhöhung möglich. Wird also das Lohnniveau nicht analog zur Investition erhöht,

kommt es zu Unterbeschäftigungserscheinungen und zu noch geringerer Konsumnachfrage etc.

Ein anderer Einflussprozess kann z.B. von der Zinsveränderung/-erhöhung ausgehen. Die keynesianische antizyklische Politik mit ihrem wirtschaftspolitischen Instrumenten kann Konjunkturschwankungen n.o.w. glätten.

Was zwar Krisen einkalkuliert, aber diese nicht systematisch eliminieren will und kann.

Eher zweitrangige ökonomische Theorien, Systeme, wie das Schumpeters, betonen einzelne Strukturzüge zur Erklärung; z.B. der „Konjunktur“: Als die „Dynamik, Risikofreude der Unternehmer“; (wir: als objektive I-Freiräume, die auch psychologisch bei jedem Menschen wirken) in Verbindung mit „technologischen Neuerungen“, (wir: objektive E-Entwicklung); diese seien die auslösenden Momente der Konjunktur. Oder auch die „Gewinn-Suche“, die man als „Varianz“ der I/E ansehen kann.

Zentral für jede ökonomische Theorie, speziell der „Konjunkturtheorie“, ist die „Nachfrage“. Die Nachfragefaktoren stehen am Ende, als Ziel allen ökonomischen Handelns. Eine Strukturierung zeigt dann eine Dreiheit: Nachfrage ist geringer/ höher als die Produktionskapazität, sowie beide im Gleichgewicht.

„Krisen sind dann an die beiden Ersteren gebunden; sowie an deren Unterscheidung. Formal gelten auch hier z/w (I/E, N/G) und dynamische („krisenmäßige“) z/w -Ungleichgewichte (also freie z,w -Zusätze).

Dahinter steckt eine inhaltliche Ausweitung der formalen Markt-Mechanismen: Nicht nur die I-Seite treibt bei „der Übersteigerung der Nachfrage über die Produktionskapazität“ die Preise hoch, sondern die höheren Preise sind zusätzlich Gewinne und Invest-Chancen. Aufforderungen, um die E-Entwicklung in diesem Detail zu beschleunigen. (Ähnlich: Lohn-Erhöhung).

Die kapitalistisch-bürgerlichen Analyse-Mängel beschreiben die Konjunktur nur formal, z.B: Mangel an Finanzmitteln bei überhitzter Konjunktur -> Zins steigt -> Liquiditätsengpässe bei Verschuldeten -> Nachfrage sinkt -> Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung (dito andere P-Faktoren) -> etc.

Eine tiefere Analyse: z.B. Grenzen durch Ungleichgewichte (Produktivitätsstärke bestimmen den Durchschnittsprofit, andere, weniger rentable gehen Konkurs), weil Märkte/Konkurs nicht von einer inhaltlichen Metaebene bewertet werden. So dass sozial wichtige Güter, Arbeits-Verhältnisse etc. gegen die finanziell o.ä. stärkere (globale) Konkurrenz gesell zu stützen sind.

Konjunkturen gibt es auch bei den Wachstumsphasen: Zusammenspiel von E-Entwicklung (Wachsen) und „I“ (spezifische: I- Nachfragen u.ä.)

Welche Einflüsse auf den Konjunkturverlauf haben die Systeme „Plan“ und „Markt“? Der „Markt“ hat kräftigere Antriebe, ist kreativer, flexibler, effizienter, durch die „Eigennutzsysteme“. Die ökonomische Planung hat größere Verteilungsgerechtigkeit, Langfristigkeit, Berechenbarkeit, sozialen Schutz, keine

Arbeitslosigkeit, qualitativ durchdachte Investition und Konsumgüter; keine traditionellen Krisen, Risiken für Einzelne.

Von daher darf den Ideologen der einen oder der anderen Seite in Gesellschaft und Politik nicht ungeprüft nachgegeben werden.

Keynesianische Wachstumsimpulse ist letztlich nur eine Verschiebung der Nachfrage; entweder regional oder zeitlich, meist auch von der Investition zum Konsum. Dann aber macht sich bald der Mangel an modernisierender Investition bemerkbar. Hilfe bringen nur neue Märkte (Export, Außenökonomie).

Solch Fundamentales, für die „Technik“ der VWL, wie die Arbeitsfaktoren (Arbeitslosigkeit u.ä. sind „nur“ Ableitungen, Anhängsel an der Entwicklung der N,G, E und der I-Entfaltung. Denn man kann sich vorstellen, dass Maschinen (PM,E) (E-Entwicklung) die „Arbeit“ (G,N,N/G) machen – und die Ii (Kreativität) der Menschen und die „Ik,g“ des allgemeinen Konsums Priorität haben. Dennoch muss die „technische Theorie“ die „Arbeit“ in theoretischer Fassung beachten.

Wenn man den Zusammenhang zwischen ökonomischen Wachstum und der Beschäftigung analysieren will, muss man genauer sagen, was Wachstum ist. So kann z.B. eine Änderung im Einsatz der P-Faktoren (PM oder AN) durch Investition stattfinden – und das Anwachsen des BIP steigern. Wie kann man diese Komplexität reduzieren? Als -> „Invest-Konsum“: Invest -> E-Entwicklung, Konsum -> I-Entfaltung“.

Wozu die meisten ökonomischen Systeme heute noch nicht bereit sind, die Arbeitszeit zu kürzen und die „Auspowerung“ am Arbeitsplatz zu reduzieren. Eine gewisse Arbeitslosigkeit, bei technologisch hohem Niveau, ist allerdings nicht zu vermeiden.

Das gängige ökonomische System verteilt das tendenziell größer werdende gesellschaftliche Kontingent an Freizeit auch anders: Arbeitslose werden von der öffentlichen Hand alimentiert - und die großen Firmen meiden Steuerzahlungen, das um die leistungsfähigeren (technologisch, ökonomisch) Unternehmen zu bewahren und die minderen auszuscheiden.

Die VWL ist vor allem eine „Technik“, und als solche muss sie „praktische“ Probleme praktisch lösen; z.B. die Arbeitslosigkeit und der Arbeitskräfte-Mangel; auch die verschiedenen regionalen Unterschiede etc.

Aber das muss alles vor dem Hintergrund der theoretischen Strukturen geschehen, - was meist nicht gelingt. Denn die „Theorie“ sagt z.B., dass die P-Faktoren austauschbar sind, oder dass das Güterangebot (->E) schneller wächst als die I-Seite (jedenfalls „regional“) u.ä.

Preis und Inflation sind zentral, weil man α) den allgemeinen Sinn von „Ökonomie“ und β) den spezifischen Sinn im „Gebrauchswert“ suchen muss.

Philosophisch-wissenschaftlich gesehen, verbindet das wichtige Kernpunkte: Die Subjekt-Phase, die E-Entwicklung, die I-Entfaltung – (Chance der Teilhabe -> Selbstverwirklichung/Selbsterhalt des Individuums).

Näheres zeigt die spezifische Entwicklung in den qualitativen Güter-/ Waren-Bereichen.

Feststellbar ist, dass es in Deutschland eine Verschiebung des „Gebrauchswerts-Konsum“ in 3 Richtungen gab:

1. Formal als Energie-Verbrauch, 2. Bildung, Gesundheit, Verkehr,

Nachrichtenübermittlung; was man der E-Entwicklung zuordnen muss, 3.

Unterhaltung, Freizeit, Körperpflege, Wohnung, was der I-Entfaltung zuzurechnen ist.

Dabei alle Überschneidungen etc.

Die Inflationstheorien sind verschieden, weil die Ursachen unterschiedlich sind. Zum Beispiel die Abhängigkeit des Preisniveaus von der Geldmengenentwicklung und vom realen Brutto-Sozialprodukt. Heute ist die Dynamisierung dieser Überlegung wichtiger: So als Anreiz der Investition und des Konsums durch systematische Geldmengenvermehrung; z.B. muss jeder Investitions-Wirkung deren Kreditierung zeitlich vorausgehen.

Philosophisch: Die objektive E-Entwicklung-Beschleunigungs-Notwendigkeit.

Die Annahme, dass Wachstum und Inflation gegensätzlich verlaufen müssen, ist nicht eindeutig zu belegen, weil beides ökonomische Prozesse von einer gewissen Komplexität sind.

Das hohe Wachstum muss dann z.B. differenziert werden; z.B. wieviel Güter, Waren zusätzlich bereit gestellt werden, gegenüber der Kreditmenge, die für erweiternde Investition zusätzlich erzeugt wurden.

Die Keynesianische Inflationstheorie (mit Zusammenspiel zwischen Nachfrage und Angebot) wird konfrontiert mit der Quantitätstheorie (Geldmenge). Das ist aber letztlich die Differenz von Schnelligkeit (-> E-Beschleunigung und Krisen) von Entscheidungen bei Geldentscheidungen „vs“ Gründlichkeit (Güterwirtschaft): so kann man Krisen-Ursachen besser beheben.

Ist Inflation aus „Kostenerhöhung in der Produktion“ möglich? Das kann nur „abgestuft“ beantwortet werden: α) Der die Kosten hat (z.B. Lohnkosten) übertreibt meist unsachlich, oft polit-ökonomisch; β) eine quasi-chaotische Ökonomie kann unter ihren Fehlern auch in dieser Hinsicht leiden, γ) Regional und zeitweilig gibt es Ungleichgewichte. Aber diese werden vom kapitalistischen System prinzipiell stets beseitigt. Das kapitalistische System (z.B.) tritt zwar in kreditfinanzierte Vorleistung, muss aber reale Güter schaffen, welche z.B. vorgezogene Lohnerhöhungen wieder ausgleicht.

Eine weitere nicht-monetäre Inflationstheorie (d.h. qu theor. Theo) ist die, welche

expansive Nachfrageeffekte als Ausgangspunkt sieht.

Alle diese quantitativ-theoretischen Überlegungen sind „2-stufig“: Um 1) „Nachzufragen“, muss schon genug Geld vorhanden sein, 2) dann bleibt als inflationsauslösend nur irgendwelche unklare Ungleichgewichte, die sich eventuell „ausbreiten“. Denn Nachfrage deckelt auch die vorangegangenen Investitionen/ Kredite; (es muss ja Lohn daraus gezahlt sein).

Alles in allem: Es geht um „technische“ Theorien, mit nicht eindeutigen und zuwenigen Zusammenhängen.

Wie wenig wissenschaftlich bürgerliche Ökonomie-Theorien sind, kann man an der „Philosophie-Kurve“ zeigen.

Diese besagt, es gäbe einen Zielkonflikt und Arbeitsplatzsicherheit. Solche Trade-off zwischen positiven Zuständen - Arbeitsplätze für alle und keine Inflation - sei naturgesetzlich nicht möglich, vereinfacht prinzipiell und aus politischen Gründen die ökonomisch-wissenschaftlichen Zusammenhänge; zum Beispiel erzeugen mehr Arbeits-Kräfte mehr Produkte; und höhere Löhne mehr Nachfrage; die keynesianischen Vereinfachungen gelten nur kurzfristig u/o in „chaotischen“ Ökonomien.

Die Frage ist – umgekehrt – kann Unterbeschäftigung durch inflationäre Geldpolitik bekämpft werden? Auch hier gilt es, kurzfristige – von langfristigen Wirkungen zu unterscheiden. Die sekundären Prozesse (Anpassungen). in langfristiger Art, haben dann ganz andere reale Wirkungen, z.B. auf Produktion und Beschäftigung und Verbrauch, Preisveränderung etc., als es kurzfristige Wirkungen sind.

Investitionen können inflationäre Tendenzen bewirken, diese dürfen aber nur α) kurzfristig, begrenzt sein und β) die Steigerung der Gewinne (allgemein) durch die Investition muss größer sein als die inflationären Effekte.

Eine moderne Wirtschaftspolitik hat dies, sowie die gesellschaftlichen Unsicherheiten über die künftige Preisentwicklung zu managen.

Ansonsten drohen Wachstumsverluste aus dem Rückgang der Kapitalbildung.

Auch das je optimale Gleichgewicht zwischen Konsum und Investition geht verloren, wenn durch Inflation die Einkommensverteilung durch mangelnde Lohnerhöhung schief wird.

Philosophisch gesehen, gibt es zwei Ursachen für „Inflation“, (Entwertungen). Zuviel Konkurrenz, (also zuviel I,k-Einsatz) und zuviel Geld/ Kredit/ Invest-Vorlauf.

Es muss mehr Arbeitszeit für eine Ware aufgewendet werden. Und „Wert-Abbau“ durch Überfluss. Das geht davon aus, dass weniger Arbeitszeit für eine bestimmte Ware (also für die I-Befriedigung) aufgewendet werden muss.

Jene widersprüchliche Dualität hat ihr Gegenstück darin, dass es zwei Gruppen gibt: Inflations-Gewinner (Schulden) und Inflations-Verlierer (AN, Gläubiger). Sekundär ist, Unsicherheit verhindert Wachstum -> E-Entwicklung, Arbeitseinsatz u.ä.

Die WiPo versucht Gleichgewichte zwischen Inflation und Deflation zu erreichen.

Man unterscheidet „personelle“ von funktionellen Einkommen. Die letzteren richten sich an der Produktion, der E-Entwicklung, der Leistungsgesellschaft u.ä. aus. Sie werden von Marx (-> Arbeiter, Produktion) bevorzugt – und sie werden von der Kapitalseite bevorzugt.

Die personellen Einkommen sind mit der Konsum-Seite und den Ii sowie dem humanistisch solidaristischen Grundkonzept verbunden.

Marx hebt diese I-E-Trennung auf.

Bei Einkommen/-Verteilung geht es um die Lohn- bzw. Gewinn-Quote. Es ist das eine Variante der allgemeinen theoretischen „Konsum-Investition“-Problematik.

Wobei das „kein Problem“ ist, insofern es einen notwendigen Kreis-Zusammenhang darstellt. (Verschiebung der ök Kraft von Ko. zu Inv. zu Ko. etc -> als dynamisches Gleichgewicht).

Neben diesem theoretischem dynamischem Gleichgewicht gibt es aber zusätzlich (und kurzzeitiger) die politische Dimension der Gerechtigkeit -> Abstrakter I/E (I= Konsum, E= Investition).

Die „funktionelle Einkommensverteilung“ hängt von dem Begriff der Produktionsfaktoren ab. Anstatt, bzw. als Sub-Struktur, von „Konsum-Investition“ können die Gebote der P-Faktoren gelten.

Die funktionelle und die personelle Einkommensverteilung läuft auf die zwischen AN und Kapital hinaus – und damit vor allem auf Investition und Konsum. – und damit auf jenes fundamentale Gleichgewicht jeder Ökonomie.

In der historischen Praxis hoch entwickelter Gesellschaften gibt es beim „Einkommen“ – und damit auch/ z.T. bei der strategisch-ökonomischen Mit/Bestimmung die „Querverteilung“: AN haben neben ihrem Lohn noch Zins-Einkommen aus Kapital (Eigenheim, Lebensversicherung, Aktien/ Wertpapiere etc. Die Haupt-Kapital-Eigentümer (Mittelstand) arbeiten als P-Faktoren, sogar relativ unselbständig. Daher gilt es, die ökonomischen Hauptfaktoren genauer zu sehen: E-Entwicklung (vs. I-Entfaltung).

Da Lohnquote und Gewinnquote nicht sehr genau getrennt werden können, (Aktien etc. bei AN) (Einkommen der selbständigen Erwerbstätigen, Unternehmer-Lohn), ist es ökonomisch aussagekräftiger, von Investition und Konsum zu reden.

Die niedrigen Lohnquoten in den vielen Entwicklungs-Ländern u - wie in Zeiten der europäischen Industrialisierung - zeigen die Investitions-Tätigkeiten an.

Daher sind in Zeiten der Hochentwicklung (EU, USA) äußerst wichtig, die Lohnquote regelmäßig, ständig, systematisch zu erhöhen, um die Investition nicht zu gefährden.

Die Ungleichheit und die Konzentration in der Verteilung der Einkommen hat philosophisch zwei Seiten, die „moralische“ (in einem anerkannten objektiven Ii-Ik-Ig-Iw-Schema), also die I-Seite. Und die sachliche E-Seite, welche Ökonomie-Krisen vermeiden lässt – (und damit die Wissenschaftlichkeit der Ökonomie und die konkret historische ökonomische Gesellschaft betrifft; und wenn die Konsum-Investition -> Konsum -> etc.auch als die Einkommens-Verteilung

stimmt.

Das Verhältnis von Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen kann man mit den Ii-i-Ik-Ig/ E Schema erfassen.

Dann ist Ursache für die Primärverteilung E (-> Produktions-/ Kosten); und Ii, Ik als Markt/ Konkurrenz in der Lohn-Bestimmung, und Ig, Iw sind politische Entscheidungen

Die allerdings ziemlich frei sind, z.B. als die Erhöhung der Einkommen, um die Gesellschaft zu stabilisieren.

Zur Sekundärverteilung der Einkommen zählen Steuern, Sozialversicherung, Transferzahlungen (Kindergeld, öffentliche Dienstleistungen).

Diese öffentlichen Umverteilungsmaßnahmen machen ökonomisch, politisch, ideologisch, moralisch Sinn.

Als Wechselwirkungen zwischen diesen Phasen – und konkret als ein „Ganzes“, ist das philosophisch verallgemeinert wichtig.(-> Ii-k-g/ E-Entwicklung).

Die Verteilung der Güter und Einkommen ist der Grad der Teilhabe an Mitbestimmung (-> Kapital-> Investition-> Ig-Beeinflussung) und der Selbstbestimmung (-> Ii, Konsum). Neben den qualitativ wichtigeren – unmittelbaren Verteilung (Lohn plus Hilfe) werden aber noch andere gesellschaftliche Ursachen wirksam, z.B. „Erbe“, regionalverschiedene Preisniveaus, Niveau der Infrastruktur, etc.

Wieso sind konsistente Abgrenzungen zwischen funktioneller und personeller Einkommensverteilung so schwierig? Das liegt – u.a. – daran, dass die VWL eine „Technik“ ist. Und die wissenschaftlichen Techniken, Methoden, Begriffe sind von z,w und I, N/G etc.geprägt.

Allgemein gilt: Alle Wissenschaften, Phasen, (hier VWL) und in ihnen alle Theorien (hier zum Beispiel vor allem Keynes) können den Anspruch haben, Teilaspekte darzulegen, theoretische und z.B. als praktische Vorschläge, Hilfen und Krisen.

Dennoch kann man auf die grundlegenden Reduktionskraft/ -verfahren von Wissenschaft und Theorien nicht verzichten; das geht in Richtung „z,w“ und „OG“. Wie die Theorien in allen wissenschaftlichen Phasen, kann die der Ökonomie nicht die Komplexität der ökonomischen Realität „vollendet“ erfassen. Denn im Hintergrund steht zusätzlich, dass alle Phasen wechselwirken müssen, um nur eine zu erklären. Es gilt daher nur, wie kann man die wichtigsten realen Phänomene/ ökonomischen Strukturen und Aktivitäten finden und beschreiben?

Die vielen Strukturen/ Funktionen dieser „Technik“ („VWL“) und deren Probleme, sowie deren Relationen untereinander etc. stellen komplexe Netze dar; zum Beispiel als „Produktion, Wachstum, technologisch Entwicklung, Beschäftigung, Inflation, Einkommens/ Verteilung etcö

Deshalb plädieren wir - vor allen speziellen Theorien politischer und ökonomischer Art – (Keynes, Liberale, Marx) – dafür, zuerst eine allgemeine wissenschafts-philosophische Aufarbeitung zu liefern; zunächst: Die „ökonomischen Grundideen“. Der Staat, Gesellschaft, Kollektive, Globalgesellschaft sind zwar Ik,Ig,Iw, aber nur

in den Relationen, Wechselwirkungen der „I“ untereinander, - z.B. Ii- zu Ik zu -Ig. Die E-Seite kann zwar in technologische Organisation, in wissenschaftliche, ökonomische Teilbereiche (Institute etc.) zerlegt werden, aber letztlich ist die „ökonomische“ Sichtweise eine spezifische Perspektive und Handlungsaktivität, die spezifische „I“ mit Hilfe der E zu neuen „I/E“ (in einer allgemeinen Entwicklung) macht..

Die Fragen sind: Wo zeigt sich das konkret? Welche Ig und welche zugehörigen E-Strukturen (PM, Wissen) hat man, will man haben?

Die zwei grundsätzlichen Organisationsformen des Wirtschaftslebens folgen der allgemeinen E-I-Einteilung; zu „I“ gehört N/G; zu E gehört G-N.

Der Sinn der zentralen Plan- und Verwaltungsökonomie ist der Akzent auf der E-, N-G-Seite; bei der Markt-Ökonomie liegt der Schwerpunkt auf der freien I-Bildung.

I/E ist die Praxis. Das umfassende Problem ist die flexible und detaillierte Abstimmung, Wechselwirkung etc.

Die Aussage, dass in der Realität ausschließlich Mischformen vorkommen, ist nicht trivial. Denn die innere Konsequenz der Markt-Theorie, wie auch der Plan-Theorie, kann in unbegrenzter Weise „Recht behalten“; man kann „alles planen“ oder die Marktmechanismen unbegrenzt zur dynamischen Entwicklung nutzen. Nur, es geht in der konkreten VWL um „Technik“, d.h. um I/E-Relationen (= „z/w“), also nicht um Unendlichkeiten (-> Rz oder -> Rw).

Der eigentliche Unterschied von zentraler Lenkung und Markt ist der, welcher Ik,g,w bewusst oder empirisch erkennbar, „marktmäßig“, erreicht. Die Plan-Ökonomie muss solche strategischen Zielsetzungen politisch, ideologisch bekannt geben, bzw. von vornherein und öffentlich diskutiert, festlegen. Die Markt-Ökonomie kann diesen Aufwand umgehen.

Der Vergleich zwischen beiden ist praktisch nicht möglich, weil jedes eine Mischform ist – und diese den alles beherrschenden E-Zwängen unterliegen (z.B. sind Markt-Gesellschaften in reichen Gesellschaften zu finden, nicht in planenden. Daher ist dort die I-Vielfalt (positiv und negativ) absolut größer.

Kann es eine vollkommen zentral gelenkte VW geben? Die zentralen Entscheidungen über alle Einzelheiten müssen sich mit dem Modell auseinandersetzen, bei dem die Ig die strategischen ökonomischen und gesellschaftlichen Ziele festlegen, dabei weniger ins Detail gehend. Im Kapitalismus ist die strategische Festlegung die E-Maximierung. Im Sozialismus sind es – mehr – die Inhalte der E (sowie der „I“).

Früher war eine ideologische Trennung zwischen „Plan“ und individuell eigenständigen Entscheidungen der Konsumenten und Produzenten üblich. Heute gilt die Unterscheidung und das komplexe Zusammenspiel von ökonomischer Organisation (mit technologischen etc. E-Entwicklungen als zentrales Ziel) und gesellschaftlicher, politischer Seite, als deren Hauptaufgabe, die Inhalte der „I“ (Ii, Ik,g,w) zu erfahren und zu entfalten. Tatsächlich finden da noch Übergänge statt.

Von „praktischen“ (politischen etc.) Interessen sind die „Abweichungen“, als Übergänge zum „Markt“ von der theoretischen, strikten Planungsmethodik. Und zwar als „Erfahrungs“-Schatz für viele mögliche Situationen: Zum Beispiel „feste Vorschriften“ für alle untergeordneten Instanzen; aber „Vorschlagscharakter“, als eigenständige Teil-Entscheidungen. Als Grade der Dezentralisierung, und andererseits als Manipulation der Präferenzen der Nachfrage. Es ergibt das einen großen Organisationsaufwand, den erst hochentwickelte Industriestaaten leisten können.

Der Marktmechanismus muss die doppelt unendliche „I“ (global viele Menschen mit je unbegrenzten Wünschen) verbinden mit den E-Seiten: Ig (Gesetze, Verträge, kleinstes Gemeinsames, sowie das E-Niveau). Das geht nur formal auf einem unendlichen Übergangs-Feld, mit vielen möglichen Strukturen, aber auch Gefahren mit zahlreichen Problemen, Einschränkungen u.ä.

Die Unterscheidung „Plan-Markt“ ist deswegen möglich, weil es „E-I“ gibt (-> z-w); aber genauso wichtig ist I/E.

In der vwl-Theorie zeigt sich das im „Plan“, von dem Stand der E-Entwicklung (PM, Geld, Wissen) ausgegangen wird, und als Funktion die E-Entwicklung steht. So alle großen E-Projekte (z.B. Banken, Industrie Groß-Investitionen etc.). Der „Markt“ geht von der I-Befreiung aus; (-> bürgerliche Ausklärung), als „Wünsche der Konsumenten“; das erzeugt dann die E-Seiten. Je entwickelter eine Ökonomie/ Gesellschaft ist, desto mehr treten die (sich entwickelnden) E-Seiten auch in den Hintergrund.

Der Gegensatz Plan-Markt wird (als E/I) in der Praxis aufgehoben, Was anderes ist es mit der „Ideologie“: Wenn sich „politisch“ (oder gar gesellschaftlich) Länder dem Markt (-> „Liberalismus“) oder dem Plan (-> Realsozialismus) als ideologische Gebilde verschreiben, dann ist das eine jeweilige und einseitige Verselbständigung, Verabsolutierung, (z.B. wird alles vermarktet oder geplant), was zu Krisen führt.

Man kann philosophisch-wissenschaftlich die I-, und die E-Sphäre auf solche technischen, praktischen Projekte wie „Plan-Markt“ anwenden; so ist diese „I-E-Trennung“ begrifflich, theoretisch, ideologisch eine Konfrontation, und damit jeweilige Eigenart vom „Plan“ oder „Markt. Die „I/E“ sind die konkreten Einzel-Züge des praktischen, gesellschaftlichen-ökonomischen Projekts.

Der Markt, auf dem die Konsumenten über Art und Umfang der Produktion zu entscheiden haben, wird mit der politischen Demokratie analogisiert. Beide verstärken sich in sozialpsychologischer Hinsicht einander.

Aber es sind beides nur theoretische („utopische“) Projekte; die zwar richtige Wege aufzeigen, die aber erst im „Kommunismus“ funktionieren.

Philosophisch gesehen ist die Betonung von Ii das Zentrum (hier) des Wirtschaftsliberalismus, („reine und freie Markt-Ökonomie“). Philosophisch sind solche einseitige Betonung wichtig und notwendig, aber nicht „praktisch“. Denn es fehlt Ii-Ii, Ik, Ig, Iw (Ig z.B. als Eingriffe des Staates).

Der „Preismechanismus“ räumt (marktautomatisch“ jede Störung, Krise aus dem Weg“. Was ist der „Preis“ dafür? Man muss α) davon ausgehen, dass die „Ii“ hier noch prinzipiell völlig verschieden in ihrer „Kraft“ als „ Durchsetzungswille“ etc. sind, und β) dass die E (Mittel, Geld) hier ebenfalls ungleich in der Gesellschaft verteilt sind. „I/E“ verbindet nun als „Kern“ des Marktes jene beiden Unvollkommenen/ Ungleichgewichtigkeiten.

Der Neoliberalismus gründet auf der Leistungsgesellschaft und der Individuierung. Beides hängt philosophisch zusammen (->Ii-Kreativität). Und beides hat eine lange Vorgeschichte, mit Beschleunigungen.

Es fehlt aber für eine hinreichende Deutung des „Ganzen“: „Ik,g,w“ ; und auch die – positive oder negative – Abkehr von der „Leistung.“

Da inzwischen bekannt ist, dass der „Preismechanismus“ unvollkommen wirkt, müsste der moderne Liberalismus - und von daher die gesellschaftliche, globale Politik - alles dran setzen, um diese Lücke zu füllen, zu korrigieren. Zum Beispiel entweder als „bessere“ Marktfunktionen oder als Annäherung an die Planökonomie. Das passiert auch, als historisch komplexer, kleinschrittiger, krisenhafter Vorgang.

Man muss davon ausgehen, dass die je notwendigen oder die möglichen nächsten Schritte in der objektiven E-Entwicklung (und dann in der I-Entfaltung), z.B. Investsummen/ -gebiete, Konsumquote, sowohl von „der Gesellschaft“ als auch von leitenden Organisationen und sogar von vielen Bürgern, wie von legislativen exekutiven Kreisen (-> „Ig“) beachtet, und vorangetrieben etc. werden. Aber das Entscheidende sind dabei die Einzelheiten (z.B. Rechtzeitigkeit, Umfang, Effektivität, Gesellschafts- Kosten (-> Insolvenzen/ Arbeitslosigkeit dabei).

Bei den Problemen „Staat-Privat“ kann man vier Möglichkeiten unterscheiden: Hilfen, Zugriffe u.ä. auf konjunkturelle oder strukturelle Ereignisse/ Entwicklungen durch Private oder Staat. Die komplizierte Lage wird noch verschärft: α) Es geht um Übergänge zwischen den vieren, auch als unklare Abgrenzungen, β) es spielen Ii, Ig und damit auch Ideologien, Interpretationen u.ä. mit rein. Daher kann man das nur konkret und im Einzelfall klären, z.B. dass strukturell die AN durch PM (E-Entwicklung) ersetzt werden. Und der Staat fördert die Arbeitslosigkeit, sowohl konjunkturell (und über private Maßnahmen), und bestimmt wie strukturverbessernde öffentliche Maßnahmen wirken.

Sowohl die theoretische Seite wie die organisatorisch-praktische sind maximal

komplex; vor allem gehört zur Komplexität der I-Einfluss (von prinzipiell in jeder VWL entgegengerichteten I_i, I_k etc.)

Es gibt da zwei Auswege: α) ein umfassendes „I“ einzuführen und (evtl auf Kosten aller anderen „I“) durchzusetzen; (z.B. Geldvermehrung in der Krise).

β) die klein-differenzierende „pragmatische“ Lösung, in konkreten Situationen jeweils I/ Richtlinien, Normen entwickeln und versuchsweise durchsetzen.

Der Neoliberale/ moderne Kapitalismus betont nur die Vorteile des Kapitalismus, es muß aber auch das Negative gesehen werden. Das Positive: I_i als kreative und unternehmerische konkrete Aktivitäten, die Betonung, aller Freiheiten (formal freie „I“). Das Negative: Die möglichen Unendlichkeiten von I_i-Freiheiten; die inhaltlichen 1-Seitigkeiten (vs. Vergesellschaftung).

Gesellschaftliche Werturteile und Präferenzen werden positive und negative abwägen.

Obwohl in der historischen Praxis, s d.h. in allen Gesellschaften stets die ideologischen Kontroversen (zwar bleiben, aber) „aufgehoben“ werden, wird das Ideologische/ Ideale hervorgehoben; als „Gefahr“, dass die eine wirtschaftspolitische Vorstellung die anderen „ausschaltet“ u.ä. Aus solchen unreflektierten und formalen Kontroversen kommt man nur heraus, wenn man α) die Inhalte der I_g/ Pläne, I_i-AN, I_i-Kapital und die β) E-Möglichkeiten etc. öffentlich diskutiert.

Die sozialistische Grundidee leitet sich vom Wachstum der ökonomisch-technologischen Prozesse im Kapitalismus ab. Das sind z.B. das absolute Anwachsen der Waren, Investitionen und technologischen Möglichkeiten. Die Warenmasse verlangt einen gleichmäßigen Konsum; also Lohnsteigerung, die Investitionen bringen Risiken und Nachfolgekosten (Infrastruktur) und allgemeine Beschleunigungen, sowie Ersetzung der AN durch PM mit sich. Die Technologie-Seite verlangt Bildung u.ä. etc.

Daher gehen politische Strategien sozialistischer Art dahin, bei Notfällen und allgemein zur Aufrechterhaltung dieser „objektiven“ Prozesse ausgleichende etc. öffentliche Eingriffe vorzusehen. Die formale Konkurrenz nicht nur als Gewinner-Verlierer-Auftrennung der Gesellschaft zu sehen, sondern sachlich als Anhebung der qualitativen und quantitativen Niveaus; Großprojekte (Bildung, Forschung etc.) zu steigern, „Verlierer“ (Kultur, Arbeitslose) zu schützen etc.

Eine „kommunistische Ökonomie“ ist auch durch E-Reichtum und daher E-„Entwertung“ (freie PM etc.) gekennzeichnet. Der heutigen Unvorstellbarkeit stehen alle theoretischen Analysen gegenüber; auf die sich seriöse politische Strategien stützen müssen – und zwar auch in Ermangelung anderer ökonomischer, ökonomisch-politischer Strategien.

Eine Denk-Hilfe dabei ist, dass dort, wo sozialistische oder auch kapitalistische „Überflüsse“, bzw. Organisationskraft Überschüsse schafft, es zu punktuellen „kommunistischen“ Situationen kommt.

In den historisch-praktischen Erfahrungen von Übergängen kapitalistisch-bürgerlicher zu sozialistischen Gesellschaften und Ökonomien ist man – in der Theorie und in der Erfahrung - auf „Abstufungen“ angewiesen. Die zeitliche, sachliche, regionale Abstufung ist jedoch theoretisch und praktisch kaum zu berechnen.

Der „Realsozialismus“ hat richtigerweise nicht alle PM vergesellschaftet.

Ein Grundproblem des Übergangs zum Sozialismus ist in der zugehörigen Theorie lange bekannt, bleibt aber in wissenschaftlichen Diskussionen unberücksichtigt. Das ist das theoretische Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft und Politik. Seit Marx galt, dass die Politik die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Gesetzen der Ökonomie (und Technologien u.ä.) vorgeben muss. Denn wenn es umgekehrt ist, gehen gesellschaftliche Sinngebungen (z.B. Ii,kg-Erweiterung) verloren. Weil die Technik und Ökonomie allgemein und beschleunigt im Kapitalismus, der Konkurrenz, die Tendenz hat, alleine die E-Seite zu vollenden, aber die Ii,Ik zu unterschätzen.

Historisch, in und kurz nach Kriegen oder Krisen, ist die gesellschaftliche Bereitschaft groß, (meist aus sozialem, liberalem, moralischem Antrieb) Sozialisierungen vorzunehmen; sinnvollerweise die der Banken, der Großindustrie, (oder defizitärer Zweige). Das ist einerseits eine Chance, die deswegen nicht verpasst werden darf, weil bei Nicht-Verstaatlichung der Einfluss der großen Finanz-Bereiche bald die Politik wieder steuert.

Andererseits aber gilt, dass zwar die möglichen Schäden aus privater Machtballung für die Gesamtgesellschaft größer werden (Kriege, Klassenkämpfe, ökonomische, ökologische Krisen), aber auch das E-Entwicklungs-Tempo meist größer ist, als es bürgerliche Regierungen schaffen könnten. In der konkreten Praxis sollte man von liberalen und von sozialistischen Übergängen gradueller Art ausgehen. Das gilt aber fast nur für entwickelte Industriegesellschaften, diese ohne Krisen, Kriege, (manchmal mit feudalen Restbeständen, Ideologie u.ä.).

Die vernünftigen Gesellschaften sollten alles tun, um die Übergänge in allen anderen Gesellschaften zu glätten. Sie hätten davon sogar die meisten Vorteile.

Der Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistisch-bürgerlicher Politik ist sehr klein, wenn man konkret wird; zum Beispiel greift sozialistische Politik „schneller“ und „öfter“ zum Mittel der Vergesellschaftung von Unternehmen, und eher zu staatlichen Ge- und Verboten, statt auf „persönliche Anreize“. Generell aber gilt α) beide Systeme nutzen alle Vorgehensweisen und β) beide stehen unter objektivem Stress/ E-Anforderungen, die durch Unsicherheit für Folgen von politischen Entscheidungen und möglichen Vermeidungen stehen.

Alle faktischen Wirtschaftsordnungen sind rechtlich, politisch organisatorische Mischungen aus Zentralplanung (öffentliche Investition, Konsum und freien Märkten) Privatinvestition, -konsum.

Das ist rechtlich u.ä. geregelt und jeweils eingeschränkt.

Aber darauf kommt es nach ökonomischen Gesetzen/ Abläufen weniger an. Es gibt meist sogar ökonomische vs. politische, rechtliche Interessen und E-Strukturen, Kämpfe gesellschaftlicher Art. Zum Beispiel richtet sich der ökonomische Ablauf danach, zu welchem Zeitpunkt, wo etc. eine Investition privater und konkreter Art profitabler ist als eine Investition z.B. einer Gemeinde.

Der Denkfehler in der Einzelwissenschaft/Technik VWL, bzw. der politischen Ideologie, ist die zwischen wichtigen Phasen, Individuen und Gesellschaften nur gegeneinander zu stellen. Aber die - zeitweilige - Betonung ist praktisch und notwendig. So wird in fortgeschrittenen Gesellschaften versucht, „Ii“ zu betonen; z.B. indem Ii (wg dessen unendlicher Kreativität, und weil das „Individuum“ prinzipiell Zentrum ist) als „arbeitende Einheit“ aller gesellschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen Aufgaben gelten kann.

Welche Gründe haben Gesellschaften, die zentrale Planungen haben?

Wissenschaftliche Untersuchungen können die relativ willkürlichen ideologischen Kontroversen nicht so oberflächlich beurteilen, wie das seit 1933 Mode war.

Die staatlichen Dienstleistungen tragen z.T. auf andere Art zur allgemeinen Wohlfahrt bei, aber die Unterschiede zur privaten Produktions-Ökonomie sind meist gering.

Privatisierungen politischer Art sind oft von kleineren privaten Gruppen durchsetzt – was übrigens ebenfalls wenig am gesellschaftlichen Gesamtablauf verändert.

Die wirtschaftliche Bedeutung staatlicher/ öffentlicher Aktivität versucht über strategische Entscheidungen, (große und moderne Investitionen) die Gesellschaft zu verändern, zu entwickeln, oder sie zu „erhalten“.

Während der private Sektor – eher - sich an Vorgegebenheiten der Märkte (und der gesellschaftlichen Infrastrukturen u.ä.) orientiert, um privates Überleben bzw. Expandieren zu ermöglichen.

Der „Staat“ versucht, die absolute Knappheit der Güter zu überwinden, „Private“ die relative Knappheit.

In der Praxis großer Industriestaaten spielt beides ineinander, dabei unklar, wo die Grenzen laufen. Es geht aber politisch, (neoliberal vs, sozialdemokratisch), um Verschiebung der Abgrenzungen; z.B. Kürzung der staatlichen Budgets zugunsten privater Spielräume.

Die Klage, dass der einzelne Bürger keinen Einfluss auf die Staatsausgaben habe, verkennt das Prinzip der Vergesellschaftung - und damit das der Demokratie, der Republik.

Kollektive („Interessengruppen“) in Wechselwirkung mit Ig-Regierungs-Strategien haben für die gesamt Kollektive Findung und Verwirklichung von objektiven E-Entwicklungen/I-Entfaltung zu sorgen.

Aber es gibt Ausnahmen, (-> „historische“) Entwicklung lässt stets derartige Ausnahmen, „Freiheiten“ zu; im konservativen Sinne sind das „Führer/ Erlöser“, im progressiven Sinne: „Kreative“, -> Ii-Teilhabe.

Jede (hier: „entwickelte“) Gesellschaft hat einige I_g „strategischer“ Art, z.B. gesellschaftliche Selbsterhaltung, z.B. Beschleunigte Entwicklung (in E- und I-Dimension); und zwar oft als langfristige Projekte.

Deshalb gilt, dass langfristige und profitlose Aufgaben, wie Forschung, Lehre, Soziales, Infrastrukturen etc. besser von den öffentlichen ökonomischen Organisationen betrieben werden sollten.

Zumal genau jene Aufgaben es sind, die immer mehr geplant, abgestimmt und beschleunigt werden müssen.

Die Markt-Konstruktion ist ein methodologisches Phänomen; es ist insofern „idealistisch“ als es weder die Dynamik der E-Seite, E-Entwicklung, z.B. die technologische, noch die der I-Seite, z.B. Verabredungen zu Oligopolen, Monopolen, systemgerecht interpretieren kann.

Deshalb ist „Marktversagen“ ein notwendiger Bestandteil der Ökonomie; d.h. sowohl Markt als auch öffentliche Hand, Planung, müssen integral, korrigierend zusammenarbeiten.

Die philosophisch-ideologische Basis des „Markt“-Gedankens hat zur Grundlage α) dass „I_i“ für jeden eine Rolle spielt, β) dass I_i „kreativ“ ist und γ) dass das unbegrenzt ist, δ) dass die I_i Positives erzeugen.

Weiterhin e), dass die zwei / vielen I_i sich gegenseitig „anspornen“ und dabei für alle (oder zumindest für diese beiden „etwas“ (evtl. positives) erzeugt wird. f) dass es Hilfsmittel dabei geben muss und g) dass diese Mittel je ausreichend für die I-Realität sind, h) dass die Mittel gerecht, gleichmäßig (für alle I_i) „verteilt“ sind/ bereit stehen.

Zur I-Gleichheit (Demokratie) analog, ist die Form der Marktidee positiv zu bewerten. Zum Beispiel hat das Pareto-Prinzip eine Möglichkeit – analog zu „I“, jetzt zu E – Güter und Faktoren so zu allokatieren, dass das für möglichst viele Individuen günstig ist. Das kann man aber auch auf die Inhalte übertragen; z.B. als Markt kann und will jene die Inhaltlichkeit nicht systematisch erfassen.

Wenn man von dem je augenblicklichen Konkurrenzgleichgewicht ausgeht, dann ist das reine marktwirtschaftliche System durch seine innere Dynamik „gerecht“, weil ausgleichend „pareto-optimal“. Die Allokation ist die „räumliche“ Komponente.

Es verliert erst seine gesellschaftlich positiven Züge, wenn die historisch-zeitliche Entwicklung einbezogen wird; z.B. die Veränderung der Einkommensverteilung.

„Marktversagen“ ist gegeben, wenn entweder (kein Markt möglich ist) alle Güter als Kollektivgüter öffentlich zugänglich sind und dementsprechend öffentlich finanziert werden (Radioprogramme). Oder wenn dies „reine“ Prinzip gestört wird, dadurch dass sich einige der öffentlichen Finanzierung (Steuer) entziehen u/o dennoch die öffentlichen Kollektivgüter übermäßig nutzen (Opernbesuch); bzw. andere zwar Steuern zahlen, aber niemals nutzend sind.

Bei solchen Schwierigkeiten (der Markt ist zu „ideal“ und asozial, die Planung müsste perfekt sein, wäre dann aber auch asozial → die I_i-Freiheit „stört“) bleibt dem

konkreten Markt (Politik, Ideologie) nur der Weg, alles zu vermarkten: Nur wer leistet und wer zahlen kann, kann (individuell) konsumieren.

Öffentliche Leistungen (TV-Sendungen) müssen „1 zu 1“, an den jeweil Verbrauch gebunden, bezahlt werden; es gibt auch keine Schenkungsmöglichkeit (z.B. freie Güter, Musik). Die objektive, natürliche Möglichkeit, dass es sinnvoll ist, (zusätzliche Hörer stören keinen) freie Güter jedem/ Armen kostenlos zu überlassen, wird verspielt -> das ist eine grundlegende Fehlhaltung in diese Ideologie. Da es (zunehmend) eine Reihe von „Marktversagen“ gibt, muss von einer politisch gesteuerten Praxis ausgegangen werden, in deren „Markt-“ und „Nicht-Markt-Situationen“.

„Marktversagen“ z.B.: Verschleierung der Präferenzen der Konsumenten, um Kosten zu sparen, um als „Free-rider“ aber zu partizipieren, am kollektiven Gut. Analog zum „Demokratie“-Phänomen.

Das Gleichgewicht zwischen Markt und Plan besteht z.B. hier darin, dass von Seiten des Staates „nichtmarktmäßig“ Individualgüter bereitgestellt werden (bzw. werden können).

Weil mitzahlende Konsumenten vom Konsum – aus unterschiedlichen Gründen – nicht ausschließbar sind; z.B. aus Kostengründen, die jene Ausschließung kostet. Oder aus Gerechtigkeits-, oder Sozialgründen.

Solche „kontinuierlichen Übergänge“ heben die ideologischen Konfrontationen auf.

Die „externen Effekte“ gehören eher zur inhaltlichen Seite, als Produktion- und/ oder Konsumgeschehen, das nicht mengen- und preismäßig auf Märkten wirkt. Das Marktgeschehen ist dagegen eher formaler Art, „aufgesetzt“ zur fundierenden Produktion und dem Konsum.

Externe Effekte können negativ wirken, wohlfahrtsenkend oder - steigernd, als positive.

Letztlich ist das eine Frage der Allokation der Ressourcen deren Effizienz nicht optimal ist – und was der Markt nicht leistet; z.B., weil individuelle Optimierung der Gesamtökonomie widerspricht.

Der Markt-Gedanke erlaubt auch, dass ein Teilnehmer keine Handlung (ökonomische Nichtbeachtung von Schädigung der Umwelt) vornimmt.

Dann tritt der Staat mit Ig ein (die dann wider-systematisch „übergeordnet“ werden) und erklärt diese freie Nichthandlung als strafbar, bzw. er setzt Standards fest, o.ä., D.h. aber der Staat setzt – antiliberal u.ä. - dem Markt diese Grenzen aus Gründen, die man philosophisch als Grenze des „Marktes“, der I-Seite, ansehen muss.

„Markt“ ist bei fehlendem Eigentum nicht möglich; d.h. Arme werden marktunfähig. Dem liegt die objektive E-Entwicklung zugrunde (von maximalem Defizit bis zur Vollendung), aber auch bei E-Vollendung gibt es keinen Markt mehr.

Gemeineigentum: Ii ist unendlich vs. E (meist begrenztes Eigentum), z.B.

„Überweidung der Allmende aber Internet-Wissen“.

„Demokratie“ ist „I“ als freie und gleiche: In jeder möglichen Art; das Marktgeschehen unterliegt jenen allgemeinen „demokratischen“ Strukturen/ Prozessen, aber in der auf ökonomische Strukturen/Prozesse eingeschränkten Art. Dadurch dass derart beide zusammenhängen, wirkt in der „Praxis“ die Ökonomie stets auf die Politik.

„Marktmacht“ als Angebots-/ oder Nachfrage-Oligopole stören das „Marktprinzip“ dadurch, dass sie Preise durchsetzen, die α) Wohlfahrtsverluste darstellen und β) optimale Allokationen verhindern. (Im übergeordneten Prinzip, zu dem „Markt“ und „Demokratie“ Konkretisierungen sind, ist das genauer zu zeigen).

Als natürliches Monopol (-> abnehmende Grenzkosten, -> bei hohen Fixkosten) kann bei Mehrproduktion günstiger produziert werden. Natürliche Monopole unterscheiden sich ökonomisch kaum von antimarktmäßig organisiertem Monopol, das ebenfalls letztlich höhere Gewinne haben will.

Daher muss es darum gehen, was geschieht (gesellschaftlich) mit den erhöhten Gewinnen.

Märkte sind auf vollständige Info der Anbieter und Nachfrager angewiesen, sonst wäre das ein Struktur-Fehler. Der Staat macht allg Info (Verbraucherschutz u.ä.); Info (z.B. über Qualität von Gütern, Faktoren); „E“ ist auch eine Variante von Leistung (gute, bessere E). Die Info-Beschaffung kostet daher etwas. (In der Demokratie: Bildung u.ä. Zusätzliches). Info ist auch ein Übergang von I_i (Konsum-I) zu E. Marktversagen bei asymmetrischen Infos zeigt wiederum die E-Einflüsse (auf reine I-Relationen -> I_i zu I_i- etc.).

„E“ ist hier die tatsächliche und letztlich prinzipielle Unmöglichkeit, dass Verbraucher (dito alle Käufer) über alle Qualitäts-Details (dazu auch globale Übersicht) informiert sein können.

Wenn z.B. mindere Qualität den selben Preis hat wie höhere Qualität, wird ein Teil der Anbieter nicht mehr anbieten; und auch der Preis wird „verzerrt“, und nicht marktmäßig sein.

Das Ergebnis der Selektierung schlechter Risiken ist für Situationen typisch, bei denen das Prinzip des einheitlichen Marktpreises (unter der Voraussetzung asymmetrischer Info) zur Anwendung kommt; zum Beispiel bei einheitlicher Prämie werden schlechte/ große Risiken öfter Versicherung suchen als geringe Risiken; die letztlich unversichert bleiben wollen, weil die Prämie steigt, das zerstört den Versicherungs-Markt. Der Staat führt eine gesetzliche Zwangsversicherung ein, oder durch gesetzliche Vorsorgezwang, oder Besteuerung von schädli. Gütern (Alkohol, Zigaretten)

Wieder gibt das ein dynamisches Markt-Staat-Verhältnis.

Das „allgemeine philosophische Markt-Projekt“ scheint I_{k,g} auszuschließen. Mit politischen Folgen für den „Liberalismus“.

So wird strategische Aktivität „des Staates“ wie selbstverständlich, auch wissenschaftlich, abgelehnt, z.B. auch Bekämpfung von Konsum-Arten (Zigaretten) oder Subvention von Kultur (Museen, Konzerte).

Diese „Meta-Nutzenfunktion“ ist aber unumgänglich; z.B, als Bindeglied zwischen $I_{i,k}$ zu I_w , frei.

Das Markt-Geschehen und staatliche Aktivität/„Planung“ haben sich den I_w zu unterstellen; das sind die weltweiten Strategien:, ein wechselwirkendes Gleichgewicht zwischen Freiheit -> I_i (des Individuums), Gleichheit, Gerechtigkeit - > alle Individuen und Vergesellschaftung, → als Kollektive zu leisten.

Das jedoch stets bezogen auf die parallele und vorausseilende E-Entwicklung und die Entwicklung der Methodik (im Denken, Arbeiten, Handeln).

Das kann man nun konkretisieren – und mit der ökonomischen Wissenschaft verbinden:

Zum Beispiel wenn die Wissenschaft die Ursache für das Marktversagen mit der Notwendigkeit staatlichen/ öffentlichen Handelns, z.B. aus allokativen Ineffizienzen ableitet.

Aber es gibt noch weitere Gebiete neben der Allokation: Die „Distribution“ und die „Stabilisierung“, wo sich die staatliche Aktivität ökonomischer Art nicht vermeiden lässt.

In der „Distribution“ prallen gerechte, politisch meist wünschenswerte Einkommens- und Güterverteilung und E-Entwicklung/ Investition aufeinander.

Dahinter steckt, dass gesellschaftlich-politisch-ideologisch bedingt, die AN nur wenig zur I_g (langfristige Investition) beitragen und dies persönlich verantworten können. Dazu kommt, als Erklärung, dass auch die Industrie-Gesellschaften noch in der Phase technologisch-ökonomischer Investition sehr einseitiger Art stecken.

Soziale Marktwirtschaft enthält dann beide Zielsetzungen, irgendwie vereint, in einem z/w -zweimal unendlichem Abstufungs-Feld. Die Allokation als die „Marktseite“, „Distribution“ (→ gleich, gerecht) ist die soziale Seite. Die „Stabilität“ der Gesellschaft ist die formale z/w -gleichgewichtige Seite.

Erstere beide streben nach Entwicklung und Entfaltung wobei es dynamisch wird – und schwer zu handeln ist.

Beide haben ihre Ziele, die E-Vollendung und die „I“-Unendlichkeit.

Soziale Marktökonomie (-> Sozialismus) hat zwei Ziele, gleichgewichtige „Gesellschaftserhaltung“ und dynamische Weiterentwicklung, das vor allem auch in qualitativer Art (-> stetig, störungsfrei). Mit Grundzügen wie soziale Ausgewogenheiten, gesellschaftlich gerechte Verteilungen (sich ständig dynamisch anpassend), freie und funktionstüchtige, effiziente Allokation aller P-Faktoren. Wo ist das Gleichgewicht zwischen Markt um Staat (allgemein: soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig). Das aber umschreibt nun wissenschafts-philosophische Zusammenhänge: z.B. welches E-Entwicklungs-Niveau ist da vorhanden, auf dem I_g aufbauen kann etc.

Jeder Marktteilnehmer hat für sich einen relativ wenig umfassenden und vollständigen Überblick über alle Konsequenzen seiner Einnahmen- und

Ausgabenaktivitäten u.ä.

Die ökonomisch tätigen öffentlichen Organisationen sind da etwas besser dran, weil ihre Organisation meist größer ist, und ihre Budgets überlegen sein können; dazu kommen offizielle politische Einfluss-Möglichkeiten.

Eine durchrationalisierte öffentliche Planung fordert erstmal adäquate Zielsetzungen, und weiterhin vergrößerte Organisation und Rechte.

Als Praxis: Alle diese Maßnahmen müssen stets Chancen für ihre Wirkungen bekommen; kritische Selbstkontrolle, Diskurse sind zwischen allen nötig.

Wie stellt sich die ök. Aktivität der sich unterscheidenden VW-Sektoren dar? Die öffentlichen Sektoren, deren Aufgabe überwiegend darin besteht, Dienstleistungen eigener Art für die Allgemeinheit zu erbringen, und die sich hauptsächlich aus Zwangsabgaben finanziert, sind aus theoretischen Gründen hier zu unterscheiden von Organisationen, die Gewinne als Selbstzweck haben.

Also öffentliche und private Unternehmen, die produzieren, Dienste leisten und diese gegen Entgelt verkaufen, um Kosten zu decken u/o Überschüsse zu erwirtschaften.

Eine einheitliche Theorie – die dazu die E-Erweiterung zum Kern hat – muss auch die notwendige andere Seite integrieren, (die Praxis muss das stets nachvollziehen).

Das sind alle Institutionen, Haushalte, die die „Arbeitskraft“ anbieten und daher als letzte Käufer von Ver- und Gebrauchsgütern auftreten.

Allerdings gibt es auch Übergänge zwischen jenen zwei Bereichen (die Überschüsse aus Kapitaleinsatz und die „Ersparnisse“, also aus „Mehrwert eigener Ausbeutung“. Das zeigt das beiden gemeinsame Ziel der E-Erweiterung.

Die „AN“ mit den Einnahmen aus Erwerbstätigkeit, (evtl. aus Übertragungen und Ersparnissen) unterscheiden sich von kapitalerzeugten Einnahmen α) prinzipiell, aber β) stehen beide auch in einem Übergangsfeld (z.B. die „Ersparnis-Verzinsung“) Einerseits (Kapital) $I_g/k = E$ -Entwicklung andererseits die I-Konsum-Ausweitung (I-Entfaltung). Aber auch hier die Vermischung, Abstufung in Übergangsfeld. Andere organisatorische Trennungen, z.B. private Organisationen (Vereine) vs./ zu öffentlicher Organisation, haben ebenfalls Übergangsfelder -> Ziele: Leistung für Private und Gesellschaft, Finanzierung aus privaten Haushalten und öffentlichen Zuwendungen.

Neuordnung der sektoralen Gliederung (nach dem ESvG) hat letztlich politische Gründe, I_g -Entwicklung/ Entfaltung, aber auch objektive E-Entwicklung/ I-Entfaltung. Zum Beispiel α) werden jetzt Stiftungen, Vereine, Kirchen neben nichtselbständigen privaten Haushalten hervorgehoben; sie sind zwar hauptsächlich „ohne Erwerbszwecke“ und sind auch Träger eines erweiterten Konsumbegriffs → Förderung neuer I_g , aber formal geht es auch um die Übergänge zwischen Produktion/Dienste und Konsum, sowie um das Übergangsfeld „Gewinn-Profitfrei“ (-> Übergang zum Sozialismus).

Als „Übergang“ werden jetzt die zwischen Nichtselbständigen und Unternehmen anzusiedelnden („selbstausschütten“) Einzelunternehmer betont. Wie ähnlich die „Organisation ohne Erwerbszweck“, geht es um den Übergang von „nur Produktion“ zu „nur Konsum“.

Vergleichbare Übergangs-Erscheinung auch bei der neuen Unterscheidung: Von „Finanziellen Kapital-Gesellschaften“ (Banken, Versicherungen, Pensionskassen) und „Nichtfinanziellen Kapital-Gesellschaften“ (AG, GmbH, OHG, KG). Der Übergang umfasst die schwierige Trennung von Produktion und Finanzierung; (auch Hedgefonds müssen für die Investition ihrer Gelder die Verantwortung tragen).

Der Sinn der Ausdifferenzierung ist α) die tatsächlich sich entwickelnden Strukturen und deren gesellschaftliche Wichtigkeit zu kennen und β) die politische Ideologie (-> Ig) durchzusetzen. Hier z.B. durch die Übergangs-Erscheinung selbständiger Einzelunternehmer/Selbstausschüttung, die klassenbedingten Funktionen abzumildern. Ähnlich ist es bei der Ausdifferenzierung der Banken, Versicherungen etc“ zu AG etc. „Banken“ als Händler, Vermittler und daher der „Markt“ werden gegenüber der „Produktion“ wichtiger (weil Ii vs E->PN/ Stoffe/ Waren wichtiger werden) Aber tatsächlich ist solche gliedernde, organisator. Auftrennung nur von praktischer Seite her sinnvoll; philosophisch zeigen die Übergänge die tiefere Strukturierung. Bei nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften gehen Konsum-und Investition-Interessen ebenso wie private, öffentliche und Gewinn, Gewinnverzicht, in Übergängen ineinander über.

Zum Beispiel staatliche Eigenbetriebe, öffentliche Krankenhäuser bestimmter Art, aber auch AGs, GmbHs etc. Sie liegen im Übergang von den Staatsbetrieben, wie Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträgern, bei denen diese Übergänge weniger das Private, Gewinn u.ä. zeigen.

Trotz jener Systematik ist die wissenschafts-philosophische Überlegen, jedenfalls inhaltlich systematisch.

Die neue Konfrontation (im ESVG und VGR) von Finanzielle und Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, ist die von „I“ zu E, die I-Seite erscheint nämlich als (überwiegend) strategische, taktische Zielsetzungen zur Verwendung, Lenkung des Investitions-/ Konsum-Kapitals. Während die Herstellung von Gütern relativ enger mit E-Seiten verbunden ist.

Die Unterscheidung „Private“ (Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) und „öffentliche“ nutzt „Ii“ zu/vs. Ik,g.

Wobei es wiederum zu Übergangs-Phänomenen kommt, zwischen „Gewinn“, „Nichtfinanzierung“ und privaten, öffentlichen -> Stiftungen.

„Plan-Markt“: Markt setzt auf die Leistungsgesellschaft. Eine umfassend durchdachte Planung muss beides beachten: Leistung (-> E-Vollendung) und: Dass es stets „Minderleister“ (und auch „minderwertige“ Produkte/ -> Firmen) gibt. Zur Plan-Ökonomie gehört daher auch die Umverteilung (und die öffentliche Produktion/ Investition, welche objektiv notwendig sind, aber ohne Rendite). Die „Finanz-Statistik“ muss das u.a. kontrollieren und aufzeigen.

Wir gehen aus von der Dualität: „unterschiedliche Leistungskräfte“ zu/vs. „G“ im -> Iw.

Das ist eine E-Variante (-> Wissen, Können, PM, Geld) gegenüber Iw (Ik!). Leistung/ E-Seite entwickelt sich/verändert sich hin zur erhöhter E-Chance („alle werden reicher“).

Die liberalistische Grundeinstellung muss sich nicht ändern; also auch Staat-Markt-Ideologie nicht.

Die Finanzstatistik, als die Erfassung der Finanzen des Bundes, der Länder und Gemeinden, u.a. öffentlichen Institutionen, ist deshalb in sich weiter gegliedert, weil diese öffentlichen Funktionen mehrfacher Art sind, z.B. besitzt die öffentliche Hand eigene „normale“ Gewinn-Unternehmungen, solche die Überschüsse machen dürfen und solche, die nur Defizite machen. Dazu kommt die öffentliche Investitions-Aufgabe. Vor allen aber die sozialen Umverteilungsaufgaben der öffentlichen Hand. Wobei die Abgrenzung von Investitions- und Konsumausgaben des Staates unklar bleiben müssen.

Was eine durchgehende Systematik stört.

Die finanzstatistische Organisation und Darstellung ist nur eine Seite der allgemeinen ökonomischen Beziehungen/Strukturen: Zum Beispiel ist die Trennung von „finanzieller“ und „nichtfinanzieller“ Kapitalgesellschaft, sowie in Einzelunternehmen, lediglich eine spezifische Unterscheidung innerhalb des „Kapital-Gedankens“; (-> PM vs. Geld); was aber „bwl.-mäßig“ von einiger Wichtigkeit ist.

Der Staat ist also auch Produzent von Gütern, Diensten, und er hat die Funktion als Umverteiler von Einkommen. Er tätigt Bruttoinvestitionen und er produziert für sich selbst. Er zahlt Faktoreinkommen (an Staatsbedienstete) und erhält Faktoreinkommen aus Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen und aus Vermögensbesitz (-> Bundesbangewinne).

Staatliche Zahlungen ohne Gegenleistung als Transfer an Haushalte und als Subventionen an Unternehmungen. Und „der Staat“ erhält Steuern; ebenfalls ohne ök Gegenleistung.

Wo sind die - wesentlichen – Abgrenzungen zwischen „öffentlicher Hand“, Unternehmungen, Haushalten? Die „öffentliche Hand“ schert aus dem Gegenseitiggleichgewichts-Modell aus: Sie kann zahlen ohne ökonomische Gegenleistung (als Transfers an Haushalte oder als Subventionen) und die öffentliche Hand bekommt Steuern ohne ökonomische Gegenleistung.

Damit werden Perspektiven auf neue ökonomische Modelle eröffnet, z.B. die Entwicklung von Gleichgewicht zur Meidung der „Gegenleistung“.

Philosophisch geht es um den „Wettlauf“ der E-Vollendung (-> unendlich asymmetrisch, weil von Rz bedingt) und/„zu“ unendliche I-Eröffnung -> Rw. Beider Zusammenspiel kann un-gleichgewichtig und das noch dynamisch einseitig sein; die Gesellschaft hat dann Probleme, zum Beispiel hier ökonomische (oder z.B. ökologische).

Steuern sind notwendig für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Organisation und für die Verwirklichung der Ig.

Aber auch die Besteuerung als formale (z.B. Einteilung in „in/ direkte“). und die verschiedenen Besteuerungen, z.B. von Lohn, Einkommen, Waren, Produktion, Gewinnen etc. formen die Gesellschaft und diese strategischen Ig.

Der „Haushalt“ enthält diese politischen, gesellschaftlichen, ideologischen Projekte zentriert.

Die innere Organisation eines Staates hat Strukturen, die mit Prozessen verbunden sind, hier die Geldströme (Steuern,etc.). Formal geht es z.B. um das Gleichgewicht. Aber diese Organisation ist in Zweierlei eingebettet, bzw. „vertieft“: 1. Die „allgemeine Entwicklung“, die z.B. ökonomisch als Investition und Konsum-Entfaltung erscheint 2. Die Qualitätsseite der Organisation.

Die Organisation der Gesellschaft ist hier die der Produktion, des Konsums, der Investition; z.B. aufgegliedert: der Staat, private Haushalte, Unternehmungen und den wichtigen Relationen zwischen diesen. Hier vor allem finanzielle, z.B.

Faktorentlohnungen des Staates an Haushalte, staatliche Transferzahlungen an Unternehmen und an Haushalte, in/direkte Steuern und Sozialabgaben von den Unternehmen, der Steuern von den Haushalten. Formal: Die Gleichgewichtsbedingung der eingehenden und ausgehenden Finanzströme zwischen Unternehmen, privaten Haushalten und staatlichen Organisationen - und deren dynamische Entwicklung.

Diese formale Struktur des Staates wird dann qualitativ-inhaltlich analysierbar, nach der Frage „wer erzeugt was“ (z.B. auch private Haushalte die „nächste Generation“/ Kinderaufzucht).

Das ist auch eine spezifische Qualifizierung der allgemeinen Entwicklung, (während die formalen ökonomischen Prozesse nur notwendige, aber nicht hinreichende Auskunft über „die Gesellschaft“ geben).

„VWL“ als Technik wird damit „vertieft“ und als E-N-G-Betonung und I-Betonung in die „Wissenschafts-Philosophie“ eingegliedert.

Grundsätzlich gilt, moderne kapitalistische Staaten sind mixed economies; also einseitige Analysen sind zu vereinfachend. Die Prägung moderner kapitalistischer Gesellschaften durch die Auseinandersetzungen zwischen öffentlichen Unternehmen, privaten und der Konsumseite, öffentlich und privat, nimmt immer mehr in der gesellschaftlichen Bewusstwerdung an Gewicht zu.

Zum Beispiel sind private Unternehmen dynamischer, unterliegen aber den Gefahren der ökonomischen Krise (Pleiten, Entlassungen, qualitative „Fehler“ ; (in diesem Stadium gehen Kommunen u.ä. noch nicht in Konkurs. Die öffentliche-private Konkurrenz lässt jetzt nur den privaten Verbrauch geringer werden und öffentliche Kultur, Bildung, Infrastruktur verschlechtern sich; aber die Entwicklung der 3. und 2. Welt (-> „China“)durch die 1. Welt nimmt objektiv zu.

Grundlagen der Wirtschaftspolitik, der „Staat“, die öffentliche Hand, die Regierung , letztlich „die Gesellschaft“ (Ig) steuern und vollziehen Maßnahmen des wirtschaftlichen Lebens.,

Nach „politischen“ Zielsetzungen $I_k \rightarrow I_g \leftarrow w$, und versucht, diese Ziele (I) zu erarbeiten, durchzusetzen/ (\rightarrow viele N-, G-Methoden); mit Hilfe wirtschaftspolitischer Mittel, Instrumente (E).

Die „Wirtschaft“ betont die E-Seite, deren (sehr differenzierte) einzelne „E-Entwicklung“ zur Vollendung als Ziele; die „Politik“ hat auch dieses Ziel, ist aber prinzipiell freier als die E-Seite, (die z.B. an die Materie/Technologie-Entwicklung gebunden ist), kann daher unendlich viele, qualitative \rightarrow Konsum-Ziele finden; (jene wegen dieser Freiheit, aber ebenso prinzipiell nicht immer erreichbar, auch deshalb irren/ betrügen).

„Wirtschaft-Politik“ ist dann eine I/E-Variante, wo sich beide \rightarrow sowohl fördern, wie im Gegensatz stehen können.

Wirtschafts.-Wissenschaft ist eine „Technik“, die die Wirtschafts-Politik als I-Lieferant braucht. Diese Wissenschafts-Seite ist vielmehr fixiert, an die E-Seite, an den technologischen Fortschritt.

Die I-Politik ist so frei, dass sie diese Gesamt-Technik sogar zerstören kann; z.B. als politische Bevorzugung der Ii- Konsumseite oder der Investition durch Geldüberhang.

Die allgemeine E-Entwicklung und I-Entfaltung - und daher durchaus auch zweimal dynamisch - und die „I/E“, erscheinen im Gleichgewicht, und daher in der Praxis, ohne Krisen.

Wenn die Wirtschaftspolitik die richtigen I_g mit den sachlichen E kombiniert, welche die Wirtschaftswissenschaft erkennt und die Praxis erzeugt hat, kann sie jedes I_g beeinflussen und zu verändern versuchen (also auch die „Wirtschafts Ordnung“). Auch die I_k versuchen das; der Erfolg ist vom dynamischen „Gleichgewicht“ I-Entfaltung/E-Entwicklung abhängig.

Man kann die „Technik“ der Wirtschafts-Wissenschaft analysieren als Betonung der E, als E-Vollendungs-dynamik, repräsentiert durch die „Wirtschafts-Wissenschaft“ zu/vs. die „Wirtschaftspolitik“ als I-Betonung.

Erstere arbeitet „quantitativ“, erarbeitet die „Instrumente“, vergleicht diese, analysiert die relevanten Wirkungszusammenhänge u.ä. Die Wirtschaftspolitik setzt die Ziele, wählt danach die „Werkzeuge“ (PM speziell).

Alle Wissenschaften, als Techniken, erarbeiten so, was gesellschaftlich eine sehr große Rolle spielt.

Die zwei wichtigsten ökonomischen Ziele (I_g) sind 1. stetiges Wirtschaftswachstum, eine wichtige Variante der objektiven und allgemeinen E-Entw (und I-Entfaltung).

2. Geht es wirtschaftspolitisch um die „Stabilisierung“ der Konjunktur, das genauer als alle Gleichgewichte der vielen ökonomisch-technologischen Qualitäten (z.B. Konsum-Investition, Export-Import, Angebot-Nachfrage, RealÖk-Finanz-Ök.) Von jedem dieser möglichen Ungleichgewichte drohen „Krisen“; ökonomische Selbstzerstörung der Gesellschaft.

Philosophisch gesehen: z/w-Gleichgewichte als $S/R = E/I$ plus N/G.

„Konjunkturpolitik“ hat stets dieses (dynamische) Gleichgewicht (-> z/w eng) im Auge: zum Beispiel als das zwischen Angebots- und Nachfrageseite in vielen Wirtschafts-Prozessen, (so auch z/w/ zu z/w) die öffentlichen zu den privaten Angeboten/ Nachfragen, Ausgaben/ Einnahmen etc. „Zugleich“ gibt es stets die Trennungen („z-w“) z.B. ist die „Strukturpoli“ des Staates letztlich nur auf die „Angebotsseite“ des Wirtschaftsprozesses fixiert, nämlich als Steigerungen (-> R_w), z.B. des quantitativen Umfangs (und der qualitative Art) der Kapitalbildung, und die der Arbeitskräfte, der technologischen Angebote (PM).

Es ist für die Praxis (aller Techniken) hier der Ökonomie, dass solche Grund-Vorstellungen sowohl zusammengehören (-> R_z) wie auch „getrennt“ (-> R_w) sind. Für Letzteres: die „Struktur-Politik“ (Wachstum) – und die „Konjunkturpolitik“, Gleichgewichts-Praxis, ist als Kontroverse zwischen Investitions-Notwendigkeit und (wegen allgemeiner defizitärer Ökonomie) der der Verweigerung gleichgewichtigem α) Konsum und β) deshalb Mitsprache der AN an den Investitionen – und daher Konsum-Entscheidungen.

Ein Beispiel für diesen „E-vs. „I“ Konflikt“: Die Strukturpolitik als Verbesserung der Infrastrukturen, der Gewinn-Situation (Steuer-Erhöhung), des Ausbildungsniveaus, sind gesellschaftlich fundamental empfundene „Konsum-Einschränkungen“.

Die Trennung in Kapital (Investition) und AN (Konsum) ist –(VWL als „Technik“ und daher ohne klare Trennungen, sondern als „z/w“, Wechselwirkung aller, auch so aufgehoben: Jede Investition hat zwei Auswirkungen: Wachstum, E-Entwicklung „Kapazitätseffekt“ und Steigerung der Einkommen/der Arbeitsplätze.

α) Das eben führt auch in unauflösliche Widersprüche, Krisen; wenn die E-Entwicklung verfehlt wird; und β) zum Ausweg: Beides, aber in „qualitativer“ Absicht und planbar.

Was ist „wichtiger“ die wirtschaftspolitische Erzeugung, Durchsetzung von Wirtschafts- Wachstum (Strukturpolitik) oder (und?) von Gleichgewichtigkeiten, (Konjunkturpolitik), d.h. vor allem die beim Wachstum „vernachlässigte Konsumpolitik“.

Das ist nur „sozialpsychologisch“ diskutierbar, (z.B. „als bleibende Zielkonflikte, Klassenkampf, unbeweisbare Werturteile“).

Es geht um die objektiv notwendige E-Entwicklung, deren Beschleunigung und Vollendung.

An den zwei Notwendigkeiten, der kurzen u/o der langfristigen Orientierung der Wirtschafts-Politik hängen viele grundlegende Probleme und Entscheidungen; z.B. die bwl.-typischen Maßnahmen, die „Planung“, die Marktstruktur, die Basis aller Wettbewerbe, dito die Forschungs-, Bildungspolitik etc. Beides ist notwendig, und beides durchdringt sich einander.

Die Langfristigkeit verlangt mehr allgemeine Planung (z.B. Einbezug möglichst vieler Firmen,) und mehr und größere Kreditspielräume. Demnach ist der Problem-Kern, dass es zwar eine „objektive E-Entwicklung“ gibt (auch für Sub-Phasen und „Details“); und diese zu diskutieren, zu analysieren, ist das meist vernachlässigte

Minimum. Aber R_w und I_i sind prinzipiell frei, unendlich und daher ohne jede Vorhersagbarkeit.

Der Übergang von kurz- zu langfristigen Prozessen, Notwendigkeiten etc. in Technologie, Marktgeschehen, politischer Willensbildung führt in der Wirtschaftspolitik zum Pragmatismus. Langfristig aber ist zu planen, Bildung, Forschung, Bevölkerungs-Politik, neue Märkte anlegen, Finanzmassen aktivieren etc.

Sowohl in der Wissenschafts-Theorie wie in der Wissenschafts-Politik, geht es im Detail grundlegend (formal) um Gleichgewichts-Bildungen.

In der Wissenschafts--Theorie eher um sachliche (->E), in der Wissenschafts- Politik um solche gesellschaftlicher Gruppen.

Mit der – objektiven - Zunahme der „Mittel“ als Instrument der Wirtschafts-Politik (z.B. global, EU, Deutsch, als wissenschaftliche und konkrete E‘ (PM, Geld und „Erkenntnisse“) kam es auf eine wissenschaftspolitische und ökonomisch-sorgfältige, intensive Nutzung an, (um die I_g -> z.B. globale Hegemonie auf Märkten) in internationaler Konkurrenz.

Die wirtschaftspolitischen I_g (hoher Beschäftigungsstand, stabiles Preisniveau, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, gerechte Einkommensverteilung, Wirtschaftswachstum) werden quantitativ und qualitativ dann erfüllbar, wenn die wirtschaftstheoretische Niveau, die je angemessene theoretische Analyse, Werkzeuge hat; das ist (-> Krisen) noch keinesfalls so. D.h. jene I_g -Ziele sind erst ein (sozial-psychologisch kreierter) allgemeiner Rahmen.

Es zeigen sich dabei Probleme: Zum Beispiel warum „Arbeit für alle“? Quantitativ gerecht, aber „Arbeit“ ist philosophisch langfristig generell abzuschaffen – es sei denn, es geht um „qualitativ“ gute Arbeit

Zum Beispiel auch: Ein „stabiles“ Preisniveau; für wen? Denn hohe Konsumentenpreise sind gute Investitions-Chancen: Die Gewinner bei außerökonomischen Ungleichgewichten haben absolut höhere Chancen, ihre Stellung im allgemeinen „E-Vollendungs-Wettlauf“ zu verbessern. Was ja das „allgemeine Wachstum“ auch will z.B. und was die Gewinner bei ungerechter Einkommensverteilung auch wollen.

Das heißt, dass volkswirtschaftliche -> „Vollendung“ keinerlei „Gerechtigkeit“ hat Die „gerechte Einkommensverteilung“ wurde als „moralische“ unterschätzt; die Gesetze (z.B. aua GG Art. 109) hatten Stabilität u/o Wachstum als Ziele.

Das wäre ökonomisch-wissenschaftlich ein Kunstfehler - denn Gleichgewicht und Wachsen sind relativ formal und statisch. Aber inhaltlich treiben sich Investition und Konsum (und beider Wechselwirkung) voran.

Die VWL ist eine Technik und damit von der „I-Wahl abhängig.Ihr „eigenes“! (evtl.) objektives Ziel („I“) ist die E-Erreichung, E-Beschleunigung, E-Vollendung.

Diese E und „I“ widersprechen den „I“ der Natur (R_z, R_w).

Daher muss zur ökologischen Erhaltung der Umwelt, hier als wirtschaftspolitische

Zielsetzung, philosophisch I_i, I_k, I_g, I_w hinzugenommen werden
Das ökonomische „Wachstum“ ist immer auch von der Nachfrage (investiv, konsumtiv) abhängig, Also nicht nur von der objektiven E-Entwicklung (im Technologischen und Ökonomischen). Wenn die gesellschaftlichen I_k, I_g - Wünsche nach intakter Umwelt bedacht werden, wird das das ökonomische „Wachstum“ ebenso antreiben.

In modernen Gesellschaften ist typisch, dass beim Mittelstand. „ I_k “ als Ökologie bedacht wird, aber I_g oft das bremst.

Zur Konkretisierung dieser Zielsetzungen (-> I_g) gehören deren Quantifizierungen. Dazu: α) Stabiles Preisniveau. Dahinter stecken Verteilungen (Investition zu Sparen sowie Konsum), ein quantitatives Gleichgewicht ist optimal, bei β) „gerechter Einkommensverteilung“ -> Gleichgewicht zwischen Investition/E-Entwicklung und Konsum (I-Entfaltung). Dahinter: Objektive E-Entwicklung, die nur z.T. von I_g abhängt. Nur auf sie bezogen, kann man „ α)“, „ β)“ lösen; Ebenso der „Grad der Vollbeschäftigung“ etc.

Das Arbeits-Markt- Gleichgewicht hat unterschiedliche Seiten.

Von I_i, I_k her ist „Vollbeschäftigung“ α) nach traditioneller Ethik, β) von Leistungsgesell, γ) als E-Vollendungswettlauf, u.ä.

Aber, übergeordnet (wiss, philos.) ist immer mehr die Befreiung von der (meist) bedrückenden Arbeit ein I_w -Ziel.

Dazu kommen tatsächlich objektive Hindernisse: 1. Unbeweglichkeit der Arbeitskräfte (regional. Umschulung), 2. Objektive Ungleichgewichte in den Branchen, Regionen, 3. der Wettlauf zwischen technologischer Erneuerung (PM statt AN) und die Findung neuer Arbeitsgebiete, 4. Globale Notwendigkeit, die Dritte Welt zu beschäftigen, 5. Etc. Formal gefasst geht es um „strukturelle“ und „konjunkturelle“ Probleme, hier für die Beschäftigungsproblematik.

Es gilt I_i : „Vollbeschäftigungen“, müssten – im Sinne der allgemeinen Wechselbeziehung der ökonomischen Subjphasen - die ökonomischen und politischen I_k, I_g - Entscheidungen, jene allgemeinen Voraussetzung („strukturelle, konjunkturelle“) analysieren, theoretisch fassen, und die Zusammenhänge klären und praktisch verändern. Da gilt es z:B. die „effektive Nachfrage“ zu erhöhen, und „bestimmte Regionen“, „Branchen“ etc. genauer zu kennen und fördern.

Auch aus dem I_g -Ziel des „stabilen Preisniveaus“ ergeben sich Zielkonflikte zwischen den in der kapitalistischen Leistungsgesellschaft sachlich verschiedenen I_k der Grund-Strukturen (und ihrer organisatorischen Träger).

Zum Beispiel nationale Volkswirtschaften, z.B. Kreditgeber vs. Kreditnehmer, also wieder Investoren vs. AN (Lohn, Konsum) etc. D.h., solche I_g („keine Inflation“) sind Bewegungen im „System“, können in Krisen aber als solche Maßnahme allein, nicht das ganze System weiter entwickeln.

Auch das Streiten um das I_g -Ziel „außerwirtschaftliches Gleichgewicht“ verweist auf die Grenzen dieser (trad.) Einteilung in α) Nationen, β) ökonomische Großbereiche (wie hier Arbeitsmarkt vs. Währungsstabilität).

Eine überschüssige Leistungsbilanz ergibt z.B. positive inländische Beschäftigungs-Effekte.

Auch ist der Export (Überschuss) ein Anzeichen für höhere Qualitäten, auch Organisations-Formen u.ä. – und daher im Dienst der allgemeinen E-Entwicklung.

Die Ig-Zielsetzung einer gerechten Einkommensverteilung: Hinter diesen eher oberflächlichen Ig stehen eine Reihe anderer Ii, die α) sich z.T. widersprechen, u/o β) dem E-Niveau widersprechen. Das „E-Niveau meint nicht nur augenblicklich Verteilung und Niveau von „Reichtum“/ Einkommen, sondern auch die nächsten E-Entwicklungs-Schritte, ihre Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

Die „Gerechtigkeit“ der Einkommensverteilung hat eine ideologische, kulturelle, praktisch-philosophische und eine ökonomische Seite. Damit sind zwei verschiedene soziale Grundfunktionen betroffen.

Sie berühren sich aber auf philosophischer Ebene: „Gerecht“ ist der G-Grundgedanke der „Gleichheit“ sozialer Art, bezogen auf den jeweiligen Beitrag zur I/E-Entwicklung. in der - beschleunigten - Leistungs-Gesellschaft.

Letzteres ist ökonomisch fundiert; Gerechtigkeit kann möglich sein.

Wie sind die Besteuerung, die Steuergelder zu beurteilen, (z.B. „die Reichen werden/ sind zu besteuern“)? Umfassender ist: Was geschieht mit der Steuern!

Werden sie für jene vielen Konsum-Sphären, z.B. auch Sozialausgaben, genutzt, die eine erweiterte Basis dabei erhalten. Oder werden sie als Hilfen: für α) private Investitionen, β) Investitionen überhaupt oder γ) für Konsum, Investitionen, welche inhaltlich negativ zu beurteilen ist. Das moderne Bürgertum muss stets nach den Inhalten fragen, und politisch richten.

Die philosophisch „objektive E-Entwicklung“ „meint“ dies stetige Wachstum in quantitativer und qualitativer Verbesserung der Produktionskapazität und des Konsums. α) in der Leistungsgesellschaft verselbständigt sich jedoch die quantitative Ausweitung der Investitions- / Produktionskapazität; (was zur gesellschaftlichen, historischen Kritik und Korrektur des Kapitalismus führen kann). β) Philosophisch wichtig ist jene „Objektivität“ des historischen Vorganges. Dass alle Gesellschaften davon bestimmt werden, ist zweifellos so, woher aber solche sozialpsychologischen, individualpsychische etc. „Antriebe“ kommen, blieb bisher unklar.

Ein besonderes Problem gesellschaftlicher Aufgabe und theoretischer Herausforderung ist das qualitative Wachstum. Schon deshalb, weil mit der beschleunigten E-Entwicklung Defizite und zum Teil/ global sogar auch Rückschläge zu erklären (und praktisch zu vermeiden und zu heilen) sind. So die Umweltschädigungen; meistens aber massive Entwicklungs-Defizite: Von Nahrungsverbesserung über Umwelt-Verbesserung (Städtebau; Natur) bis zur qualitativen Wirksamkeit von Medikamenten.

Die allgemeine Problematik, „mehr Quantität, mehr Qualität“, muss verglichen werden mit den – je aktuellen – globalen Größen von Armut/Reichtum und auch ökonomisch-technologisch-geografisch – etc. Strukturen.

Dann kann man in flexiblen Mischungen sowohl in Produktionsbereichen, der Rohstoffgewinnung, so wie in den Konsumbereichen sinnvolle Ziele von globaler und je nationaler, regionaler Wirtschaftspolitik, schaffen.

Zur Realisierung der wirtschafts-politischen Zielvorstellung at der Staat/ die EU jene Instrumente, die den Haupt-Ansatzpunkten kompatibel sind. Jene sind: Geldmenge, deren Verteilung auf (evtl.) produktivere Bereiche, Verschiebung der Gleichgewichte allg.

zugunsten jener jeweils produktiveren Bereiche (Konsum, Produktion, Investition). Dasselbe unter Einbezug anderer Gesellschaften; also Investition global, Handel als Vermittlung um die Gesamtproduktivität und Gewinne zu maximieren.

Hilfswise: Ideologie, Bildung-Forschung, Leistungsantriebe (z.B. Verschärfung aller Wettbewerbs-Verhältnisse (global und bis ins Arbeitsverhältnis).

Kurz: Finanzpolitik als Budget-Politik versucht den Ablauf des ökonomischen Geschehens zu beeinflussen durch die Art/Umfang der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Wobei abgewogen wird, welche Bereiche (z.B. Investition, Konsum, regionale, Sozialschichten etc. wieviel Steigerung, Erhaltung brauchen - um z.B. absolute Verbesserungen oder relative (-> Produktivitätssteigerung macht Arbeitslose, aber Weltmark-Effekte etc. u.ä.) zu erhalten.

Geldpolitik: War es bei der Finanzpolitik eher die „Umverteilung“ (nach Produktivitäts-/ beschleunigung und nach gesellschaftlich-politischen Ig), so steht bei der Geldpolitik die Erzeugung (Reduzierung) der verschiedenen Geldarten und Geldmengen im Mittelpunkt. Im allgemeinen Marktgeschehen (auch global zwischen den Währungen/Devisen) ist die Menge der liquiden Mittel eine „E-Funktion“, die das allgemeine Handeln (-> I -> N,G,E) - > E/I beeinflusst.

Vor allem, weil es darum geht, (in modernen VW), den imaginären/ virtuellen E-Charakter (Eg) (-> „Vorfinanz durch Kreditierung“) als „Anreiz“ zu nutzen, diesen durch Kauf und Kombination der P-Faktoren (-> Arbeit als Handeln) in neue E zu verwandeln.

Die (wiss, philos.) objektive E-Beschleunigung (in modernen Gesellschaften) zeigt sich in der „Flutung“ der Volkswirtschaften durch Geld bzw. „Sollzinsniveau Null“ durch die staatliche Geld-Politik. Jene E-Beschleunigung ist verbunden mit E-Freiheiten, was auch als Risiken-Zunahme zu verstehen ist.

Die Struktur einer „modernen Ökonomie“ (Kapitalismus, aber alle „Leistungsgesellschaften“, die die theoretischen Konsequenzen (aus der fundamentalen Theorie) nicht aktiv bremsen (-> Ig), („Plan-Ökonomie“), haben letztlich nur den Weg der Geld- und Finanz-„Großprojekte“; dazu gehört z.B. auch, dass alles „Ersparnis“ aus seiner statischen Lage vertrieben wird, um im Konsumbereich, Investition die E-Beschleunigung zu unterstützen.

Theorie und Planung verlangen, dass es möglichst Gleichgewichte zwischen den Investitionen und dem Konsum, also z.B. zwischen Krediten-Ausweitung und Einkommen/ Lohn (sowie Preispolitik) gibt.

In modernen Ökonomien (Leistung, Markt) kann das nur ungeplant sein, aber durch Hilfskonstruktionen, z.B. „Lohnstopp“, „konzertierte Aktion/ Konsens der organisierten Arbeit-Geber und Arbeit-Nehmer. (Lohnerhöhung bei Preisniveau-Erhöhung).

In diesen Ökonomien kommt es dann darauf an, ob und wie gut das gelingt, um Krisen oder/ und öfters Abbremsungen des ökonomischen Wachstums zu meiden.

Außenwirtschafts-Politik: ist ein traditioneller Teil, der durch Globalisierung (globale Märkte, Güter, Dienste, Finanzen) tendenziell aufgehoben wird.

Die nationalen Ig müssten sich dann eher den regionalen, branchenspezifischen etc. Folgen dieser Globalisierung widmen, EU als Durchgangsstadium.

Wie kann „Wachstumspolitik“ wirken? α) Bereitstellung billiger Finanz-Mengen beliebiger Art. β) Optimierung/ Maximierung (?) der P-Faktoren („Strukturpolitik“) z.B. Arbeits-

Plätze für alle, Bildung, dieser angemessene Arbeit., auch optimale „Raumordnung“/
Verteilung der P-Faktoren (Industrie etc.) auf globale Regionen etc.
Optimierung mit Bildung, Freizeit (Gesundheit), Verhältnis zur Natur u.ä. Dazu das
„Anwachsen“ der philosophisch allgemeinen E-Entwicklung-> mit /in allen E-Bereichen;
abgestimmt mit allen „I“ (z.B. Natur, Ik, Ii).

Die Wettbewerbspolitik ist zu den vorhergegangenen strategischen politischen (Ig)
Aufgaben übergeordnet; bzw..dazu eine spezifische Sicht. Es geht dabei darum, dass alle
ökonomischen Details überformt werden; von der Dreiheit „objektive
E-Entwicklung/Beschleunigung“, hin zur notwendigen I-Entfaltung und der Vielheit der „I“;
sowie der (gemessen an den möglichen, weil freien Ii,k,g) tatsächlichen E-Defiziten.
Daraus ergibt sich die „gesellschaftlich objektive“ europäische Leistungsgesellschaft
bestimmende „Gegenhaltung vs. „Solidaritäten“ (-> Rz u.ä.) (was philosophisch
gleichberechtigt mit Rw-Trennung ist.Genauer: Es gilt Rw/Rz, denn Wettbewerb ist die
Wechselwirkung beider.

Die Wettbewerbspolitik hat, (neben der Herstellung von allgemeinem Gleichgewicht), die
Folgen der „E-Beschleunigung“ gesellschaftlich zu regulieren.

Das zeigt sich z.B. als Zunahme der Unternehmenskonzentration; möglicher
„Machtmissbrauch“ bringt die Gefahren für die Preispolitik, für ausgewogenes Wachstum
u.ä. mit sich.Wobei zusätzlich./übergeordnet das Problem ist, was für eine Vw wichtiger ist,
viele kleine oder wenige große Unternehmen.

In der Volkswirtschafts-Politik hat die Politik (Ig,k,w) die Vorherrschaft, und daher z.B die
„Vergesellschaftung“ allgemein.

Das zeigt sich formal darin, dass die Politik α) auch die vwl-Theorie variieren kann, β) aus
deren Methoden auswählen kann, oder beliebig viele kombinieren kann.

Vor allem aber gilt, dass Ik,g die einzelnen vw Bereiche (Lohn, Investition etc.)
bevorzugen kann.

Wirtschaftspolitik muss allgemein wissen, es gibt viele Ii , Ik; daraus zu wählen: Ig und
auch die „ökonomischen Ig“.

Ohne dabei gesellschaftlich, sozialpsychologisch, historisch und notwendig „I“ zu
übersehen, unnötig zu konfrontieren u.ä.

Wissenschaften und Philosophie helfen bei diesen praktischen Problemen.

Zu Markt-Plan/ Staat: Das Spannungsfeld zwischen dem tendenziell kreativen „Ii“ und den
Ig, die tendenziell „sicher“ sind, Plan, (E) u.ä.ist das Übergangs-Feld offen, unberechenbar;
als dynamische Entwicklung: Jede Seite und beider „Felder“ - (α) „Markt“ z.B.) -
entwickeln sich beschleunigt - und die Freiheiten dabei „verselbständigen“ sich
zwangsläufig, β) (Staat z.B.) -> dessen E-Charakter verselbständigt sich ebenfalls.
Daher ist die Meta-Ebene kompliziert, (gesellschaftlicher Alltag), je nach Entwicklungs-
Ständen von Markt, Staat, stets neue Relationen bildend (-> aktive WiPoli).

Die ökonomisch-technische Entwicklung besteht auch darin, dass sich derartig
widersprüchliche Dualitäten wie „Markt-Staat“ verändern; meist komplexer werden.
So ist vordergründig richtig, dass sich der Staat zunächst nur als Aushilfe („Nachtwächter“)
zeigte, dass dann aber bis heute die tatsächlich öffentlichen und politischen Strategien
zunahmen, (in Kriegen deutlich zu sehen).

Aber bei näherem Hinschauen: Die „Vergesellschaftung“ ist stets beides, ökonomisch und z.B. die Zunahme von technologischen Erfindungen; dito von Service-Leistungen (neuer Art) und Zunahme globaler, großer Projekte; das in strategischen Interessen, Finanzen, Zeiträumen.

Das „Marktgeschehen“ hat bestimmte Züge (und Vorteile), z.B. „allokative Effizienz. Diese unterscheiden sich aber davon, was mit dem „Ergebnis“ (dieser quasi-demokratischen Beteiligung aller „I“ und aller E) (z.B. „distributive Ziele“, „Verteilungsgerechtigkeit“) geschehen soll. Soll die E-Vollendung/Beschleunigung (-> Investition) geschehen oder die unendliche I-Entfaltung gefördert werden („Konsum, Lohn“)?

Eine Vermittlungsfunktion hat hier die Politik, Ig/ Staat – und damit doch wieder eine mögliche demokratische Mehrheitsmeinung, die eben, aber auch für Investition (oder Krieg) votieren kann.

Die „Marktstörungen“ (z.B. Koordination über Preise, z.B. effiziente. Allokation misslingt, öffentliche Güter, externe Effekte, unvollendete Info, Marktmacht) zeigen α) einseitige ideologische Projekte sind an metaphysische (moderne!) notwendige Größen gebunden (z.B. freie Ii), (oder „Ig“ oder „E“); Ökonomie, als Technologie, ist aber stets „Praxis“, also I/E, also Ii/Ig zu E. (Ii=E weil Ig zunehmend selbst E-Charakter annimmt. Weil Ig in erster Linie auf E-Niveau Rücksicht nimmt, z.B. auf Finanzen.

Und β) geht es um den Übergang, zwischen Ii-Betonung und E-Betonung, durch jene „Störungen“

Die Finanzverfassung eines Staatshaushaltes regelt – letztlich nach „betriebswirtschaftlichem“ Muster - die Ein- und Ausgaben. Gemäß aller „Ik,g,w“ und Ek,g,w (Einnahmen). Im föderativen System sind Ik z.B. neben den Gebietskörperschaften, wie Länder, Gemeinden, es auch private Haushalte/Organisationen. Die einzelnen Ziele, „Verbesserung der Lebensverhältnisse“ und deren Finanzierung, sind in der Zusammenarbeit und den Abtrennungen gesetzlich und politisch geregelt; es ist eigentlich eine Regelung der Zielsetzung und ihrer Erreichung in großen Kollektiven. Die allgemeine „Föderativität“ hat zwei Ig,Iw-Ziele: α) Möglichst viele neue „I“ (-> Kreativität, Arbeits-Aktivität) zu haben, und β) eine gerechte Verteilung der Ergebnisse jener „gerechten Arbeitsverteilungen“.

Das ist so fundamental, dass es rechtlich im GG etc. genau geregelt ist, und die politische Kontrolle durch die Parlamente ernst genommen wird.

Ig (hier als GG-Forderung) ist auch die „Einheitlichkeit der Lebensbedingungen“, die als Finanzausgleich (z.B. zwischen gleichrangigen Körperschaften und zwischen solchen unterschiedlichen Ranges) angestrebt wird.

Noch nicht umfasst Ig (also GG) den Ausgleich zwischen öffentlichen und privaten und zwischen Privaten („Armen und Reichen“). Das ließ bisher weder die formale Marktstrukturierung der Gesellschaft („Konkurrenz“ der Individuen als möglicher Antrieb für die E-Entwicklung) zu, noch das absolute E-Entwicklungs-Niveau.

Die öffentlichen Finanz-Akteure (Bund, Länder, Gemeinden) sind formal (GG) bei ihrer Haushaltspolitik an ein „gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht“ gebunden.

Diese formale Bindung wird ständig verletzt, weil α) öffentliche Hände unterschiedliche Interessen haben (-> Konkurrenz der Gemeinden z.B.). β) Die privaten Wirtschaftspolitiken (Banken etc.) grundlegend „konkurrieren“. Und weil Krisen-Szenarien im GG kaum bedacht wurden. Jene „Gleichgewichte“ stehen in komplexen Widersprüchen zu

anderen vwl Erfordernissen (Investition, Globalmacht-Erringung, Sozialfrieden etc.).

Budget, Finanzplan. Es geht um die Erhaltung und Fortentwicklung von großen Kollektiven. Die dazu notwendigen Ig-Strategien politischen Art unterliegen vielen Einzelentscheidungen und deren Durchsetzung und Kontrollen (z.B. von Einnahmen und Ausgaben, aber in Bezug auf die angestrebten Ig (politische Programme), sowie die Kontrollfunktion gegenüber der Administration; am wichtigsten ist die vw Lenkungsfunktion.

Das jährliche Haushaltsgesetz ist eine Planung, die aber entgegen normaler politischer (-> Ig) Planung rechtlich, gesellschaftlich fest verbindlich ist. Das muss für die ökonomische etc. Organisation der Gesellschaft gelten, um das Bestandsniveau zu erhalten.

Jener Plan zeigt den Stand der historischen gesellschaftlichen Entwicklung und z.T. die nahe Zukunft (z.B. in der „Finanzierungsübersicht“, „Kreditfinanzierungspläne“). Von den allg. Aufgaben und den Ig des Staates ausgehend, sind die Staatsausgaben/-einnahmen sowie deren Verwaltung, Messmethoden etc. zu verstehen. GG: Ig -> „allgemeines Erfordernis“; z.B. soziale Sicherung, Forschung, Verkehrswesen, wirtschaftliche Förderung, auch öffentliche Betriebe mit Unterkosten/Selbstkosten – Preisen“, Sport, Theater, öffentlicher Verkehr. Länder: Kultur, Rechtspflege, Schulwesen.

Die Ausgabenblocks zeigen unterschiedliche formale und inhaltliche Ig; z.B., gesellschaftliche Selbsterhaltung, Soziale Ziele, militärische Verfahren der E-Ausweitungen als transnationales Handeln; die Zinsausgaben „Verschuldung“ als positive/ negative Zukunftsgestaltung. Subventionen als Erhaltung der Gesellschaft in inhaltlicher Art/ Abbremsen der Marktgesetze etc. (Wirtschaftsförderung, Verkehr, Forschung, Kultur, Umwelt, Gesundheit, Sport etc.)

Die finanziellen Quantitäten, ihrer Veränderung sind (formale) Konkretisierungen der Ig-Politik/ Ideologie.

Die „Staatsquote“ (Staatsausgaben in Bezug zur Höhe des BJP) ist fast über ~50% (nur in USA ~ 30%), z.B. Schweden 60%, GB ~40%, DT 48%.

Das scheint eine objektiv wichtige Teilung in öffentliche und private Ökonomie zu sein, die zwar historisch, gesellschaftlich hart umkämpft wird, was aber eher ideologischen Gehalt hat.

Dies jeweilige Optimum ist von der Summe vieler E und Ig,k bestimmt.

Die formalen Betrachtungen, z.B. absolute und relative Ausgaben der Gebietskörperschaften (auch nach Leistungsart, Institution, Finanzquellen), zu denen der Sozialversicherungsträger ist „eine“ Sache, aufschlussreicher ist die inhaltliche: Was verteilt der Staat, seine Ii-Strategie“, wenn er seine (verzinsbaren!) steuerlichen Einnahmen bzw. Rentenversicherungsbeiträge u.ä. ausgibt; eben auch an Nicht-Versicherte z.B. (-> „Mindesteinkommen“ für alle).

Der Staat“ (Politik, Parlament), nimmt da inhaltliche Einflüsse durch seine Lenkungen der Einnahmen und Ausgaben.

Staatseinnahmen: Sie beruhen auf dem grundlegenden „Ig“ („dem Auftrag zur

Vergesellschaftung“). Philosophisch gilt, dass die objektive Freiheit (und Notwendigkeit) zur E-Entwicklung für/von den/die Investoren gilt/kommt. Und die fast ebenso objektive unendliche I-Entfaltung (Ii) ebenso solche objektiven Freiheiten hat und haben muss.

Das drückt sich in der (gewollten, politischen) Vergesellschaftung aus: Steuern werden von „Investoren“ (dazu zählen auch Arbeitende jeder Art) erhoben, weil sie diese Freiheit haben.

Und Steuern werden auf Konsum (-Freiheiten) erhoben. Beide mit der Absicht, Konsum allen (auch Arbeitslosen, Armen) und z.T. schon unbegrenzt (-> unendliche „I“ („Straße benutzen“) zugänglich zu machen.

Staatseinnahmen sind auch: EU u.ä, internationale, Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung. Entsprechend geht es um Strategien (Ig,w) verschiedenster Art, von welchen zugehörigen I/I-Problemen auch ausgehend.

Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen. Diese Definition zeigt das Verhältnis von spezifischer Vergesellschaftung (-> Ig) auf Grund von der Notwendigkeit „als Leistungsgesellschaft“ zu bestehen (und sich zu erhalten und evtl. sich weiter zu entwickeln), aber auch die jeweilige „Gesellschaft“ aufgrund anderer Kriterien zu erhalten, evtl. zu fördern, zu entwickeln.

Hinter den rein fiskalischen Zielsetzungen stehen bei den Steuern (!) stets gesamt-ökonomische und gesellschaftliche Lenkungen (Ig): im Detail (z.B. ökologische Ziele lassen Schadstoffverursacher steuerlich belasten) und im allgemein-strategisch Politischen und der Ideologie. So auch die tendenzielle und globale Vollendung der (verborgenen) E als Entwicklung der Leistungsgesellschaft.

Die Wirtschafts-Politik zielt z.B. meist darauf, die Abgabenquote niedrig zu halten. Das Ig-Ziel ist (u.a.), die privaten Investitionen und den Konsum als Antrieb für weitere E-Entwicklung zu beschleunigen, und bloße „Erhaltungsmaßnahmen“ (Soziales, Infrastruktur) dafür zurück zu stellen.

Solche strategische Überlegung (ähnlich die Zusammensetzung der Steuereinnahmen -> z.B. Lohn-, vs. Umsatzsteuer, Vermögens-, Gewerbesteuer) (ähnlich auch zwischen Bund/ Länder/ Gemeinden, EU) sind nur kurzfristig wirksam; es sind Umverteilungen innerhalb des ökonomischen Systems, die eben durch dessen innere Dynamik unübersehbar wirken.

Die absoluten Zunahmen der öffentlichen Einnahmen sind wichtiger.

Steuer-Reformen sind Ig-bestimmt, d.h. je besser die Analyse des ökonomischen, politischen Verlaufes heute und in Zukunft, desto erfolgreicher, effektiver kann man werden, wenn neue Verteilungen der Steuerlast (z.B. zwischen Mittelstand oder Konsumträgern) damit abgestimmt sind.

Dennoch muss man (-> Wissenschaften) einwenden, solche strategischen Entscheidungen sind mit der - globalen - Praxis, der ökonomischen etc. Dynamik

viel zu wenig kompatibel; (z.B. gehen Großunternehmen ins Ausland oder AN sparen weniger etc.); zeitweilige nationale u/o gruppenspezifische Vorteile sind möglich -> sind politisch-ideologisch jedoch Eröffnung anderer Kämpfe.

Zum Beispiel war die Absenkung des Spitzensteuersatzes eine Maßnahme mit langfristigen Wirkungen im globalen Kampf um berufliche Spitzenkräfte, die rarer sind als man glaubt; weil es dabei z.B. um den kleinen Vorsprung eines Patentes geht. Die Steuerminder-Einnahmen sind nicht zu überschätzen; vor allen sind es meist Umleitungen in Investitionen.

Ökonomisch relevanter sind Vernachlässigungen der Nachfrage (Löhne).

Die politische, emotionale, ideologische Fehlhaltung (Moral vs. Konkurrenzprinzip) trifft das kapitalistische System langfristig.

Die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen, also hier die Verschuldung von öffentlichen Haushalten, ist in modernen Staaten (etc. -> EU, Gemeinden) unumgänglich, weil die E-Beschleunigungs-Entwicklung objektiv ist, und jene „gewinnen“, die (risikofreudig) sich „verschulden“, also tendenziell unbegrenzt investieren; weil solches Investitions-Verhalten kompatibel zur E-Entwicklung/Beschleunigung/- Vollendung ist.

Dass die herkommende Ideologie an statische „E“, „G“ gebunden ist, steht auf älteren Blättern. Ursache: „Risiken“ sind groß bei Markt-Ökonomie, mangelnde volkswirtschaftliche-Theorie u.ä.

Die öffentlichen Haushalte arbeiten stets mit Verschuldung, weil das das Prinzip der objektiv notwendigen E-Beschleunigung (Vorlauf, Investition) ist.

Der bürgerliche Staat versucht aber diese tendenziell im kapitalistischen Bereich (Banken) sich grenzenlos beschleunigende Dynamik zu bremsen, um das System vor Selbsterstörung zu bewahren.

Es treffen dabei zwei Prinzipien aufeinander, die objektive Beschleunigung wird sich – gegen Planung als Gleichgewicht – durchsetzen, weil das die globale Konkurrenz macht.

Dann kommt es als letzten Ausweg darauf an, welcher Staat als erster diesen Beschleunigungs-Weg geht („Geld druckt“), um den Spätkommern die fatalen Folgen aufzubürden.

Bei „Geldknappheit“ (durch Bindung des Ersparten an vorherige ökonomische Perioden), also „die Belastung der Kapitalmärkte und dabei die Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Kredit- und Entwicklungs-Spielräumen, ist eine überholte ökonomische Grundsituation. Die allgemeinen E-Entwicklungs- Beschleunigungs-Erfordernisse verlangen nun, dass für alle ökonomischen Bereiche (möglichst gleichmäßig) unbegrenzt Kredite (-> Investition, Vorlauf vor globaler Konkurrenz) zur Verfügung steht.

Die tatsächliche Verschuldung zeigt diese objektiven Erfordernisse. Die veralteten Maßstäbe („Schulden = „schuldig“) verunklaren die Sicht auf die „Markt“-Basis etc.

Die volkswirtschaftliche (vw) Theorie-Bildung in der BRD ist von innersystematischen Strukturen/ Prozessen und deren Problemen geprägt. Zum Beispiel Bund-Länder-Gemeinden: deren Haushalte sind für die vw Güter- und Geldkreisläufe von besonderer Bedeutung; relative Selbständigkeiten, aber Art. 111 GG und HgrG.

Was zu kurz kommt, sind vwl Theorien, die über jetzige (-> Krisen) und hiesige (-> 3. Welt) hinausreiche

Die VW/L kämpft immer mit den widersprüchlichen Dualismen. Hier eine wichtige: Die Privaten braucht man, um die E-Entwicklung (und I-Entfaltung) voran zu bringen; und das öffentliche ökonomische Handeln braucht man, um Effektivitäts-Verluste, Krisen zu vermeiden: „Freerider-Problem“, Allmendeproblem, Gesamtwirtschaft. Kosten bei privaten Handeln u.ä. sind äußerlich der Grund für staatliches Handeln, (bzw. für eine mixed economy).

Eigentliche Ursachen: Fehlende E-Entwicklung (-> „Reichtum für alle“).

Es geht darum, theoretische Erkenntnisse, wie z.B. das Pareto-Kriterium, oder das „allgemeine Gleichgewicht“ bei vollkommener Konkurrenz, nicht nur quantitativ/formal „abzuschwächen“, („es gibt da keine Statik, nur ständige Bewegung, „Wechselwirkung“); sondern genauer, inhaltlich die inner-systemischen und die äußeren sachlich/ inhaltlichen Wirkungen einzubeziehen, (Die z.B. zur tendenziellen „Selbsterstörung“ von „Markt“ etc. führen können).

Wie hängen betriebswirtschaftliche (bw)/ vw. „Effizienz“ und staatliche/ vw „Wohlfahrt“ mit E-Entwicklung., G-, N-Entwicklung und I-Entfaltung zusammen? Hinter dem vwl Vokabular stecken I, E, I/E und N/G /Rz/w: „wirtschaftende Individuen“ haben I_i (bzw. I_k, I_g, w). Sie haben Tausch-Güter (E) und „tauschen“ diese: N, G; als Vorgang N/G, als Tausch-Gleichgewicht (G).

Weil alle Methodik etc. tatsächlich auf N,G zu reduzieren ist, ist dieser Ablauf auch (in vwl) als „rationales Handeln“ bekannt.

Gesellschaftstheoretisches Handeln ist $I \rightarrow N, G, E' \rightarrow E$.

Tausch/ Gleichgewicht = Vorteil für beide Seiten = $I_i - G - I_i'$; (bzw. $I_k. G. I_k'$).

„I“ ist hier die Präferenz (-ordnung) bei der Bewertung der Güter (-bündel). Die E-Seite ist (z.B.) die Allokation der Güter, die dieser individuellen Bewertung unterliegen/ zu Grunde liegen; und auch die „Anfangsausstattungen“ gehören zu E-Seite.

Das Verhältnis (z.B.) von Arbeit, Kapital und Konsum ist ein Relationsgeflecht von drei dynamischen Größen – und daher (z.B. mathematisch) schwierig; Die mathematischen Funktionen der VWL sind vereinfachte.

Inhaltlich gehen (zudem!) auch noch ineinander über: -> Arbeit formt Kapital zu Konsum, was die Arbeiter erhält. Philosophisch ist das eine Variante von Handeln („I“) als Arbeitsziel, N,G,E (<- PM, Wissen) als Arbeit, Produktion, E als Ziel/Erfolg.

Dies aber ist eine Variante vom QM-Modell: $Rz, R_w = „I“$, Rz vs. $R_w = G-N$, $Rz/R_w = E$.

Die Ökonomie geht von wenigen Grundvorstellungen aus; überkommene „Anfangsausstattungen“, deren Veränderung durch „Produktion“, „Arbeit“ als „Verzicht auf Muße“, Kapital (Boden, Werkzeug); Konkurrenz/ Kompetenz, Effizienz, Wohlfahrt, Tausch „optimaler Faktoreinsatz“, Allokation, Produktivität „möglichst maximale Erträge“, Substitution der Faktoren. Bereitschaft zu produzieren/ arbeiten und/oder zu konsumieren.

Die wp Ökonomie geht nun von wenigen Grund-Vorstellungen aus, eben die der „Wissenschaftsphilosophie“. So als Entwicklung der überkommenen „Anfangsausstattungen“, Natur“. Dann deren E-Entwicklung, als Veränderung durch „Produktion“ -> Handeln/ „Arbeit“ als „Verzicht auf Muße“. Konsum als spezielle Handlungen. Kapital E, (Boden, Werkzeug). Konkurrenz als I_i -vs. I_i . Tausch als I_i/I_i . Zum Beispiel die „Effizienzen“ im Tausch, in der Faktorallokation, oder in der Abstimmung von Produktion und Konsum, berühren grundlegend volkswirtschaftlichen „Sinn“, weil dies Relationen sind (z.B. Güterkombination, Produktions-Entscheidungen etc.), die wir als E und „I“ (z.B. Tausch I_i zu I_i). Faktoren als Kapital (E), I_i als Zielsetzung der AN; produzierte Güter/ E zu Konsumbedürfnis/ Nachfrage („I“); etc. die derart „wirken“, dass die „Ökonomie“ insgesamt existiert und funktioniert.

Die „allgemeine Wohlfahrtstheorie“ zeigt die Vorteilhaftigkeit marktwirtschaftlicher Wettbewerbsökonomien; und zwar theoretisch und praktisch. Das beruht auf Zweierlei: α) Dass die I_i (gegenüber I_i / Konkurrenzzielen), auch gegenüber I_k, I_g , „frei“ und hier fast total anpassungsbereit“ sind. Und β), dass sie sich ebenso an die jeweilige E-Lage (positive finanzielle Vorteile, negative Defizite, Zwänge vieler sachlichen Art), zwangvoll anpassen müssen.

Das Markt-Modell versagt, wenn jene objektiven Zwänge „problematisch“ werden. Konkret sind es die I_i als „Maximierung des Nutzens aller beteiligten Konsumenten, eventuell ihre I_i -Entscheidung als Mengenanpassung auf die vorgegebenen Güterpreise; also die Angleichung ihres Nutzenpreises an den Marktpreis.

Als Produzenten dieser Güter gilt I_i als Maximierung des Gewinns, z.B. durch I_i , welche die Kosten minimal hält, (z.B. durch Entscheidungen hinsichtlich der Faktoren-Allokation), generell als I_i hinsichtlich der Mengenanpassung.

Ob aufgrund gesellschaftlicher Nutzenbewertungen eine soziale Wohlfahrtsfunktion als über den Markt/vollkommene Konkurrenz wünschenswert erscheint/ ist, oder über ein gesamtwirtschaftliches staatliches Transfersystem, oder als Mischung von Marktmechanismen und Staatstätigkeit, es bleiben zwei Hauptprobleme übergeordneter Art: 1. Die Selbstdynamik der E-Beschleunigung ist derart, dass der Beginn staatlicher Tätigkeit bald zur totalen gesellschaftlichen Bestimmung (-> Zentralbank etc.) führt. (-> Krise als Alternative).

Und ass es (gesellschaftlich) letztlich um die Inhalte der Allokationen (Arbeits-Plätze, Konsum-Entwicklung) geh.

Es gibt hinsichtlich des „Wohlfahrtsverlustes bei Monopolen“ zwei Haupt-Projekte:
1. Durch die Nichtanpassung der Mengen etc. durch Monopole gewinnen diese an Marktmacht, z.B. können sie Mengen reduzieren und (wegen der bleibenden Nachfrage) die Preise erhöhen; „Verlierer“ ist (fast immer die „Konsumseite“). Aber das sind Verteilungen innerhalb der Gesamtwirtschaft; z.B. kann der Monopolist seine erhöhte ökonomische Potenz (meist) investiv einsetzen. Und davon werden nun weitere Folgen sich (komplex und ebenso „bewertbar“) einstellen.

„Monopole“ bilden sich nicht nur von den angebotenen Produkten/ Gütern her, sondern auch z.B. von der Marktmacht aus geographischen Gründen. Die allgemeine technisch-ökonomische Entwicklung erlaubt aber zunehmend, solche Monopole zu umgehen, (z.B. „Bestellungen über Internet, global“).

Der objektive Kampf „Markt vs. Monopole“, (bei dem der Staat meist nur zeitweilig notwendig, z.B. bei „natürlichen Monopolen“, zu Gunsten des Konsums aushelfen muss) gehört zu jenem umfassenden dynamischen Kampf, der aller Vorteile kompilieren muss.

Das Monopol verletzt die pareto-optimale Allokation, wenn/ da es den Marktpreis über den Grenzkosten der Produktion fordert, was einen Verlust an gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt bedeutet.

D.h. im Monopolfall schrumpft also die Konsumentenrente, aber die Produzentenrente wird erhöht. Allerdings muss man bedenken, was der monopolistische Produzent mit dem Zugewinn macht.

Eine pareto-optimale Produktionsmenge kann nur mit Verlusten angeboten werden. D.h. die Investitions-Möglichkeiten gehen (in der allgemeinen globalen Konkurrenz) absolut zurück. Diese kann dann der Staat entweder durch (oft versteckte) Subventionen (in kapitalistischer Gesellschaft), oder offen durch zentrale Investition, und tendenziell sogar unbegrenzt, (auch soziale Investition) übernehmen (traditionell ein Sozialistisches Modell).

Solange der Staat/ öffentliche Unternehmen Gewinne macht, fällt er aus dieser Rolle – und wird privatisiert.

Kollektivgüter/ öffentliche Güter provozieren das Free-rider Problem; mit der Konsequenz, dass Versuche dazu nur in kleinen Maßen und unter öffentlicher Kontrolle in der Konkurrenz-Gesellschaft möglich sind; denn auch für Produzenten ist der Zugriff auf freie Güter kostensenkend; Konsumenten steigen auf die freien Güter um; es ist eine spezielle Art des „Marktversagens“.

Das alles führt zum Zusammenbruch oder zur grundlegenden Änderung des ökonomischen Systems; allerdings gibt es Ausnahmen.

Bei Kollektivgütern („Leuchtturm“) gibt es unbegrenzt viele „Kunden“/ Nutzer, die (viele) Vorteile („Sicherheit“) haben, aber nicht bezahlen und nur konsumieren.

Daher gibt es keine „Kauf-Verträge“ und d.h. keine Eigentumsrechte. Die Kehrseite: Es gibt keine Angebote, (Bau von Leuchttürmen), es sei denn, es gibt ein öffentliches Beschäftigungsprogramm (bzw. „natürliche Arbeits-Bedürfnisse“) ohne Lohn und Gewinn. Was auch nicht notwendig wäre, da ja alles (tendenziell) zu „öffentlichen Gütern“ umgewidmet werden kann.

Diese Erweiterung/ Umwidmung zu erreichen, dienten die kommunistischen Revolutions-Prozesse.

Wenn die „Marktstörung“ durch Kollektivgüter geschieht, müssen die Konsumenten, die Konkurrenz beseitigt werden?

Die Konsumenten werden die Nutzerpreise so wählen, dass diese nicht mehr kostendeckend sind; die Rivalität unter Konsumenten entfällt ja.

Solange aber E-Defizite im Angebot sind, müsste der Staat planvoll Zuteilungen machen, also einseitige und unbegrenzte Konsummenge begrenzen.

Das alte System kollabiert, ein neues ist völlig unstrukturierbar, (weil der Konsument in seiner prinzipiellen I-Freiheit stets ausweichen kann, kreativ!).

Daher gilt für „politisch Linke“: Primär ist α) Effizienz und β) die Qualität der Summe aller möglichen Konsumeinheiten.

Die Probleme am Beispiel der Allmende, welche für die Alternative zum Markt-Mechanismus steht, ist, dass wenn keine Preise, Lizenzgebühren von der Gemeinschaft genommen werden, es α) zu keinem konsumtiven Begrenzungen kommt und β) zu keinem Investitionen von Seiten der Gemeinschaft.

Daher kann es keine „quantitative“ Ausweitung geben (mehr allmendische Angebote).

Der Ausweg wäre, gegen das quantitativ erweiterte Konsumieren, eine qualitative Ausweitung, um „Ii“ einzusetzen, (also die Abwechslung des individuellen Konsumenten), (anstatt „administrativer“ Begrenzungen des Konsums).

Individuelle (-> free-rider) und gesellschaftliche Rationalität (-> Ii,k?) können kollidieren, müssen es aber nicht. Zum Beispiel kann man gesellschaftlich beschränkte Quoten je Person einführen und/oder man investiert gesellschaftlich. Jedenfalls müssen Private die Grenzkosten beachten, weil sie Gewinn machen müssen, um dann mehr/wieder zu investieren.

Aber gesellschaftlich kann man auch (unabhängig von den Grenzkosten) frei investieren; -> Geldpolitik ist staatliche Hoheit. Während die öffentliche Sparpolitik zwar Geld spart, aber mehrfach der Gesamt-Ökonomie schadet. -> Regression/ Reduktion überall. Und die Investition, Modernisierung kann jede finanz-expansive Politik erreichen.

Soweit es freie Güter in der/ als Natur gab, gab es die Regeln des Eigentums (als „Recht“) und als ökonomische Zwänge) noch nicht. Die private Nutzung (z.B. der Natur) macht aus ihr ein „knappes“ Gut; abstrakter: Die Nutzung, den individuellen Grenzertrag des privaten Nutzers, den sozialen Grenzkosten der Gesellschaft gegenüber stellend.

Zugrunde liegt dem α) „positiv“, dass das System zugleich eine systematische

Steigerung der Ansprüche (investiv und konsumtiv) und deren Befriedigungs-/Erfüllungs-Möglichkeiten erzeugt. β) „negativ“, die Leistungs- und die Konkurrenz-Zwänge; auch die allgemeine Rücksichtslosigkeit vs. Natur.

Es ist ein historisches Debakel, dass die Leistungs- und Konkurrenz-Gesellschaft das Individuum brauchte, das (Ii, Ei) ständig mehr produziert und konsumiert.

Aber die Gesellschaft nicht durchdacht ist (z.B. in den Konsequenzen für die Natur, deren Ressourcen, auch für die individuelle Gesundheit); und für die Gesellschaften, die das steuern, aufgaben; u.ä. gegen die traditionell definierten „Leistungs-/Konkurrenz-Gesellschaften ankämpfend, bisher scheitern. Weil sie kein inhaltlich neues Konzept haben.

Es können pareto-effiziente Lösungen auch durch private Verhandlungen erreicht werden.

„Handlungen“ sind $I_i - i \rightarrow N, G, E' \rightarrow$ macht $E \cdot E'$ und E sind bei „Verhandlungen“ hilfsweise eingesetzte Größen (E'), z.B. öffentliche Rahmenbedingungen. Und E sind als Ergebnis der Verhandlung oft neue Normen, staatlich, politisch abgesicherte Entscheidungen rechtlicher Institutionen u.ä.

Die bwl. Ratio ist I_i als Selbsterhaltung und Selbstverwirklichung (z.B. E-individuell als Entwicklungs-Vollendung). das kollidiert mit allen anderen I_i, k, g, w und mit allen E , als jedes Entwicklungs-Niveau und aller Welt-E; (daher auch Kollision zum Beispiel mit „gesellschaftlicher Rationalität“, „negative externe Effekte“.

Private „Verhandlung“, gesellschaftliche Institute, staatliches Eingreifen heben diese I/I und I/E-Probleme auf.

Staat und private Bereiche unterscheiden sich, weshalb die Bereitstellung von Gütern sowie die Zahlungsbereitschaft/Zahlungsfähigkeit so unterschiedlich sind.

D.h. der Staat erhebt deshalb zwangsweise und unterschiedlich Steuern, und seine Leistungen sind meist nicht individuell zurechenbar.

Die Ursache ist, dass „die Märkte“ von freien I_i / Individuen ausgehen, deren Freiheiten überwiegend gesellschaftlich wirken können. Das gilt aber für viele Personen und viele „Funktionen“ nicht.

Die Heranziehung der Steuerzahler nach deren individuellen Leistungsfähigkeit/ Einkommen und Wirtschaftssubjekte in unterschiedlichen Position in unterschiedlicher Einkommenshöhe entspricht ziemlich den sozialpsychischen Gefühlen der Leistungsgesellschaft. Obwohl andererseits es dabei um eine gewisse „Nivellierung“ geht, die wiederum dem Leistungsprinzip nicht entspricht. Solche Widersprüche sind es, die letztlich verhindern, ein theoretisch zufrieden stellendes Steuersystem zu finden.

Die Hinzunahme der E-Seite und I/E (z.B. als ökonomische Effizienz der Allokation) überformt die formalen Kriterien der Besteuerung (Äquivalenzprinzip und Leistungsfähigkeitsprinzip). So dass Besteuern theoretisch und gesellschaftlich akzeptabler werden könnte. Zum Beispiel auch, „was wird besteuert, welches Einkommen, welches Gut, welcher Verbrauch“.

Man kann das Verhältnis Staat (Steuereintreiber) und Private (Lohnsteuer,

Verbrauchssteuer etc.) in drei Perspektiven sehen: 1. Möglichst „Steuersparen“ (legal und illegal) (legal -> z.B. „später Konsum, um bei Mehrwertsteuer Zinsgewinn zu haben). 2. Steuern zahlen, um jene (unfruchtbare) Ausbremsung zu vermeiden. 3. Politisch aktiv sein und α) ökonomisches Wachstum und β) gerechte Verteilungen und γ) inhaltlich die öffentlichen Ziele (der staatlichen Einnahmen) zu bestimmen. Tatsächlich aber ist das „Politik“ bei konkurrieren Ik mit speziellen (ökonomischen) Mitteln.

Noch einmal zur Allokationstheorie: Der Staat ist zugleich Hüter des Wettbewerbs und Reparatuer bei Marktstörungen (z.B. dann, wenn es gesellschaftlich ungerecht, ungleichgewichtig in der Verteilung der Einkommen/Güter zugeht.

Das ist theoretisch systematisch nur sinnvoll, (kompatibel), wenn es eine wissenschaftlich-philosophische Ebene gibt, die Ii, Ik und Ig vereint. (Ii -> Markt, Ig -> Plan, gesellschaftliches Gesamtinteresse, Ik -> soziale Gerechtigkeit).

Dazu gehört aber die, das erst konkretisierende, E-Seite (rund so z.B. „Ig“ als E-Erweiterung).

Die Wirtschafts-Politik und deren Ig -Rahmen (Strategien u.ä.) wechselt in bürgerlich-demokratischen Gesellschaften zwischen den wenigen Alternativen und deren Wechselbeziehungen in abstuften Mischsystemen praxisnaher Art; zum Beispiel als „wohlfahrtstheoretischer“ Schwerpunkt, oder wenn Effizienz, geleitet von Pareto-Optimalität, gewählt wird.

Die „Meta-Rationalität“, meist nur historisch-gesellschaftlicher Art besteht darin, dass sich die E-Seite durchsetzt (technologisches Bildungsniveau): Ob nun zunächst die nutzenmaximierenden Konsumenten oder die Gewinn maximierenden Produzenten ein Optimum erreichen, ist durch die Grundkonstruktion jeder VW egal; die Unterschiede gleichen sich in folgenden ökonomischen Perioden aus. Krisen, Fehler können von beiden kommen; daher muss Politik diese verhindern.

Zur strategischen Wohlfahrtstheorie gehört, dass die Gesellschaft andere als die über den Markt realisierbaren Distributionsziele verfolgt. Zu dieser „öffentlichen Rationalität“ im Ökonomischen kann aber der allgemeine Marktmechanismus in Wechselwirkung mit öffentlichen Eingriffen zu langfristigen E-Entwicklungen und/zu I-Entfaltungen führen.

Im „internationalen Handel“ ist (tendenziell) die bürgerlich-historische „Nationen-Abgrenzung“ obsolet/aufhebbar. Der Handel, die Arbeits-Teilung sind daher im Kern so sachlich zu behandeln (Produktions-Faktoren, Transportwege u.ä.), wie es philosophisch-wissenschaftlich notwendig ist: Zum Beispiel sind E-Vollendungen (Spezialwissen/ Spezialkönnen) oder „I“ (Kauf-Interessen/ Investitions-Motivation) wichtiger als „Besteuerungs-Unterschiede“ oder „kulturelle Rahmenbedingungen“.

Die Welt-Ökonomie kam erst nach den zwei Weltkriegen in sich steigernde Entwicklung. Die z.T. negative oder positive Verflechtung im Krieg musste nur zivilisatorisch gewendet werden. Der Aufbau dynamischer Investitionen tat sein übriges. Vor allem gesellschaftliche Planung und personengebundene Aktivitäten/

Mobilisierung trugen zur aktiven Verwertung neuer Patente etc. bei.

Der Welthandel führt für jene zu Wachstum und Wohlstand, die (z.B. die positiven Bilanzen nutzen, beim Vergleich der Transportkosten zu eigenem Aufwand; wobei z.B. bei spezialisierten Gütern dies bei unterschiedlichen Qualitäten nicht quantitativ ausgedrückt werden kann.

Im Lauf der global Entwicklung kann jedes Land auf Importe verzichten, es kann technologisch alles selbst entwickeln; aber dabei wird zeitweilig seine Entwicklung erschwert, Armut u.ä. bleibt.

Genauer gesagt, geht es um komparative Kostenvorteile des jeweiligen Landes.

Außenhandels-Theorie muss einige wenige konkrete Tatsachen beachten: Die Ausstattung der Nationen mit unterschiedlich guten und vielen Primärfaktoren . Das ist die E-Seite; dann werden solche Güter gut exportiert, die mit jenen Faktoren erstellt werden.

Wenn ein solches Land nicht autark bleiben will, gibt es dafür Gründe, die in/auf der I-Seite liegen; z.B. wenn die Präferenzen der Konsumenten dort nicht die eigenen Güter, Waren, Lebensmittel mögen. Dann ist Außenhandel notwendig.

Natürlich unterliegt der Welthandel auch politischen, gesellschaftlichen, kulturellen Bedingungen, daher sind die ökonomischen Erklärungen für die Aufnahme von internationalen Handelsbeziehungen jeweils zu verändern, Und zwar als Relationen zwischen den beteiligten Phasen. Eine moderne Außenhandelstheorie könnte (z.B. α) von E_g (jeweiliger Entwicklungs- Stand aller relevanten Strukturen), β) von I_g, I_k (Plan-Ökonomie, unvollkommener Wettbewerb, je nach Inhalten nationaler Präferenz, Monopole, aus vielen möglichen Gründen); auch die „Kraft der Konsumenten“ ist gesellschaftlich, kulturell, politisch unterschiedlich.

Die zwei grundlegenden Vorteile von ökonomischen Handelsbeziehungen - α) Verbilligung der Preise durch Größe der Produktion und β) Spezialisierung jedes Landes auf best. Produkte - haben wissenschaftlich-philosophische Wurzeln: Die (letztlich globale) Ausweitung als formale Entwicklung. und die Spezialisierung als qualitative Erzeugung von Neuem. Beides in dem „erweiterten QM-Mechanismus“ verankert (z-w->unendlich) (und durch unendliche Quantität: Neue Qualität).

Ziele: α) E-Vollendung als „Preise tendenziell Null“ (globale Gleichgewicht aller Konsumenten) Ressourcen-Einsatz relativ geringer; β) unendliche I-Entfaltung/ Produktvarianten als „Glücksziel“ aller Konsumenten, Ziel aller I_g -Wohlfahrt.

Ökonomische Handel-Zunahme ist tendenziell unendlicher Einbezug aller (und möglichen) „I“; die Arbeits-Teilung ist tendenziell unendliche Annäherung an (detaillierte) E-Vollendung.

Beides ergänzt sich, hier im Ökonomischen konkret darin, dass die binnenwirtschaftliche Arbeitsteilung den Handel und seine Ausweitung (mehr Produkte, bessere und für mehr Menschen) fördert – und umgekehrt. ökonomischer Handel kommt zustande, (durch I_i / Konsum etc. unterschiedliche I- Präferenzen (I);

auch hier als Kosten-Unterschiede (absolute und/oder komparative); sowie weitere E-Unterschiede (z.B. Faktorausstattung, Größenvorteile der Güteranzahl).

„VWL“ ist eine „Technik“; dabei geht es um „I“; z.B. Ii als „Nachfrage“, auch um „Ig“ als politische Entscheidungen; zum Beispiel wird für den globalen Handel, als dem politischen, kulturellen Freihandelsideal, oft aus gesellschaftlich übergeordneten Gründen, nicht gefolgt.

Es gibt unbegrenzt viele gesellschaftliche, politische Motive, die die Einschränkung des Freihandels motivieren/ legitimieren, z.B. die Erhöhung des Wohlstandes gegenüber der Freihandelsituation, durch Zoll auf Importgüter, einseitig erhoben. Aber vor allem um Entwicklungen aufzuholen, die für die allgemeine nationale Entwicklung wichtig sind. Oder als Schutz bestimmter Interessengruppen, ökonomisch oder gesellschaftlich wichtiger Branchen.

In der politischen Praxis der entwickelten Industrieländer hat der Freihandel große Chancen, weil der Konsument der Gewinner dabei ist (im Inland verschärfter Wettbewerb, geringere Preise, größere Auswahl, höhere Produktqualität).

In weniger industrialisierten Ländern steht der Schutz neuer Investitionen, der Aufbau eigener technisch-ökonomischer Bereiche, im Vordergrund.

Der allgemeine Abbau globaler Handelshemmnisse geschieht auf verschiedenen Wegen, kollektiv (GATT), oder/und in multilateralen Verhandlungen und zwischen Staatengruppen. Jene Bereiche, die von „ihrer Sache her“ grenzenlos sind, (Telekommunikation und Finanzdienstleistungen), gehen da voran. Aber solche politischen und technologische Entscheidungen sind natürlich in die jeweiligen gesellschaftlichen Komplexionen eingebettet – mit allen Vor- und Nachteilen. Philosophisch geht es um die E-Entwicklung und die I-Entfaltung.

Nicht so sehr von der globalen Beweglichkeit (Infos, Finanzen), als von der globalen Wichtigkeit, muss es bald weltweit Wettbewerbsordnungen für den Agrarsektor, den Schutz des geistigen Eigentums/Urheberrechte sowie für Direktinvestitionen geben. Wegen dieser sachlichen Problematik und der Chancen (z.B. kleine agrarische Selbstversorgung vs. Massenproduktion) (z.B. freie Verfügung über Patente als Motor des Fortschritts vs. Abbremsung von Erfindungen bei mangelnden Vergütungen). So Investitionen als politisch geleitete Globalisierung und politisch nationale Ig-Gegensätze.

Was fehlt ist eine Iw-Ordnung, gemessen an inhaltliche Ig-g` und am Stand der einzelnen und der globalen E-Entwicklungen.

Staatengruppen, die - angenähert - gleiches E-Entwicklungs-Niveau haben, sowie vergleichbare und kompatible Ig, schließen sich immer mehr zu regionalen Freihandelszone zusammen. Damit werden statt den überwiegenden Nachteilen für die schwächsten Glieder, eher Vorteile für alle Beteiligten zu erwarten sein.

Das entspricht dem „Marktprinzip“!

Zum Beispiel. EU, NAFTA, Mercosur.

Die strategische Ig-Argumentation zur nationalen Handelspolitik/-theorie geht davon aus, dass Entwicklung und Erhaltung von Großkollektiven die reine Marktsituation noch nicht oder nicht mehr ertragen können. Daher schaffen sie mit politischen Mitteln (Verträge etc.) global Märkte, aber diese mit unvollkommener Konkurrenz, z.B. durch Subventionierung heimischer Anbieter; z.B. schreckt Subvention von heimischer Investition ausländische Konkurrenz ab, da sich ihr Absatz dort zu wenig rentieren wird.

Durch die Erhebung von Zöllen kann ein Land/ Kollektiv seine eigene Wohlfahrt marginal erhöhen. Da das (tendenziell) alle Länder machen, wird eine – formale – Abbremsung der allgemeinen, globalen Wohlfahrt verursacht. Andererseits hat der globale „freie Markt“ eben solche Doppelgesichtigkeit. Vertragliche Vereinbarungen sind Versuche α) zunächst in Details „Aufhebungen“ dieser Widersprüche pragmatisch zu erreichen, β) um das eigentliche Problem, die E-Entwicklung global zu fördern oder herauszuschieben.

Um den internationalen Handel zu beschränken, werden bestimmte Länder ihre politischen Ig durchsetzen müssen (z.B. Produktionen, m.o.w. verdeckt). Das betrifft meist den internationalen Kapitalverkehr, aber auch den von Gütern und Dienstleistungen. Auch als „Zoll“, was zu offensichtlich ist, angesichts der hochentwickelten sonstigen politischen Zusammenhänge.

Frage ist, ob diesen Import beschränkenden Maßnahmen, wie Subventionen, öffentliches Auftragswesen (für inländische. Firmen), Importkontingente, administrative Handelshemmnisse, Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt-Standards, technische Normen etc. mehr Vor- oder Nachteile bringen; zumal das zu differenzieren ist (z.B. einheimische Arbeitsplätze vs. Fortschritt durch allgemeinen Wettbewerbsdruck.k

In einzelnen Bereichen zeigen sich die entsprechenden konkreten Vor und Nachteile. Zum Beispiel in der Devisenbewirtschaftung, in dem Ig-gesteuerten Zu-/ Abfluss von Kapital sind Vorteile zusätzliche Einkommen, Arbeitsplätze, aber eben auch weniger ausländische Investitionen hier.

Zoll (z.B.) als protektionistische Methode (bei gleichen Produktions- und Konsumniveau der Länder) ist bei Vergleich von „Zoll vs. Freihandel“ unterschiedlich für Produzenten und Konsumenten

Genauer, beim Freihandel α) entweder gibt es für das importierende Land steigende Konsumentenrente und fallende Produzentenrente und β) umgekehrt (im exportierenden Land).

Aber beides mal gibt es dennoch für beide Länder einen Wohlfahrtsgewinn“.

Die „Weltwohlfahrt“ verliert netto bei Zollschränken, (also, es gibt keinen neutralen Ausgleich zwischen importierender und exportierender Nation); das sind „versteckte“ Kosten, die „die Welt“ tragen muss, weil es Entwicklungs-Unterschiede zwischen den Nationen gibt; und die benachteiligten versuchen aufzuholen.

Es geht hier um das „Zusammenspiel“/ die Wechselwirkung zwischen

„Marktmechanik“ (->Ii) und I_{g,k} (politische Entscheidungen).

„I_k“, zum Beispiel speziell zu Fehl-/Allokationen, wenn Unternehmen sich auf I_g verlassen, z.B. mit Schutz-Zöllen rechnen und entsprechend investieren. Oder z.B., dass den Unternehmen durch Schutz-Zölle der Rationalisierungsdruck fehlt.

„Erziehungs-Zölle“ sind jene vorübergehenden Schutzmaßnahmen, um regionale, nationale Entwicklungen zu ermöglichen; z.B. wenn wegen großen Fixkostenblöcken eine große Produktionsmenge erforderlich ist.

Die Kernprobleme der internationalen Handelsbeziehungen sind die des Verhältnisses der (defizitären) E-Seite zur (unorganisierbaren) I-Seite.

Die Entwicklung der E ist Hauptziel aller Großkonzerne, Banken, in modernen Gesellschaften. Das treibt die Globalisierung voran;(freier Handel).

Während die Konsumseite („I“) die Vorteile zu wenig nutzen kann, weil sie formal wenig effektive Interessenvertretung hat; genauer: nur im Maße der bei der E-Entwicklung sich ergebenden wenigen Konsummöglichkeiten (z.B. 3. Welt).

Monetäre Außenwirtschaftsbeziehungen, Wechselkurse: Die historische, gesellschaftliche Basis ist die globale Strukturierung in α) Nationen, die β) als Leistungsgesellschaft im Wettbewerb stehen.

Das ist keineswegs nur selbstverständlich: Die philosophisch-wissenschaftliche „allgemeine historische“ Entwicklung hat Alternativen.

Der Wechselkurs ist u.a. als konkrete, statistische Einschätzung des Leistungsverhältnisses der eigenen nationalen Leistung gegenüber der des anderen Landes einer von vielen verschiedenen Faktoren-Einflüssen.

Da das prinzipiell (konkret, diese ökonomischen, globalen, maximal relationierten Einflüsse) unsicher ist, es aber anerkennbare Entscheidungen konkret geben muss, überlässt man den Devisenmarkt dem freien Spiel des Marktes („Floating“).

Die sich ergebende Höhe des Wechselkurses wird dabei durch viele und verschiedene Faktoren bestimmt, z.B. durch Preise, Einkommen, Zinssätze, auch als Erwartungen (bei lang- und mittelfristigen Ansätzen).

Die Wechselkurse müssen sich auch auf die jeweilige „Kaufkraft“ in jedem Land beziehen – um von da den Vergleich der nationalen Währungen zu verfeinern; bei starken u/o langfristigen Veränderungen der Preisniveaus und der Kaufkraft, zum Beispiel in einen Inflationsland, kann das z.B. die Wechselkurse beeinflussen.

Das Einkommen und seine Entwicklung wirken ebenfalls auf die monetäre Beziehung zwischen Währungen, wenn (z.B.) eine Erhöhung der Realeinkommen und der Expansion der Nachfrage nach Importgütern im Inland wirkt, dann verursacht dies ein Leistungsbilanzdefizit und erhöht die Nachfrage nach Devisen; die Währung des Inlandes wird abgewertet und umgekehrt.

„Erwartungen“ führen an modernen Märkten zur Erfüllung, wenn z.B. „viele, aber nicht rational geordnete“ Marktteilnehmer die Abwertung des EU erwarten, diese deshalb verkaufen, dann drückt dieses EU-Angebot dessen Kurs.

In der Finanzmarkttheorie gibt es die Portfoliotheorie, welche von heterogenen internationalen Zinstiteln ausgesetzt, bei denen die Anlagen keine perfekten Substitute sind.

Es geht dabei darum, die Entwicklung der Wechselkurse durch die Vorgänge auf den Märkten, für Vermögensmittel zu bestimmen. Es geht also für die Vermögensbesitzer darum, z.B. bei Änderungen der Geldmenge oder des Auslandszinssatzes die Struktur ihres Portfolios den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das bringt Zins- und Wechselkursänderungen mit sich.

Die Märkte, Marktmechanismen werden in dieser Entwicklung immer komplizierter. Ihre Freiheit verbindet sich mit der Freiheit von „Erwartungen“ zu „Spekulationen“; Freiheit von „Versachlichungen“ (z.B. als Investition/ Konsumgleichgewicht). Beispielsweise zeigt die Zinsparitätentheorie formal, dass sich Märkte (oder Teilstrukturen) gegenseitig aufheben, korrigieren können.

Die Güter- und Finanzmärkte (-> hohe Volatilität) haben unterschiedliche Reaktionsgeschwindigkeiten. Das muss zusätzlich bedacht werden (z.B. bei Erhöhung der inländischen Geldmenge).

Auch hier gilt, dass die Freiheit des Wechselkurses (und der verwandten Märkte) immer mehr durch ökonomische und politische Entwicklungen kontrolliert wird. Die Zentralbanken und die nationale politische Ökonomie müssen dabei flexibel sein und in den Kapitalmarkt abgestimmt, gezielt, auch ausgleichend, eingreifen. Diese Form moderner Markt-Plan-Politik ist aber erst im Entstehen; abhängig von Krisen-Notwendigkeiten (d.h. von der objektiven Entwicklung der technologisch-ökonomischen E-Entwicklung).

In und ab den 1930er Jahren hat sich rückblickend gezeigt, dass die Zunahme des Welthandelsvolumens durch faktisch flexible Wechselkurse gebremst wurde.

Unstabiler internationaler Zahlungsverkehr, fluktuierende Wechselkurse führen zu/ sind verursacht von Währungs-Spekulationen. Das nutzt zwar dem Überleben der Gewinner, behindert aber global angelegte und zu planende Großprojekte.

Die Fixierung der Wechselkurse (Bretton Woods) sollte da helfen:

Das BJZ vergibt langfristig Kredite und IWF stellt im Bedarfsfalle die von den Mitgliedern eingebrachten Gelder jenen Ländern mit Zahlungsschwierigkeiten, zur Verfügung.

Zur globalen Planung gehören z.B auch die IWF: Ziehungsrechte, die ständig erweitert wurden, -> Sonderziehungsrechte, mit denen Länder ohne Währungsreserven mit Devisen versorgt wurden, um die internationale Liquidität zu sichern. Solche zusätzlichen internationalen Zahlungsmittel sind nötig, um die systemeigene Dynamik nicht als Ursache für Krisen werden zu lassen, oder für Transrelation zu prinzipiell neuen Systemen (Sozialismus).

Es geht kaum um ideologische Entscheidungen, vielmehr muss man sehen, dass (z.B.) die überkommene Einteilung in „Nationen“ prinzipiell mit Weltmärkten unvereinbar ist, man aber ersteres aus historisch-kulturellen Gründen und die

Globalität aus „modern-sachlichen“ Gründen haben muss.

IWF und BJZ u.a. sind (potentielle) Strukturen einer globalen Planung, auch dann, wenn – wie z.B. in der Wechselkurspolitik – es ein Scheitern gibt. „Globale Planung“ ist erst am Anfang, und sie muss dynamisch sein, d.h. sich ständig weiter ausdehnen (tut sie auch).

Die Währungsunion macht zwar die interne Wechselkurspolitik überflüssig, aber dieser eher formalen Aufgabe stehen jetzt die realen, historisch gewordenen Leistungs-Unterschiede der Nationen gegenüber.

Um das Scheitern zu vermeiden, muss zugleich (also von Anfang an) die Leistungsfähigkeit der je schwächsten Gesellschaft systematisch angehoben werden. Vor- und Nachteile der flexiblen Wechselkurse vs./anstatt der Investition in die Realökonomie: Erstere ist mit Geldschöpfung und deren Risiken verbunden. Aber kurzfristig ist es erfolgreicher, flexibler, Rezessionen - bzw. Überhitzungen - abzufedern. Also hilft langfristig nur Investition in die Realökonomie; wenn das (in liberalen Staaten hochgeschätzte) private Kapital im Ausland ist; dann müsste der Staat doch einspringen; er ersetzt dann das Privatkapital „anti-liberalistisch“.

Das Festkurs-System setzt jene Märkte außer Kraft, es ist ein Übergangs-/Planungselement, das meist bei Vergrößerung der Wirtschaftsgemeinschaft (oder auch der Unternehmen) stillschweigend und unumgänglich eingeführt wird; zum Beispiel wegen Langfristigkeit der Investition. Gegner sind nur formale Marktanhänger, in Spekulationen Arbeitende; ernster zu nehmend sind jene, die unabhängig Kursgewinne für den Aufbau, den Schutz ihrer Investitionen brauchen, um erst/dann später gleichberechtigt und intensiv Austausch von Gütern und P-Faktoren betreiben zu können.

Die Problematik des „Zahlungsbilanz“-Projekts, kann man zunächst betriebsökonomisch sehen; der aktiven Bilanz entspricht eine Kreditierung an das Schuldner-Land. Die ökonomisch-politische Frage ist, was geschieht mit dem „Kredit“/ der Verzinsung: Die „reichen“ Nationen werden diese „Kredite“ investieren und noch reicher werden. Natürlich ist das ein umfassender und dynamischer Prozess, bei dem die industrielle Macht ausschlaggebend ist; -> Leistungsbilanz! Aktuell USA/ China/ Deutschland/ Japan/EU: aber wo ist der Ausweg? Zum Beispiel, wenn im Wettlauf, China voran geht, um arme Nationen auf chinesisches Niveau zu bringen.

Die „Zahlungsbilanz“ (Leistungs-, Vermögensübertragung-, Kapital-, Devisenbilanz und „Restposten“) geht davon aus, dass in der globalen Ökonomie die Nationen noch eine Rolle spielen. Aber diese sind nur z.T. als „Einzelunternehmen“ anzusehen, nämlich in einem dezidiert „politischen“ Sinne (-> Ig). Die Frage, ist diese (tradierte) Organisationsform wichtig?

Man kann nun eine Art hierarchischen Zusammenhangs sehen. Fundamental wäre die ökonomische Leistung, (der Nation hier), die Produktivität, Kreativität, Investiv-

Kraft u.ä. Darauf aufbauend die Höhe (und Überschüsse) der Leistungsbilanz (LB) (Außenhandel, Dienstleistungen u.ä.) und die Kapitalbilanz (KB) (Direktinvestition, Portfolio-Invest, Kreditverkehr u.ä.)

Die dritte Ebene, die Wechselkurse, werden in Wechselwirkung von Leistungsbilanz und Kapitalbilanz beeinflusst und umgekehrt.

Wenn nun (EU) die Regulierung durch die Wechselkurse wegfällt, kommt es zur Krise, bis hinab auf die ökonomisch-technologische Primär-Ebene.

Weitere wechselwirkende Zusammenhänge (z.B.) : α) Die unterschiedliche - in-/ausländische - Preisentwicklung ändert die Leistungsbilanz -> z.B. die Erhöhung des Imports.

β) Höhere Einkommen -> mehr Import (wenn die Produktion/ Produktivität nicht steigt, daher zu wenig Export -> schiefe LB. γ) Technischer Wandel -> mehr Export → KB (Finanzströme: Portfolioinvestition, Direktinvestition, Finanz- und Handelskredite) bestimmen global die (noch verbliebenen) nationalen Einzelstellungen; sie sind der Schlüsselbereich der Globalisierung und der globalen Wettläufe.

Nationale Zinsniveau-Veränderung und/oder Wechselkursveränderung geben Chancen individueller Bereicherung, und sind auch – wohl – Antrieb für zusätzlich Investition/ Erweiterung durch verstärkte Kapital-/ Kreditvergabe (Veränderung der Kapitalverkehrsbilanz).

Aber überwiegend geht es um Verschiebungen der ökonomischen Macht/ Reichtum zwischen Nationen.

Dabei spielen Erwartungen (z.B. von Wechselkursveränderungen) eine Rolle.

„Kapitalflucht“ ist ökonomisch nicht vor anderen Motiven und Zielen (zusätzliche Gewinne) zu sehen, kann aber bwl. und nationale Umverteilungen der Mehrwert-Menge bedeuten. Weltpolitisch riskant, z.B. für die Entwicklungs-Länder-Problematik; die durch Kapitalflucht destabilisierenden Effekte verstärken sich innerhalb einer Nation (Preisanstieg, Steuererhöhung) und betreffen Nachbar-Volkswirtschaften und globale Strukturen.

Die Terms of Trade zeigen letztlich die Arbeitsproduktivität eines Landes. Dazu kommt, dass dieses ein selbstbeschleunigendes System ist, so dass beides sich positiv verändert. Diese Verbesserung der Wettbewerbsposition eines Landes eröffnet dynamisch die Kluft zu anderen Ländern derart, dass internationale Krisen ihre Ursache darin haben.

Zeitweilige Hilfen (Preis-, Wechselkursänderungen, oder Export-/ Import-Mengenveränderung) verschieben (meist nur zeitweilig) die unmittelbaren Ursachen für Krisen nur.

Die Veränderung der Terms of Trade verschieben zwar Wohlstand aber nur z.T., da es stets auch Rückwirkungen gibt, (z.B. kauft der so reicher gewordene Ölstaat weitere Autos in Deutschland).

Die VW/L als „Technik“ (-> Handlungs-Modell) zeichnet sich durch α) Ii, Ik, β) die Relationen N, G, R und γ) E' (Strukturen -> Unternehmen, Nationen, Welt-Ökonomie) aus. Die Relationen sind auf allen Ebenen ähnlich (formal: Als Wechselwirkung, „alles mit allen“ -> daher z.B. keine exakten Vorhersagen). Konkret: z.B. die Konjunktur im Inland in Wechselbeziehung mit dem Ausland; Wechselkursregime; dito Handelsströme verändern. Veränderung von Preisen, Zinssätzen, Einkommensveränderung., Geldmengenveränderung, Konjunktur, Krise, Investitionen in einem Land hat Folgen in allen Handelspartnerländern. Um „Sinn“ (-> Ig, Iw, E-Entwicklung I-Maximierung) darein zu bekommen, muss es eine passende Definition von „Politik“ geben; z.B.: Wenn die europäische Zentralbank expansive Geldpolitik durchführt, -> Zinsänderung etc. und Kapitalanleger legen dann ihr Geld vermehrt im Ausland an, wo die Rentabilität höher ist, dann führt das zusätzliche Einkommen im Inland zu mehr Importen, und verschlechtert dadurch die inländische Währung, sie muss abgewertet werden → die Zentralbank löst Devisenreserven auf -> Expansion ausländischer Geldmenge und sinkende Zinsen -> dort Preissteigerung. Das alles u.ä. hat aber international politische Folgen, z.B. als Weltkonjunktur und deren politische Folgen, d.h. ein Land kann durch Wechselkurs-Veränderung, Geldmengen-Veränderung, Zinssätze, politisch international wirksam sein. Als „Preisübertragungen“ z.B., was zu Handelsbeschränkungen führen kann

Die inländischen Ersparnisse reichen aus, um die inländische Investition und das Budgetdefizit sowie das Leistungssaldo „Export-Import“ zu finanzieren. Diese makroökonomische Bilanzgleichung ist Ausgangspunkt ök „Verwerfungen“. Die USA zum Beispiel haben Haushaltsdefizite und Leistungs-Bilanzdefizite, ohne dass inländische Ersparnisse benötigt oder auf Investition verzichtet wird. Die Lösung: Vom Ausland zur Verfügung gestellte Ersparnisse und Güterverzicht dort.

Es ist leicht zu zeigen, Außenhandel ist eine Quelle des nationalen Wohlstandes. Wenn aber die handelnden Nationen in ihrer wirtschaftlich-technologisch-organisatorischen. Leistungsfähigkeit unterschiedlich entwickelt sind (und dazu noch der Puffer Wechselkurs der Währung wegfällt), dann muss es zur Krise kommen, wenn nicht über die bisherigen kapitalistisch-bürgerlichen Gesetzmäßigkeiten hinausgegangen wird.

Die Einteilung in Nationen, Branchen, Unternehmen, R_w P-Faktoren etc. ist die eine Seite der allgemeine wissenschafts-philosophische Lage, die andere Seite sind tatsächlich (R_z) und je angestrebte Vereinigungen. Zum Beispiel als „internationale“ ökonomisch-technologisch-politisch- ideologische Zusammenarbeit (z.B. auch als Planung, „Konzernbildung“ u.ä.). Auch als Widerspruch, Trennung und Koordination von „Konkurrenz“ und Kooperation.

Wohlfahrtsmaximierung als Konkretisierung von E-Entwicklung/ I-Entfaltung erreicht man durch Kombination dieser fundimentalen obigen Bereiche.

Historisch aktuell finden riesige (und erstmal formale) E-Erweiterungen statt, z.B in

den Ökonomien Ost- und West-Europas, dann die „EU“. und im Technologisch-Ökonomischen globale Bewegungen jeder Art. Inhaltlich ist das sehr viel komplizierter, z.B. nimmt da die Wettbewerbsökonomie Fahrt auf, wo bisher geplant wurde – und umgekehrt, (staatliche Geldpolitik etc.) (oder innere EU-Harmonisierungspolitik).

Es ist ideologisch verabsolutiert, wenn man „freie“ Märkte, individuelle Souveränität und unreglementierten Wettbewerb mit „Planung“ u.ä. konfrontiert. Mit der Globalisierung gilt jene Praxis-Mischung nun für größere Einheiten; zentralere Planung „gesellschaftliche Eigentümer“, Koordination und Organismus wie im Einzelunternehmen; es ist wie bei den Ii zu Ig,Iw und den Detail-E zu „großen E“. Die sind gleich, d.h. z.B. auch auf kleinen regionalen Märkten gibt es individuelle Strukturen, die noch freier etc. sind.

Aber bereits in zwischenstaatlichen Wettbewerb ist die Anzahl der Akteure klein; somit ist das alloktionstheoretische Konzept vollständigen Wettbewerbs auf vollkommenen Märkten hier ungeeignet. Dann muss die globale Wohlfahrtsmaximierung auf zwischenstaatliche politische Entscheidungen bauen. Das verlangt, zur zwischenstaatlichen Koordination übergeordnet, Rechtssystematik (z.B. Vertragsschutz).

Die Harmonisierung unterschiedlich entwickelter (ök-techn-org-finanz) VWL-Aspekte wird politisch angestrebt, kann aber die konkrete Entwicklung nicht überspringen.

Die heutige europäische, globale Politik versucht viele Hilfsprozesse, um die Schwierigkeiten des tatsächlichen Abstandes kurzzeitig zu überbrücken; zum Beispiel anstatt „abgeschaffter“ Zollgrenzen neue Steuergesetze und/oder Sozialgesetze, (auch Währungsmanipulation u.ä.), zu nutzen.

Solche Gründungen, wie die der EU, sind stets als „Ig“ zu behandeln, also primär als politische Erarbeitung und Entscheidung.

So galt es, in Europa den Frieden bedrohenden deutschen politischen Kapitalismus einzubinden, ihm in Europa die Rolle des Entwicklers zu geben und Europa global voran zu bringen. Aber die ökonomisch-technologischen Vorteile sind immer auch europäische Arbeitsteilungen, größerer Absatz auf unterschiedlichen Märkten, sie behindern bis heute einheitlichen Organisations-Formen u.ä

Die Organisation und Durchplanung internationaler Integrationen wurde mit der EU bisher global am konsequentesten, sorgfältig geleistet:

Als Planung (des Maastrichter Vertrags) „formaler Konvergenzkriterien“ (Preis-Stabilität, niedrige Zinsen, Haushaltsdisziplin).

Die Hauptsache wurde aber total unterschätzt, der wirtschaftliche Gleichlauf als dauerhafte materielle „Konsequenz“.

In dieser Lage, in welcher einerseits große ökonomische Unionen zu bilden sind, aus Gründen finanzieller E-Entwicklung, das aber, „siehe EU, nicht einfach ist, hat die politische Seite drei Möglichkeiten: Stärkere Annäherung des ökonomischen finanziellen Niveaus, oder Scheitern, Zurück zur alten nationalen Organisation oder

Unterstützung der ökonomisch schwächeren Regionen; das dauerhaft durch Transferleistungen.

Die finanzielle Förderung schwächer Regionen bremst die E-Entwicklung allgemein, und speziell bei der starken Region. Das ist aber nur eine - wünschenswerte - Annäherung (EU, Globalität), wenn jene Fördermittel zusätzlich neue Investitionspotentiale sind; genau das aber wird von den Starken (auf BW-Ebene) als neue Konkurrenz dann bekämpft, wenn es kriselt vor allem.

Die Ausgaben für die „Gemeinsame Agrarpolitik“ sind in der EU der größte Anteil und ist in USA und Japan auch geübte Praxis, d.h. also Abschottung der Agrarmärkte und sogar Nettoexporteure bei riesigen öffentlichen Zuschüssen/ Agrarsubventionen. Das sind Formen von „sozialistischer Plan-Ökonomie“, die eine Verbindung zwischen quasi-feudaler Bewahrung des eigenen gesellschaftlichen Grundes und Bodens, der Nahrungssicherung und der Landes-Erhaltung zeigt, und die als sozialistische „Idee“ erhalten bleibt, weil sie sehr fundamental ist.

Die traditionelle nationale Herrschaft über andere Nationen wird in der EU die Gegenüberstellung von Zahlungen und Rückflüssen, sowie (unklarer, aber wichtig) die Vor- und Nachteile wirtschaftlich und auch politischer Integration; z.B für Deutschland.

Bei der globalen Stellung der EU spielen Finanzhilfen und leichtere Exportzugänge für ~ 68 Staaten (Afrikas, Karibik, Pazifikregierungen) eine Rolle, die jedoch in ihren Wirkungen deswegen versanden, weil die EU-Gesellschaften ständig versuchen, auch ökonomisch dabei Gewinn zu machen.

Das gilt ebenso für die Länder Mittel- und Osteuropas.

Zum Beispiel sind die Ziehungsrechte für 3. Welt-Staaten beim IWF (IMF) gebunden an die „produktive Verwendung des Kapitals“. Ähnlich bei der „Weltbank“ also IBRD und IDA, IFC.

Das soll sicherstellen, dass die Welt-Ökonomie an die „allgemeine E-Entwicklung“ gebunden bleibt.

Es gibt dafür noch eine Aufgabenteilung: Die Weltbank gibt langfristig Kapital, IDA versorgt die 3. Welt zu „weicheren“ Bedingungen, IFC versucht, auch privates Kapital einzubeziehen.

Wir:meinen, ohne die je nationalen (auch ethnischen->Ik) Entwicklungs-Strategien geht es nicht; das gilt für die damit verbundenen ideologischen, politischen, kulturellen Neuerungen -> VR-China, Sowjetunion, VR-Vietnam, Venezuela, S-Afrika.

Die Haupt-Entwicklungstendenz betrifft eigentlich nur die Industrieländer, wird aber ständig übertragen auf die Ökonomie der 2. Und 3. Welt, was global zu politischen, gesellschaftlichen Schwierigkeiten führt.

Es geht um den Abbau von Protektionismus, Zölle, Handelsschranken jeder Art (GATT, Tokio Runde, TRIPS, WTO etc.).

Mit den theoretischen Hintergrund, dass alle jene „Hindernisse“ Relikte aus

notwendigen Entwicklungen sind, das stimmt oft, aber nicht, solange die heutigen Entwicklungs-Länder noch diesen Schutz brauchen.

WTO-Ziele haben sich inhaltlich (notwendigerweise) ausdifferenziert (Schutz der Umwelt, Förderung der 3. Welt-Ökonomie). Ohne diese Iw könnten die alten Ziele (globaler Handel und E-Optimierungen) nicht mehr erreicht werden.

Weil beide Bestrebungen (Hilfe für Unterentwickelte vs. Verstärkung der Konkurrenzkraft (und Export) der Industrieländer sich widerspricht.

Was Folge des kapitalistischen Konkurrenz- und Leistungssystems ist, versagen solche Institutionen wie z.B die WTO.

Gemessen an dem was möglich und notwendig wäre für den „globalen Frieden“.

Historisch hat sich die WTO (also ihre Iw) dadurch relativiert, dass die Entwicklungsländer und die Staatshandelsländer (z.T. sind das auch kapitalistische) neben den kapitalistisch-liberalen wichtiger wurden.

Für den globalen Handel sind da 3 Strategien zu unterscheiden.

Das Problem der „Entwicklungsländer“ ist – in allen Einzelheiten - das Wissenschaftlich– Philosophische der „allgemeinen Entwicklung“, konkretisiert in politischen, ökonomischen. technischen u.ä. Details.

Die Zahlen (83% der Weltbevölkerung leben in Entwicklungsländern) zeigen, an welcher Stelle der historisch-globalen Entwicklung wir heute stehen.

Dennoch wird von den hochentwickelten Gesellschaften nahezu keine theoretische (und praktische) Anstrengung gemacht, die entscheidenden nächsten Entwicklungsschritte systematisch vorzubereiten.

Die Entwicklung der Länder und der philosophisch-wissenschaftliche Entwicklungsbegriff wird problematisch, wenn es im Ökonomischen nur um die (und meist um wenige, spezielle) „E“ geht. Und die I-Entfaltung, gesellschaftlich -> also I/E, zu wenig Beachtung findet.

Zur I-Seite zählt z.B. zwar das Pro-Kopf-Einkommen, aber auch einheimische ökonomische Fähigkeiten (Subsistenzwirtschaft); kurz, neben „Lebenserwartung“ auch „Lebensqualität“.

Die Merkmale von Entwicklungsländern folgen unserer allgemeinen wissenschaftlichen Struktur: Die „E-Untentwicklung“ (ökonomisch niedrige Spar- und daher mehr Invest-Tätigkeit, mangelnde Technologien, fehlende Infrastruktur, „kein Geld, bzw. hohe Auslandsverschuldung); die E-Entwicklung fehlt im täglichen Leben (Medizin, Ernährung, Analphabetismus); dazu fehlende I-Entfaltung (Dominanz des einfachen I-> Konsums, -> Primärsektor.

Wenn moderne Strategien (Investition etc.) (noch) nicht wirken, werden – (auch im Übergang) alte Strategien (evtl. nur) von sozialen Gruppen genutzt: z.B. als „hohes Bevölkerungswachstum/ Familienstärken, soziale Mobilität, Benachteiligung von Frauen, autoritärer oder gänzlich schwacher Staat, ethnische Konflikte, Kriege nach

außen, Investitionen in Rüstung, Auslandsverschuldung.

Klar ist (und der kapitalistische Liberale betont das), Verschuldungen (hier von Entwicklungsländern) müssen für rentable Investitionen dienen. Aber das Problem ist, die Entwicklungsländer müssen die Kredite (Zins und Tilgung) mit einer Steigerung der Produktivität erreichen, welche auf den globalen Märkten gegen die Industriestaaten (die als Geberländer wenig „Einsehen“ haben) als Konkurrenten standhalten können.

Diese „hausgemachten“ Probleme („Ineffizienz“, Kapitalflucht, Prestigeobjekte, Rüstung, Staatsapparate, Korruption), sind defensive Selbsterhaltung der Gesellschaft als Rückfall in feudale, aber gesellschaftlich bewahrte Formen. Die Abhängigkeit der 3. Welt von den weltökonomischen Rahmen (Rohstoffpreise, Öl) kommt dazu; als jene fundamentalen Unsicherheiten, die ökonomisch negativ wirken.

Die Banken, - politik bestimmt die notwendigen Investitionen (in 3. Welt); die privaten Kapitalien (z.B. Lebens-/ Alters-Versicherung) dürfen keine Risiken eingehen, (z.B. müssen sie hohe Verzinsung haben – und jene Kredite überhaupt ausgeben).

Änderungen erfolgen parallel: Sicherung der 3. Welt-Entwicklung und Teil-/ Verstaatlichung jener privaten Geldsammelstellen. Aber diesem „veralteten“ Schulden-machen/-krise steht die aktuelle und objektiv notwendige Verschuldung (und Krise) in der 1. Welt zur Seite. Das ist objektiv notwendig, wegen der E-Entwicklung/ Investitionen/ Finanz-Vorlauf. Die Krise ist das Nachhinken der E-Erzeugung, E-Verteilung (auch als als Konsum)./-

Zum Fortbestand der Entwicklung des Bankensystems (1. Welt) gibt es verschiedene Strategien. Die Umschuldung als Vergabe immer neuer Kredite; und wenn sich die Krise, aus Verschuldung beschleunigt, lässt man die Zinsen senken und d.h. die Geldmenge vergrößern. Eine ältere Strategie ist der Schuldenerlass auf Kosten der (bisher angesammelten Vorteile) der „1. Welt“

Wirkliche Besserung bringen Großprojekte der Industrie an denen 2., 3. und 1. Welt gleichermaßen teilhaben.

Welche Ursachen für Entwicklungsdefizite gibt es? Als Ursachenkomplexe kommen in Frage: α) natürliche Gegebenheiten (Klima, Rohstoffe). Die wirken umso weniger, je weiter die Global-Ökonomie entwickelt ist, damit z.B. auch Technologien, die Klima-Probleme sogar positiv Nutzen lassen.

β) Hohes Bevölkerungswachstum, Kapitalmangel/ Kapitalflucht, → geringe Sparneigung. Das (und die traditionell zugrunde liegende allgemeine Wertordnung -> Ik,g, sind objektive Entwicklung; (objektiv notwendige). Aber vor allem Not-Auswege, Konservatismus als Rückgriff auf historische Vor-Phasen.

Die globale Weltgesellschaft wird seit der europäischen Aufklärung verstärkt (und

verschlicht) zur Leistungsgesellschaft entwickelt, wo $I_w = E$ -Vollendung ist. Alle Folgen (Wettlauf nach Kolonien, bis heute nur modifiziert) nagelten die „Zuspätkommen“ als Abhängig fest.

Ein (stets auch möglicher) Ausbruch: SU, VR-China, Vietnam, S-Afrika etc. brächte zunächst große Gefahren, neue Nachteile und Isolierungen sowie neuartige Organisations-Anstrengungen mit sich.

Die historische Analyse des Übergangs zur Leistungs - als Industrie - Gesellschaft zeigt, wie notwendig sind: α) Kapital, β) die neue gesellschaftliche Ideologie, welche die alte (notwendige und erfolgreiche!) Selbstbegrenzung überwindet. γ) Daher muss eine politisch-ideologische Elite das organisieren.

Die kapitalistische Elite für die 3. Welt sorgt aus dem kapitalistischen Prinzip der E-Steigerung erst mal und prinzipiell nur für ihre Führungsrolle mit Selbstbereicherung als E-/ Kapital-Vermehrung.

Die allein ökonomisch ausgerichteten Wachstumsstrategien (Kapitalzufuhr) bewährt sich evtl. in der 2. Welt /Schwellenländer.

Der trickl-down Effekt, von den Eliten (Ausländern) zu den Armen, wird konkret zu sehr abgebremst, (die Investition dauert zu lange (Infrastrukturen). Die Verschuldungen (Zinsen) müssen ständig erweitert werden; zudem schafft die Investition bald neue Arbeitslosigkeit.

Langsam (aber typisch für soziale Entwicklung) kam man von den „mechanistischen“ Überlegungen weg, und hin zur sozialen, politischen („sozialdemokratischen“) „Grundbedürfnis-Strategie“, die Ökonomisches und Soziales kombiniert. Das traditionell wohl auch, um Aufstände der ärmsten Schichten zu verhindern, bzw. aus moralischen Gründen.

Die Umsetzung dieses Konzeptes misslang zunächst, da die versprochene Industrialisierung der 3. Welt und Abschwächungen der 1. Welt-Konkurrenz ausblieben.

Die Globalisierung beruht auf α) gemeinsamen Gefahren (Ökologie), β) Auch indem die kapitalistische Ökonomie von anderen Wissenschaften (Historie, Psychologie, Kultur, Politik) relativiert/ interpretiert wird, kommt es zu eher „partnerschaftlichen“ Verhältnissen zwischen 1., 2. und 3. Welt.

Wir sehen das als Übergang zu sozialistischen (z.B. als globale, nicht nur nationale etc. Weisen) Bestrebungen.

Die verschiedenen Konfrontationen „Nation vs. Nation“ (z.B. Kolonialismus/ Imperialismus) werden nach und nach abgelöst durch (meist global agierende) private Träger, Groß- und Kleinunternehmungen, Selbsthilfeorganisationen u.ä.

In der Praxis sind das Mischgebilde, optimal, wenn die jeweiligen Aufgaben dabei berücksichtigt werden.

„Entwickelte“ Länder „beherrschen“ die Natur entscheidend besser als 3. Welt-Länder; (sowohl die äußere wie die subjektiv-innere Natur).

Daher werden sie durch Naturkatastrophen (von der 1. Welt z.T verursacht) stärker

zurück geworfen als die 1. Welt.

Dazu kommt die wachsenden Verbesserungen der Lebenserwartung und der Bildung; diese erhöhen aber keineswegs direkt die Einkommen/ Konsum/ Lebensverhältnisse. Die Kluft (also relativ gesehen) der 1. Welt-Einkommen zur 3. Welt wird auch größer (1960 „30 zu 1“, 2001: 74:1).

Die Internationalisierung als Präphase zu sozialistischen (Ig), ist einerseits notwendig für den Welthandel und für alle ökonomischen Märkte (Finanzen, Investgüter, Technik), bis zur ethisch-, politischen Solidarität, oder zu politischen Sicherheitsinteressen.

Dabei sind öffentliche und private Hilfen in Wechselbeziehungen bunt gemischt.

Die OECD-Festlegungen zur Entwicklungshilfe sind (von USA, BRD besonders) stets unterschritten und sogar ständig abgesenkt worden.

Das erklärt sich α) Nach 1990 als Absenkung, weil es die politischen Strategien waren, in der 3. Welt jede Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Ig zu unterbinden, friedlich oder militärisch. β) Die kapitalistische Strategie ist, viel privat zu investieren. Das hat aber den Nachteil, dass mittel- und langfristig durch erforderliche Gewinn-Abschöpfung für die Entwicklung negative Effekte entstehen. Die ethisch motivierten Bestrebungen sind gesellschaftlichen und politischen Störungen ausgesetzt, welche in manchen Ländern (Islam-Problem) von Geber- und Nehmer-Seite Hürden errichtet.

Als historische Entwicklung tritt die EU an die Stelle der Nationen; deren Techniken, auch die Ökonomie mit dem Wohlfahrts-Niveau, die Organisiertheit usw. ist da wegweisend.

Das und andere Strukturzüge beweisen die entsprechenden wissenschafts-philosophischen Grundzüge. Auch Deutschland geht da „voran“, aus Gründen der quantitativen Größe (Bevölkerungszahl) und der Qualitäten im Ökonomischen, Technologischen u.ä.

Der politische Wille zur Europäisierung ist seit ~ 1920er Jahren ausgeprägt, vor allem auch in Deutschland.

Formale Grundstrukturen, als Kerne ideologischer Spaltungen, werden in übergeordneten Theorien aufgehoben, z.B. auch Planung, Koordination, Harmonisierung, Wettbewerb/ Markt.

Die in der EU gemeinsame Wirtschafts-, Währungs-, Steuer-, Finanz-, Geld-Politik hätte aber - rechtzeitig - bedenken müssen, dass grundlegendere Entwicklungs-Prozesse (z.B. formal die Globalisierung, also neue Konkurrenz und 3. Welt-Aufgaben) als inhaltliche Investition-Konsum-Ungleichgewichte, die durch die Leistungs- und Konkurrenz-Prinzipien entstehen, alle gewonnenen Vorteile relativiert.